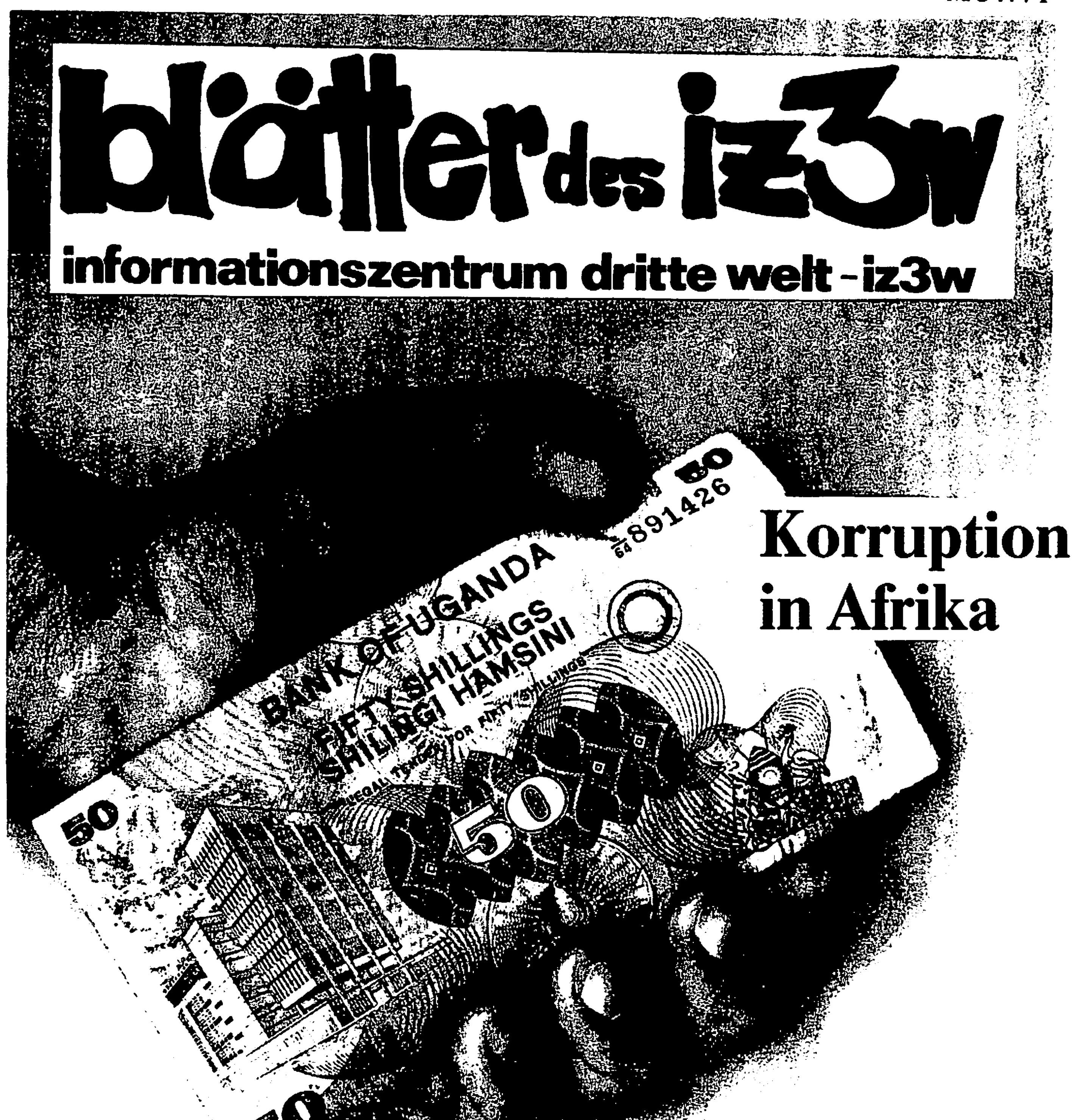
M 3477 F



Ghana

Sri Lanka

Tschad

Argentinien

Südafrika

Nr. 143 August 1987 DM 5,00

impressum
blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Jutta Aselmann, Alf Baier, Andreas Beil, Gerhard Braun, Konrad Fisch, Wolf-Matthias Gall, Iris Harnischmacher, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Volker Heise, Daniela Heuberger, Alex Holub, Peter Hübner, Uwe Jungfer, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Mechtild Maurer, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Mariele Pelster, Gunhild Rauch, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Alexander Spermann, Susanne Vollmer, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

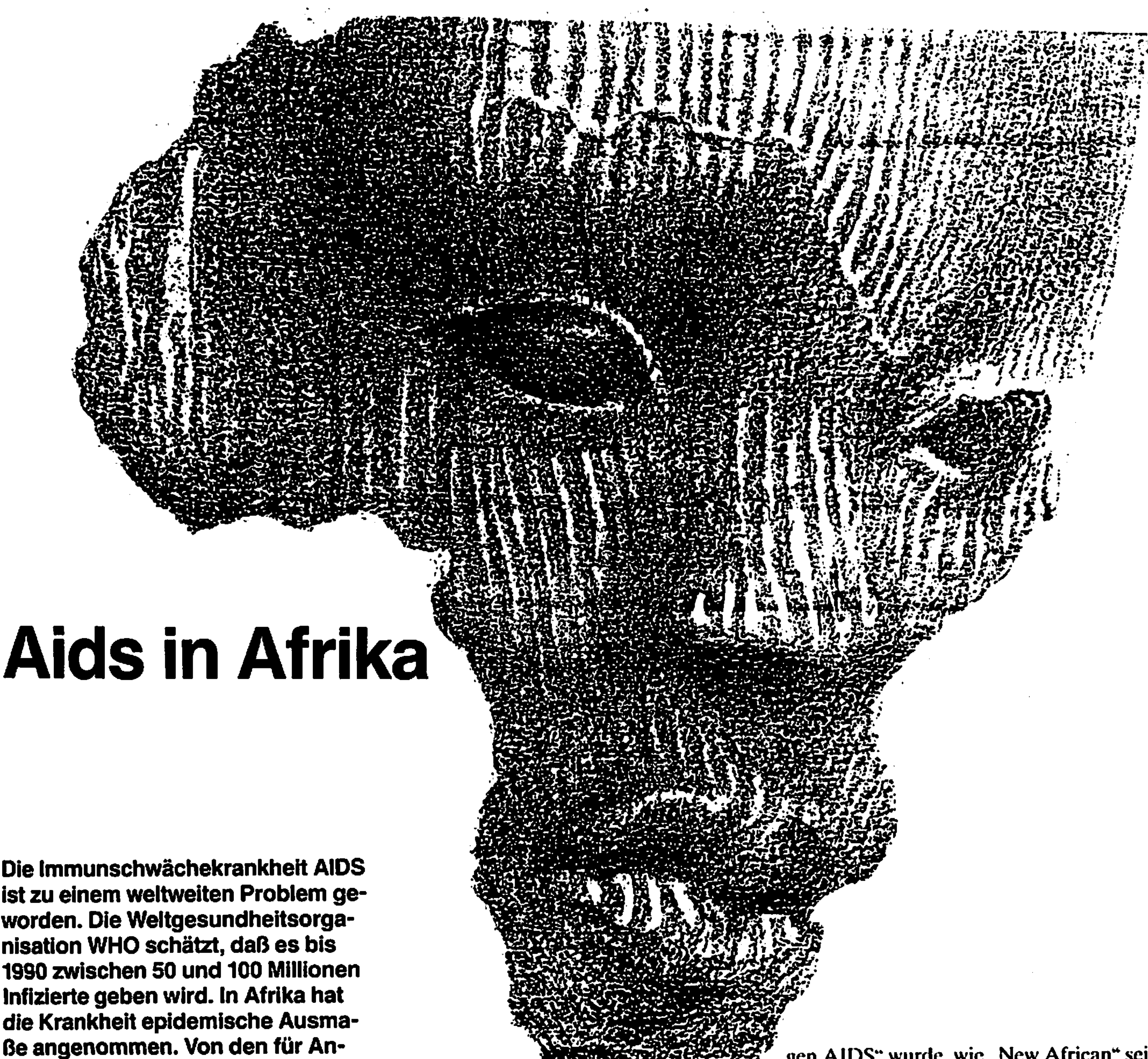
Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 144:
25. August 1987

Anzeigenschluß für Nr. 144:
8. September 1987

Inhaltsverzeichnis



Aids in Afrika

Die Immunschwächekrankheit AIDS ist zu einem weltweiten Problem geworden. Die Weltgesundheitsorganisation WHO schätzt, daß es bis 1990 zwischen 50 und 100 Millionen Infizierte geben wird. In Afrika hat die Krankheit epidemische Ausmaße angenommen. Von den für Anfang 1987 geschätzten 10 Millionen Infizierten leben 7 Millionen in Afrika, 2,5 Millionen in den USA.

AIDS-Folgen bisher unterschätzt

„Das im Westen vorherrschende Bild von AIDS ist, daß es sich dabei um ein Problem für Amerika und Europa handelt. Diese Sichtweise ist völlig verfehlt. Die am schlimmsten betroffene Stadt in den USA ist New York, wo einer von 250 Bewohnern HIV-Antikörper im Blut hat. Aber in einigen zentralafrikanischen Hauptstädten dürfte bereits einer von fünf Einwohnern Träger des Virus sein"[1], so Jon Tinker, Direktor des unabhängigen PANOS—Instituts in London bei der Vorstellung der wohl umfassendsten Bestandsaufnahme der weltweiten Verbreitung der Immunschwächekrankheit: „AIDS und Dritte Welt"[2].

Die Situation in Uganda, Tansania, Ruanda, Zaire oder Sambia sei um das 20- bis 50fache schlimmer als in New York. Und die USA seien reich an Geld und medizinischen Ressourcen, Afrika dagegen nicht.

Auch die WHO schlägt Alarm. Ihr Direktor Halfdan Mahler: „Ich kann mir kein schlimmeres Gesundheitsproblem vorstellen; wir alle (...) haben es völlig unterschätzt."[3] Während in den USA und Europa die Seuche in erster Linie Homosexuelle trifft, sind in Afrika Männer und Frauen zu gleichen Teilen infiziert.

Wo liegen die Ursachen, daß Afrika zur „Frontlinie im Kampf der Menschheit gegen AIDS" wurde, wie „New African" seine Titelgeschichte überschrieb? Liegen sie vor allem im unterschiedlichen Sexualverhalten der Afrikaner, weil, wie die 'Frankfurter Rundschau' simplifizierte: „(....) die Männer ungezwungen intime Kontakte" anknüpfen, „wo immer sie sich gerade aufhalten"?[4] Der einfache Verweis auf andere Kulturen und Mentalitäten verstellt nur zu bequem den Blick auf ein Bündel sozialer Probleme, die einerseits die rapide Ausbreitung des Erregers fördern und andererseits den Kampf der afrikanischen Länder gegen die Seuche fast aussichtslos erscheinen lassen.

Geschwächtes Immunsystem fördert TB und Malaria

Die PANOS-Studie macht auf den Multiplikator-Effekt von AIDS in Regionen aufmerksam, in denen Tuberkulose- oder

Malariaerreger vorhanden sind. Falls jemand z.B. in seiner Kindheit mit Tuberkulose infiziert gewesen sei, werde diese Infektion normalerweise vom Immunsystem des Körpers ohne sichtbare Folgen für den Patienten überwunden. Trotzdem befinden sich nach dem Abklingen der Symptome noch TB-Erreger im Körper, von denen der Patient häufig sein Leben lang nicht mehr belästigt wird; es sei denn durch eine Schwächung des Immunsystems. Wenn ein TB-Träger, dessen Organismus dann noch zusätzlich von Unterernährung geschwächt ist, von einem HIV-Virus infiziert wird, läßt das angeschlagene Immunsystem den TB-Erreger wieder in Erscheinung treten, und die Tuberkulose bricht erneut offen aus.

Aber damit ist die Kette noch nicht zu Ende. Erneut droht nun TB-Ansteckungsgefahr für andere. So kann eine Tuberkulose-Epidemie in einer scheinbar gesunden Gemeinschaft von einem HIV-Träger ausgelöst werden. Der Arzt entdeckt lediglich die Anzeichen einer Tuberkulose und denkt nicht daran, einen AIDS-Test durchzuführen — selbst wenn die Gelegenheit bestünde.

„TB nimmt unter AIDS-Opfern in Afrika zu, und es gibt gute Gründe anzunehmen, daß andere Krankheiten, wie z.B. Malaria über den AIDS-Erreger auf diesem Weg ausgelöst werden. 40 % der in einer Untersuchung in Kinshasa/Zaire getesteten TB-Patienten waren HIV-Träger. Dagegen waren nur ungefähr 6-8 % der gesunden Erwachsenen HIV-positiv" (PANOS-Studie, S. 9).

So können durch Kontakte mit dem AIDS-Erreger Krankheiten ausgelöst werden, die unter großem Aufwand von Regierungen und Hilfsorganisationen mühsam unter Kontrolle gebracht worden waren. Weitere Ursachen für die Ausbreitung der Seuche liegen in mangelnder Gesundheitsvorsorge und einem armutsbedingten Analphabetentum, das Aufklärungskampagnen extrem schwierig macht. Bluttransfusionen werden zu einem unkalkulierbaren Risiko, da das Blut aufgrund fehlender finanzieller Mittel und kaum vorhandener medizinischer Infrastruktur nur mangelhaft untersucht werden kann. Die Verwendung von Spritzen wird wegen mangelnder Hygiene zu einem weiteren Risikofaktor.

Hauptübertragungswege der HIV-Viren sind im Gegensatz zu Europa oder den USA heterosexuelle Kontakte. „Gesellschaftliche Promiskuität"[5] greift trotzdem zu kurz. Dr. Henning Großmann war 8 Jahre in Afrika als Tropenarzt tätig. „Es ist wie bei uns. Aber Prostitution und Promiskuität werden sicher durch Akkulturation, Landflucht, die Annahme westlicher Zivilisation und die Zerstörung traditioneller Familienbande gestärkt"[6].

Sackgasse Stillen?

In wachsendem Maß gefährdet AIDS Neugeborene und Kleinkinder. Sambische Ärzte befürchten, daß bis 1987 im Land mehr als 6 000 Babies und Kleinkinder mit dem AIDS-Virus leben. In den USA sind es im Vergleich dazu weniger als 400. In Zaire ist bereits eine von 12 untersuchten Frauen von AIDS befallen. Die Wahrscheinlichkeit, daß eine infizierte Mutter den Virus an ihr Kind weitergibt, liegt bei 50 %. Die Übertragung kann auf drei Wegen stattfinden: bereits im Mutterleib, bei der Geburt und möglicherweise beim Stillen durch die Muttermilch. „Forschungen legen den Gedanken nahe, daß die Mehrzahl der infizierten Säuglinge bereits vor dem Stillen HIV-positiv waren. Aber in der Muttermilch wurden AIDS-Viren gefunden. Es ist noch nicht bewiesen, ob Muttermilch einen Hauptübertragungsweg für die nichtinfizierten Kinder darstellt" (PANOS-Studie, S. 38).

Besondere Bedrohung für Frauen

Eine Ursache der drohenden Katastrophe liegt in bestimmten Riten, unter denen Frauen zu leiden haben. Von den offiziell registrierten 98 000 Aids-Fällen seit 1984 sind drei Viertel Frauen. Die noch immer weit verbreitete Klitorisbeschneidung führt häufig zu lebenslänglichen Wunden. „Die Infubulation bedeutet für Frauen nicht nur chronische Schmerzen, sondern Verletzungen des Vaginalgewebes und Blutungen während des Geschlechtsverkehrs. In einigen Fällen kann es bis zu 9 Monaten dauern, bis eine volle Penetration überhaupt möglich ist, und während dieser Zeit ist Analverkehr eine gebräuchliche Alternative." Weiter sagt Ulli Linke, eine kalifornische Anthropologin: „Es fällt auf, daß die derzeitige Verbreitung von Aids in Afrika geographisch übereinstimmt mit den Regionen, in denen die genitale Verstümmelung von Frauen immer noch praktiziert wird." (Emma 4/87, S. 22)

Diese Entdeckung schuf ein grausames Dilemma: Seit Jahren propagieren WHO, Hilfsorganisationen und afrikanische Regierungen Stillen als preiswerte und den hygienischen Verhältnissen angemessene Alternative zur Verwendung künstlicher Babynahrung. Fachleute sind ratlos, Jon Tinker: „Aber wo das Wasser oft verunreinigt ist, wo die Mütter sich das Milchpulver nicht leisten können, retten Kampagnen zum Stillen Hunderttausende von Babies. Wie soll hier der Rat lauten?"[7]

Ein weiteres Problem beunruhigt die WHO, UNICEF und afrikanische Gesundheitsbehörden. Im letzten Jahrzehnt konnten durch umfangreiche Impfkampagnen Krankheiten wie Masern, Keuchhusten, Polio oder Tetanus erfolgreich zurückgedrängt werden. Vom AIDS-Virus befallene Kleinkinder haben bereits vor dem Ausbruch der Krankheit ein geschwächtes Immunsystem. Einzelne Impfungen, so befürchten Virologen, bei denen, wie z.B. im Fall von Polio, 'lebender Impfstoff' verwendet werden, könnten beim Säugling genau die Krankheit auslösen, welche die Vorbeugemaßnahme gerade verhindern sollte.

Stammt AIDS aus Afrika?

Entgegen weitverbreiteter Ansicht liegen keine stichhaltigen Beweise für die afrikanische Herkunft von AIDS vor. Diese Frage mag angesichts der rapiden Ausbreitung von AIDS akademisch anmuten, aber viele Afrikaner befürchten das Wiederaufleben rassistischer Vorurteile. Die 'Ghanaen Times' schreibt: „Und wieder kehrt der weiße Mann seine Last vor die Tür der Schwarzen." In der Tat läßt sich die ständige Frage nach dem Ursprung von AIDS als hilfloser Versuch begreifen, über die Suche nach einem Sündenbock das Problem nach außen zu verlagern und für sich selbst zu relativieren.

Tatsächlich stellten sich Tests US-amerikanischer Forscher, durch deren Publizierung AIDS für viele zur „afrikanischen Krankheit" wurde, im Nachhinein als sehr unzuverlässig heraus. Sie waren einem einfachen immunologischen Phänomen aufgesessen: Afrikaner, vor allem aus tropischen Zonen, kommen mit zahlreichen Krankheitserregern in Berührung, so daß sie Antikörper gegen eine Unzahl von Viren und Bakterien bilden. Bei den üblichen Blutuntersuchungen (nicht speziellen HIV-Tests) täuscht die massive Reaktion des Immunsystems irrtümlich HIV-Antikörper vor.

Ökonomische Folgen

Neben medizinischen und sozialen Problemen birgt die Krankheit in zahlreichen afrikanischen Ländern ökonomische Brisanz, da vor allem die wirtschaftlich aktiven und relativ gebildeten städtischen Altersgruppen von 20 bis 40 Jahren betroffen sind. Sie müssen häufig für den Lebensunterhalt großer Familien sorgen und bilden das Rückgrat von öffentlicher Verwaltung, Industrie und Dienstleistungssektor.

1985 stellte eine Bank in Kinshasa fest, daß die Häfte ihrer Belegschaft Virus-Träger war. Noch höher lagen die Zahlen im sambischen Kupfergürtel und in zairischen Minen. In Uganda sterben so viele Menschen an AIDS, daß die Regierung die traditionellen Begräbnisfeiern einschränken will. Da an den Tagen dauernden Feiern auch die entferntesten Verwandten teilnehmen, kommt es für viele Firmen zu häufigen Arbeitsausfällen. Die Angst vor wirtschaftlichen Einbußen brachte eine Anzahl von Firmen in Zaire dazu, 100 000 US-$ an das internationale AIDS-Forschungsprogramm (Zaire) zu spenden. Gefährdet sind zudem die für einige Länder dringend benötigten Einnah-

men aus dem Fremdenverkehr. Die aus Angst wegbleibenden Touristen vergrößern Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung.

Was tun?

Obwohl die Bedrohung nicht mehr zu übersehen ist, reagieren die Regierungen einiger afrikanischer Länder auf die alarmierenden/Berichte hilflos. Dementis und Pressezensur ersetzen Maßnahmen zur Eindämmung der Seuche. Länder wie Zaire, Ruanda und Uganda hingegen haben den Kampf gegen AIDS aufgenommen. Das in den Augen der Forscher des PANOS—Instituts erfolgversprechendste Projekt läuft in Ruanda.



Mehr als ein Viertel der 260 000 Einwohner der Hauptstadt Kigali tragen nach einer vorläufigen Regierungsstudie den AIDS-Virus, jedes fünfte Opfer ist ein Kind. 1985 startete das Rote Kreuz des Landes gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus Norwegen eine umfassende Aufklärungskampagne. Besonderer Wert wurde auf die Rückkoppelung mit den Betroffenen gelegt. Nach einer zehnteiligen Aufklärungsserie im Fernsehen ergab eine begleitende Umfrage, daß dieses Medium zwar gut geeignet war, allgemeines Problembewußtsein zu schaffen, bei einzelnen wichtigen Fakten, wie z.B. Übertragungswege, jedoch Mißverständnisse auftraten. Daraufhin wurden im ganzen Land in Bibliotheken, Krankenhäusern und Schulen Faltblätter ausgelegt. Als nächster Schritt soll die AIDS-Aufklärung in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen werden. Zudem sollen verstärkte Anstrengungen zur Information der Frauen unternommen werden, da diese aufgrund ihrer eher privaten Lebenszusammenhänge weniger informiert sind als Männer.

Andere Länder setzen bei der Untersuchung von Blutspenden und Bluttransfusionen an. Es besteht ein dringender Handlungsbedarf, da z.B. in Ruanda eines von drei Kindern irgendwann in seinem Leben eine Bluttransfusion gegen Malariaanemie erhält. Schätzungsweise 20 % der ruandischen Kinder haben sich bei dieser Transfusion angesteckt. Zahlreiche Forscher sehen die Bluttests als geeigneten ersten Schritt an. Seit Frühjahr 1985 führt Ruanda, wiederum mit aktiver Unterstützung des norwegischen Roten Kreuzes, umfangreiche Blutuntersuchungen durch.

Aber diese Tests sind nicht billig. Sie benötigen spezielle Ausrüstung; Ausbildung für medizinisches und Laborpersonal sowie importierte Chemikalien zur Durchführung von Tests. Die meisten afrikanischen Länder, die ohnehin vor der Zahlungsunfähigkeit stehen, sind mit diesen dringend notwendigen Programmen überfordert.

Hans Seus

Anmerkungen

1 taz, 28.11.86
2 Auf diese Studie, die das PANOS-Institut zusammen mit dem norwegischen Roten Kreuz herausgegeben hat, beziehen sich praktisch alle Veröffentlichungen zum Thema AIDS. Die Mitarbeiter sind ehemalige Redakteure der Londoner Forschungsgruppe Earthscan, die mehrere Studien zu Umwelt- und Ernährungsfragen veröffentlicht hat.
3 Die Zeit, 5.11.86
4 FR, 11.4.87
5 wieder FR v. 11.4.87
6 taz, 12.5.87
7 taz, 28.11.86

„AIDS bedroht Trucktown

In einem Elendsviertel von Nairobi — laßt es uns Trucktown nennen — leben mehr als 600 Frauen in zwei heruntergekommenen umzäunten Lagen. Sie verdienen ihr Geld mit der einzigen Arbeit, die sie finden können: Prostitution.

(...) Die Frauen bekommen einen halben Dollar von jedem Kunden, (...). Die meisten Männer sind LKW-Fahrer auf dem Weg nach Mombasa. (...)

Jede Frau hat im Durchschnitt 1 000 sexuelle Kontakte pro Jahr. Fast alle leiden unter Geschlechtskrankheiten. (...) 1980 wurde das Blut der Frauen von Trucktown auf HIV-Antikörper untersucht: niemand war von dem Erreger infiziert. (...) 1983 wurde der Test wiederholt, und 53 % der Frauen waren HIV-Trägerinnen. Jetzt sind es mehr als 80 %.

Heute wissen die Frauen von AIDS, und sie wissen, daß die meisten von ihnen infiziert sind. Sie haben Treffen durchgeführt, um mehr zu erfahren, und sie haben begonnen, Kondome zu benutzen.

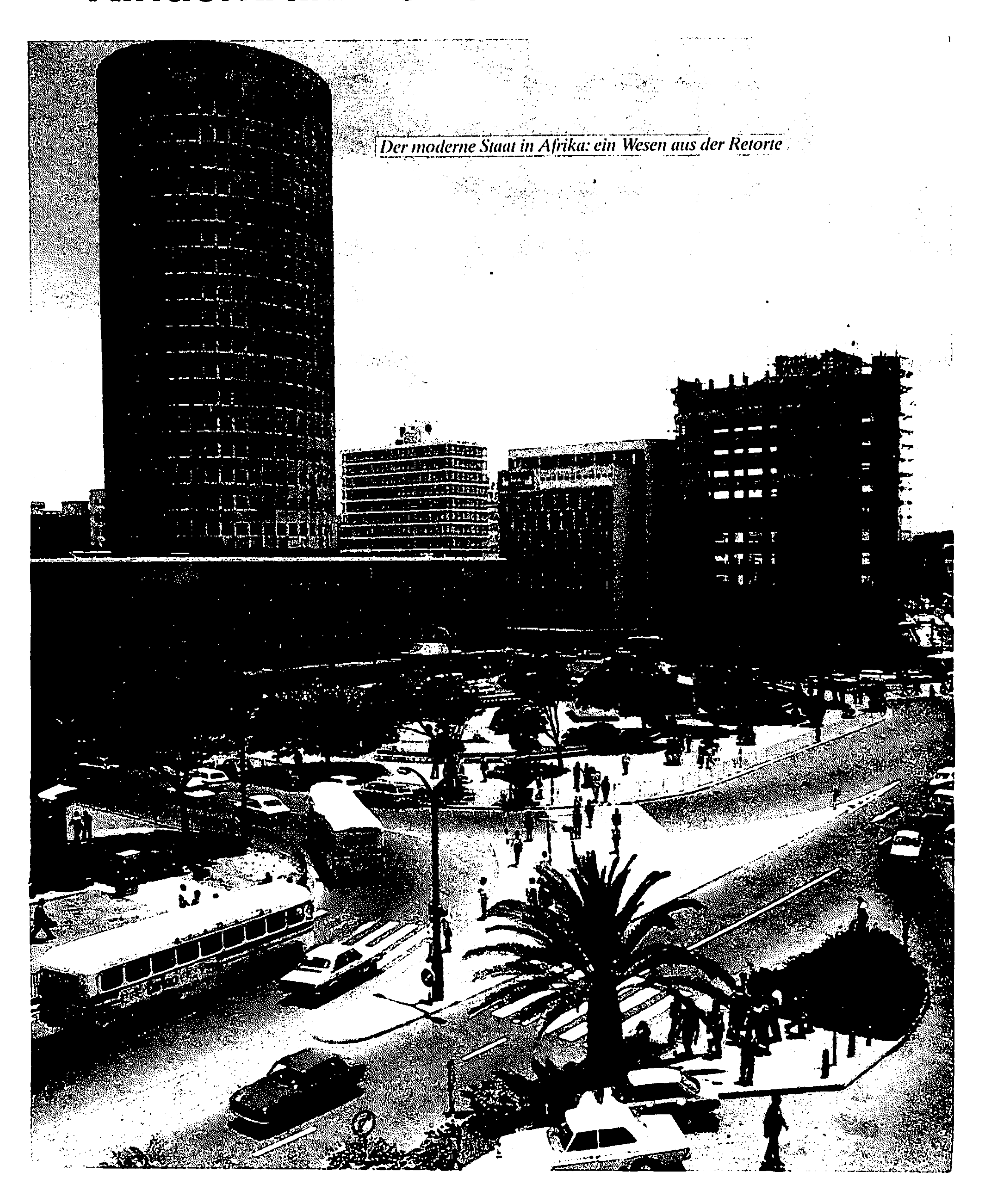
Nach den letzten Bluttests wurden sie gefragt, ob sie ihr eigenes Ergebnis erfahren wollten. Keine der Frauen fragte danach.

Für die Frauen von Trucktown und für viele ihrer Kinder ist das Wissen über AIDS zu spät gekommen. Das HIV-Virus wurde von den Männern eingeschleppt und anschließend wird es wieder nach draußen gebracht, zu einem immer größeren Kreis von Leuten.

Nach einiger Zeit werden viele der Frauen in ihre Dörfer zurückkehren. Sie werden ihre Kinder mitnehmen und den AIDS-Virus. Neue Gemeinschaften werden infiziert werden, und AIDS wird erneut ausbrechen, in fünf, zehn oder fünfzehn Jahren. Nur das Wissen darum, wie die Weiterverbreitung verhindert werden kann, ist in der Lage, die Ausbreitung einzudämmen, bevor der Erreger mehr und mehr Kenianer angreift."

(PANOS-Studie)

Kinderkrankheit eines Kontinents?



Der moderne Staat in Afrika: ein Wesen aus der Retorte

Korruption in Afrika

Warum haben sie eben das Stoppschild überfahren? Das wird Sie teuer zu stehen kommen! Der Polizist ist sichtlich erregt. Unsere Beteuerungen, außer einem verrosteten Eisenpfahl nichts gesehen zu haben, was einem Verkehrsschild auch nur im entferntesten ähnlich sieht, machen die Sache nur noch schlimmer. Von einem Gerichtsverfahren und einstweiliger Beschlagnahme des Autos ist jetzt die Rede. Die Situation entspannt sich erst, als ein inzwischen herbeigeeilter Vorgesetzter unsere Pässe einer nochmaligen Inspektion unterzieht und dabei einen Geldschein vorfindet, den er gedankenverloren zuerst in der Hand zerknüllt und dann in die Tasche steckt. „Ausnahmsweise" wollte man noch einmal „Gnade vor Recht" ergehen lassen und die Sache mit einer Ermahnung auf sich beruhen lassen, verkündet er jovial und wünscht uns schließlich sogar eine angenehme Reise. Ende gut, alles gut! Nur unser einheimischer Begleiter ist verärgert und schimpft bei der Weiterfahrt auf die „unausrottbare Korruption", die das Land noch völlig ruinieren werde. Nachdem er sich wieder beruhigt hat, wechselt er das Thema und kommt auf angenehmere Dinge zu sprechen. Zum Beispiel auf seine Stelle beim staatlichen Radio. Ob er denn überhaupt Rundfunkerfahrung habe, fragen wir neugierig. Nein, überhaupt nicht. Aber warum auch, der Stellvertreter des Personalchefs sei doch sein Schwager...

Die Geschichte hat sich vor einigen Jahren im afrikanischen Land Uganda zugetragen. Aber genauso hätte sie sich auch in jedem anderen Land des Kontinents ereignen können. Denn im Grunde illustriert sie nur, was Kenner Afrikas schon seit langem wissen, nämlich daß es dort kaum ein anderes soziales Phänomen gibt, das so verbreitet ist und doch gleichzeitig so sehr im Mittelpunkt der öffentlichen Kritik steht wie die Korruption. Was die Geschichte freilich nicht kann — und viele Afrikakenner übrigens auch nicht — ist, eine brauchbare Definition dieses Phänomens zu liefern. Das ist kein Wunder, denn bei näherer Betrachtung mangelt es dem Begriff der Korruption entschieden an Konturen. „Sittenverfall" schreibt der Duden. Aber welche und wessen Sitte verfällt hier? Etwa die althergebrachte, daß Verwandte sich untereinander zu helfen haben? Offenbar gerade nicht. Oder die neue, derzufolge die Diener des Staates dessen Geboten ausnahmslos Geltung zu verschaffen hätten? Schon eher. Jedoch, kann man sinnvoll von Zerfall bei etwas sprechen, was es erst seit kurzem gibt?

Alles ist käuflich, alles wird gekauft

Genauer ist da schon die Formel, mit der Präsident Mobutu von Zaire in einer Anwandlung von Selbstkritik die Verhältnisse in seinem eigenen Land charakterisiert hat: „Tout se vend, tout s'achete — Alles ist käuflich, alles wird gekauft".[1]

Tatsächlich ist der „Staatsbürger", der seine Steuern bezahlt und dafür von einem anonym und reibungslos funktionierenden Beamtenapparat eine breite Palette an Dienstleistungen geboten bekommt, in vielen Ländern Afrikas ein unbekanntes Wesen. Zwar gibt es dort auch Steuern, doch wer wirklich etwas vom Staat will, muß dafür direkt bezahlen, und zwar bei demjenigen Beamten, der das begehrte Gut verwaltet — genauer: der darüber verfügt, als handle es sich um sein Privateigentum. Bezahlt — sei es mit Geld, sei es mit eigenen Dienstleistungen, wozu im Falle von Frauen auch sexuelle gehören können — wird für alles: dafür, daß der Postbeamte den aufgegebenen Brief weiterleitet (und nicht, nachdem er die Briefmarken entfernt hat, einfach wegwirft); daß der Sekretär des Behördenchefs den Bittsteller vorläßt (und nicht als lästigen Querulanten anschwärzt); daß die Krankenschwester dem Patienten die verordnete — und schon dem Arzt wie dem Apotheker bezahlte — Medizin auch wirklich verabreicht (und nicht weiterverkauft); daß der Lehrer die Kinder unterrichtet (und nicht während der Schulstunden seinen Nebengeschäften nachgeht) usw. usf. Wer ein Staatsamt innehat, befindet sich da natürlich in einer günstigen Position. Doch ist auch er vom Zwang zu ständigen Zahlungen nicht frei. Im Gegenteil, je mehr er selbst einnimmt, desto mehr muß er an seine Vorgesetzten zahlen: für die längst fällige Beförderung, die günstige Beurteilung, die seit langem beantragte Versetzung, ja sogar für die regelmäßige Überweisung seines Gehaltes.

Wenn schon für das gezahlt werden muß, worauf aufgrund der bereits entrichteten Steuern an sich ein Anspruch besteht oder was zumindest in den Bereich des Legalen fällt, dann natürlich erst recht für das, was darüber hinaus geht. Denn nun handelt es sich ja nicht mehr nur um einen versteckten Tribut, sondern um eine tatsächliche „Mehrleistung". Diese kann in der Zolldeklaration bestehen, die hochzuverzollende Luxusimporte in zollfreie Maschinenteile verwandelt, in der Baugenehmigung im Naturpark, im Steuerbescheid, der auf einem fiktiven Minimaleinkommen basiert, im Universitätsdiplom für den bereits mehrmals durchgefallenen Sohn, aber auch in der Nichtverfolgung einer Straftat (letzteres mit der besonders raffinierten Variante, daß eine Tat nicht verfolgt wird, die gar nicht begangen wurde).

An dieser Stelle muß allerdings einschränkend darauf hingewiesen werden, daß es sich hier natürlich um ein etwas schablonenhaftes Bild handelt, das die in der Realität vorhandenen Differenzierungen übersicht: beispielsweise ist in Kenia oder Zimbabwe die allgemeine Käuflichkeit nicht so kraß wie in Zaire und bei Burkina-Faso handelt es sich sogar um ein Land — m.E. jedoch das einzige in Schwarzafrika — in dem solche Praktiken ernsthaft bekämpft werden. Dennoch wird der generelle Trend von diesem Bild ohne weiteres erfaßt.

Dieser Trend gilt im übrigen nicht nur für die sog. kapitalistisch-marktwirtschaftlich ausgerichteten Staaten, sondern auch für die sog. sozialistischen, wie etwa Tansania, Benin oder Mocambique. Aufgrund des dort besonders hohen Grades an staatlicher Reglementierung und der daraus resultierenden allgemeinen Mangelwirtschaft dürfte die Korruption in diesen Ländern eher noch weiter verbreitet sein. So ist in Tansania offenbar das einzige, was inzwischen noch funktioniert, der Schwarzmarkt[2], während in Mocambique diejenigen Parteikader, die die Lebensmittelkarten verteilen, de facto darüber entscheiden, wer in der Hauptstadt bleiben darf und wer nicht. Entsprechend teuer muß eine solche Zuteilung bezahlt werden. Nachdem die Regierung begonnen hatte, „illegale" Stadtbewohner auszuweisen, stiegen die Preise über Nacht rapide an...[3]

Der Staat als Selbstbedienungsladen

Die Liste dessen, was man in Afrika „kaufen" kann, bwz. sogar muß, ist beeindrukkend. Zumal, wenn man ihr noch den Nepotismus hinzufügt, also jene Praxis, bei der Posten in der langfristigen Erwartung einer Gegenleistung an Verwandte und Freunde vergeben werden. Gleichwohl geht es hier aber immer noch eher um das, was man im englischsprachigen Afrika „petty corruption" nennt. Denn die transferierten Summen sind vergleichsweise bescheiden und bilden, soweit sie lediglich eine Umverteilung bereits erzielter Einkommen darstellen, auch keine Belastung für den Staatshaushalt. Die wirklich großen, für Staatshaushalt wie Volkswirtschaft gleichermaßen ruinösen Transaktionen spielen sich dagegen viel weiter oben ab, an der Spitze der politisch-administrativen Hierarchie. Hier wechseln in der Regel gleich Millionenbeträge den Besitzer. Etwa wenn ein Minister einem internationalen Konsortium den Zuschlag für ein ebenso gigantisches wie nutzloses Staudammprojekt erteilt und dafür 10% der Bausumme kassiert; wenn sich ein Finanzminister mit einem hohen Behördenchef die Gehaltszahlungen für hunderte von Untergebenen teilt, die nur auf dem Papier existieren oder ein Staatschef das Einfuhrmonopol für ein wichtiges Grundnahrungsmittel an einen engen Vertrauten regelrecht „verpachtet". Auf der Ebene der Staatschefs verliert die Korruption nicht selten sogar jeglichen „geschäftsmäßigen" Anstrich und wird zum schieren Raub. Man denke nur an Präsident Kenyatta, der innerhalb weniger Jahre aus dem Nichts zum reichsten Mann Kenias aufstieg; an Präsident Bongo von Gabun, der (unter anderem) der größte Grundstücksbesitzer und -spekulant des Landes ist; den früheren Präsidenten Ahidjo von Kamerun, der einen ungehinderten Zugriff auf die staatlichen Ölgelder hatte oder vor



Präsident Mobutu von Zaire, alias „Le Guide": einer der reichsten Männer der Welt

allem an Präsident Mobutu von Zaire, der nicht nur ca. 15% des Staatsbudgets als „dotation présidentielle" einstreicht, sondern sich auch einen großen Teil der aus den Kupfer- und Diamantenexporten stammenden Devisen direkt auf seine ausländischen Privatkonten überweisen läßt und dessen persönliches Vermögen vermutlich genauso hoch ist wie die gesamte Staatsverschuldung, nämlich fünf Mrd. Dollar.[4]
Auch die Tendenz vieler Staatschefs, den Staat als eine Art Selbstbedienungsladen zu betrachten, ist — ebenso wie die oben erwähnte „petty corruption" — keineswegs ein Phänomen, daß nur auf „kapitalistisch" orientierte Länder beschränkt wäre. So flossen beispielsweise auch im „sozialistischen" Guinea Sekou Tourés die Einnahmen aus dem Bauxitexport — dem bedeutendsten Devisenbringer des Landes — nicht etwa in die Staatskasse, sondern in die Taschen des weitverzweigten Touré-Clans.

Die Ausnahme als Regel

Korruption ist natürlich keineswegs ein spezifisch afrikanisches Problem. Auch bei uns gibt es sie — es sei hier lediglich an die Flick-Affäre und den Skandal um die Neue Heimat erinnert — und selbst der Ämterkauf war bis in das vorige Jahrhundert hinein in einigen europäischen Ländern, wie etwa England, durchaus noch üblich. Der erhobene moralische Zeigefinger ist gegenüber den Afrikanern also fehl am Platz.
Einen Unterschied zwischen Europa und Afrika gibt es aber, und der ist allerdings doch recht erheblich. Was nämlich hierzulande mittlerweile etwas „Anstößiges" ist — zumindest in der medienvermittelten Öffentlichkeit — ist dort ein alltägliches Verhalten, das die gesamte Gesellschaft durchzieht und höchstens noch im Falle eines allzu plumpen Vorgehens geahndet wird. Nirgendwo kommt das so plastisch zum Ausdruck wie in Mobutus berühmt-berüchtigten Ausspruch „Volez intelligemment! — Klaut mit Köpfchen!"[5]
Quantitative Unterschiede schlagen ab einem bestimmten Punkt aber meist in qualitative um. Im vorliegenden Fall bedeutet das, daß solche für die moderne Gesellschaft zentralen Institutionen wie Justiz, Bürokratie oder Erziehungswesen immer mehr ihre offiziellen Funktionen verlieren und zu Instrumenten persönlicher Raffgier werden. Die Korruption ist dann nicht mehr nur das relativ harmlose Schmiermittel, das eine schleppend arbeitende Verwaltung in Schwung bringt, sondern umgekehrt: diese muß schleppend arbeiten, damit es einen Grund zum Schmieren gibt und die Beamten zu ihren Nebeneinnahmen kommen. Allgemeine Ineffizienz greift um sich, und die Gesellschaft wird schließlich zu dem, was der amerikanische Soziologe Andreski eine „Kleptokratie" genannt hat.
Beispiel für eine solche Entwicklung ist Zaire. Dort hat die Korruption inzwischen ein Ausmaß erreicht, das die Weltbank in ihrem Jahresbericht 1983 in dürren Worten folgendermaßen beschrieben hat: „Die Entwicklung zusätzlicher Einkünfte kann zur zwanghaften Hauptbeschäftigung werden. Die öffentlichen Bediensteten werden nichts ohne Bestechung tun, und ein Großteil der Bevölkerung ist unproduktiv damit beschäftigt, deren Gunst zu sichern oder deren Schweigen zu erkaufen. Die Korruption kann damit zur eigentlichen Daseinsberechtigung von Institutionen werden, statt lediglich ein unwesentlicher Aspekt ihrer Tätigkeit zu sein."[6].

Erklärungsversuche — Der Staat als „Unternehmer"

Wie ist diese Situation zu erklären? Eine Ursache ist zweifellos die dominierende Rolle, die der Staatsapparat in den nachkolonialen Gesellschaften Afrikas mangels einer einheimischen Unternehmerschicht im ökonomischen Bereich spielt. Staatliche, bzw. parastaatliche Betriebe und Gesellschaften sind sind dabei sowohl in der unmittelbaren Produktion tätig, als auch im Handel, der Kreditvergabe und insbesondere der Vermarktung bäuerlicher Agrarprodukte. Der Unterschied zwischen „sozialistischen" und „kapitalistischen" Ländern ist auch hier wieder äußerst minimal. Zwar hat der „Plan" in der politischen Alltagsrhetorik der „kapitalistischen" Länder nicht den gleichen Stellenwert wie in „sozialistischen", doch bedeutet das nicht, daß der Umfang der Staatsoperationen hier wesentlich geringer wäre. So ist sogar in der Elfenbeinküste, die ja gemeinhin als Hochburg des wirtschaftlichen Liberalismus gilt, der Staat der größte Investor. Ähnliches ließe sich auch von Kenia sagen.
Auf jeden Fall ist die Folge dieses weitgesteckten Aktionsradius, daß vieles, was bei uns als reine Privatsache gilt, in Afrika bereits in den Bereich der Korruption fällt. Ein Beispiel: Der Direktor eines afrikanischen Staatsbetriebes, der (in der Erwartung späterer Gegenleistungen) einen unfähigen Neffen als Produktionsleiter einstellt und das Unternehmen dadurch in die roten Zahlen manövriert, verhält sich korrupt und muß — wenigstens im Prinzip — mit staatlichen Sanktionen rechnen. Der private Unternehmer in Europa hingegen, der genau das gleiche tut, handelt völlig legal. Etwaige Sanktionen erfolgen dann nicht durch den Staat, sondern durch den Markt. (Wobei es natürlich auf einem ganz anderen Blatt seht, daß der Direktor des Staatsbetriebes in der Praxis weder den Staat noch den Markt zu fürchten hat).

Realitätsfremde Staatseingriffe

Die Tatsache, daß die Aktivitäten des Staates in Afrika sehr weitgespannt sind — jedenfalls dem Anspruch nach — bedeutet jedoch nicht, daß diese den jeweiligen sozialen und ökonomischen Gegebenheiten nun besonders angepaßt wären. Da sich die Bürokratie aufgrund ihrer Ausbildung zumeist an einem europäischen Entwicklungsmodell orientiert, ist eher das Gegenteil der Fall. Und da es eine politische Partizipation allenfalls in Ansätzen gibt, bleibt denjenigen, die von diesen staatlichen Aktivitäten betroffen werden,

kein anderer Ausweg, als zu versuchen, sich ihnen durch die Zahlung von Bestechungsgeldern zu entziehen. In Kombination mit den notorisch niedrigen Gehältern der unteren Beamten ergibt sich daraus ein idealer Nährboden für die Korruption.

So ist beispielsweise die allgemein innerhalb der Polizei grassierende Korruption wesentlich darauf zurückzuführen, daß es überall in Afrika eine Fülle von Sicherheits- und Hygienevorschriften gibt — meist aus dem früheren „Mutterland" en bloc übernommen — die all' die kleinen Taxiunternehmer, Straßenhändler und Hinterhof-Bierbrauereien unmöglich einhalten können. Das Ergebnis ist, daß sie sich bei den immer wieder stattfindenden Polizeikontrollen freikaufen müssen, während diese Kontrollen selbst zu einer profitablen Einkommensquelle der Polizisten werden — ganz so wie es die in Kenia erzählte Anekdote zum Ausdruck bringt, in der ein Polizist seinem Freund sagt, der das geliehene Geld zurückhaben will: „Komm' morgen wieder, da habe ich Dienst". Ein anderes Beispiel ist der Schwarzmarkt, der unter reger Beteiligung der Bürokratie praktisch in ganz Afrika blüht. Auch er dürfte nicht zuletzt eine Folge staatlicher Eingriffsversuche sein, nämlich der Überbewertung der nationalen Währungen einerseits und des Niedrighaltens der staatlichen Aufkaufpreise für bäuerliche Agrarprodukte andererseits.

Der Nationalstaat aus der Retorte

Warum greift die politische Spitze hier nicht entscheidender durch? Die Antwort ist einfach: weil sie nicht kann und letztlich auch gar nicht will. Die Gründe dafür sind wiederum in der spezifischen Struktur von Staat und Öffentlichkeit in Afrika zu suchen. Denn der moderne Nationalstaat ist dort nicht aus einem langfristigen internen Entwicklungsprozeß hervorgeganen, sondern während der Kolonialzeit einem Gemisch ethnisch, kulturell und religiös heterogener Gruppen förmlich aufgepfropft worden. Er ist damit ein Retortenwesen, das sich in einem moralischen und emotionalen Leerraum bewegt und dem niemand Loyalität schuldet. (Die Tatsache, daß die von den Kolonialverwaltungen eingesetzten Häuptlinge sich häufig als unfähig und skrupellos erwiesen hatten, tat wahrscheinlich noch ein übriges dazu, um den Staatsgedanken zu kompromittieren).

Loyalität ist infolgedessen nach wie vor an solche „primordialen" (d.h. „uranfänglichen") Einheiten wie Großfamilie, Klan und „Stamm" gebunden. Die Folge ist, daß der Inhaber eines Staatsamtes keinerlei Skrupel hat, dieses zu seinem eigenen Vorteil einzusetzen. Solange er dabei nicht nur an sich denkt, sondern auch an seine Verwandten und — falls es sich um ein hohes Amt handelt — an seine „Stammes"-genossen, wird das von seiner Umgebung nicht nur geduldet, sondern als völlig normal angesehen. Mehr noch, der Beamte, der seine Verpflichtung gegenüber dem Staat höher bewertet als die gegenüber seiner jeweiligen „primordialen" Gruppe, läuft sogar Gefahr, sich als „Verräter" im sozialen Abseits wiederzufinden. Wer hingegen etwas für die eigenen Leute „tut", kann mit Prestige und hohem Ansehen rechnen.

Die moderne afrikanische Gesellschaft zerfällt damit gewissermaßen in zwei „Öffentlichkeiten" mit voneinander gänzlich verschiedenen Wertestandards:

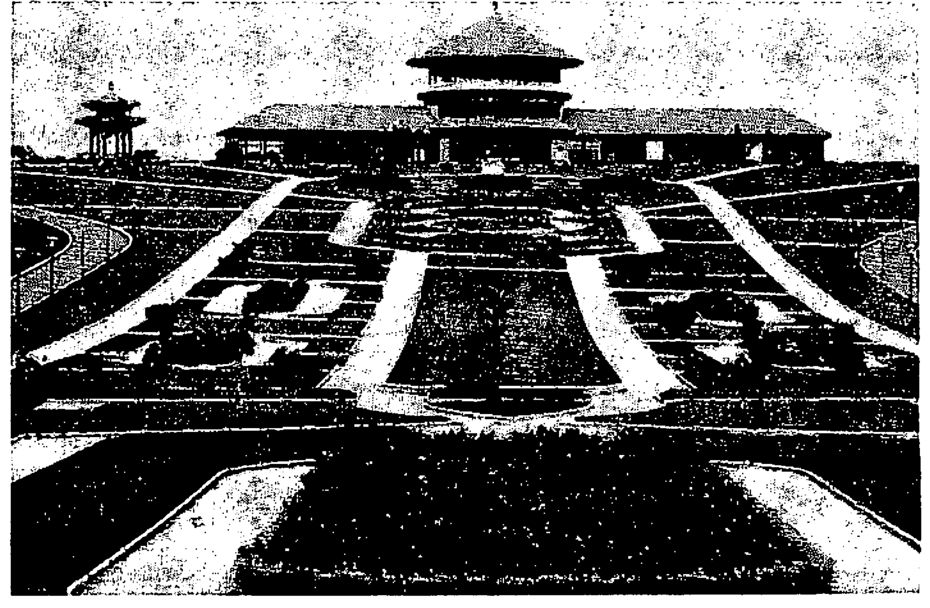
— In eine offizielle staatlich-nationale Öffentlichkeit, in der, ungeachtet einer durch Medien und politische Sonntagsreden allgemein propagierten „Rhetorik der Verantwortung" facto als einzige Regel die persönliche Vorteilsmaximierung gilt

— in eine inoffizielle — d.h. auf rein private, bzw. informelle Organisations- und Selbstdarstellungsformen beschränkte — „primordiale Öffentlichkeit", die nach wie vor in erheblichem Umfang von die Gruppensolidarität betonenden Werten bestimmt.

Entsprechend gegensätzlich kann daher das Verhalten sein, das ein und dieselbe Person in den beiden „Öffentlichkeiten" an den Tag legt: die „Beute", die im einen Bereich völlig bedenkenlos gemacht wird, wird — wenigstens zum Teil — im anderen unter genauer Beachtung der entsprechenden Pietätsregeln umverteilt. Der Beamte, der in seiner Dienststelle ungeniert in die Kasse greift, sobald sich eine Gelegenheit bietet, käme als Kassenwart einer „Tribal Association" (Stammesvereinigung) nicht im Traum auf den Gedanken, auch nur den kleinsten Betrag in die eigene Tasche zu stecken.

Der Politiker als Patron

Ähnlich verhält es sich mit den Inhabern politischer Ämter, hat doch auch ein Abgeordneter oder ein Minister in erster Linie sein und seiner Gruppe Wohl im Auge und nicht etwa das einer fiktiven Allgemeinheit. Dort wo es einen beschränkten politischen Wettbewerb gibt und die Regierungspartei bei den Parlamentswahlen (im Rahmen einer Einheitspartei) mehrere Bewerber pro Wahlkreis zuläßt, richtet sich die Wahlentscheidung dann auch nie nach irgendwelchen allgemeinpolitischen Programmen, sondern einzig und allein nach dem, was der Kandidat dem Wahlkreis an unmittelbaren materiellen Vorteilen — d.h. vornehmlich staatlichen Leistungen wie Straßen, Wasseranschlüssen etc. — zu verschaffen verspricht. Bereits vorhandener Wohlstand des Kandidaten gilt dabei durchaus nicht als Manko, sondern vielmehr als Beweis seiner politischen Durchsetzungsfähigkeit: nur von dem, der es selbst zu etwas gebracht hat, kann man erwarten, daß er imstande sein wird, auch für andere etwas zu „tun". Der politische Asket dagegen, der nur seine reine Gesinnung vorweisen kann und sonst nichts, gilt als Versager. Die schweren Mercedesse, schicken Anzüge und dicken Goldarmbänder, die inzwischen zur Standardausrüstung fast eines jeden



Präsident Mobutus „Zweitwohnsitz" in seinem Heimatort Gbadolite

afrikanischen Politikers gehören, wären demnach also weniger Ausdruck einer naiven Protzerei als eines rationalen politischen Kalküls.

Aber auch der Gruppenegoismus der Wähler ist durchaus als rational zu bewerten und keinesfalls nur als ein irrationales Festhalten an überkommenden Verhaltensweisen, etwa im Sinne eines engstirnigen „Parochialismus" (Kirchtumspolitik) oder „Tribalismus". Denn einmal ganz abgesehen davon, daß beispielsweise der „Stamm" häufig gar kein traditionales Phänomen ist, sondern das Resultat eines kolonialstaatlichen Definitionsaktes, der mittels von außen angelegter ethnologischer und linguistischer Kriterien erfolgte und wesentlich herrschaftstechnische Motive hatte. Die allgemeine materielle Mangelsitutation im heutigen Afrika und das daraus resultierende Konkurrenzdenken

veranlassen den einzelnen in jedem Fall den Verteilungskampf um die begehrten staatlichen Ressourcen im Rahmen und für die Rechnung der eigenen Gruppe zu führen, selbst wenn der als politischer Mittelsmann zur Regierung fungierende jeweilige „Stammesführer" oder „Klanchef" dabei das bessere Geschäft machen sollte. D.h. auch wenn der „Stamm" nur ein künstliches soziales Gebilde ist und die Ausrichtung an ihm letztlich ein „falsches Bewußtsein" zeigt — faktisch ist er gegenwärtig eben doch die entscheidende Orientierungsgröße für das politische Handeln.

Das Herrschaftsinteresse der politischen Spitze

Diese auf persönlichen Beziehungen und unmittelbarem „parochialen" Vorteilsgewinn basierende Patronagepolitik, bei der die Korruption gewissermaßen automatisch eingebaut ist, hat ihre Ursachen aber nicht nur darin, daß sie dem Bewußtsein der Bevölkerung sowie den allgemeinen materiellen Verhältnissen entspricht. Sie ist auch auf das Verhalten der politischen Spitze zurückzuführen, genau: auf den von ihr systematisch betriebenen Abbau all derjenigen Institutionen — Oppositionsparteien, souveränes Parlament, freie Presse etc. — vermittelt derer ein demokratischer „Diskurs" über die grundsätzlichen Probleme des gesamten Landes wenigstens hätte in Gang gebracht werden können. Das Motiv für diesen Abbau ist allein der Herrschaftserhalt, da die politische Spitze — in aller Regel ein autoritär regierender „präsidentieller Monarch" — sich natürlich leichter behaupten kann, wenn sie es nicht mit einigen wenigen und relativ großen politischen „Lagern" zu tun hat — womöglich noch mit solchen, die über eine breite soziale Basis verfügen, weltanschaulich orientiert sind und eine prinzipielle Umgestaltung der Gesellschaft anstreben — sondern statt dessen mit einer Vielzahl lokal bzw. ethnisch-regional verankerter politischer Patrone, die alle miteinander um die staatlichen Ressourcen konkurrieren. Denn hat der Herrscher erst einmal das Monopol ihrer Verteilung inne, ist es ihm ein leichtes, die verschiedenen Patrone durch eine geschickte Politik des „Teile und Herrsche" gegeneinander auszuspielen und so von sich abhängig zu machen. Indem der erstrebte Zugang zu den staatlichen Ressourcen gleichbedeutend mit dem privilegierten Zugang zum Herrscher wird, erhält das politische Handeln den Charakter einer „Hofpolitik" bei der alle um die Gunst des herrscherlichen „Grand Patrons" wetteifern und — sich dabei zu dessen Vorteil gegenseitig auf die Füsse treten.

Daß die ohnehin grassierende Korruption dadurch einen weiteren Auftrieb erhält, liegt auf der Hand, werden die Staatsämter doch zunehmend zu einer Art von Pfründe, durch deren Vergabe bzw. Entzug der Herrscher die „Getreuen" belohnt und die „Verräter" straft (so ernannte beispielsweise in Uganda der damalige Präsident Obote den ihm treu ergebenen Armeechef Okello zum Vorsitzenden des staatlichen Coffee Marketing Boards. Praktisch bedeutete das, daß Okello diese für die Wirtschaft Ugandas so zentrale Organisation zur freien Verfügung erhielt). Der französische Afrikanist Pierre Biarnes hat diese Art der Ämtervergabe treffend mit den Praktiken im vorrevolutionären Frankreich verglichen: „Wie die 'Benefizien' im Frankreich des Ancien Regime erhält sie (d.h. die Ämter) nur, wer in der Gunst des 'Fürsten' steht. In der Regel sind das diejenigen, die sich in seiner Partei hervorgetan haben oder die zu seinem Klan gehören".[7]



An der Spitze angekommen ...

Exkurs: Politische Macht über alles

Diese Fixierung auf den Herrschaftserhalt ist allerdings erklärungsbedürftig. Sie ist dabei weniger in einer spezifisch afrikanischen Machtgier zu suchen, als vielmehr in der Struktur moderner afrikanischer Gesellschaften, genauer in der zentralen Position, die der Staat ihnen gegenüber einnimmt. Wie bereits oben erwähnt ist in Afrika der heutige, seinen Institutionen und seiner Form nach „legal-rationale" Staat ja nicht das Ergebnis einer jahrhundertelangen endogenen, sondern das einer relativ kurzen exogenen Entwicklung, in deren Verlauf er einem willkürlich zusammengefaßten Gemisch sozial nur wenig ausdifferenzierter und ethnisch voneinander verschiedener Gesellschaften als wesensfremdes Kunstgebilde „en bloc" aufgezwungen worden war. Dieses Auseinanderklaffen zwischen „moderner" staatlicher Superstruktur und „traditioneller" gesellschaftlicher Basis führte nach der Unabhängigkeit aber dazu, daß der Staat — bzw. die ihn verkörpernde, vornehmlich aus Beamten und Politikern bestehende „Staatsklasse" — nun mit dem Anspruch auftrat, die „Entwicklung" der quasi nachhinkenden Gesellschaft zu planen, zu initiieren und voranzutreiben, und zwar besonders im ökonomischen Bereich. Ausgerüstet mit einer Vielzahl von zumeist der kolonialen Erbmasse entstammenden Behörden, Planungsstäben und ausländischen „Experten" bemüht er sich in der Folge, diesem Ziel vor allem dadurch näher zu kommen, daß er sich gegenüber der Außenwelt des internationalen Systems als ein Vermittler plaziert, der sowohl die von dort kommenden als auch die dorthin abfliessenden Ressourcen (Investitionen und Entwicklungshilfen bzw. bäuerliche Agrarprodukte und sonstige Exporte) kanalisiert und kontrolliert. Darüber hinaus versucht er mit Hilfe einer breiten Palette von staatlichen und halbstaatlichen Betrieben, landwirtschaftlichen „Genossenschaften" und Beratungsdiensten unmittelbar in die Produktion einzugreifen, bzw. diese überhaupt erst in Gang zu setzen.

Die hier angesprochene „Zentralität" des modernen afrikanischen Staates soll allerdings nicht dahingehend interpretiert werden, daß er nun tatsächlich das allmächtige und allgegenwärtige Leistungszentrum wäre, das zu sein er beansprucht. Anspruch und reale Durchsetzungfähigkeit stehen eher in einem umgekehrten Verhältnis zueinander, sodaß es in der Praxis weniger der „overdeveloped state"[8] ist, der als typisch für Afrika gelten kann, als vielmehr der „kraftstrotzende Schwächling"[9], d.h. die Kombination eines autoritär auftretenden „starken" Staates, dessen allumfassender Kompetenzanspruch sich in pompösen hauptstädtischen Verwaltungsgebäuden und bombastischen Plänen manifestiert mit einem „schwachen" Staat, dessen wirkliche Gestaltungskapazität kaum über den papierenen Rand seiner Programme hinausreicht.

Wenn hier von der „Zentralität" des Staates die Rede ist, dann nicht, weil er alles und jedes erfolgreich plant und vorantreibt, sondern weil er alles und jedes an sich reißt und gleichzeitig das Entstehen von autonomen, mit originären Ressourcen ausgestatteten Zentren verhindert. Die Folge daraus ist, daß sich der individuelle soziale Aufstieg in erster Linie nach Maßgabe des jeweiligen Zugangs zum Staat vollzieht: der Bauer, der Dünger oder ertragreicheres Saatgut braucht und sein Produkt im Ausland vermarkten will; der aufsstrebende Geschäftsmann, der Lizenzen, Kredite oder gesicherte Absatzmärkte benötigt, der Universitätsabsolvent, der eine qualifizierte Stellung sucht — sie sind alle in irgendeiner Weise auf den Staat als den größten (wenn nicht sogar einzigen) Arbeitgeber, Kreditgeber, Vermittler und Protektor angewiesen. Diejenigen, die diesen Ressourcenfluß kontrollieren — also die Inhaber öffentlicher Ämter — befinden sich dabei natürlich in der günstigsten Position. Denn sie können nicht nur am tiefsten aus den staatlichen Töpfen schöpfen, sie können obendrein die Verteilung des verbliebenen Rests dazu nutzen, eine persönliche

Klientel aufzubauen, die dann im Kampf um noch ertragreichere Prfünden ins Feld geführt werden kann. Anders als in Europa ist es in Afrika daher nicht die ökonomische Macht, die zur politischen führt, sondern umgekehrt die politische, die die ökonomische nahezu automatisch nach sich zieht. Statt nur ein „Überbau"-Phänomen zu sein, stellt die Politik mithin selbst eine „Produktivkraft" dar. Oder einfacher ausgedrückt: man ist in Afrika nicht umso mächtiger, je reicher, sondern umso reicher je mächtiger man ist. Der Verlust der politischen Macht bedeutet dementsprechend nicht nur, jeglichen Einfluß zu verlieren, sondern auch das Prestige, den Reichtum und manchmal sogar das Leben. Er kommt einem Sturz ins Bodenlose gleich. Einmal an der Spitze angekommen, ist es daher nicht verwunderlich, daß der schiere Machterhalt zum A und O jeglicher Politik wird.

Korrupt sind nur die anderen

Von Korruption im Sinne eines abweichenden Verhaltens („Sittenverfall") läßt sich in Afrika letztlich also nur insofern sprechen, als es sich hier um eine Abweichung von dem Normenkatalog handelt, der zusammen mit dem Konzept des Nationalstaats bei der Unabhängigkeit formal übernommen worden war. Das bedeutet jedoch nicht, daß die offizielle Verurteilung der Korruption, wie man sie überall in Afrika hören kann — kein Militärputsch, dessen Urheber nicht den Kampf gegen die Korruption auf ihre Fahnen geschrieben hätten — nun eine völlig funktionslose Fassade oder eine lediglich für ausländische Ohren bestimmte Rhetorik wäre. Eine Funktion hat sie durchaus, nämlich die einer Waffe bei den Auseinandersetzungen innerhalb der Eliten. So dient die immer wieder vorkommende und zumeist publikumswirksam inszenierte Aburteilung „korrupter" Politiker nicht selten der Kaltstellung potentieller Konkurrenten des Herrschers und auch im Konkurrenzkampf der politischen Patrone und Cliquen ist der Vorwurf der Korruption ein beliebtes Mittel, durch das man sich gegenseitig in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen versucht. Das Paradox, daß in einer Gesellschaft, in der alles käuflich ist, ein solcher Vorwurf für die Betroffenen überhaupt eine negative Wirkung haben kann, ist dabei nur ein scheinbares: nicht der „Normbruch" als solcher erregt die Öffentlichkeit — eine „Öffentlichkeit", zu der die Herkunftsgruppe des jeweils Betroffenen natürlich nicht gehört — sondern die Angst, daß die eigenen Gruppe und damit man selbst zu kurz kommen könnte. D.h. der Minister, der sich im Amt bereichert wird heftig angegriffen — wenn er zu einem fremden „Stamm" gehört. Ist er aber ein „Stammesgenosse", rühmt man seine politische Durchsetzungskraft und bittet ihn um eine großzügige Spende für das lokale Selbsthilfeprojekt.

„Eigene Gruppe" und „Stamm" sind dabei aber nicht immer deckungsgleich. Der Polizist, dem man bei einer Verkehrskontrolle „Tribut" zahlen muß, gilt als „korrupt", auch wenn er dem gleichen „Stamm" angehört. Nicht „korrupt", sondern „tüchtig" ist dagegen der Schwiegersohn, der im Krankenhaus einen schwunghaften Medikamentenhandel betreibt, obwohl dies auf Kosten der gemeinsamen „Stammesbrüder" geschieht.

Zur Bewertung des Phähomens

In der Diskussion über die Korruption (und zwar die der Dritten Welt insgesamt) lassen sich zwei entgegengesetzte Standpunkte ausmachen. Der erste, der sowohl der ältere als auch der weiter verbreitete ist, zielt auf eine eindeutige Verurteilung der Korruption als Entwicklungshindernis. Dagegen läuft der zweite auf eine insgesamt positive Bewertung hinaus. W eil sie die provokantere von beiden ist, soll die letzte Position im folgenden kurz diskutiert werden.

Zwei Argumente waren es vor allem, die zu der neuen Einschätzung führten:

Korrupte Beamte und Politiker verwenden ihre illegalen Nebeneinnahmen für nützliche Investitionen. Gelder, die sonst nur konsumiert werden würden, verwandeln sich somit in Produktivkapital, noch dazu in den Händen gut ausgebildeter Experten.

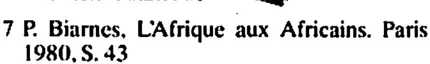
Die Korruption stellt keine Behinderung des Entwicklungsprozesses dar, sondern treibt ihn vielmehr voran, indem sie einer ineffizient arbeitenden Bürokratie auf die Sprünge hilft, Gesetze und Regierungsvorhaben, die den sozialen Gegebenheiten nicht angepaßt sind, faktisch außer Kraft setzt und der Bevölkerung das Gefühl gibt, zumindest ansatzweise in das moderne Staatswesen integriert zu sein.

Was das erste Argument betrifft, so investieren Bürokraten und Politiker in Afrika zwar, aber vornehmlich auf eine Weise, die der amerikanische Politologe Fred W. Riggs „strategic spending" genannt hat: Geschenke und Schmiergelder für Vorgesetzte und zentrale politische Figuren, finanzielle Unterstützungen für Freunde und wichtige Klienten, Gelder für den Kauf von Wahlstimmen usw. Das Geld wird also zu einem guten Teil dort ausgegeben, wo es herkommt, nämlich im Bereich der politisch-persönlichen Beziehungen. Rechnet man noch die Summen hinzu, die ohnehin innerhalb der Großfamilie verteilt werden müssen, bleibt von den Einnahmen aus dem Amt nicht mehr allzuviel übrig. Doch auch das wird in der Regel nicht produktiv investiert, sondern entweder ins Ausland transferiert oder aber in Spekulationsgeschäfte mit schnellem Kapitalumschlag gesteckt. Der Grund dafür ist die zumeist unberechenbare politische Situation, in der man, wie in Zaire „von heute auf morgen zu höchsten Ämtern aufsteigen, genauso schnell aber auch entlassen, geschlagen, gefoltert und ins Gefängnis geworfen werden kann."[10]

Dem zweiten Argument kann im Grunde nur zustimmen, wer beispielsweise auch akzeptieren würde, einem Süchtigen Heroin zu geben, weil es ihm sonst noch schlechter gehen würde. Mit anderen Worten: Korruption macht das System kurzfristig gesehen vielleicht leichtgängiger, langfristig aber immer zähflüssiger. Korruption ist kein Phänomen, daß sich eingrenzen oder gar steuern ließe. Im Gegenteil, hat sie erst einmal ein bestimmtes Ausmaß erreicht, breitet sie sich immer schneller aus, bis die Gesellschaft schließlich wie ein mit Schadstoffen überlasteter Fluß „umkippt". Denn wer sich bis jetzt vielleicht noch einigermaßen an die offiziellen Regeln gehalten hat, wird ebenfalls dazu übergehen, seine Dienste zu verkaufen, wenn er sieht, wie gut seine Kollegen damit fahren. Der wachsende Zwang, für alles bezahlen zu müssen, ohne im voraus aber immer genau zu wissen, wieviel und bei wem, macht jegliches unternehmerische Handeln unmöglich. Der Hang zu schnellen (und illegalen) Spekulationsgeschäften steigt und damit die Notwendigkeit, sich mit den Behörden zu „arrangieren". Das verstärkt wieder deren Bereitschaft zur Käuflichkeit. Die in der Folge noch weiter um sich greifende Korruption untergräbt den letzten Rest an Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Eine langfristig in die Zukunft gerichtete Entwicklungspolitik, wie sie an sich erforderlich wäre, läßt sich mithin nicht verwirklichen. Politik beschränkt sich statt dessen auf ein alltägliches Krisenmanagement, löst sich auf in eine aus einfachen Zug-um-Zug-Geschäften bestehende Patronagepolitik. Patronagepolitik heißt aber: die Stärksten setzen sich durch, d.h. die Regionen und ethnischen Gruppen mit den besten Beziehungen zur politischen Zentrale erhalten die meisten staatlichen Mittel. Die regionalen Ungleichgewichtigkeiten werden dadurch verstärkt, das ohnehin nur sehr schwach ausgeprägte nationale Gemeinschaftsgefühl noch weiter ausgehöhlt. Das erhöht aber wiederum die Neigung der Beamten... usw. usf. Der Kreis hat sich geschlossen, das Spiel kann wieder von vorn beginnen.

Anmerkungen

1 P. Serlon; „Les ressorts d'un système axé sur la survie". In: Le Monde Diplomatique, September 1981
2 Libération v. 29.12.1984
3 taz v. 16.5.1986
4 Le Monde Diplomatique, November 1982; Afrique-Asie Nr. 225, 1981; New African, Januar 1983
5 P. Serlon, a.a.O.
6 Die Zeit v. 8.2.1985



7 P. Biarnes, L'Afrique aux Africains. Paris 1980, S. 43
8 H. Alavi, „The State in Post-Colonial Societies — Pakistan and Bangla Desh". In: New Left Review, Nr. 74, 1972
9 Franz Nuscheler/Klaus Ziemer, Politische Herrschaft in Schwarzafrika. München 1980, S. 148
10 P. Serlon, a.a.O.

Frank Ballot

Ghana

Die Sehnsucht nach den goldenen Küsten

Am 6. März dieses Jahres beging Ghana mit Festreden und Paraden den 30. Jahrestag seiner Unabhängigkeit. An diesem Tag vor 30 Jahren hatte Kwame Nkrumah die nationale Unabhängigkeit des ersten schwarzafrikanischen Staates von einer europäischen Kolonialmacht verkündet. Aus der britischen Kronkolonie „Goldküste" war über Nacht Ghana geworden. Ghanas Unabhängigkeit läutete das Ende der kolonialen Epoche in Schwarzafrika ein. Im folgenden Jahrzehnt erlangten fast 50 afrikanische Länder die (formale) Unabhängigkeit von ihrer früheren Kolonialmacht.

Ghanas erster Ministerpräsident (und späterer Staatspräsident) Kwame Nkrumah wurde für eine kurze Periode eine Symbolfigur für ganz Afrika: Für den Unabhängigkeitswillen der Völker, für ihren Kampf gegen Kolonialismus und Neokolonialismus und für das Streben nach panafrikanischer Einheit auf dem Kontinent. So wie Ghana damals die Hoffnungen des ganzen Kontinents verkörperte, so ist die nunmehr dreißigjährige Geschichte des Landes auch ein Spiegel der typischen Rückschläge auf dem Weg zu wirklicher wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit, mit denen alle Länder Schwarzafrikas zu kämpfen haben

Die Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag von Ghanas Unabhängigkeit dauerten eine ganze Woche. Den Auftakt bildeten Festgottesdienste aller Religionsgemeinschaften, und zum Abschluß fanden Paraden in den großen Städten statt. „Wer das heutige Ghana mit der Goldküste am Vorabend der Unabhängigkeit vergleicht, der wird unser Land kaum wiedererkennen. So weit sind wir vorangekommen als unabhängige Nation", verkündete die regierungsoffizielle Zeitung „People's Daily Graphic" einige Tage vor dem Jubiläum. Solche Worte müssen vielen Ghanaern wie Zynismus geklungen haben. Vor allem die Älteren erinnern sich daran, daß es ihnen vor 30 Jahren wirtschaftlich besser ging. Der wirtschaftliche Niedergang in den 60er und 70er Jahren war so eklatant, daß die späte Kolonialepoche heute manchem Ghanaer als die gute alte Zeit erscheint. Gelegentlich erscheinen in den Zeitungen Leserbriefe, deren Verfasser an die goldenen Verhältnisse vor 1957 erinnern, als die Beamten noch nicht korrupt waren und eisern ihre Pflicht taten und als es für harte Arbeit einen gerechten Lohn gab. Das sind erstaunliche Töne in einer Presselandschaft, die ansonsten vor antiimperialistischer Rhetorik nur so übersprüht.

Die Lebensbedingungen der Masse der Bevölkerung haben sich in der Tat drastisch verschlechtert. Natürlich ist es nicht ganz einfach, verläßliche Statistiken über die Reallohnentwicklung zu finden. Die folgende Berechnung gibt immerhin einen guten Anhaltspunkt: 1960 mußte ein ungelernter Arbeiter 2 Stunden arbeiten, um das Geld für eine Yamwurzel (ein typisches Grundnahrungsmittel in Ghana) zu verdienen. 1985 mußte er schon 4,5 Arbeitsstunden für eine Yamwurzel aufwenden. Noch eklatanter war die Einbuße an Lebensstandard, die Staatsbeamte und Akademiker hinnehmen mußten: Ein Hochschullehrer mußte 1960 10 Minuten für eine Yam arbeiten, 1985 aber bereits 2,5 Stunden. Kein Wunder, daß mancher ghanische Arzt, mancher Naturwissenschaftler und Ingenieur einen gutbezahlten Job im Ausland der kargen Existenz in der Heimat vorzieht. Schätzungsweise 40% aller ghanischen Ärzte arbeiten im Ausland.

Auch auf dem Lande ist das Leben schwieriger geworden. Die Kakaobauern haben die gefallenen Weltmarktpreise unmittelbar zu spüren bekommen. Wer Nahrungsmittel produziert, hat Schwierigkeiten mit der Vermarktung. Schätzungsweise 20% der Ernte verrotten, weil Transportmittel und Lagermöglichkeiten fehlen. Viele Bauern haben sich ganz von der Marktproduktion zurückgezogen. Wie in vielen Teilen Afrikas ist die Rückkehr zur Subsistenzproduktion eine häufige Konsequenz. Überleben ist möglich, aber auf niedrigstem Niveau.

Dabei schienen zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit die Ausgangsbedingungen für eine kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung denkbar günstig zu sein. Das Land verfügte damals über erhebliche Devisenreserven aus dem Erlös des Kakaoexports (die Goldküste war zu der Zeit der größte Kakaoproduzent der Welt). Bildungsstand und Verkehrsinfrastruktur hatten ein Niveau erreicht wie sonst nirgends in Westafrika. Und die Nahrungsmittelproduktion reichte zur Versorgung der eigenen Bevölkerung. Ghana war das, was man heute ein Schwellenland nennt: Alle Voraussetzungen waren gegeben, den Sprung vom Agrarland zum Industrieland zu wagen.

Kwame Nkrumah war afrikanischer Nationalist und Anti-Imperialist. Aber er glaubte an Europas Entwicklungsweg, an die Möglichkeit nachholender Industrialisierung nach dem europäischen Modell. Das Schwergewicht der Entwicklungsstrategie im ersten Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit lag auf Industrialisierung. So entstanden in den städtischen Zentren zahlreiche industrielle Großprojekte. Finanziert wurde Ghanas Industrialisierung fast ausschließlich mit den Erlösen aus dem Kakaoexport. Aus heutiger Sicht läßt sich sagen, daß sich viele der Projekte später als glatte Fehlinvestitionen erweisen sollten. Sie waren schlecht geplant, kaum oder gar nicht mit der einheimischen Rohstoffbasis und der landwirtschaftlichen Produktion im Lande verflochten. Viele der damals gegründeten Betriebe liegen heute still, andere arbeiten weit unterhalb einer normalen Kapazitätsauslastung, weil Devisen zum Import der erforderlichen Rohstoffe fehlen. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung der ghanaischen Industrie liegt heute bei nur 20%!

Das größte Prestigeprojekt aus der Zeit war zweifellos der Bau des Volta-Staudammes bei Akosombo. Nkrumah selbst sah in dem Volta-See-Projekt (der Volta-See ist der Fläche nach der größte künstliche See der Erde) den Schlüssel zu Ghanas künftiger Prosperität. Das Kraftwerk bei Akosombo sollte einmal ganz Ghana — die großen Städte aber auch die ländlichen Gebiete — mit billiger Energie versorgen. Die sechs in Akosombo installierten Generatoren haben eine Kapazität von zusammen 912 MW. Davon werden allein 300 MW von Valco, einer großen Aluminiumhütte, deren Hauptkapitalanteile in US-amerikanischen Händen sind, verbraucht. Ein weiteres Drittel wird in die Nachbarländer Togo und Benin exportiert, der Rest wird in Ghanas Städtedreieck Accra — Sekondi — Takoradi — Kumasi verbraucht. In die ländlichen Räume ist das Stromnetz bisher nicht vorgedrungen.



Der Makola-Markt in Accra

Die Industrialisierungsstrategie kostete das Land enorm viel Geld, konnte aber schon auf Grund der Branchenstruktur der angesiedelten Betriebe kaum ein selbsttragendes Wachstum einleiten. Das war der eine Grund für den beginnenden Niedergang dieses einstigen Musterlandes. Hinzu kam, daß gerade im ersten Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit die Weltmarktpreise für Kakao stark verfielen. Als Nkrumah 1966 gestürzt wurde, war das Land bereits hochverschuldet.
Der wirtschaftliche Niedergang setzte sich unter wechselnden Militär- und Zivilregierungen bis Anfang der 80er Jahre fort (vgl. dazu ausführlich: blätter des iz3w Nr. 99, Februar 1982, S. 4-6).
Doch die Bilanz nach 30 Jahren Unabhängigkeit ist **nicht nur** deprimierend. Seit 1984 nämlich geht es mit der Wirtschaft zum ersten Mal wieder aufwärts. Das Bruttosozialprodukt stieg nach zwei Jahrzehnten kontinuierlichen Schrumpfens 1984 um real 7,6%, 1985 um 5,3% und 1986 um ca. 6%. Der Regierung, die das Kunststück geschafft hat, die wirtschaftliche Talfahrt zu stoppen, hätte vor fünf Jahren kaum jemand einen so langen Atem zugetraut.

Die Dezemberrevolution gibt neue Hoffnung

In der Sylvesternacht des Jahres 1981 endete Ghanas kurzlebige 3. Republik. Zum zweiten Male innerhalb weniger Jahre hatte eine Gruppe junger Offiziere um Fliegerleutnant Jerry J. Rawlings geputscht. Die demokratisch gewählte, aber korrupte Regierung unter Hilla Limann war abgesetzt. „Dies ist kein gewöhnlicher Putsch", verkündete Rawlings nur Stunden nach seiner Machtübernahme im Radio, „wir wollen nichts weniger als eine Revolution, wir wollen die gesamte soziale und wirtschaftliche Ordnung des Landes umwälzen."
Eine Revolution ohne Programm, sagten Spötter. In der Tat: Wie die Umwälzung von Gesellschaft und Wirtschaft aussehen sollte, blieb vage. Aber Rawlings attakierte die Grundübel des nachkolonialen Ghana: Korruption, Mißwirtschaft und die Machtposition der neokolonialen Eliten, die immer reicher wurden, während das Land wirtschaftlich ausblutete. Das machte ihn vor allem bei den Gruppen populär, die am meisten vom wirtschaftlichen Niedergang des Landes betroffen waren: Bei Jugendlichen, bei den Arbeitern und bei den Slumbewohnern der Städte. Dieser Putsch unterschied sich von früheren Militärdiktaturen in Ghana. Revolutionsführer Rawlings ist ein charismatischer Führer, ein mitreißender Redner, ein Moralist. Immer wieder kommt er in seinen Reden auf sein Lieblingsthema zurück: Daß der einfache Ghanaer immer noch um die Früchte seiner harten Arbeit betrogen wird. Selbst seine Gegner erkennen an, daß er den Staatsapparat nicht zur eigenen Bereicherung nutzt. Damals vor fünf Jahren mochte kaum einer der PNDC — Provisional National Defence Council — genannten Revolutionsregierung eine lange Zukunft prognostizieren. Die Aussichten waren denkbar schlecht. Ghana war nach 20-jähriger wirtschaftlicher Talfahrt in der tiefsten Krise seit der Unabhängigkeit. Die PNDC-Regierung verkündete idealistische Ziele. Welche Machtbasis sie jedoch hatte, war kaum auszumachen. Es gab keine revolutionäre Massenbewegung. Kann man so eine Revolution gegen die etablierten Eliten des Landes wagen? Viele Beobachter glaubten an ein kurzes Zwischenspiel, das bald von einem Putsch rechter Militärs abgelöst werden würde.
Aber es knüpften sich auch große Hoffnungen an die PNDC-Regierung. Linke innerhalb und außerhalb Ghanas glaubten, daß diese populistische Militärregierung es schaffen könnte, die heruntergekommene Ökonomie des Landes wieder flott zu machen und zugleich mehr soziale Gerechtigkeit durchzusetzen. Redakteure der in Paris erscheinenden entwicklungspolitischen Zeitschrift Afric Asia wollten in der ghanischen Revolution gleich einen neuen Weg, ja ein Modell für den afrikanischen Kontinent sehen. Heute, fünf Jahre später, ist die PNDC-Regierung immer noch im Amt. Ghana ist politisch stabiler als irgendwann in den zurückliegenden 15 Jahren. Die Regierung hat bisher alle Putschversuche heil überstanden.
Was ist aus der Dezemberrevolution fünf Jahre danach geworden? Eigentlich ist alles nach wie vor in der Schwebe. Keiner weiß, wie das künftige politische System des Landes aussehen wird. Das „Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus" (Economic Recovery Programme) wird ausdrücklich als vorläufiger Entwicklungsplan bezeichnet, der der künftigen, eher sozialistischen Entwicklungsstrategie der Zukunft nicht vorgreifen soll. Unter der Oberfläche schwelen ethnische, religiöse und soziale Konflikte.

Ohne politische Perspektive

Die PNDC-Regierung ist ihrem Selbstverständnis nach eine Übergangsadministration, angetreten mit dem Versprechen, dem Land eine tragfähige politische Struktur zu geben, die im Einklang mit afrikanischer Tradition steht. Was man nicht wollte, war klar. Nicht wieder eine Verfassung nach westlichem Vorbild. Ghana hat schlechte Erfahrungen mit Mehrparteien-Systemen nach dem Westminster-Modell gemacht. Wie in anderen afrikanischen Ländern hat die Parteien-Politik Polarisierung entlang ethnischer Trennungslinien verschärft. Aber wie soll die Alternative aussehen? Eine Nationale Kommission für Demokratie (National Commission for Democracy) ist beauftragt, das künftige politische System zu entwickeln. Bei der Beauftragung ist es bisher geblieben.
Nacheinander erinnerten der Gewerkschaftsbund und der ghanische Studentenverband die Regierung an ihr Versprechen, nach und nach demokratische Institutionen einzuführen. Beide mußten sich eine barsche Abfuhr des Revolutionsführers gefallen lassen: Eine demokratische Verfassung könne man nicht unter Zeitdruck entwickeln. Voraussetzung seien intensive Konsultationen mit der gesamten Bevölkerung, und die dauerten eben sehr lange.
Noch deutlicher wurde unlängst der Hochschullehrer Dr. Owusu-Sarpon in die Schranken gewiesen. Er forderte die PNDC-Regierung in einem öffentlichen Vortrag dazu auf, Wahlen auszuschreiben und die Regierungsverantwortung an eine

verfassungsmäßige, gewählte Vertretung zu übergeben. Daraufhin wurde er erst einmal in Vorbeugehaft genommen. Mit aufmüpfigen Akademikern geht die Regierung nicht gerade zimperlich um.

Nach fünf Jahren Übergangsregierung besteht jetzt wenigstens Aussicht auf einen allerersten Schritt auf dem Wege zu demokratischen Institutionen. In seiner letzten Neujahrsansprache kündigte Revolutionsführer Rawlings mit vielen Umschweifen an, daß im Laufe des Jahres 1987 Kommunalwahlen abgehalten werden sollen. Gewählt werden District Councils in jedem Verwaltungsbezirk (von der Größenordnung her sind die Distrikte etwa unseren Landkreisen vergleichbar) und Stadträte in den Städten. Die Modalitäten der Wahl sind bisher allerdings ein gut gehütetes Geheimnis. Der Schleier soll erst im Juli gelüftet werden. Bisher ist nur zweierlei klar: Parteienpolitik soll es nicht wieder geben. Die Regierungsmitglieder werden nicht müde, die alten Parteipolitiker davor zu warnen, wieder aus ihren Löchern herauszukommen und ihr altes Intrigenspiel neu aufzulegen. Was im Klartext heißt, daß keine Parteien zugelassen werden sollen. Und die zweite Neuerung ist ein längst überfälliger Schritt zur Dekolonisation: Zum ersten Mal bei einer Wahl in Ghana müssen die Kandidaten nicht mehr den Nachweis erbringen, daß sie der englischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind. Obwohl höchstens 30% der Bevölkerung die Amtssprache Englisch wirklich beherrschen, war das passive Wahlrecht bei allen vorangegangenen Wahlen an diese Voraussetzung gebunden. Künftig sollen die Sitzungen der Kommunalparlamente auf Ewe, Twi, Ga — eben in der in der jeweiligen Gegend hauptsächlich gesprochenen afrikanischen Sprache — abgehalten werden.



Jerry John Rawlings, Vorsitzender der PND und Führer der ghanaischen Revolution

Zu den ererbten Strukturproblemen Ghanas gehört auch der starre, extrem zentralistische Aufbau der Verwaltung. Verwaltungseinheiten auf unterer Ebene sind kaum befugt, Entscheidungen für ihren Bereich selbständig zu treffen, alles muß zunächst der Zentrale in Accra vorgelegt werden. Um diese Kopflastigkeit der Administration zu brechen, setzte die PNDC-Regierung eine umfassende Dezentralisierung auf ihr Programm. Entscheidungen sollen auf die unteren Ebenen verlagert, Entwicklungsprogramme in der Verantwortung der Distrikte geplant, finanziert und durchgeführt werden. Und schließlich sollen qualifizierte Fachleute aus den Ministerien in die Distrikte versetzt werden.

Auch dieser Plan ist in den Anfängen steckengeblieben. Nur in zwei der 66 Verwaltungsdistrikte wird mit der neuen dezentralen Verwaltungsstruktur experimentiert. Sonst ist alles beim alten geblieben.

Ein Beispiel von vielen: Das kleine Distriktkrankenhaus in Atibie in den Kwahu-Bergen braucht dringend neue Bettücher. „Vor zwei Jahren haben wir beim Ministerium den Antrag gestellt, neue Bettücher kaufen zu dürfen", erzählt der leitende Arzt. „Wir haben unser eigenes Geld, seit die Patienten für die Behandlung bezahlen müssen. Aber ohne die vorherige Zustimmung aus dem Ministerium dürfen wir nichts ausgeben. Das ist schlimmer als in der Kolonialzeit." So werden Initiativen auf der Distriktebene eher abgewürgt.

Die Bürokratenklasse ist vielleicht der stärkste Machtfaktor in Ghana. Gut organisiert und mit erstaunlicher Kontinuität seit der späten kolonialen Ära. Auch die PNDC-Regierung hat deren Macht nicht brechen können, denn dazu mangelte es ihr an einer eigenen organisatorischen und logistischen Basis. Es gibt keine Revolutionspartei, und die „Komitees zur Verteidigung der Revolution", die nach 1981 in allen Betrieben und in allen Gebietseinheiten eingerichtet wurden, sind relativ lose organisiert und haben kaum Entscheidungskompetenzen.

Der Wiederaufbau der Wirtschaft

Ghanas Entwicklungsweg in den letzten fünf Jahren gibt vielen Beobachtern Rätsel auf. Seit der Machtübernahme durch Rawlings hat Ghana auf der ganzen Welt politische Freunde dazugewonnen. Enge Beziehungen zu Libyien, Kuba und anderen Ländern der blockfreien Bewegung sind geblieben. Wirtschaftliche und politische Kooperation mit den Ostblockländern besteht fort. Außerdem hat Ghana aber inzwischen die Unterstützung der westlichen Industrieländer und wird auf seinem Kurs des wirtschaftlichen Wiederaufbaus (dem sogenannten „Economic Recovery Programme") vor allem von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) unterstützt.

Für den IWF ist Ghana das Vorzeigeland in Westafrika, in dem Sanierung nach IWF-Rezepten innerhalb weniger Jahre zu erstaunlichen Erfolgen geführt hat.

Das heutige Ghana paßt in keine Schablone. Jeder kann hier Beweise für die Überlegenheit seiner eigenen entwicklungspolitischen Überzeugungen finden. Konservative europäische Zeitungen loben den wirtschaftspolitischen Pragmatismus der

In den Zeitungen erscheinen lange Listen von Beamten, die Staatsgelder veruntreut haben

PEOPLE'S DAILY GRAPHIC, Thursday, February 12, 1987 Page 11

KNOW THE EMBEZZLERS AND HOW THEY FARED (C/R)

CENTRAL REGION HAWK I

NAME	POSITION	INSTITUTION	AMOUNT MISAPPROPRIATED ¢	AMOUNT MISAPPLIED	AMOUNT REFUNDED ¢	AMOUNT OUTSTANDING ¢	PRESENT WHEREABOUTS	TAKEN ACTION	RECOVERIES	REMARKS	FINAL DECISION
1. F. Owusu Asirifi		Swedru School of Business	13,847,624.91		200,000.00		On the run	Interdicted	(i) Personal belongings		C/TIA
2. E. S. Lartey	Headmaster	Swedru School of Business			100,000.00						D.I.R.
3. Nana Boakye	Senior Accountant	Swedru Sec. School	8,989,075.50				On the run	Interdicted			C/TIA
4. Ansah-Otu	Headmaster	Swedru Sec. School	1,052,270.00		1,052,370.00			Interdicted			D.I.R.
5. H. E. Forson	Asst. Accountant	Twifo Praso Sec. School	6,759,273.86		300,000.00	6,459,273.86	On the run	Interdicted			C/TIA
6. Albert Tweneboah	Asst. Accountant	Nyakrom Sec. School	2,957,152.22		26,000.00	2,931,152.22	On the run	Interdicted	(i) Datsun Sunny No. AM 3669		C/TIA
7. S. A. B. [illegible]	Headmaster	Nyakrom Sec. [illegible]	26,000.00								



Regierung. Sie betonen die Rückkehr der Regierung Rawlings zu marktwirtschaftlichen Prinzipien: Zahlreiche Preisbindungen sind aufgehoben und der Außenhandel ist Schritt für Schritt liberalisiert worden. Der Exportsektor der Wirtschaft (d.h. besonders der Export der beiden Hauptprodukte Kakao und Holz) wird gefördert, der offizielle Kurs der Landeswährung ist innerhalb von fünf Jahren um 5000% abgewertet worden. Angekündigt ist zudem eine weitere Verringerung der Staatsausgaben.

Aber heute schon muß die Bevölkerung für soziale Infrastruktur zahlen, die bisher umsonst war. Seit zwei Jahren werden für die Behandlung im staatlichen Gesundheitswesen Gebühren erhoben. Schulausbildung in den Grundschulen ist kostenfrei geblieben, aber seit diesem Jahr müssen die Eltern die Lehrbücher für ihre Kinder kaufen. Das System zur Erhebung der Einkommenssteuer ist umgekrempelt worden und zudem arbeitet die Steuerbehörde inzwischen effizienter; ein großer Teil der Steuerpflichtigen zahlt jetzt tatsächlich Steuern. Alle die Maßnahmen gehören zum Standardpaket IWF-gesteuerter Wirtschaftspolitik.

Dieses Programm hat zweifellos wesentlich zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes beigetragen. Bisher ist auch keine Massenverelendung als Folge der IWF-Politik eingetreten wie in vielen lateinamerikanischen Ländern (Peru, Mexiko, Venezuela, Argentinien) oder wie auf dem afrikanischen Kontinent beispielsweise in Zambia. Gewiß, das ghanische Volk hat Opfer bringen müssen, vor allem die extremen Abwertungen des Cedi waren nicht leicht zu verkraften. Die Kaufkraft der Mehrheit der Bevölkerung stagniert.

Aber die Regierung hat es geschickt verstanden, das IWF-Maßnahmenpaket in einer Form umzusetzen, die sozial gerade noch verkraftbar ist. Es werden Gebühren für soziale Infrastruktur erhoben, aber es sind längst keine kostendeckenden Tarife (wie in einigen lateinamerikanischen Ländern) eingeführt worden. Massenentlassungen im öffentlichen Dienst sind den Ghanaern bisher erspart geblieben. Die Staatsausgaben für Gehaltszahlungen konnten dennoch drastisch gesenkt werden: Seit 1986 erhalten alle Staatsbediensteten, die auf der lokalen und Distriktebene eingesetzt sind, nur noch 50% ihres Gehaltes vom Staat. Die andere Gehaltshälfte muß aus lokalen Steuern finanziert werden.

Die IWF-Politik ist nur die eine Seite von Ghanas Entwicklungsweg in der letzten Zeit. Auch Anhänger einer binnenorientierten Entwicklung finden genug Anschauungsmaterial für ihre Lieblingsideen. Überall in den Dörfern sind auf Anregung der „Komitees zur Verteidigung der Revolution" Selbsthilfeprojekte angeleiert worden. Auf diese Weise sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Dorfschulen, Gesundheitsstationen, Wasserleitungen und vor allem Verbindungsstraßen entstanden: Das „Komitee zur Verteidigung der Revolution" regt eine Dorfversammlung an. Auf der Versammlung wird das geplante Projekt vorgestellt und von der Mehrheit der Anwesenden abgesegnet. Dann muß jeder einen festgesetzten Geldbetrag bezahlen und an mehreren Wochenenden zum Arbeitseinsatz erscheinen. So wird die in den vergangenen 20 Jahren hoffnungslos heruntergekommene Infrastruktur im ländlichen Raum allmählich repariert. Gestützt weitgehend auf die eigene Kraft der Dorfbewohner.

Mobilisierung der eigenen Bevölkerung, vor allem im ländlichen Raum, ist ein Schwerpunkt der Regierung Rawlings geblieben. Auch in anderen Bereichen ist die Regierung ihrem populistischen Programm treu geblieben. Die Einrichtung des staatlich festgesetzten Mindestlohnes ist beibehalten und dieser erheblich erhöht worden (zuletzt im Februar 1987 um 25%), um die Verluste durch Inflation und Abwertung auszugleichen. Städtische Mieten werden staatlich kontrolliert.

Die Nahrungsmittelproduktion wird gefördert; die staatlich festgelegten Preise für Mais und Reis sind gerade wieder aufgestockt worden — aber nur so weit, daß auch, wer wenig Geld hat, sich seine Grundnahrungsmittel noch leisten kann. Außerdem hat die Regierung mehrere Programme zur Förderung von Kleinindustrien entwickelt. Das alles spricht für einen Kurs im Sinne binnenorientierter Entwicklung.

Wie passen die widersprüchlichen Elemente der ghanischen Wirtschaftspolitik zusammen? Staatschef Rawlings gibt eine recht simple Erklärung: „Erst müssen wir unsere Wirtschaft wieder lebendig machen, dafür brauchen wir Kapital von außen, erst dann können wir eine selbsttragende Entwicklung aus eigener Kraft aufbauen. Nur in der ersten Phase ist unser Wiederaufbauprogramm schwerpunktmäßig exportorientiert."

In Wirklichkeit verbirgt sich hinter den harmonisierenden Worten des Revolutionsführers eine Auseinandersetzung um den künftigen Wirtschaftskurs, die noch nicht ausgestanden ist.

Nach vordergründigen ökonomischen Indikatoren haben die IWF-Rezepturen in Ghana positive Wirkung gezeigt. Nach Jahren wieder reales Wirtschaftswachstum und erhöhte Industrieproduktion; die Exporteinnahmen stiegen von 430 Millionen US$ im Jahre 1983 auf schätzungsweise 700 Millionen US$ im vergangenen Jahr. Das Land hat 600 Millionen US$ an Krediten vom IWF erhalten, darüber hinaus sind zahlreiche Kredite westlicher Geberländer ins Land geflossen. Die Märkte sind reich bestückt wie seit Jahren nicht mehr.

Aber auch innerhalb der PNDC gibt es immer noch Widerstand gegen die allzu eilfertige Übernahme der IWF-Politik. Die Angst sitzt tief, daß vor allem die wirtschaftlich Schwachen für die Sanierungspolitik bezahlen müssen. Man könnte sagen, der „revolutionäre" Flügel steht hier dem „pragmatischen" Flügel der Regierung gegenüber.

Vor ca. einem halben Jahr spitzte sich diese Auseinandersetzung auf das Für und Wider einer weiteren Abwertung der Landeswährung Cedi zu. Finanzminister Botchwey (ein Pragmatiker) ließ durchblicken, daß ihm eine weitere drastische Abwertung des Cedi, die dem Schwarzmarkt den Wind aus den Segeln nehmen würde, am liebsten wäre. Mit freier Kursausbildung auf den Devisenbörsen. Der Hauptvorteil einer solchen Radikalkur: Mehr Devisen würden über die Staatsbank ins Land fließen, mehr private Direktinvestitionen konnten mobilisiert werden.

Der eher populistisch orientierte Flügel innerhalb der Regierung machte Front gegen diese Pläne. „Komitees zur Verteidigung der Revolution" auf verschiedenen Ebenen versuchten, die Abwertung zu verhindern. „Die Armen und Schwachen in unserer Gesellschaft müssen für die Abwertung bezahlen. Dabei sind das die Ghanaer, die unsere Revolution vor allem unterstützt haben", ließ der politische Sprecher der „Komitees zur Verteidigung der Revolution" verbreiten.

Es kam dann zunächst ein seltsamer Kompromiß heraus. Im September letzten Jahres wurden zwei amtliche Wechselkurse eingeführt. Ein starrer Wechselkurs, der für den Import von Erdöl und Pharmazeutika und den Export von Kakao galt, und ein flexibler für alle anderen Transaktionen, der auf einer wöchentlichen Devisenversteigerung ermittelt wird. Durch diesen Kompromiß wurde der Inflationsschub etwas abgemildert.

Allerdings gehört auch dieses Experiment mit einem doppelten Devisenkurs schon wieder der Geschichte an. Anläßlich der Bekanntgabe des Budgets 1987 wurde der Devisenkurs wieder vereinheitlicht, und zwar auf der Höhe des Kurses, der auf den wöchentlich von der Staatsbank durchgeführten Devisenversteigerungen ermittelt wird. Ein Sieg der „Pragmatiker" um Finanzminister Botchwey.

Mit einem Schlag wurden Benzin, Dieselöl und Kerosin 20% teurer, und schon eine Woche später kosteten als Folge der teureren Transportkosten die meisten Grundnahrungsmittel auf den Märkten 10 bis 20% mehr.

Die Grundstimmung vieler Ghanaer bleibt skeptisch, wenn sie auf die Wirtschaftsentwicklung ihres Landes angesprochen werden. „Es stimmt, uns geht es heute viel besser als vor drei Jahren, die Märkte sind besser bestückt, und wir können uns auch ein bißchen mehr leisten", sagt ein Hochschullehrer in Kumasi, „aber ich werde den Verdacht nicht los, daß dieser ganze Aufschwung bald wieder vorbei ist. Jetzt haben wir das Geld vom IWF und die anderen Kredite, das hat uns einen kurzfristigen Boom beschert. Aber was kommt danach? Bleiben dann noch genug Impulse übrig? Oder wird alles wieder wie in den 70er Jahren?"

„Kalabule" und kein Ende

Die Regierung weiß selbst, auf welch wakkeligen Füßen Ghanas wirtschaftlicher Wiederaufschwung steht. Rawlings und sein Finanzminster Botchwey werden nicht müde, ihre Landsleute daran zu erinnern, daß Ghanas wirtschaftliche Probleme im wesentlichen hausgemacht sind. Schlechte Arbeitsmoral, schlechtes Management und die Korruption im öffentlichen Sektor seien vor allem verantwortlich für viele Rückschläge beim zügigen Wiederaufbau der maroden Wirtschaft.

Die Regierung setzt hier vor allem auf ihre moralische Autorität. Arbeiter, Gewerkschafter und Manager bekommen zu gleichen Teilen ihr Fett ab, wenn Revolutionsführer Rawlings mangelnden Arbeitseinsatz und Disziplinlosigkeit anprangert.

Die Regierung ist vor fünf Jahren mit dem Vorsatz angetreten, mit „Kalabule", der allgegenwärtigen Korruption aufzuräumen. Noch heute sind überall im Lande Untersuchungskommissionen dabei, kleine und große Korruptionsskandale aufzudecken. Bankdirektoren haben Millionenbeträge veruntreut, Postbeamte haben die Einzahlungen von Postsparern in die eigenen Tasche gewirtschaftet, die Zollverwaltung ist durch und durch korrupt. Im letzten Mai wurde aufgedeckt, daß mehrere Hundert Schulleiter im ganzen Land die ihnen anvertrauten Schulgelder veruntreut haben. Ein unübersehbarer Sumpf. Erstaunlich groß ist die Zahl derer, die vor Tribunale zitiert und öffentlich zur Rechenschaft gezogen werden. In den Zeitungen erscheinen lange Listen von Beamten, die staatliche Gelder veruntreut haben. Schulleiter, die Schulgelder in die eigene Tasche gewirtschaftet haben, müssen damit rechnen, von einem öffentlichen Tribunal zum Tode verurteilt zu werden. Wer es schafft, setzt sich vorsichtshalber über die Grenze nach Togo oder an die Elfenbeinküste ab.

Doch mit Kalabule aufgeräumt hat die Regierung noch lange nicht. Längst sind auch Vertreter der „Komitees zur Verteidigung der Revolution" in den Sumpf verwickelt. Viel zu sehr hatte sich Kalabule in den Jahren der größten wirtschaftlichen Not zur individuellen und kollektiven Überlebensstrategie entwickelt, als daß sich dieser Zweig der Schattenwirtschaft so ohne weiteres ausrotten ließe. Zumal auch heute noch ein großer Teil des Staatsbediensteten Gehälter bezieht, die deutlich unter dem Existenznotwendigen liegen. Ein Grundschullehrer erhält beispielsweise umgerechnet 100 Mark im Monat, und das bei Preisen für Grundnahrungsmittel, die nicht unter den deutschen liegen.

Spektakuläre Maßnahmen gegen Kalabule gehören immer noch zum Repertoire der PNDC-Regierung. Von Anfang an war der Makola-Markt in Accra ein Stein des Anstoßes für Rawlings und seine Gesinnungsgenossen. Horrende Zwischenhandelsgewinne der Makola-Marktfrauen und illegale Devisengeschäfte hatten den Markt zu einem Zentrum für Kalabule-Geschäfte gemacht. Um Makola als das sichtbare Symbol von Kabule auszurotten, entschloß sich die Regierung, den ganzen Markt abzureißen und in einen Parkplatz umzuwandeln. Mitte Oktober 1986 rückten die Bulldozer an. Außer den Marktständen sollte die benachbarte Zentralmoschee von Accra gleich auch noch dem Erdboden gleich gemacht werden. Devisenschmuggler, hieß es, benutzten die Moschee als Unterschlupf für ihre dunklen Geschäfte. Das löste einen Stürm der Entrüstung bei der muslimischen Bevölkerung von Accra aus. Tagelange Demonstrationen und Mahnwachen der Muslime blieben vergebens. Die Behörden hielten an dem Plan fest, die Moschee abzureissen. Aufgebrachte Muslime verwüsteten Büros der Stadtverwaltung. Am 19. Oktober schließlich schafften die Bulldozer der Stadtverwaltung vollendete Tatsachen. Nach dem Abriß kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen in der Stadt. Geschäfte wurden geplündert. Erst die Polizei stellte Ruhe und Ordnung wieder her.

Viele Ghanaer fragen besorgt, warum die Regierung so offen das religiöse Empfinden der muslimischen Minderheit verletzt hat. War es nötig, die sensible Balance zwischen der christlichen Bevölkerungsmehrheit und den muslimischen Zuwanderern aus dem Norden des Landes aufs Spiel zu setzen? Der langfristige politische Schaden der Aktion läßt sich kaum abschätzen.

Rawlings ist nicht populärer geworden in den Jahren seit 1981. Er hat kaum Anhänger dazugewonnen, und viele seiner einstigen Anhänger haben sich enttäuscht zurückgezogen.

Aber das Regime hat an Stabilität gewonnen. Geschäftsleute und Industrielle wissen die relative politische Ruhe der letzten Jahre und das günstigere Investitionsklima zu schätzen. Daran ändert auch die revolutionäre Rhetorik der offiziellen Festreden nur wenig.

Einhard Schmidt

Alle Fotos von E. Schmidt

Ein Ende der Kämpfe am Aouzou-Streifen?

Eine neue Runde im Tschad-Konflikt scheint ihr Ende gefunden zu haben. Wie die Tagespresse relativ ausführlich berichtete, sind Präsident Habré einige militärische Erfolge zugefallen, Libyen hat sich weitgehend aus dem Norden des Landes zurückgezogen. Der Wechsel an die Seite Habrés hatte im letzten Herbst die Gewichte zwischen den Konfliktparteien verschoben und die Kämpfe überraschend auffiammen lassen. Die Patt-Situation am 16. Breitengrad ist aufgebrochen. Wird das Land nun den Frieden finden, den das Volk bräuchte, um zu Atem zu kommen, die Wirtschaft wieder aufzubauen und die Felder zu bestellen?

Kennt man die Geschichte dieses Konflikts, der mit Unterbrechung bald 20 Jahre währt, mit wechselnden Fronten, überraschenden Koalitionen und begleitet vom ständigen Eingreifen fremder Staaten, melden sich Zweifel, ob die Koalition Habré/Weddeye dem Tschad dauerhaften Frieden bescheren wird.

Der Tschad vor und nach der Unabhängigkeit

Von Frankreich 1960 in die Unabhängigkeit entlassen, vereinigt der Tschad zwei fast gegensätzliche Landesteile. Wie als Ergebnis kolonialer Machtpolitik in ganz Afrika waren die Grenzen ohne Rücksicht auf ethnische Bindungen und Rivalitäten gezogen worden. Die arabisch sprechenden Stämme islamischer Nomaden und Halbnomaden des Nordens und des sogenannten 'Centre-Est', die in ihrer Geschichte blühende Reiche hervorgebracht hatten, wehrten sich lange gegen die koloniale Besetzung. Sie verweigerten sich auch nach ihrer Niederlage jeglicher Kooperation mit den neuen Herren. Da ihre Sahara- und Sahelgebiete wenig Gewinn versprachen, beschränkte sich die französische Kolonialherrschaft auf die administrative Erfassung und die Eintreibung von Vieh- und Kopfsteuern. Doch die willkürliche Grenzziehung bei der Bildung des französischen Militärprotektorats durchschnitt im nomadischen Norden die ethnischen und kulturellen Bindungen der Stämme und Clans und unterbrach dabei die Wege der Nomaden und die des Transsahara-Handels; die Zerstörung der traditionellen Wirtschaftsstruktur leitete den ökonomischen Niedergang der Region ein.

Dagegen konnte im fruchtbaren Süden des Landes, ungeniert 'Tchad utile'[1] genannt, der von heute unter dem Sammelbegriff Sara zusammengefaßten Völkern besiedelt war, die Eingliederung in die koloniale Kapitalwirtschaft durchgesetzt werden. Baumwolle wurde als 'cash crop' angebaut und exportiert. Dazu war ein gewisses Maß an infrastrukturellen Investitionen notwendig. Die bald christianisierten Völker waren außerdem eher zur Zusammenarbeit mit den neuen gegen die alten Herren bereit: aus den traditionell seg-



mentären Gesellschaften konnte eine französisch orientierte Elite herangebildet und als lokale Verwaltungsbourgeoisie eingesetzt werden.
Mit der formalen Unabhängigkeit — Kooperationsverträge sowie massive Budgethilfe sicherten Frankreich seinen Einfluß — ging die koloniale Herrschaft fast nahtlos in die Hände dieser neugeschaffenen administrativen Führungsschicht über.
Innerhalb dieser setzte sich der erste Präsident Tombalbaye gegen rivalisierende Gruppen durch. Unverzüglich ging er daran, die eigene Position auszubauen (1962 Einheitspartei, 1964 Auflösung des Parlaments). Gegenüber den islamischen Volksgruppen betrieb er eine Politik, die die koloniale Unterdrückung in verschärfter Form fortsetzte und die sozio-ökonomischen Gegensätze weiter vertiefte. So blieb Französisch Landes- und Verwaltungssprache; er verbannte die Reste islamischen Einflusses aus seinem Macht- und Staatsapparat, die projektierte wirtschaftliche Entwicklung beschränkte sich auf den Süden — finanziert zu Lasten des Nordens und des Centre-Est.[2]

Die Gründung des FROLINAT

Die zunehmende staatliche Repression führte 1965 zu einer ersten Serie noch unorganisierter lokaler Aufstände. Im Juni 1966 gelang Ibrahim Abatcha der Zusammenschluß der politischen Opposition zum FROLINAT (Front de Libération Nationale du Tchad). Die Basis bildete ein den kämpfenden Gruppen z.T. noch heute als Plattform dienendes Programm.
Ein Teil der FLT (Front de Libération du Tchad) brach kurz darauf schon wieder aus der Allianz heraus. Dadurch trat bereits in den Anfängen die Vermischung politischer Zielsetzungen mit ethischen und religiösen Gegensätzen und tribalen Rivalitäten hervor, die den weiteren Verlauf der Ereignisse mitbestimmten.
Die eher 'aufgeklärt'-laizistische Grundhaltung städtischer Intellektueller stand dem fundamentalistischen Vertretungsanspruch der traditionellen islamischen Hierarchie gegenüber. Die koloniale und nach-koloniale 'Modernisierung' hatte ihre überkommene soziale Position erschüttert. Zugleich förderte die mangelnde Legitimität des Nationalstaats die Orientierung an den noch sehr lebendigen ethnischen und tribalen Identitäten. Dabei war die Sozialstruktur der traditionell nahezu autarken und nur selten kooperierenden nomadischen Clans stark auf den 'chief' orientiert und begünstigte Rivalitäten um die Führung.
Doch vorläufig erwies sich Abatcha als integrative Führungsfigur mit politischem Geschick und noch 1966 wurden die ersten kämpfenden Verbände und Dorfkomitees gebildet. Trotz mangelnder militärischer Erfahrung und fehlender Ausrüstung kontrollierte der FROLINAT bis Frühjahr 1969 fast den gesamten Norden und Osten des Landes.
1969, nach dem Tode Abatchas, traten die Spannungen innerhalb der Front jedoch wieder in den Vordergrund und einige Gruppen machten sich selbständig, so auch die Toubou-Nomaden unter ihrem Führer Goukouni Weddeye, die sich erst 1968 dem FROLINAT als '2. Armee' angeschlossen hatten und sich nun 1972 als CCFAN (Conseil de Commandement des Forces Armées du Nord) neu organisierten.
Zur selben Zeit betrat auch Hissène Habré, Angehöriger desselben Stammes wie Weddeye, die politische Bühne. Nach früherer Tätigkeit als Unterpräfekt im Dienste Tombalbayes und Studienabschluß in Frankreich wechselte er die Seite, um bei der Gründung des CCFAN dessen Präsident — mit Weddeye als Stellvertreter — zu werden.



Der Soldat der Forces Armées du Nord

Das Ende Tombalbayes

Seit 1967 schon mußte Frankreich das wackelnde Regime durch vermehrte Waffen- und Ausbildungshilfe stützen. Auch der Aufstand in Aouzou 1968 war nur mit logistischer Hilfe der Franzosen niedergeschlagen worden. 1969 sah sich die ehemalige Kolonialmacht gezwungen, zugunsten des hart bedrängten Präsidenten direkt einzugreifen. Sie intervenierte mit rund 2500 Soldaten, Kampfflugzeugen und -Hubschraubern in die Kämpfe und konnte bis 1971 die Position des Präsidenten stabilisieren, obwohl der Norden nicht mehr völlig unter Kontrolle zu bringen war. Doch Tombalbaye schaffte innenpolitisch neue Fronten. Durch forcierten Personenkult und wiederholte Säuberungen in den eigenen Reihen versuchte er, sein Regime auf neue Füße zu stellen. Dabei brachte er jedoch Teile der eigenen Staatsklasse und das Militär gegen sich auf, das 1975 — mit stillschweigender Billigung Frankreichs — in einem Putsch seinem Regime ein Ende setzte.

Als neuer Machthaber präsentierte sich eine achtköpfige Militärjunta unter Vorsitz von General Malloum. In ihrer 'Politik der nationalen Aussöhnung' übernahm sie praktisch ohne Einschränkung den alten Machtapparat, ließ aber die politischen Gefangenen frei, stellte die Kämpfe ein und bot sowohl dem FROLINAT wie auch dem CCFAN Verhandlungen an.

Vom Befreiungskampf zum Bürgerkrieg

In der Folgezeit gingen einige kleinere Gruppen zu Malloum über, doch FROLINAT und CCFAN führten den Kampf fort. Dabei kam es zu einigen Verschiebungen innerhalb der Befreiungskräfte.

Mit der Revolution 1969 hatte Libyen begonnen, den Befreiungskampf des FROLINAT zu unterstützen. Nach der Abspaltung war der CCFAN zunächst isoliert, konnte aber die eigene Stellung durch die spektakuläre Entführung der Französin Claustre 1974 entschieden stärken. Über der Beendigung dieser Geiselnahme zerbrach jedoch die Koalition Habré/Goukouni.

Libyen schaltete sich in die Verhandlungen mit Frankreich als Vermittler ein. Im Gegensatz zu Habré, der den Trumpf in der Hand weiter ausreizen wollte, zeigte sich Weddeye kooperationsbereit. Er versprach sich von einer Annäherung an Libyen eine Steigerung des militärisch-politischen Gewichts des CCFAN. Habré machte das Problem der Grenzziehung im Aouzou-Steifen (siehe Kasten) zum Prüfstein und lehnte nun jegliche Zusammenarbeit ab, worauf er sich mit wenigen Getreuen in den Südosten des Tschad absetzen mußte.

Der CCFAN vereinigte sich Ende 77 zunächst mit einer weiteren, unter ihrem

neuen Führer Achmed Acyl pro-libysch orientierten Gruppe, der Volcan[3], worauf auch der FROLINAT sich an der nunmehr gebildeten FAP (= Forces Armées Populaires) beteiligte. Zur selben Zeit konnte Habré aufgrund seiner anti-libyschen Haltung die Unterstützung der reaktionären arabischen Regime gewinnen.

Ägypten und der Sudan (mit den USA im Hintergrund) fürchteten ein Überspringen des 'revolutionären Funkens' auf ihr Land. Mit ihrer Hilfe konnte Habré in kürzester Zeit eine neue Armee, die FAN (Forces Armées du Nord) aufbauen und trat sogleich in Verhandlungen mit Malloum ein.

Doch auch Goukouni verhandelte. Es folgten zwei Treffen in Sabha und Benghazi (Libyen) im Februar 1978. Eine Einigung scheiterte, weil sich Malloum weigerte, das Kooperationsabkommen mit Frankreich aufzukündigen. Daraufhin starteten die FAP im April eine Großoffensive. Malloum rief prompt Frankreich zu Hilfe, das mit dem Einsatz von rd. 1000 Mann Bodentruppen und einem guten Dutzend Jagdbombern in die Kämpfe eingriff und die FAP kurz vor N'djamena stoppte. Angesichts dieser Niederlage trennte sich der Volcan wieder von den FAP, zwischen Goukouni und Libyen kam es zum offenen Dissens, auch wenn der trennende Graben zum Regime und zu Habré noch wesentlich tiefer war.

Im August 1978 einigte sich Habré mit Malloum auf eine gemeinsame, paritätisch besetzte Regierung.[4] Doch der Kompromiß versagte in der Praxis. Die gegenseitigen Beschuldigungen, die jeweils eigenen Parteigänger zu bevorzugen, eskalierten schon im Februar 1979 in einen bewaffneten Kampf um N'djamena, in den auch Goukouni mit seinen reorganisierten FAP auf seiten Habrés eingriff. Gemeinsam konnten sie die FAT (Forces Armées Tschadiennes[5] in ihren Basen im „Tschad utile" zurücktreiben und die Hauptstadt kontrollieren.

Die Bildung des GUNT

In dieser Situation verstärkte sich Nigerias Interesse am Konflikt im Nachbarland. Als eigener Interessenvertreter wurden die bis dato bedeutungslosen FAO (Forces Armées Occidentales) ausgebaut. Im März 1979 begann dann im nigerianischen Kano eine Reihe von 'Versöhnungskonferenzen'. Aufgrund starker Spannungen bedurfte es mehrerer Anläufe, bis im August in Lagos alle Gruppen ein Abkommen unterzeichneten. Unter Überwachung durch die OAU sollte eine Übergangsregierung GUNT (Gouvernement de l'Unité Nationale Transitoire) die nationale Aussöhnung bewerkstelligen. Ihr Präsident wurde Weddeye, sein Stellvertreter der Ex-Außenminister Kamouge und Hissène Habré Verteidigungsminister.

Doch die weitere Umsetzung des Lagos-Abkommens im vom Krieg längst völlig ausgebluteten Land zog sich hin, auch die OAU handelte nur zögerlich. Erst im Januar 1980 traf ein erstes, 600 Mann starkes Kontingent der panafrikanischen Friedenstruppe in N'djamena ein. Es sollte auch das letzte bleiben. Habré nutzte seine Position und die reichliche Unterstützung aus Ägypten, dem Sudan und Saudi-Arabien, um seine Stellungen auszubauen. Schon im März griff er N'djamena an.

Nachdem er die Stadt teilweise eingenommen hatte, blieb der Kampf im Patt stecken. Die GUNT-Truppen, obwohl zahlenmäßig überlegen, waren durch die Uneinigkeiten ihrer Führung geschwächt, die selbst in dieser bedrohten Lage die internen Differenzen nicht zurückzustellen vermochte. Die zahlenmäßig geringen OAU-Truppen spielten keine Rolle und wurden wieder abgezogen. Das französische Militär, mit rd. 1000 Mann noch immer im Tschad präsent, verhielt sich 'neu-



Der Aouzou-Streifen

Die französisch-britischen Konventionen von 1898/99 legten die tschadischen Grenzen fest und steckten damit die Einflußsphären der Kolonialmächte in Afrika ab.
1935 wurde ein Abkommen zwischen Italien (Mussolini) und Frankreich (Laval) geschlossen, das den 200 km breiten Aouzou-Streifen zu Libyen schlug. Nach der Niederlage der Italiener im Zweiten Weltkrieg verwaltete Frankreich ganz Fezzan, die Südprovinz der drei libyschen Landesteile; auch nach der Proklamation der Unabhängigkeit unter König Idris I. behielten die Franzosen hier Stützpunkte und militärisches Nutzungsrecht.
1955 legte ein Vertrag mit Libyen die Grenze neu fest, wobei letzteres auf den Aouzou-Streifen verzichtete.
Diesen Vertrag erkennt nun die Jamahiriya nicht an. 1972 wurde der Streifen offiziell beansprucht und — vom Regime Tombalbayes stillschweigend hingenommen — unter libysche Verwaltung genommen. Libyen wird daher in der hiesigen Berichterstattung häufig vorgeworfen, es okkupiere das Gebiet.
Die Haltung der tschadischen Konfliktparteien ist unterschiedlich. Während Habré den Anspruch auf den Aouzou-Streifen aufrecht erhält, bestätigte Weddeye den derzeitigen Verlauf der Grenze. In den Vordergrund rückte diese Frage allerdings erst mit der Internationalisierung und Zuspitzung des Konflikts in den vergangenen Jahren. Der Entdeckung von Bodenschätzen (besonders großer Uran-Vorkommen) kommt dabei zusätzliche Bedeutung zu. Libyen ist von der Berechtigung seiner Ansprüche überzeugt und betont, es sei auf diese Vorkommen nicht angewiesen. Für Habré jedenfalls ist ein offensives Vertreten des tschadischen Anspruches gegenüber dem 'libyschen Besatzer' hilfreich, um innenpolitisch nach wie vor vorhandene Konfliktlinien ethnischer wie sozio-ökonomischer Natur zuzudecken.



Goukouni Weddeye

tral' (in der Literatur wird Habré schon zu dieser Zeit als 'Mann Frankreichs' charakterisiert). Im Juni 1980 schloß Goukouni als Präsident des GUNT mit Libyen einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit ab und im Oktober, zu Beginn der neuen Offensive der FAN von Habré, kam Libyen Goukouni mit 3-4000 Soldaten, Artillerie und Tanks zu Hilfe. Ende Dezember war die FAN besiegt und bis auf kleine Stützpunkte an der Grenze zum Sudan aus dem Land geworfen.

Der Wiederaufstieg des Hissène Habré

Im Januar 1981 wurde eine engere Zusammenarbeit zwischen Libyen und dem Tschad ins Auge gefaßt. Dies aber erregte sogleich massiven Einspruch bei Teilen des GUNT sowie bei Frankreich und dessen schwarzafrikanischen Verbündeten. Goukouni Weddeye ging wiederum auf Distanz zu Libyen und nahm Verhandlungen mit Frankreich auf. Im September traf er mit Mitterand zusammen und dieser sagte dem GUNT militärische Unterstützung zu, sofern die Libyer im Tschad durch eine OAU-Friedenstruppe ersetzt würden. Auf eine entsprechende Aufforderung des Ministerrats des GUNT begann Libyen am 3. November — in überraschend kurzer Zeit — seine Stellungen zu räumen und bis Mitte Dezember trafen rd. 5000 Soldaten der Inter-African Force im Tschad ein. Doch in der Zwischenzeit hatte Habré seine FAN aufs neue aufbauen können und er nutzte den Rückzug Libyens. Im Januar 1982 begann er mit seiner Offensive und war praktisch nicht aufzuhalten, da die OAU-Truppen sich auf Druck des westlichen Lagers aus den Kämpfen heraushielten und der GUNT durch interne Streitigkeiten geschwächt war. Frankreich suspendierte seine Weddeye zugesagten Waffenlieferungen, ein Hilfegesuch an Libyen wurde diesmal abgelehnt, im Juni 1982 konnte Habré N'djamena einnehmen, die Truppen des GUNT zogen sich in den Norden zurück.

Die 'rote Linie'

Habré formierte im Laufe des Spätsommers eine Regierung, der im übrigen auch einige alte Funktionäre des Tombalbaye-Regimes angehörten. Er selbst behielt für sich und die FAN die Schlüsselstellungen. Doch seine Position sollte noch nicht gesichert sein, obwohl die dem westlichen Lager zuzurechnenden Staaten seine Regierung bald offiziell anerkannten. Der GUNT, auf der Basis des Lagos-Abkommens die legitime Regierung des Tschad, versuchte seine Kräfte zu reorganisieren. In einer Offensive im Juni und August 1983 rückten seine Truppen nach Süden vor.
Damit konnte sich Habré wieder als 'Bollwerk gegen die Ausweitung libyschen Einflusses' präsentieren. Da Frankreich diesmal zögerte, reagierten die USA, die neben der Verfolgung strategischer (Tschad als Stützpunkt der 'schnellen Eingreiftruppe') und wirtschaftlicher (die amerikanische Firma CONOCO führte zu der Zeit im West- und Südtschad Ölbohrungen durch) Interessen den Kampf gegen die Jamahiriya[6] massiv forciert hatten. Schon im Februar, als Libyen an der Grenze zum Sudan Truppen zu massieren schien, hatte Washington demonstrativ AWACS-Frühwarnflugzeuge in die Region geschickt. Nunmehr wurde die Habré zugesagte 'Aufbauhilfe' von 1 Mio. $ pro Monat auf 100 Mio. $ für Waffen und Ausrüstung aufgestockt. Ägypten versprach seinerseits unbeschränkte Waffenhilfe und auch Zaire schickte 2000 Mann Bodentruppen und ein halbes Dutzend Flugzeuge nach N'djamena. Auf Druck der USA, die zu der Zeit in der Region großangelegte Manöver der schnellen Eingreiftruppe durchführten, begann Frankreich im August mit der 'Operation Manta', die den Vormarsch der GUNT-Truppen am 15. Breitengrad zum Stoppen brachte. Diesen Breitengrad, in einem Schlagabtausch im Januar 1984 auf den 16. vorgeschoben, erklärte Frankreich später zur 'roten Linie', die von Norden her nicht überschritten werden durfte, ohne eine 'automatische' Antwort Frankreichs zu provozieren.

Die Lage nach 1983

Damit war die militärische Situation fürs erste stabilisiert, aber faktisch eine Teilung des Tschad festgeschrieben. Ein entsprechender Vorschlag Frankreichs, den Tschad in eine Föderation umzuwandeln, wurde jedoch von allen tschadischen Gruppen vehement abgelehnt; Verhandlungen waren ergebnislos geblieben.
Hinter dem Schutzschild Frankreichs, und mit finanzieller und politischer Unterstützung durch die USA konnte Habré daran gehen, seine Position auszubauen. Mit einem von Frankreich finanzierten Programm gelang es, die CODOS, kämpfende Kommandos der Opposition des Südens, mit großzügigen Karriere- und Pensionsversprechen in die Staatstruppe zu 'integrieren'. Verschiedenste Strömungen der heterogenen Oppositionsfront versuchte er mit der Gründung einer neuen Partei, der UNIR (= Union Nationale pour l'Indépendance et la Révolution) auf seine Seite zu bringen. Tatsächlich schlossen sich kleinere Gruppen ihm an und einige prominente exilierte Politiker übernahmen Posten in seiner Regierung.
Nicht zuletzt damit erwies sich, daß die Ablehnung Habrés als einigendes Moment zur langfristigen Stabilisierung des GUNT im Exil nicht ausreichte. Die großen Differenzen innerhalb des GUNT machten eine Einigung in strategischen Fragen praktisch unmöglich. Zentrale Streitpunkte waren dabei einmal die Frage, ob Verhandlungen mit Habré aufgenommen werden sollten, zum anderen das Verhältnis zu Libyen. Im Laufe dieser Auseinandersetzungen, die zum Teil von GUNT-Truppen der verschiedenen Führer mit der Waffe ausgetragen wurden,

büßte auch Goukouni Weddeye nach und nach an Einfluß ein.
Mit der internen Schwäche und Handlungsunfähigkeit ging ein allmählicher Verlust der internationalen Anerkennung einher.

Der internationale Rahmen

Daß der Konflikt im Tschad nicht zuletzt durch ausländische Interessen geprägt ist, ist wohl längst deutlich geworden:

— Frankreich erhält militärisch und finanziell Habrés Regierung am Leben und demonstriert den ungebrochenen Willen der ehemaligen Kolonialmacht, ihre 'Einflußsphäre' zu behaupten.
— Libyen unterstützt die im Norden beheimateten Befreiungskräfte. Dies entspricht selbst formulierten ethnischen wie ideologisch-politischen Verpflichtungen, die in der libyschen Afrikapolitik stets auch mit strategischen Erwägungen verkoppelt ist.

Zugleich bemühten sich Frankreich und Libyen immer wieder, die Beziehungen (v.a. als Handelspartner) aufrecht zu erhalten; so nahm man mehrfach Verhandlungen auf, die zwischenzeitlich sogar Vereinbarungen über einen beiderseitigen Rückzug ergaben. Doch die Situation verschärfte sich durch den zunehmenden Druck der USA, die 'Erzfeind Ghaddafi' den Kampf ansagte.
In diesem Zusammenhang spielt die geostrategische Lage des Tschad eine besondere Rolle. Er könnte im amerikanischen 'Sicherheitsgürtel', der von Spanien bis zum persischen Golf reicht, ein wichtiges Verbindungsglied bilden. Umgekehrt betrachten die USA eine Regierung im Tschad, die mit Libyen kooperiert, als eine Bedrohung für die Stabilität der angrenzenden Verbündeten. Hierin gleichen sich die Interessen Frankreichs und der USA. Hinzu kommt, daß mit dem Tschad, der bis an die Grenze Libyens amerikanischem Eingreifen offen stünde, der Weltmacht die militärische Einkreisung des 'Erzfeindes' nahezu komplett gelungen wäre. Daß dies die Jamahiriya schwerlich tatenlos hinnehmen kann, das hat der Angriff der USA im Frühjahr letzten Jahres deutlich gemacht.

Die jüngsten Kämpfe

Im Februar des vergangenen Jahres setzte der GUNT noch einmal zu einer Offensive an. Zweifelsohne war mit seiner internen und militärischen Schwäche die Unterstützung Libyens und damit auch dessen Einfluß stetig gewachsen.[7]
Der Verstoß wurde jedoch mit dem abermaligen Eingreifen Frankreichs bald zerschlagen. Im Anschluß daran begannen die Franzosen, ein permanent gestütztes 'Abwehrdispositiv' in N'djamena aufzubauen ('Operation Sperber'). Nachdem ein Treffen zwischen Habré und Weddeye im März 1986 nicht zustandegekommen war,[8] lösten GUNT-interne Machtkämpfe eine Kette von Ereignissen aus:

— Im August 1986 beendet Acheikh Ibn Oumar, Führer des CDR (Conseil Démocratique Révolutionnaire), die Zusammenarbeit mit Weddeye. Daraufhin brechen Kämpfe zwischen CDR-Truppen und Weddeye-loyalen Einheiten aus. Im folgenden Monat kündigen Frankreich und Libyen erneut einen beiderseitigen Rückzug ihrer Truppen an.
— Im Oktober erklärt sich Weddeye in einem Interview mit dem französischen Staatsradio zu bedingungslosen Verhandlungen mit Habré bereit und schon in den nächsten Wochen folgen Absprachen über eine gemeinsame Aktionsfront gegen Libyen. Währenddessen nehmen die Kämpfe zwischen Weddeyes Toubou-Kämpfern und dem CDR zu, an dessen Seite mehr und mehrl libysches Militär eingreift.[9]
— Anfang November kommt es in Tripolis zu offenen auseinandersetzungen um die Person Weddeyes. Bald darauf formiert sich der Rest-GUNT unter der Präsidentschaft Ibn Oumars neu. Gleichzeitig betreiben Habré und seine Schutzmacht Öffentlichkeitsarbeit: sowohl beim französisch-afrikanischen Gipfel, als auch bei den Sitzungen der UN wird Libyen massiv beschuldigt (Massaker an der Zivilbevölkerung, Giftgas, Napalm!). Unverkennbar bemüht sich Habré um den Segen und Rückhalt Frankreichs für ein offenes Eingreifen. Er hofft, die an der 'Demarkationslinie' festgefahrene Lage endlich für sich entscheiden zu können. Frankreich geht zunächst nicht darauf ein, findet aber seinerseits andere Mittel und Wege:
— Schon Mitte Dezember werden Weddeye-loyale Truppen nördlich des 16. Breitengrades aus der Luft mit Lebensmitteln, Treibstoff und Munition versorgt. Vor allem aber gelangt Habré in den Genuß von Militärhilfe. auch die USA beteiligen sich daran, indem sie Großraumtransporter und Ausrüstungsmaterial im Werte von 15 Mio. $ zur Verfügung stellen.[10] Schon zu dieser Zeit verlegt Frankreich ein Kontingent an die 'rote Linie', um den Nachschub zu sichern. Ende Dezember sind die Vorbereitungen abgeschlossen, Habré marschiert, begleitet von einigen französischen 'Beobachtern' und 'Beratern', in den Norden ein.

Nach Kämpfen mit zunächst wechselndem Erfolg, während derer Frankreich wie auch Libyen ihre militärische Präsenz sukzessive ausbauten, mußten die libyschen Truppen wichtige Stützpunkte räumen.
Habré ließ sich in N'djamena als 'Einiger des Tschad' feiern; der Kampf gegen den 'libyschen Besatzer' hatte eine Weile von der desolaten wirtschaftlichen Lage abgelenkt.
Wie weit seine Einigung mit Weddeye, der wohl eine entsprechende Position beanspruchen wird, diesmal trägt, muß sich zeigen. Den zu verteilenden Kuchen haben die jahrelangen Kämpfe entschieden schrumpfen lassen. Eine dauerhafte Allianz ist daher fraglich.


Hissène Habré

Offen ist auch, ob die Oppositionsgruppen, die sich nach den Niederlagen in die unzugänglichen Gebiete des Tibesti zurückgezogen haben, ihren Kampf aufgeben werden.
Libyen ist offiziell stets für einen Abzug **aller** ausländischen Truppen eingetreten — zweifelsohne eine der Voraussetzungen dafür, daß der Tschad seine Probleme in eigener Regie lösen kann.

Karin Schlücker

Anmerkungen

[1] frz.; der 'nützliche Tschad'
[2] zum Beispiel über spezifische Steuern wie der Rindskopfsteuer
[3] auch CDR = Conseil Démocratique Révolutionnaire
[4] mit Malloum als Präsident und ihm, Habré, im neugeschaffenen Amt des Premierministers
[5] entgegen dem Namen in der Substanz eine Streitkraft der Sudisten
[6] arab; 'Republik'
[7] Für eine genaue Abschätzung des libyschen militärischen Engagements zu der Zeit differieren jedoch die Angaben in Presse und Literatur zu sehr, zumal im Vorfeld der US-Aggression
[8] Le Monde, 1.4.86
[9] Die taz, 17.11.86, gibt die Zahl der von Libyen unterstützten Oppositionsgruppen mit „noch 5000" an, während die der Weddeye-Loyalen auf „rund 3000" geschätzt wird. Für Libyen selbst gibt es für diese Zeit keine Zahlen in der Presse.
[10] neben der für's ganze Jahr bewilligten Militärhilfe in Höhe von 63,7 Mio. $ plus einer einmaligen militärischen 'Nachhilfe' von 10 Mio. $

Literatur

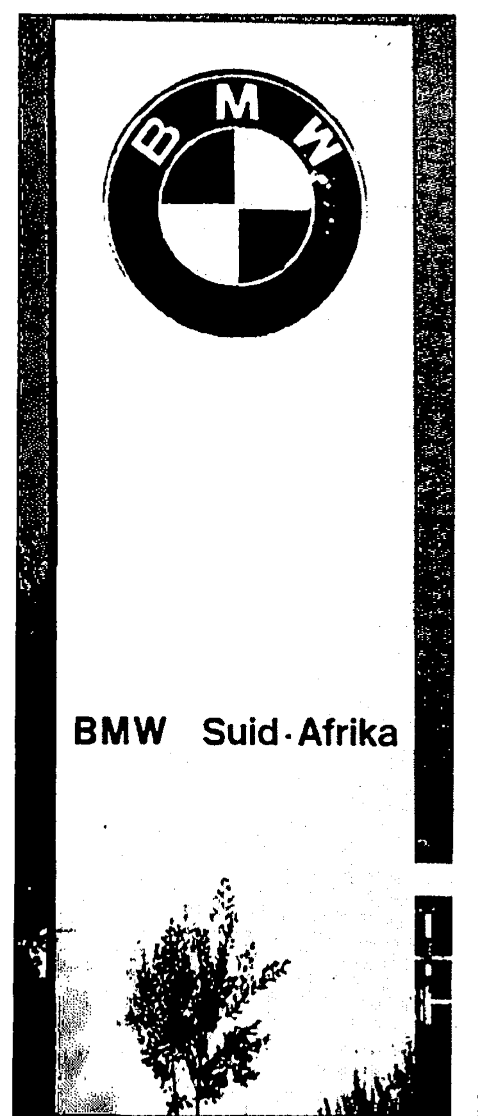
Faath, Sigrid; Mattes, Hanspeter; Interview mit Acheikh Ibn Oumar, Generalsekretär des Conseil Democratique Revolutionnaire (Tschad); in: wuquf. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika; 1, Okt. 1986
Lanne, Bernard; Chad. Recent History; in: Africa South of the Sahara; 35 (1987)
Meyer, Reinhold; Rekolonisierung des Tschad; in: Jahrbuch Dritte Welt. Daten — Übersichten — Analysen; München 1984
ders.; Tschad; in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.); Handbuch der Dritten Welt. Bd. 6: Nordafrika und Naher Osten; Hamburg 1983
Wirz, Albert; Krieg in Afrika. Die nachkolonialen Konflikte in Nigeria, Sudan, Tschad und Kongo; Wiesbaden 1982
Wrobel-Leipold, Andreas; Konflikt und Massenflucht in Tropisch-Afrika. Die Fallstudien Äthiopien und Tschad; Frankfurt/M. 1986

Ein Jahr Ausnahmezustand:

Nachdenken über neue Strategien

Der nun einjährige Ausnahmezustand, von der südafrikanischen Regierung über das gesamte Land verhängt, ließ eine Friedhofsruhe einkehren, die manchen Beobachter erstaunte. Welches sind die Ursachen, die das Wiedererstarken des Arpartheidregimes ermöglicht haben? Langfristiger Widerstand gegen die herrschenden Weißen soll nun verankert werden.

Am 12. Juni war es ein Jahr her, daß das südafrikanische Rassistenregime zum zweiten Male innerhalb von zwei Jahren den Ausnahmezustand verhängte. War er 1985 nur in 36 Bezirken wirksam, so wurde er jetzt auf das gesamte Land ausgedehnt. Die örtlichen Polizeistellen erhielten die Befugnis, aufgrund der jeweiligen regionalen Gegebenheiten, eigene Verschärfungen der Notstandsmaßnahmen anzuordnen.
Die Verhängung des Ausnahmezustands 1985, der ein halbes Jahr später wieder aufgehoben wurde, hatte keineswegs ein Nachlassen des Massenwiderstands, der Demonstrationen, Streiks und Kundgebungen bei Beerdigungen zur Folge. Ganz anders wirkte die Verhängung 1986: In Verbindung mit der oben schon erwähnten Ausdehnung auf das gesamte Land, einer rigiden Pressezensur gegen inländische und ausländische Medien und der Verhaftung von über 20 000 Personen, die das Regime für „Rädelsführer" oder Beteiligte an den Aufständen der vorausgegangenen zwei Jahre hielt, ist jetzt in den meisten schwarzen Ghettos durch den massiven Einsatz von Polizei und Armee eine Friedhofsruhe eingekehrt. Dies wird von den Apologeten des Regimes als Befriedung ausgegeben.
Südafrika und seine Aufstände der unterdrückten schwarzen Bevölkerung, die zwei Jahre lang in den öffentlichen Medien auch der BRD eine Rolle spielten, sind aus den Schlagzeilen verschwunden. Diskutiert und informiert wird im wesentlichen in den Organen der Solidaritätsbewegung, mit Ausnahme des Evangelischen Kirchentags, der seine Geschäftsbeziehungen mit der Deutschen Bank wegen ihrer Südafrika-Geschäfte abgebrochen hat. Welche Faktoren haben dazu geführt, daß das südafrikanische Regime, das einige Beobachter schon vor dem unmittelbaren Sturz sahen, gegenüber dem Widerstand die Offensive zurückgewinnen konnte?



Erholung der südafrikanischen Wirtschaft

Bis Anfang der achtziger Jahre besaßen die weißen Südafrikaner den höchsten Lebensstandard auf der Welt. Die südafrikanische Wirtschaft hatte sich aufgrund der jahrzehntelangen Ausbeutung der schwarzen Arbeitskraft in zwei Richtungen entwickelt: in einen das Land durchdringenden und beherrschenden, kapitalistisch hochentwickelten weißen Zweig, der auf dem Weltmarkt mit den Firmen 'Anglo-American', 'Gencor' und 'Sanlam' in direkte Konkurrenz mit Konzernen der großen kapitalistischen Länder tritt (vgl. iz3w Nr. 141, S. 43). — Er garantiert den Weißen durch die rassistische Gesetzgebung ihre herausragende wirtschaftliche, soziale und politische Stellung. — Und in einen schwarzen Zweig, der abhängig von der Entwicklung des kapitalistischen Zentrums der Versorger der weißen Industrie und des Bergbaus mit Arbeitskräften ist. Dieser Bereich vermag selbständig nicht ausreichend Kapital anzuhäufen, um mit der weißen Wirtschaft zu konkurrieren. Große Teile der schwarzen Gesellschaft, v.a. in den abgelegenen, unterentwickelten Gebieten der meisten Bantustans, sind nur wenig in den kapitalistischen Austausch und kaum in die Produktion integriert. Sie bilden auf der anderen Seite auch keine Subsistenzwirtschaft, da sie

nicht genug für ihren eigenen Verbrauch produzieren können, sondern zum Teil auf Geldüberweisungen der schwarzen städtischen Arbeitskräfte angewiesen sind.

Die einseitige Ausrichtung der südafrikanischen Wirtschaft ist nur eines ihrer strukturellen Probleme. Diese Art dualistischer Wirtschaft war 1981/82 in eine schwere Krise geraten, von manchen Beobachtern als die schärfste seit 30 Jahren bezeichnet. Eine Inflationsrate bis zu 20 %, der Rückgang des Bruttosozialprodukts und die Entlassung von hunderttausenden schwarzen Arbeitskräften waren die sichtbaren Ausdrücke dieser Krise.

Infolge dieser Krise verloren die weißen Südafrikaner zwar die „Weltmeisterschaft" um den höchsten Lebensstandard, doch von dieser Krise getroffen wurden vor allem die Schwarzen. Die hohe Arbeitslosigkeit stieg auf 50-60 % an (für die Weißen ist sie kaum meßbar, da sie zwischen 1-2,5 % liegt). Auch sind die schwarzen Haushalte ungleich härter von den Preissteigerungen betroffen als die weißen, da ihnen z.B. auch die staatlichen Subventionen für Grundnahrungsmittel gestrichen wurden. In den Townships wurden die Mieten der dem Staat gehörenden Häuser immens erhöht. Davon bleibt die weiße Bevölkerung der Vorstädte in ihren Eigenheimen verschont. Der Rückgang der Preissteigerungen auf 16 % im Februar '87 hat die Situation kaum entschärft. Diese Auswirkungen der Krise waren auch die Haupttriebkräfte der Leidtragenden für den Ausbruch der Aufstände in den Ghettos seit September 1984, neben dem Versuch der Regierung, die schwarze Gesellschaft durch die Einführung des Drei-Kammer-Parlaments und des Wahlrechts für Inder und Farbige zu spalten. Im Jahr nach Beginn der Aufstände hatte die südafrikanische Währung, der Rand, gegenüber fast allen kapitalistischen Währungen bis zu 5 % seines Wertes verloren. Nachdem diese Talfahrt 1986 aufgehalten wurde, hat der Rand gegenüber einigen Währungen sogar leicht dazugewonnen (England, USA; vgl. Financial Mail v. 23.1.87). Der Überschuß in der Handelsbilanz wurde ebenfalls größer und betrug 1986 ca. 14 Milliarden Rand.

Für die Zahlungsbilanz ergibt sich ein Überschuß von ca. sechs Milliarden Rand jeweils in 1985 und 1986. Er konnte trotz Kapitalflucht und der Rückzahlung von über drei Milliarden US-$ Schulden zwischen Januar '85 und August '86 (laut Angaben des Zentralbankchefs De Kock) erreicht werden. Dieser riesige Überschuß, trotz Randabwertung, ist vor allem der Entwicklung des Goldpreises zuzuschreiben, Ca. 50 % der Deviseneinnahmen stammen vom Goldverkauf. Von ca. 300 US-$/Unze Gold Ende 1984 stieg der Preis auf 400 $ am Jahresende 1986; der aktuelle Preis vom 6. Juni '87 an der Londoner Börse steht bei 454 $. Südafrika exportiert hauptsächlich Rohstoffe und importiert Halb- und Fertigwaren. (Zur Struktur der südafrikanischen Wirtschaft siehe iz3w Nr. 138.) Südafrika ist nicht vom allgemeinen Preisverfall für Rohstoffe auf dem Weltmarkt in den letzten Jahren betroffen, der viele Länder der Dritten Welt in größte Schwierigkeiten und Abhängigkeiten gebracht hat, da Südafrika hauptsächlich Gold, Platin, Uran, Stahlveredler und Kohle exportiert, deren Preise im wesentlichen gleich geblieben oder stark gestiegen sind. Es hat in den letzten 12 Monaten geradezu eine Explosion an der Johannesburger Börse (Johannesburg Stock Exchange, JSE) gegeben. Der Aktienindex für Goldaktien verdoppelte sich fast von 1 200 (Juni '86) auf ca. 2 200 im Februar '87. Es ist dabei kein Zufall, daß der Anstieg des Index' mit der Verhängung des Ausnahmezustands Mitte Juni 86 zusammenfällt.

Tabelle 1
Südafrika: Wachstum

1982	-0,8 %
1983	-2,5 %
1984	5,0 %
1985	-1,0 %
1986	2,0 %

(Quelle: RRS 1984, 1985; Finance Week 5.-11.3.87)

Nach Berechnungen der Börsenblätter bedeutet eine Steigerung des Goldpreises von 800 auf 850 Rand eine Erhöhung des Gewinns pro Aktie je nach Mine zwischen 10 und 25 %. Bei einem aktuellen Goldpreis von ca. 900 Rand kann man/frau sich die Profiterwartungen der Aktionäre vorstellen und ausrechnen (Financial Mail v. 23.1.87). Die Deutsche Bank konnte z.B. den deutschen Aktionären von Anglo-American am 23. Dezember '86 eine Zwischendividende von 62,5 Cent auf die Zehn-Cent-Stammaktie ankündigen. Auch die Anfang dieses Jahres veröffentlichten Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen der großen Konzerne bestätigen diese Gewinnerwartungen. Trotz der Krise werden also noch große Kapitalsummen für Investitionen frei. Das größte Projekt ist in diesem Zusammenhang die geplante Erdgasgewinnung im Indischen Ozean vor Mossel Bay, in das innerhalb der nächsten 17 Jahre mindestens 5,5 Milliarden Rand gesteckt werden sollen (Cape Times v. 20.2.87). Ein Konzern wie Anglo-American, der über mehr als 60 % aller in Südafrika gehandelten Aktien verfügt, der nicht nur im Bergbau und der Industrie, sondern auch im Banken- und Versicherungswesen tätig ist, der auf allen Kontinenten Kapitalanlagen hat, ist aufgrund dieser Kapitalakkumulation sogar in der Lage, 1986 in den USA als der größte ausländische Einzelinvestor aufzutreten.

Drei Anglo-American-Direktoren sind außerdem im 12-köpfigen Direktionsrat der South African Reserve Bank vertreten, die die Schlüsselrolle in der südafrikanischen Finanzpolitik spielt.

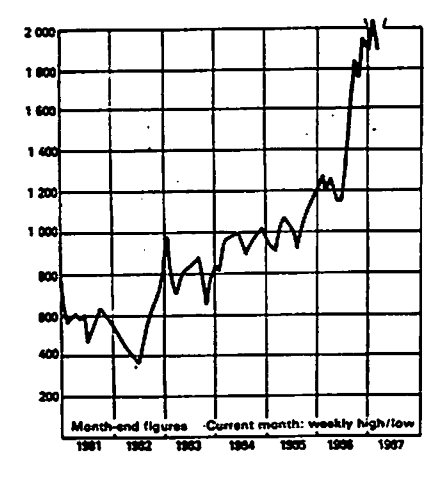
Daher ist es nicht verwunderlich, wenn die ausländischen Banken und Regierungen wegen der südafrikanischen Verschuldung keine großen Kopfschmerzen bekommen. Die Gesamtschulden von 22 Milliarden US-$ machen ca. den Wert der Gesamtausfuhren von 1986 aus. In Relation zu anderen Schuldnerländern ist das ein günstiger Wert. Die Fähigkeit der südafrikanischen Wirtschaft, riesige Kapitalmengen zu akkumulieren, ermöglicht durch die Ausbeutung der schwarzen Arbeitskraft, stimmt die ausländischen Gläubigerbanken froh und hoffnungsvoll. Es gibt nur das kleine Problem der Apartheid, das das Bild stört. Schon 1985 bei den ersten Umschuldungsverhandlungen sagte der südafrikanische Zentralbankgoverneur De Kock, daß, ökonomisch gesehen, Südafrikas Schuldenproblem am leichtesten zu handhaben ist, aber wegen politischer Gründe eine Lösung sehr schwierig sei (Race Relations Survey 1985). Dieses Problem scheint überwunden zu sein. Im März '87 haben die ausländischen Gläubiger und die südafrikanische Regierung, vertreten durch die Zentralbank, ein für Südafrika überaus günstiges Umschuldungsabkommen nach kurzer Verhandlung getroffen. Im „Zweiten Vorläufigen Schuldenabkommen" mit 34 internationalen Gläubigerbanken ist festgelegt, daß Südafrika innerhalb von drei Jahren die Zinsen auf Schulden von 13 Milliarden US-$ zurückzahlen und 13 % der Schuldensumme tilgen muß. Im ersten Abkommen von 1986, als Südafrika für einige Zeit alle Zinszahlungen einstellte, war ursprünglich die Zahlung der aufgelaufenen Zinsen innerhalb eines Jahres plus 5 % der Schuldensumme vorgesehen. Nun können auch kurzfristige Schulden in langfristige umgewandelt werden. Das neue Abkommen gibt der südafrikanischen Wirtschaft Stabilität auf dem Kapitalmarkt für mindestens drei Jahre. Es kann mehr Kapital innerhalb und außerhalb des Landes investiert werden, statt für Zins- und Schuldenrückzahlungen an die ausländischen Banken zu wandern. Ein dem ähnelndes Vertrauenszeichen des internationalen Kapitals in die Rassistenwirtschaft ist der Aufschwung des „Financial Rand" um mehr als 30 % in letzter Zeit. Er dient zur Finanzierung ausländischer Investitionen (meist steuerfrei für eine Reihe von Jahren) in Südafrika (Weekly Mail, Nr. 12/87).

Tabelle 2: Die südafrikanische Handelsbilanz

	Importe	Exporte
1983	16,2	20,6
1984	21,7	25,2
1985	23,0	36,5
1986	27,1	41,3

Angaben in Milliarden Rand
(Quelle: Race Relations Survey, 1984; 1985; Finance Week 22.-28.1.87)

Die Erholungs- und Aufschwungtendenzen der südafrikanischen Wirtschaft können nicht grundsätzliche Probleme des rassistischen Kapitalismus, eine aufgeblähte und teure Bürokratie zur Kontrolle der Rassengesetze, mangelnde Mobilität



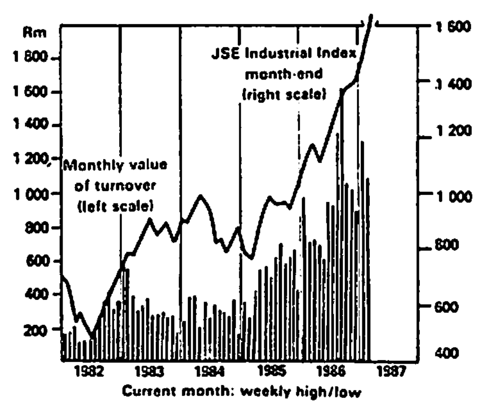
Goldindex an der Johannesburger Börse (JSE)

der schwarzen Arbeiter, zu geringe Bildungsausgaben und Hemmnisse in der Ausbildung für die Schwarzen oder wie das System der Wanderarbeit vergessen machen. Diese „Hauptmängel der südafrikanischen Ökonomie" kritisierte der IWF schon 1982 in einem Report, ohne daraus die Konsequenzen wie bei anderen Ländern zu ziehen, der Regierung strikte politische und soziale Vorgaben zu machen. Die relative Stärke der Wirtschaft durch den günstigen Goldpreis, der sich abzeichnende Aufschwung trotz Aufstände Boykottdiskussionen und Disinvestment machen, um auf unsere Ausgangsfrage zurückzukommen, den ökonomischen Hebel aus, womit dem Rassistenregime die Offensive wieder gelang. Politisch haben dem Regime die Zerstrittenheit des Widerstands und dessen strategische Fehler genützt.

Die politische Opposition nach dem 12. Juni 1986

Die politischen Organisationen des schwarzen Widerstands und die unabhängigen schwarzen Gewerkschaften sind von der Ausrufung des Ausnahmezustands am 12.6.1986 und seinen Ausmaßen, den Verhaftungen und der Einschränkung vieler (bis dahin noch legaler) Arbeitsmöglichkeiten überrascht worden. Alle Planungen richteten sich auf den 10. Jahrestag des Schüleraufstands von Soweto am 16. Juni '86, die bis dahin größten Massendemonstrationen waren vorgesehen. Die Verhaftung der Führung in den Tagen und Nächten vor dem 16. Juni, die viele Organisationen praktisch lahmlegte, zeigte eine genaue Planung der Sicherheitskräfte. Obwohl der schwarze Widerstand in der jüngeren Geschichte oft genug die Erfahrung der Kompromißlosigkeit, der Brutalität und des planvollen Vorgehens von Polizei und Armee gemacht hatte, konnten nur wenige führende Persönlichkeiten des Widerstands untertauchen und aus dem Untergrund weiter agieren. Innerhalb von wenigen Wochen wurden über 20 000 Menschen verhaftet, von denen mindestens die Hälfte nach einem Jahr immer noch in Haft sitzt, ohne daß Anklage erhoben wurde. Die Sorglosigkeit und die mangelnde Vorbereitung der Opposition auf diesen Schlag lassen sich nur politisch erklären. Unter vielen Organisationen herrschte aufgrund der Massenaktionen von Mitte 1984-86 die Auffassung, daß das Regime vor dem Ende stehe; offen wurde die Überlebenszeit, die man den Rassisten gab, auf Monate geschätzt. Trotz des Ausnahmezustands äußerte Albertina Sisulu, die Präsidentin der UDF, in einem Gespräch mit dem AK-AFRIK (Arbeitskreis Afrika) in Soweto im Februar '87 die Überzeugung, daß das Regime innerhalb der nächsten zwei Jahre fallen werde. Daß das Regime bis Mitte '86 erst einen Bruchteil seines politischen und militärischen Potentials eingesetzt hatte, wurde erst durch den Ausnahmezustand und die fast vollständige Lahmlegung des Widerstands schmerzlich bewußt.

Hinzu kam, daß schon vor dem Ausnahmezustand viele Energien innerhalb der Organisation darauf gerichtet waren, vermeintliche „Feinde des Volkes" zu bekämpfen. Viele der äußerst brutalen Tötungen mittels eines brennenden Autoreifen um den Hals betrafen nicht sog. Kollaborateure mit der Polizei, sondern Andersdenkende, meist aus den Organisationen des Schwarzen Bewußtseins oder der Afrikanisten. Allein die AZAPO beklagte innerhalb des Jahres 1986 über 100 Tote aus ihrer Mitgliedschaft aufgrund des Necklacing (Interview mit AZAPO Cental Committee, Feb. 1987, AKAFRIK. S. dazu auch iz3w Nr. 136, S. 18ff.). Zusammen mit Gewerkschaften sind in den letzten Monaten unzählige Aufrufe von verschiedenen Organisationen erfolgt, das Töten einzustellen. Diese „Kultur des Tötens", wie es der BCMA-Vorsitzende Mangena nennt, stelle den um die Befreiung kämpfenden Gruppen und Organisationen kein gutes Zeugnis aus. Immer wieder wird die Ansicht geäußert, daß das Regime hinter den Auseinandersetzungen der verschiedenen Widerstandsgruppen stehe, doch trifft das m.E. nur zum Teil zu. Die Verhaltensweise vieler Organisationen öffnet erst die Tore für ein Einmischen seitens der Regierung und ihrer Sicherheitsdienste. In dem erwähnten Gespräch gab Albertina Sisulu offen zu, daß in den Jugendorganisationen oftmals Disziplinlosigkeit herrsche und andere politische Widerstandsorganisationen fälschlicherweise als „Volksfeinde" eingeschätzt würden, was dann zu unberechtigten Angriffen auf diese führe. „Ma Sisulu", wie sie genannt wird, traf sich im Februar zum ersten Mal mit dem Vorsitzenden der AZAPO, Nkosi Molala, um Möglichkeiten der Beendigung der oft tödlichen Feindschaft zwischen den Gruppen zu erörtern



Aktienindex und -umsatz an der Johannesburger Börse (JSE)

Über die Ursachen, die besonders unter Jugendlichen zu diesen Gewaltausbrüchen führen, wird in der Weekly Mail (Nr. 41, 1986) der Psychologe und ehemalige AZAPO-Präsident Saths Cooper zitiert: „Wenn eine Gesellschaft durch Repression und Belagerung der Townships traumatisiert wird, wenn Kinder allein dafür brutal behandelt werden, daß sie sich gegen eine Erziehung wehren, die sie zu Sklaven der Gesellschaft macht..., dann kann man sich vorstellen, daß die Übergänge zwischen einem Opfer von Brutalität und jenem, der sich aggressives Verhalten zu eigen macht, fließend sind."

Auch in den alternativen Strukturen, die der Widerstand aufgebaut hat, zeigt sich die Spaltung: Manche Stadtviertel oder Gegenden in den Townships sind für die eine oder andere politische Richtung „no go"-Gebiete, weil dort der politische „Gegner" das Sagen hat. Manchmal gibt es in ein und derselben Straße bzw. Viertel zwei Straßen- oder Stadtteilkomitees, eines fühlt sich den „progressiven Demokraten" (UDF) und das andere der Bewegung des Schwarzen Bewußtseins oder den Afrikanisten zugehörig.



Albertina Sisulu, UDF-Präsidentin, und Nkosi Molala, Präsident der AZAPO, nach ihrem Gespräch am 5. Febr. 1987 in Soweto (Foto: AK-AFRIK, Münster)

Was hat die Boykottstrategie bewirkt?

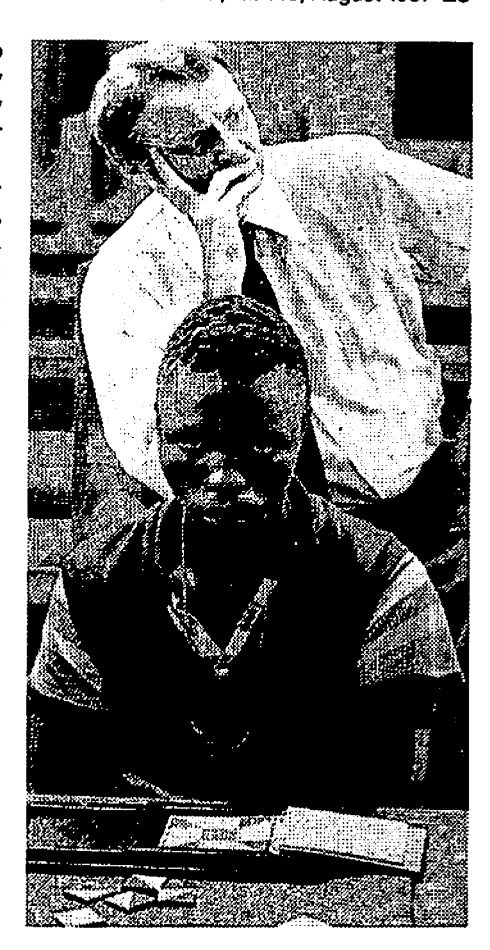
Die Frage Für oder Wider den Boykott, die vor allem 1986 zu erhitzten Diskussionen innerhalb des Widerstands geführt hat, war oft gleichbedeutend mit Tod oder Leben. Die oft undemokratisch beschlossene und teilweise brutale Durchführung von Konsumentenboykotten hat ganze Stadtviertel gegen Jugendgruppen aufgebracht, die die Boykotte überwachten. Dadurch wurden Bewohner auf die Seite der staatlich geförderten Vigilantenbanden getrieben (s. iz3w Nr. 136). Die meisten Diskussionen wurden um die Schulboykotte geführt. An einigen Schulen gingen sie 1986 ins dritte oder vierte Jahr. Mit Beginn des Schuljahres 1987 im Januar wurden die Boykotte landesweit eingestellt. Fast überall gingen die Schüler in die Klassenräume und Schulen der Townships zurück, die jetzt von der Polizei bewacht werden. An manchen Schulen übernimmt die Polizei direkt die Bestrafung von Schülern, die ihnen von den Lehrern genannt werden. Die Kritik an den Boykotten ist, daß ihre Auswirkungen immer die schon unterdrücktesten Teile der schwarzen Bevölkerung treffen. Die weißen Schulen waren nie betroffen. Viele Kinder der schwarzen Mittelschicht wurden in die gemischtrassischen Schulen der Vorstädte geschickt, wenn die Eltern es bezahlen konnten. Die Last des Boykotts trugen immer die Schüler und Schülerinnen in den Ghettos. Heute geht es nach Aufhebung des Boykotts im wesentlichen darum, irgendwie die „verlorene Zeit" aufzuholen und einen Abschluß zu schaffen. Der revolutionäre Inhalt der Boykotte, die Entwicklung einer alternativen Erziehung, die sich nicht an der weißen Erziehung orientiert, geht dabei unter, wie innerhalb des Widerstands beklagt wird (s. Interview mit AZAPO-CC; AKAFRIK — Interview mit Neville Alexander, Kapstadt, Februar 1987).

Länger als der Schulboykott hat sich in einigen Ghettos der Mietboykott gehalten, gegen den die Regierung jetzt mit dem Versuch, Zwangsräumungen von Häusern vorzunehmen, vorgeht. Regional gibt es bei der Aufrechterhaltung der Mietboykottfront starke regionale Unterschiede, die im wesentlichen darauf zurückzuführen sind, daß auch die Widerstandsorganisationen regional recht unterschiedlich von den Auswirkungen des Ausnahmezustands getroffen worden sind. In der Gegend um Kapstadt existieren z.B. heute noch festere Strukturen als im Ostkapgebiet um Port Elizabeth.

Erst langsam beginnt innerhalb des Widerstands ein Umdenkungsprozeß: weg von spektakulären Massenaktionen, hin zu einer Verankerung und Verbreiterung des Widerstands auf allen Ebenen. Für einige ist klar geworden, daß der Prozeß der Befreiung noch 10, 15 Jahre in Anspruch nehmen kann. Weshalb Strukturen aufgebaut werden müssen, die den Widerstand von Kindesbeinen an verankern. D.h. eine alternative Erziehung in den Vorschulen, Schulen und Universitäten muß aufgebaut werden, die gewerkschaftliche Organisation muß vor allem in die ländlichen Gebiete getragen werden, und neue Konzepte des bewaffneten Kampfes, etwa der Stadtguerilla, müssen diskutiert werden. Im Gegensatz zu früheren Jahren hat es nicht eine so große Fluchtbewegung der Jugendlichen ins Exil gegeben; viele haben sich in zum Teil bewaffneten, selbständig operierenden Gruppen in den Ghettos organisiert. Nicht nur Bombenanschläge, sondern „hit and run" — Operationen von kleinsten Einheiten oder Einzelnen gegen Soldaten und Polizisten bestimmen das Bild der militärischen Auseinandersetzung mit dem Regime. Auch die Exilorganisationen stellen sich auf diese neue Lage ein. Wichtig wird für den ANC wie auch den PAC immer mehr die Ausbildung und Versorgung der Kämpfer innerhalb des Landes und nicht mehr das Einschleusen von außerhalb des Landes gelegenen Trainingscamps. All das täuscht aber nicht darüber hinweg, daß dieser Zustand des „irregulären Krieges" bisher nur die unterste Stufe der Eskalation darstellt, noch einfach vom Regime beherrscht wird; weder ist der Krieg schon in die weißen Gebiete getragen noch sind wirkliche Herzstücke des Regimes angegriffen worden.

Daß die Exilorganisationen ihre Strategie überdenken, machen Aussagen und Erklärungen der letzten Wochen und Monate deutlich (s. Aib, April 1987; Azania Combat (PAC) 1/87).

Die Gewerkschaften



Weitaus besser als die politischen Organisationen haben die unabhängigen schwarzen Gewerkschaften ihre Aktionsfähigkeit unter dem Ausnahmezustand bewahren können. Deswegen stehen sie jetzt im Zentrum des Angriffs des rassistischen Staatsapparates. Obwohl die meisten der Verhafteten Gewerkschafter/innen sind, konnten die dadurch aufgerissenen Lücken wieder geschlossen werden, was zum größten Teil auf ihre demokratische Struktur zurückzuführen ist. Im Zentrum steht der Begriff der „Arbeiterkontrolle". D.h. Entscheidungen einer Gewerkschaft über Streik, Arbeiterforderungen, Aktionen und politische Linie werden auf Betriebsebene von allen Mitgliedern und regional von den Vertrauensleuten diskutiert. Deren Vorgehen ist für die Gewerkschaftsführung maßgeblich. Die Vertrauensleute bilden das lebenswichtige Bindeglied zwischen Gewerkschaftsführung und Basis, durch sie ist die Rückkoppelung in kritischen Situationen gesichert. Imperatives Mandat, Verantwortlichkeit der Vertreter, Rechenschaftspflicht heißen die zentralen Prinzipien. Deshalb verlangen sie Betriebsversammlungen ohne Anwesenheit des Managements, freien Zugang der Gewerkschaftsvertreter zu den Betrieben, fordern sie höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und Beseitigung des Rassismus im Betrieb. Der Erfolg des Prinzips der „Arbeiterkontrolle" ist vor allem den Unternehmern ein Dorn im Auge. Besonders die Vertrauensleute müssen damit rechnen, bei Konflikten als erste gefeuert zu werden. Hin und wieder fällen die Gewerkschaftsführungen ihre Entscheidungen unter Ausschluß der Basis

was nicht gegen den grundsätzlichen Wert der o.g. Prinzipien spricht. Diese weitgehende demokratische Kontrolle war und ist in den politischen Organisationen nicht so ausgeprägt, dort sind sie oftmals auf eine oder einige wenige Führungspersönlichkeiten ausgerichtet. Werden diese Vertreter verhaftet, wird die Organisation gelähmt.

Die gewerkschaftlichen Kampfaktionen machen sich in den letzten sechs Monaten an vier Ereignissen fest:

— Über 10.000 Arbeiter/innen streikten von Dezember bis Februar gegen den Einzelhandelskonzern OK Bazaars, einer Tochter von Anglo-American. Die Streikenden und ihre Gewerkschaft CCAWUSA (Commercial Catering and Allied Workers Union of South Africa) konnten eine Lohnerhöhung von 100 Rand, einen Mindestlohn von 400 Rand, Mutterschutzurlaub und die Gültigkeit der Vereinbarungen für die Homelands, in denen CCAWUSA verboten ist, durchsetzen.

— 22.000 Arbeiter der staatlichen Transportgesellschaft SATS streikten in diesem strategisch wichtigen Bereich im März und April. Die erst im November gegründete Gewerkschaft SAHRWU konnte aber diese Mobilisierung nicht sofort in einen Sieg umsetzen: die Polizei ermordete zehn Arbeiter und 16.000 Streikende wurden entlassen. Die Regierung sah in dem kurz vor den Wahlen niedergeschlagenen Streik einen Beweis ihrer Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der schwarzen Opposition. Im Juni aber nach den Wahlen mußte SATS der Wiedereinstellung der Entlassenen zustimmen, da die Gesellschaft nicht in der Lage war, die gefeuerten Arbeiter durch entsprechend qualifizierte Neueinstellungen zu ersetzen.

— Ebenfalls zur gleichen Zeit streikten 9.000 Postarbeiter im Gebiet um Johannesburg gegen den Abbau von diskriminierenden Bestimmungen innerhalb der Postverwaltung. Einige Forderungen konnten die Streikenden durchsetzen.

— 1,5 Millionen Arbeiter schließlich beteiligten sich an einem zweitägigen Streik aus Protest gegen die Wahlen zum weißen Parlament Anfang Mai.

Das Regime richtet seinen Angriff jetzt verstärkt auf diese gewerkschaftlichen Strukturen. Bombenanschläge auf die COSATU-Zentrale in Johannesburg haben das Gebäude unbenutzbar gemacht, viele wurden während der Protestaktionen im April/Mai verhaftet. Im Nordtransvaal, einer der Hochburgen des zweiten Gewerkschaftsdachverbands, National Council of Trade Unions (NACTU, früher CUSA/AZACTU), liefen ebenfalls Massenveranstaltungen an, besonders gegen NACTU-Mitglieder. In Kapstadt gab es Massenentlassungen gegen Streikende, die der unabhängigen Elektrikergewerkschaft angehören.

Trotzdem wird gerade die Arbeit der Gewerkschaften in den ländlichen Regionen fortgesetzt. Beratungsstellen werden eingerichtet, um den dort lebenden Arbeiter/innen Rechtshilfe bei Konflikten mit dem jeweiligen Arbeitgeber zu leisten. Darüber hinaus die Arbeiter/innen in allgemeinen Gewerkschaften und bei größerer Anzahl von Aktiven in einer Industriegewerkschaft zu organisieren. Innerhalb der Gewerkschaft wird die oben angesprochene strategische Diskussion, die sowohl politische als auch gewerkschaftliche Organisationen betrifft, am offensten geführt. Salim Vally vom Vorstand der CCAWUSA sagte dazu in einem Interview: *„Wir meinen, daß die Art von Einigkeit, d.h. die Art der politischen Aktionen, die von uns aus bestimmten politischen Lagern gefordert werden, problematisch sind. Wir haben es mit klassenübergreifenden Organisationen zu tun, wo man die Interessen der Arbeiter mit denen der Mittelschicht oder viel schlimmer noch mit denen der großen Kapitalisten kombiniert, die einen bestimmten Grad an Übereinstimmung haben, soweit es Apartheid betrifft. Aber unserer Meinung nach sprechen sie den eigentlichen Grund des Problems, nämlich den Kapitalismus, nicht an. Wir glauben, daß ein Bündnis, das auf Anti-Apartheid basiert, ein Bündnis, das mit Bossen geschlossen wird, problematisch ist. Solch ein Bündnis nennen wir Popular Front. Wir würden ein Bündnis nach den Vorstellungen einer Vereinigten Front vorziehen, in dem Arbeiter die Entscheidungen kontrollieren, ein Bündnis unter der Disziplin und Kontrolle der Arbeiterklasse, ein antikapitalistisches Bündnis, das selbstverständlich Apartheid und Rassenunterdrückung in die Diskussion einbezieht, das aber den Kampf gegen Rassenunterdrückung und Klassenausbeutung führt. Wir sprechen nicht von zwei Stufen des Kampfes. Wir machen durch unsere Publikationen und durch unsere Strukturen deutlich, daß Sozialismus auf der Tagesordnung steht. Und das darf nicht auf dem Altar eines nationalen Kampfes geopfert werden, der die Bosse miteinschließt und der im Grunde die Frage nach der Kontrolle unserer Gesellschaft durch die Arbeiterklasse ausschließt oder hinausschiebt.“* (Interview mit AKAFRIK, Johannesburg, März 87)

Wie es im Augenblick aussieht, wird der südafrikanische Widerstand noch einige Zeit gezwungen sein, seine Strategie neu zu diskutieren und zu bestimmen. Immer mehr Oppositionskräfte erkennen, daß gegen die pseudo-liberalen und liberalen Reformmodelle von Interessengruppen wie z.B. der südafrikanischen weißen Regierung eine organisatorische und politische Einheit aufgebaut werden muß, die der Vielfalt des Widerstandes Raum läßt. Das wenigste, was wir von hier dazu beitragen können, ist, die vorhandenen Spaltungslinien nicht durch unser Einmischen zu verschärfen, sondern in der Solidaritätsbewegung Schritte zur Einheit in der Vielfalt wie in Südafrika/Azania zu machen. Die Zeit wird uns eh dazu zwingen.

Thomas Siepelmeyer

Weitere benutzte Literatur:
AZANIA — Nachrichten, Pressedienst, 2-wöchentlich, AZAKO, Münster
Duncan Innes: Anglo-American and the Rise of modern South Africa, Johannesburg 1984.
Südafrika — Geschichte, Kultur, Widerstand, iz3w, AZAKO, AKAFRIK, Freiburg, Münster 1985
Südafrika — Apartheid und Black Power, Sonderheft von Medico, links, Die Grünen, Frankfurt 1987.
Robin Mc Gregor: Who owns whom, Johannesburg 1987.

Die Rebellion der Offiziere

Ihre Hintergründe und Folgen

Offiziere in Cordoba und Buenos Aires erhoben sich in der Osterwoche 1987 gegen die 1983 demokratisch gewählte Regierung. Da die Oberkommandierenden der drei Waffengattungen nicht direkt an den Militärunruhen beteiligt waren, wurde in der argentinischen Öffentlichkeit zunächst von einer „Meuterei" mittlerer Offiziere gesprochen. Mit ihr wollten die Rebellen stellvertretend für die gesamten Streitkräfte eine Einstellung der Prozesse gegen die Verbrechen unter der Militärdiktatur (1976-1983) erzwingen. Anders als in Brasilien und Uruguay hatte die neue Regierung Argentiniens nach der Rückkehr zur Demokratie die Menschenrechtsverletzungen untersuchen lassen und danach Gerichtsverfahren gegen die Hauptverantwortlichen sowie der Folter und des Mordes beschuldigter Armeemitglieder eingeleitet.

Der Unmut im Militär gegen die Aufarbeitung der Zeit der Diktatur und die sich anschließenden Verfahren stieg seit 1986 ständig. Mit dem Aufstand in der Osterwoche wollten sie zusätzlichen Druck auf die Regierung von Raul Alfonsín und die unabhängige Justiz ausüben.

In der argentinischen Geschichte seit 1930 waren an allen Putschversuchen Zivilisten und Parteien beteiligt, während die Bevölkerung meist passiv verharrte. Diesmal kam es jedoch zu starken Massenmobilisierungen gegen die Aufständischen. Spontan versammelten sich Hunderttausende vor dem Kongreß und Regierungssitz. „Früher beobachteten hier nur die Tauben den Regierungswechsel", berichteten die Demonstranten auf der Straße. Diesmal war die Losung „Demokratie oder Diktatur" nicht bloß von der Regierung ausgegeben, sondern entsprach der Stimmung innerhalb der Bevölkerung. Angesichts der leidvollen Erfahrungen mit der jüngsten Diktatur traten viele Argentinier trotz unterschiedlicher Auffassungen über die Politik von Präsident Alfonsín zur Verteidigung der gewählten Regierung an.

Als die meuternden Offiziere am Ostersonntag aufgaben, feierten es die Argentinier als einen historischen Sieg der Zivilisten über das selbstherrliche Militär. Die Entwicklung seitdem zeigt jedoch, daß die Streitkräfte einen großen Teil ihrer Forderungen durchsetzen konnten. Im Gegensatz zu den Erklärungen der Regierung



hatte es doch Verhandlungen und Zusagen an die Aufständischen gegeben.

Programmatik und Politik der Regierung Alfonsín

Nach dem Ende der Militärherrschaft (1983) war zunächst ein starkes Bedürfnis nach politischer Partizipation in der Bevölkerung vorhanden. Schätzungen gehen davon aus, daß 25 % aller Argentinier einer Partei angehören, d.h. also entweder der Justizialistischen Partei oder der regierenden „Radikalen Bürgerunion" (UCR). Politiker der Peronisten haben darauf hingewiesen, sie seien die stärkste Partei (FREJULI) der westlichen Hemisphäre. Auch wenn sich die Mitgliedschaft von der in europäischen Parteien unterscheidet und keine finanziellen Beiträge beinhaltet, so ist dies doch ein hoher Anteil. Beachtlich ist auch, daß an den parteiinternen Wahlen zuweilen 40 % der Mitglieder teilnehmen[1].

Das politische Engagement hat allerdings in den letzten beiden Jahren nachgelassen. In Anlehnung an die spanischen Erfahrungen nach dem Tode Francos wird von einem „desencanto" gesprochen, d.h. einer Ernüchterung nach dem demokratischen Regierungswechsel. Die größeren Parteien machen sich Gedanken darüber, wie sie die Mitglieder wieder stärker zum politischen Handeln aktivieren können. Hierzu zählen auch Überlegungen zu einer Reform der bisherigen Parteistruktur. Besonders stellt sich dieses Problem für die Justizialistische Partei, die nach wie vor völlig zerstritten ist. Ein Flügel sog. „renovadores" (Erneuerer) konkurriert mit dem traditionalistisch-konservativen Flügel der Peronisten[2].

Solche Probleme stellen sich für die UCR noch nicht, da die nach wie vor starke Popularität des Präsidenten die Schwäche der eigenen Partei überdeckt. In den vergangenen Jahren hat meistens Alfonsín selbst die großen politischen Themen in die Debatte eingebracht, unabhängig von seiner eigenen Partei[3] und von den geschwächten Peronisten. Diese Vorreiterrolle Alfonsíns, der sich für seine Reden u.a. von einigen unabhängigen Linksintellektuellen beraten läßt[4], ist immer wieder deutlich geworden. Das wichtigste Thema in seinem politischen Diskurs ist und bleibt das der Demokratie. Seiner Meinung nach geht es nicht nur um eine „Wiedereinführung, sondern um den Aufbau der Demokratie[5]. Diese und andere Reden von Alfonsín weisen durchaus utopische Züge auf[6]. Zunächst einmal wird davon ausgegangen, daß die Schuld für die Krise Argentiniens alle Argentinier in gleicher Weise treffen soll. Ähnliches gelte demnach auch für die Verbreitung von antidemokratischen Einstellungen. Unberücksichtigt bleibt dabei, daß zwei soziale Organisationen, das Militär und die Hierarchie der katholischen Kirche, eine besondere Verantwortung für den Autoritarismus der vergangenen Jahre tragen[7].

Der Hinweis auf die Notwendigkeit einer Veränderung der autoritären Verhaltens-

weisen ist jedoch wichtig, denn die argentinische Gesellschaft ist konservativ. Mit verschiedenen Reformen hat Alfonsín versucht, die von ihm angestrebte gesellschaftliche Modernisierung einzuleiten. Dazu gehören neben den Prozessen gegen die Generäle die Normalisierung des Universitätslebens, der Ausgleich mit Chile in der Frage des Beagle-Kanals nach einer Volksbefragung 1984[8], die von der Kirche heftig bekämpfte Scheidungsreform, die geplante Reform des Erziehungswesens und des Militärs sowie die angestrebte Verfassungsreform. Zu diesem Zweck hat Alfonsín u.a. einen „Consejo para la Consolisación de la Democracia" (Rat zur Konsolidierung der Demokratie) eingesetzt, dessen 20 Mitglieder Ende 1986 einen ersten Bericht vorgelegt haben[9]. Mit der in der argentinischen Öffentlichkeit zur Zeit kontrovers diskutierten Verfassungsreform möchte Alfonsín den traditionellen lateinamerikanischen und argentinischen Präsidentialismus durch die Figur eines Ministerpräsidenten erweitern, den Provinzen größere Mitspracherechte einräumen und die Amtszeit des Staatspräsidenten von jetzt sechs auf vier Jahre verkürzen[10].

Dahinter dürften jedoch andere politische Interessen stehen. In verschiedenen Reden der letzten Monate hatte Alfonsín, vielleicht schon mit Blick auf mögliche militärische Unruhen, darauf hingewiesen, daß nur eine Mehrheit von 80 % der Bevölkerung die in Argentinien notwendigen Veränderungen einleiten könne. Deshalb wird davon ausgegangen, daß die Übernahme eines Peronisten für das Amt des Arbeitsministers nur der erste Schritt für eine Art große Koalition sein könnte. Die Verfassungsreform würde u.U. einen peronistischen Ministerpräsidenten ermöglichen.

Es gibt auch zahlreiche Einwände gegen die Verfassungsreform. Von den Gegnern wird darauf hingewiesen, daß sich hinter den wenigen Reformen der Verfassung in diesem Jahrhundert meist handfeste politische Interessen verborgen hätten[11]. Deutlichstes Beispiel dafür war die Verfassungsreform von Perón im Jahre 1949, die, entgegen seinen zunächst bekundeten Absichten, lediglich seine erneute Wahl zum Präsidenten ermöglichen sollte. Von Kritikern wird darauf hingewiesen, daß eine Beteiligung der Peronisten an der Regierung auch ohne eine solche Reform möglich und diese deshalb unnötig sei[12]. Alfonsín betont seinerseits stets, daß er eine Wiederwahl nicht anstrebe.

Die Menschenrechtspolitik der Regierung

Unmittelbar nach dem Wahlsieg ließ der Präsident die „Nationale Kommission zur Klärung des Schicksals vermißter Personen" (Conadep) einsetzen. Sie bestand aus 12 direkt von ihm ernannten Mitgliedern. Ihr Präsident war der Schriftsteller Ernesto Sábato. Die Kommission tagte neun Monate lang, von Dezember 1983 bis September 1984. Sie konnte 8 960 Fälle von Menschen ausführlich dokumentieren, die während der Zeit der Diktatur verschwanden. Im Bericht wird jedoch darauf hingewiesen, daß die tatsächliche Zahl noch höher liegen dürfte. Verschiedene Menschenrechtsoganisationen — darunter die Mütter der Plaza de Mayo — sprechen von bis zu 30 000 Verschwundenen.

Die Ergebnisse der Kommission wurden 1984 in dem ca. 500 Seiten langen Bericht „Nunca más" (Nie wieder) zusammengefaßt. Bereits in den ersten zwei Monaten wurden 300 000 Exemplare des Buches verkauft, das 1987 in deutscher Übersetzung erschienen ist[13]. Die Ausstrahlung des Films „Nunca más" im staatlichen Fernsehen am 4. Juli 1984 hatte eine starke Wirkung in der Öffentlichkeit und führte zu Putschgerüchten.

Parallel dazu wurde ein Prozeß gegen die Mitglieder der Militärjuntas von 1976 bis 1983 begonnen. Mehrere Monate lang verhandelte Staatsanwalt Julio Strassera gegen die Generäle, die praktisch nur zur Urteilsverkündung vor dem Zivilgericht erschienen. Während des Verfahrens wurde die Zeit des sogenannten „Proceso" aufgerollt und Beweise für die Folterungen und Ermordungen auf Anweisung der Generäle vorgelegt. In seinem Schlußplädoyer gestand der Staatsanwalt den Militärs zu, daß Argentinien sich Mitte der 70er Jahre in einer Situation scharfer innenpolitischer Konflikte befand, worauf auch stets die Regierung Alfonsín hinweist. Er sagte: „Die Terroristen entführten, folterten und töteten. Aber wie bekämpfte der Staat die Terroristen? Er entführte, folterte und tötete in einem unendlich größeren Ausmaß. Die Angeklagten überzogen das Land mit dem grausamen Netz ihrer Willkür und ihrer ungezügelten Machtbesessenheit"[14]. Das Urteil des Gerichtes am 9. Dezember 1985 lautete: Lebenslänglich für den General Jorge Videla und den Admiral Emilio Massera; 17 Jahre für General Roberto Viola, acht Jahre für Admiral Armando Lamburschini, vier Jahre für General Orlando Agosti. Drei Generäle wurde freigesprochen.

Schon die Anfangsphase der Menschenrechtspolitik von Alfonsín wurde von den unabhängigen Menschenrechtsgruppen kritisiert[15]. Die Bildung einer parlamentarischen Kommission, um den Staatsterrorismus zu untersuchen, sei durch die Einsetzung der sog. Sábato-Kommission verhindert worden. Auch wurden die ca. 1 300 Namen von Folterern und Mördern, die in einem Anhang zu dem Bericht der conadep enthalten sind, nicht von der Regierung veröffentlicht. Die unabhängige Zeitung „El Periodista" hat die Namen Ende 1984 abgedruckt.

Tatsächlich hat Präsident Alfonsín versucht, bei der Behandlung der Menschenrechtsfragen die Streitkräfte als Institution zu schonen, um das Verhältnis zwischen den Militärs und der zivilen Gesellschaft nicht weiter zu verschärfen. Allerdings scheiterte der Versuch, die Verfahren gegen die verantwortlichen Generäle von der Militärjustiz — was nach der argentinischen Verfassung möglich ist — durchführen zu lasen, daran, daß die Richter des Obersten Militärgerichtshofes im September 1984 ihre Unzuständigkeit erklärten und damit das heiße Eisen dem Obersten Bundesgericht zuschoben. Dieser Idee lag die Vorstellung zugrunde, daß das Militär sozusagen die obersten Verantwortlichen exemplarisch bestraft und die Angelegenheit in einem Prozeß der Selbstreinigung erledigt. Schließlich mußten jedoch Zivilrichter die Anführer der Regime seit 1976 auf der Grundlage des Kodexes der Militärgerichtsbarkeit verurteilen, da die Militärrichter dies ablehnten. Allerdings ließen sich die Prozesse in der Folgezeit nicht mehr nur auf die obersten Verantwortlichen begrenzen: Nachdem die Prozesse einmal eröffnet und durchgeführt worden waren, begannen immer mehr Richter — auch in den Provinzen —, Anklage gegen einzelne Offiziere zu erheben. Dieses Verhalten war insofern erstaunlich, als über 80 % der Richter aus der Zeit der Diktatur übernommen wurden[16]. Angesichts der veränderten politischen Lage begannen jedoch nun einige von ihnen Prozesse gegen Militärs zu eröffnen, mit denen sie bis vor einigen Jahre kein schlechtes Verhältnis gehabt hatten. Bis zum 9. April 1987 sind insgesamt 371 Prozesse eingeleitet worden, die Mehrzahl von ihnen in Resistencia, La Plata, dem Gebiet der Hauptstadt (Capital federal), Córdoba und Rosario[17].

Obwohl sich diese Prozesse nahezu alle erst in einem Anfangsstadium befinden, d.h. die angeklagten Militärs werden zur Vernehmung vorgeladen, haben sie zu großem Unmut innerhalb der Streitkräfte geführt. Hinzu kam die Verurteilung einiger Offiziere: Im Dezember 1986 wurde der damalige Polizeichef der Provinz Buenos Aires, Ramón Camps, zu einer 25jährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Drei weitere Armeemitglieder erhielten kürzere Gefängnisstrafen. Mit López Rega (1986) und Suárez Mason (1987) wurden zwei weitere Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen von den USA nach Argentinien ausgeliefert.

Angesichts dieser Lage unternahm Alfonsín Ende 1986 kurz vor Weihnachten und damit unmittelbar vor den argentinischen Sommerferien einen zweiten Versuch, um die Lage zu entschärfen. In dem sogenannten „Ley del Punto Finla" (Schlußpunktgesetz) sollte die Zahl derjenigen Militärs, die in Zukunft noch angeklagt werden könnten, stark begrenzt werden. Die Frist für die Anklageerhebung wurde auf den 22. Februar 1987 festgesetzt. Dieses Gesetz fand auch die verbale Zustimmung einiger Generäle, die es in öffentlichen Reden begrüßten und dabei zarte Andeutungen von Selbstkritik äußerten. Bei der turbulenten Diskussion und der anschließenden Verabschiedung des sog.



Alfonsín — auf dem Weg in die Casa Rosada

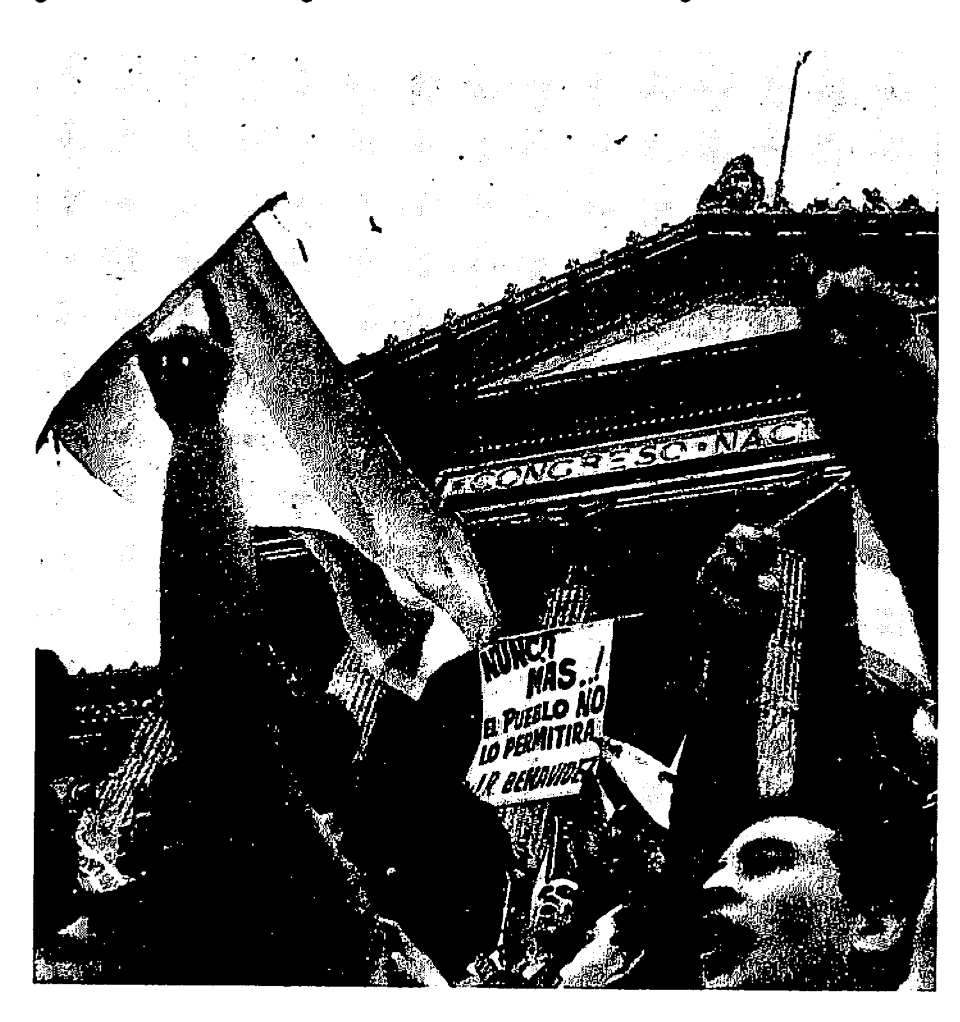
Schlußpunktgesetzes am 23. Dezember 1986 waren die Mitglieder der peronistischen Parlamentsfraktion nicht anwesend. Allerdings entsandten die Peronisten ihre konservativsten Mitglieder, damit das notwendige Quorum zur Verabschiedung des Gesetzes vorhanden war. Von den 143 anwesenden Abgeordneten stimmten 124 für und 17 gegen das Gesetz bei zwei Enthaltungen[18]. Drei Abgeordnete der UCR stimmten dagegen. Während der Abstimmung protestierten auf den Zuschauertribünen zahlreiche Mütter der Plaza de Mayo gegen das Gesetz. Auch der Schriftsteller Sábato und der Bischof von Neuquén sprachen sich öffentlich gegen das Gesetz aus.

Offenbar hatten sich jedoch die Befürworter des Gesetzes verschätzt: Statt der erwarteten und von ihnen erhofften 40 bis 50 Anklagen, vor allem gegen bereits pensionierte Offiziere, hatten die Richter in kürzester Zeit über 500 zusätzliche Fälle eingebracht, ohne die noch offenen Verfahren gegen das Dritte Armeekorps und die berüchtigte Escuela de Mecánica des Heeres hinzuzurechnen. Die Zahlenangaben über die Prozesse in der Presse sind ungenau und widersprüchlich. Häufig sollen mehrere Gerichte daran beteiligt sein. Unklar ist auch, welche tatsächlichen Folgen die angeblich in 73 Fällen vom Obersten Militärgerichtshof gegen Offiziere und Soldaten eingeleiteten Prozesse gehabt haben[19]. Die Möglichkeit von weiteren Prozessen zu einem späteren Zeitpunkt hat die Unruhe unter den Offizieren vermehrt. Der „Schlußpunkt" schien sich — aus der Sicht der Militärs — in ein endloses Verfahren zu verwandeln. Seit Februar 1987 kam es wiederholt zu Befehlsverweigerungen vor allem mittlerer Offiziere, die von ihrem Vorgesetzten aufgefordert worden waren, den Anhörungsverordnungen der Zivilgerichte Folge zu leisten. Diese Proteste unterscheiden sich von der bisherigen Art und Weise, mit der die Offiziere versucht haben, das Vorgehen der Justiz zu unterlaufen. In der Vergangenheit — besonders in den ersten zwei Jahren nach 1983 — erwies sich die Verzögerung vieler Verfahren durch eine Kompetenzdiskussion, ob nun die Militär- oder die Ziviljustiz zuständig sei, und durch Verfahrenstricks als ein geeignetes Mittel, um den Beginn von Prozessen gegen die Angeklagten hinauszuzögern. Ende 1986 wurde jedoch deutlich, daß nun nicht mehr allein die Juntageneräle vor Gericht zitiert würden, sondern auch mittlere Offiziere. Die Tatsache, daß die Oberkommandierenden des Heeres und der Marine, General Hector Ríos Erenu und Admiral Ramón Arroza, öffentlich erklärt hatten, daß das Militär die Justizentscheidungen gegenüber den Offizieren in bezug auf Menschenrechtsverletzungen anerkennen würde, sorgte für zusätzlichen Unmut bei den mittleren Offizieren. Diese wären bei einer tatsächlichen Verurteilung viel stärker von dem Rechtsspruch betroffen als die ehemaligen Oberkommandierenden, die ihre Freiheitsstraße in einer komfortablen Festungshaft verbringen. Die mittleren Offiziere sind teileise um die 40 Jahre alt und würden bei einer Verurteilung oder der Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand erhebliche persönliche und finanzielle Einbußen in Kauf nehmen müssen. Deshalb kam es vermehrt zu Protesten, die sich sowohl gegen die zivile Regierung als auch gegen die Generalität, das sog. „generalato", richteten. Vor allem die Offiziere, die aktiv am Malwinen-Krieg 1982 teilgenommen hatten, warfen den Generälen nun vor, sie würden die Soldaten an die Justiz verkaufen, während sich die obersten Militärs durch scheinheilige Bekenntnisse zur Demokratie aus der Affäre ziehen würden[20]. Dies war die Ausgangslage für die militärischen Unruhen in der Osterwoche, die sich in den Wochen und Monaten davor angekündigt hatten.

Die Regierungspolitik gegenüber den Streitkräften

Sowohl im Wahlkampf als auch in ihren Parteiprogrammen hat die UCR eine Einschränkung der Sonderrechte der Streitkräfte in der argentinischen Gesellschaft angekündigt. Das Bekanntwerden eines angeblichen Paktes zwischen peronistischen Gewerkschaftsführern und dem Militär in der Endphase des Wahlkampfes wurde als eine möglicherweise wahlentscheidende Wende zugunsten Alfonsíns bezeichnet[21]. Das Regierungsprogramm enthält die Forderung nach einer Unterordnung der Streitkräfte unter die Exekutive, schreibt die Aufgabe der Armee auf die Verteidigung des Landes gegen exter-

ne Angriffe fest und kündigt die Aufhebung des obligatorischen Wehrdienstes sowie eine starke Reduzierung der Militärausgaben an[22].
Einmal an der Regierung, hat Alfonsín einige dieser Ankündigungen in die Tat umzusetzen versucht[23]:
— Der militärisch-industrielle Komplex der „fabricaciones militares" wurde dem zivilen Verteidigungsministerium unterstellt. Gegen diese Maßnahme gibt es seitdem Proteste innerhalb des Militärs.
— Die allgemeine Wehrpflicht wurde, wenn nicht abgeschafft, so doch stark eingeschränkt und die Zahl der Einberufenen verringert. Gleichzeitig senkte die Regierung die Rüstungsausgaben und unternahm den Versuch, kostspielige Waffenkäufe — u.a. in der Bundesrepublik Deutschland — wieder rückgängig zu machen.
— In der Anfangsphase der Regierung wurden 49 Generäle, Admiräle und Brigadiers in den Ruhestand geschickt.



— Die Regierung erarbeitete einen Gesetzesentwurf zur Reform des Militärs, dessen Ziel es vor allem ist, die Herrschaft der Zivilisten über das Militär zu festigen[24].
Der Politik der UCR-Regierung kam dabei die Tatsache entgegen, daß sich das Militär nach der Diktatur und dem verlorenen Malvinen-Krieg (1982) in einer tiefen Krise befand. Allerdings war es nie Alfonsíns Absicht, die Streitkräfte als Institution in Frage zu stellen. In verschiedenen Reden wies er stets auf die Notwendigkeit der Streitkräfte und einer Verständigung zwischen Zivilisten und Militärs hin. Es ist allerdings fraglich, ob es der Regierung tatsächlich gelungen ist, die Krise innerhalb des Militärs zu ihren Gunsten zu nutzen.
Der Posten des Verteidigungsministers im Kabinett ist besonders aufreibend. Raul Borrás war der erste Verteidigungsminister und starb im Jahre 1985 im Amt. Auch sein Nachfolger, Roque Carranza, starb nach weniger als einem Jahr Amtszeit während des Schwimmens im Offiziersclub von Campo de Mayo an einem Herzinfarkt. Die Verabschiedung des neuen Verteidigungsgesetzes, das den endgültigen Abschied von der bislang bestimmenden „Doktrin der nationalen Sicherheit" bedeuten würde, scheiterte bislang am Widerstand der Peronisten im Senat[25].
Trotz der oben genannten Maßnahmen, die über die in Südamerika üblichen Einschränkungen der Streitkräfte hinausgehen, ist die Integration der Militärs in das demokratische System völlig mißlungen. Nach wie vor leben besonders die Offiziere in einer Art militärischem Getto und haben sich im Zuge der Prozesse sogar noch weiter abgekapselt. An den Ausbildungszentren der Armee hat es bisher keine Veränderungen in den Schulungskursen gegeben. Auch die Durchsicht verschiedener Jahrgänge der Zeitschrift des Círculo Militar zeigt nur leichte Veränderungen angesichts des Überganges zur Demokratie im Jahre 1983[26]. Das Bewußtsein der Militärs, einen Staat im Staate zu bilden, hat durch die Prozesse eher noch zugenommen.
Allerdings liegen auch keine positiven Beispiele aus anderen südamerikanischen Ländern vor, wie man das Militär stärker in das Zivilregime einbinden könnte. Die Vorschläge von einzelnen pensionierten Militärs bewegen sich eher in traditionellen Bahnen[27], indem etwa Augusto Rattenbach Alfonsín den Vorwurf macht, nicht die notwendige Führungskraft gegenüber dem Militär gezeigt zu haben. Darüber hinaus habe die Unsicherheit wegen noch ausstehender weiterer Prozesse eine konstruktive Militärpolitik verhindert. Es sei notwendig gewesen, von vornherein eine zeitliche Eingrenzung der Justizverfahren anzukündigen und diese mit einer konstruktiven Politik gegenüber dem Militär zu verbinden.

Der nachträgliche Triumph der Offiziere

Zu Beginn der Krise soll Alfonsín gesagt haben: „Wir werden diesen Herren zeigen, daß wir eine Republik sind und kein Republikchen (republiqueta")[29]. Zumindest am Ostersonntag — nach dem vermeintlich geglückten Ausgang der Affäre — wurde im staatlichen Fernsehen, das sich während der vier Krisentage völlig der Verteidigung der gewählten Regierung verschrieben hatte und keine Erklärungen der meuternden Offiziere sendete, der Eindruck vermittelt, in Argentinien sei ein historischer Sieg der Demokratie gelungen. Auf der Plaza de Mayo, in den Fernsehstudios und in Zeitungskommentaren kam es zu öffentlichen Bekundungen eines in der argentinischen Geschichte seltenen Verfassungspatriotismus. Die Bilanz der Ostertage wurde von einigen Autoren mit heroischen Ereignissen zu Beginn des 19. Jahrhunderts verglichen. Das Ende der Krise besäße nicht nur nationale, sondern lateinamerikanische und weltweite Ausstrahlung. Tatsächlich müssen einige positive Merkmale nochmals herausgestrichen werden:

— Erstmals verteidigen alle Parteien und Interessengruppen gemeinsam die Demokratie.
— Es gab weitgehende Übereinstimmungen innerhalb der politischen Führungsschicht zum Erhalt der gewählten Regierung.
— Die Haltung des „No te metas" (Misch dich nicht ein), die während der Zeit der Diktatur weitgehend verbreitet war, wurde von einem Teil der Bevölkerung aufgegeben. Die Demokratie wurde als ein Wert betrachtet, für den man öffentlich eintreten kann, und zwar nicht nur von einigen Staatsrechtlern und Intellektuellen wie bisher. Die massive Präsenz der Bürger vor dem Kongreß und dem Regierungssitz

wird schon jetzt als „el pueblazo" bezeichnet.
— Der mögliche Putschversuch fand keinerlei Unterstützung im Ausland.

Dennoch: Was zunächst wie ein persönlicher Erfolg des Präsidenten und der aktiven Bürgerschaft aussah, entpuppte sich bald als ein Schlag gegen die unabhängige Justiz, den Rechtsstaat und die Menschenrechtsorganisationen:

— Eine solche Mobilisierung wie in der Osterwoche und das spektakuläre Handeln des Präsidenten sind nicht beliebig wiederholbar. Wenn das Staatsoberhaupt mit jedem aufständischen Oberleutnant sprechen würde, müßte dies schnell zur Diskreditierung der gewählten Organe beitragen.
— Entgegen der Ankündigung Alfonsíns vor dem Kongreß am Gründonnerstag wurde doch verhandelt, ein deutliches Zeichen der Schwäche der Regierung.
— Die Entlassung von 15 Generälen war eine Konzession an die Forderung der meuternden Offiziere. Der ehemalige Oberkommandierende Rios Erenu hatte in öffentlichen Erklärungen verschiedene Maßnahmen der Regierung Alfonsín unterstützt, so daß seine Absetzung keine Ermunterung für die „verfassungsnahen" Kräfte im Militär darstellt. Die jetzt nachgerückten Generäle sind keineswegs demokratischer aus die ausgeschiedenen.
— Der Verlauf der Krise zeigte, daß es nicht nur ganz wenige Loyalisten innerhalb des Militärs gab, sondern eine gewichtige Gruppe von meuternden Offizieren und eine neutrale, schweigende Mehrheit.

Die „objektiven" Bedingungen für einen Staatsstreich waren nicht gegeben. Es gibt — abgesehen von den Unruhe stiftenden Militärs — zur Zeit (noch) keine polarisierenden politischen Konflikte in der argentinischen Gesellschaft. Die ökonomische Lage ist zwar schlecht und die Wirtschaftspolitik der Regierung unpopulär, aber Alternativen sind angesichts der für die in Argentinien hergestellten Exportprodukte ungünstigen weltwirtschaftlichen Situation nicht in Sicht. Dennoch ist die Behauptung des konservativen Politikers Alvaro Alsogaray (Führer der UCD) und eines kleinen Teils der konservativen Presse [30], Alfonsín habe hier nur eine Show mit Blick auf die im September 1987 anstehenden Kongreß- und Senatswahlen inszeniert, falsch und mehr als verharmlosend. Um ein sichtbares Gegengewicht zu den Rebellen zu schaffen und angesichts der realen Machtlosigkeit blieb der Regierung und den Parteien keine andere Möglichkeit, als die Bevölkerung zu mobilisieren. Die starken und spontanen Massenmobilisierungen, die es in dieser Größenordnung seit der demokratischen Öffnung nicht gegeben hatte, das direkte Aufeinandertreffen der aufständischen Rebellen und der Demonstranten sowie der Flug des Präsidenten zum Campo de Mayo waren keinesfalls ungefährlich. Opfer unter den Demonstranten oder ein Toter unter den meuternden Offizieren mit der sich damit für die Militärs ergebenden Möglichkeit zur Legendenbildung und zum Märtyrerkult hätten die innenpolitische Lage dramatisch verschärft.
Ein zur Zeit in Argentinien vielgekaufter Romen trägt den Titel „Der Tag, an dem sie Alfonsín umbrachten" [31]. In dem ziemlich geschmacklosen Text läßt eine kleine Gruppe von Industriellen, Militärs und Kriminellen den Präsidenten während einer Kundgebung von einem gedungenen Mörder erschlagen. Danach beginnt sich die argentinische Geschichte der siebziger Jahre mit einem ständigen Zuwachs von Gewaltanwendung zu wiederholen. Attentatsversuche hat es auch in Wirklichkeit gegeben. Im Mai 1986 wurde auf dem Gelände des Dritten Armeekorps in Córdoba wenige Stunden vor dem Besuch des Staatspräsidenten eine Bombe entdeckt und entschärft [32]. Auf dem gleichen Gelände begann dann ein Jahr später in der Osterwoche die Rebellion der Offiziere.
Nicht nur Alfonsín behauptete, daß sich das Land „fast am Rande eines Bürgerkrieges" befunden habe [33]. Auch der Direktor der Infanterieschule in Campo de Mayo, Oberst Pedrazini, der von dem aufständischen Oberstleutnant Aldo Rico während der Ostertage verdrängt wurde, wies darauf hin, daß die Rebellen „bereit waren und sind, die Nation in einen Bürgerkrieg zu führen". Schätzungen gehen davon aus, daß etwa 400 Offiziere zu ähnlichen Taten bereit wären wie die Rebellen. Der passive Rückhalt im Militär dürfte allerdings sehr viel größer sein.
Die Ideenwelt der meuternden Offiziere ist diffus. Nach Vermutungen sind ihre Vorstellungen Ausdruck einer sog. „fundamentalistischen" Strömung innerhalb der Streitkräfte, bei der sich nationalistische und antiimperialistische Forderungen in widersprüchlicher Weise vermischen. Demnach hätten sich die Weltmächte gegen Argentinien verbündet. Der Kommunismus sei verantwortlich für die militärische und ideologische „Aggression" im Inneren, während die ökonomische und territoriale Offensive (Schuldenproblem und Malwinen-Frage) auf den Kapitalismus zurückzuführen seien. Als eine wichtige Figur innerhalb dieser Strömung gilt Oberst Muhamad Alí Seineldin, zur Zeit Militärattaché an der argentinischen Botschaft in Pánama. Der Oberst war früher als Ausbilder der Kommandos tätig und soll unter den meuternden Offizieren eine Art ideologische Führungsrolle einnehmen [34].
Die Rebellion in der Osterwoche ist deshalb zunächst vor allem als innermilitärischer Konflikt zwischen mittleren Offizieren und Kommandos, d.h. spezielle Kampfeinheiten auf der einen und der Generalität auf der anderen Seite bezeichnet worden. Die seitdem von der Regierung in Gang gesetzten Maßnahmen zeigen jedoch, daß die Ergebnisse weit über die einer kleinen Meuterei hinausgehen. So haben die Oberkommandierenden der drei Waffengattungen während der Ostertage zwar ihre Loyalität zur Demokratie beteuert, das Verhalten auch der regierungstreuen Truppen im Verlauf der Krise (tagelanges Einkreisen von Campo de Mayo, Abstimmungen unter den Offizieren über das Verhalten gegenüber den meuternden Kameraden) zeigt indessen, daß es im Zweifelsfall in dieser Frage keine loyalen Truppen in Argentinien gibt. Aufschlußreich ist auch, daß sich die Kritik von Oberst Pedrazini, Direktor der Infanterieschule im Campo de Mayo bis zur Absetzung durch den aufständischen Oberstleutnant Rico, nahezu ausschließlich auf die Vorgehensweise der aufständischen Offiziere bezieht. Mit ihren Zielen — einer politischen Lösung der Prozesse und der Einführung des Befehlsnotstandes — ist er einverstanden, er erwähnt sogar, daß sie praktisch schon realisiert worden seien.
Die argentinischen Streitkräfte sind nicht nur von dem Idealbild einer modernen



„Ich werde zum Capo de Mayo gehen ..."

Chronologie der Ereignisse in der Osterwoche 1987

Dienstag, 14. April

Córdoba: Am Abend teilt der Oberstleutnant Luis Polo, Führer des 14. Infanterieregiments in der zweitgrößten Stadt des Landes, dem Kommandanten des 3. Armeekorps mit, daß der Major Ernesto Guillermo Barreiro sich nicht am Donnerstag der Justiz stellen wird, um im Fall Menendez wegen Menschenrechtsverletzungen auszusagen. Barreiro ist Mitglied des Geheimdienstes und war der Chef des sog. Chupadero La Perla, einem berüchtigten Folterzentrum. Bei den Verhören verwendete er keine Kapuze; ihm werden ein Mord und sechs Folterungen vorgeworfen. Angesichts der eindeutigen Beweise, die gegen Barreiro vorliegen, ging man offenbar auch im Militär davon aus, daß seine Verurteilung unabwendbar sei. Es sollen ihm jedoch gewisse Garantien gegeben worden sein, wozu angeblich das Absitzen der Haft in den Niederlassungen des Heeres in Buenos Aires gehörte[28]. Polo reiste in dieser Angelegenheit nach Buenos Aires und erhielt dort von General Mario Sanchez die Anordnung, Barreiro zu zwingen, sich der Justiz zu stellen. Polo erklärte daraufhin, er fühle sich „seelisch nicht in der Lage", dies zu tun.

Mittwoch, 15. April

Córdoba: Barreiro wird von der Regierung als Aufständischer bezeichnet und seine Gefangennahme durch die Polizei formell angeordnet.

Donnerstag, 16. April

Córdoba: Barreiro erklärt: „Ich bin bereit zum Widerstand und habe die Unterstützung meiner Kameraden." Mit ihnen verschanzt er sich auf einem Militärgelände. Präsident Alfonsín unterbricht seinen Osterurlaub und kehrt mit dem Helikopter zur Casa Rosada zurück. Um die Mittagszeit treffen die ersten Erklärungen von verschiedenen Parteipolitikern ein, die dem Präsidenten ihre Unterstützung ankündigen.

In Córdoba werden Waffen in der Umgebung des 14. Regimentes aufgebaut, während der Bischof der Stadt, Kardinal Raul Primatesta, versucht, zwischen den Aufständischen und der Regierung zu vermitteln. Die Forderungen von Barreiro an die Regierung sind: Amnestie, Absetzung von Rios Erenu und Ende der Kampagne gegen die Streitkräfte von Seiten der Regierung.

Ab 16.30 Uhr beginnen in Buenos Aires Tausende von Menschen auf dem Platz vor dem Kongreß zusammenzuströmen, um ihre Unterstützung für die demokratisch gewählte Regierung zum Ausdruck zu bringen. Gegen 19 Uhr sind es über 400 000. Die Sprechchöre lauten: „Das geeinte Volk wird niemals besiegt" und „Alfonsín, das Volk unterstützt dich". Einzelne Demonstranten tragen Plakate mit der Aufschrift „Nunca más" (Nie wieder). Etwa 4 000 Demonstranten, die der Kommunistischen Partei und der Bewegung zum Sozialismus (MAS) angehören oder nahestehen, verlassen unter der Parole „Dies geschieht wegen dem Schlußpunktgesetz" vorzeitig den Platz. Um 20 Uhr spricht Alfonsín im Kongreß vor dem Abgeordnetenhaus. Er erklärt, daß die Regierung dem Druck nicht nachgeben werde, da „alle Bürger, mit und ohne Uniform, vor dem Gesetz gleich sind... Die Justiz ist kein Objekt von Verhandlungen", ruft er unter dem Beifall der Anwesenden.

Freitag, 17. April

Santa Fé: Am Morgen des Tages macht sich Oberstleutnant Aldo Rico mit zwei Fahrzeugkolonnen auf den Weg nach Buenos Aires. Rico gehört zu den Kommandoeinheiten und wurde wegen seiner Taten im Krieg auf den Falklands/Malwinen ausgezeichnet. Es liegen keine Anklagen wegen Menschenrechtsverletzungen gegen ihn vor. Dies und ein offenbar stark ausgeprägtes Geltungsbedürfnis mögen der Grund dafür gewesen sein, daß Rico zum Anführer dieser von vielen mittleren Offizieren mitgetragenen Bewegung wurde. Eine Fahrzeugkolonne wird angehalten, während es Rico mit der anderen gelingt, die Kontrolle zu umfahren. So erreicht er das Militärgelände Campo de Mayo unweit der Hauptstadt, wo er sich mit 150 Offizieren gegen die Regierung erhebt.

Buenos Aires, 11 Uhr: Der Oberkommandierende Rios Erenu erklärt, „daß die Erhebung von Campo de Mayo das institutionelle Leben und die Disziplin der Armee verletzt".

11.15 Uhr: Der nordamerikanische Botschafter, Teodore Gildred, bekundet dem Außenminister Dante Caputo die Unterstützung seiner Regierung. In den kommenden Stunden und Tagen werden in Fernsehen und Rundfunk immer wieder Telegramme und Solidaritätsadressen zugunsten der argentinischen Demokratie verlesen.

11.45 Uhr: Das Verteidigungsministerium gibt die Ablösung des Oberstleutnants Aldo Rico und des Oberstleutnants Polo in Córdoba bekannt.

15 Uhr: In Buenos Aires wird mitgeteilt, daß der Major Ernesto Barreiro das 14. Infanterieregiment in Córdoba trotz einer Umzingelung durch „loyale" Truppen verlassen konnte und mit unbekanntem Ziel entkommen ist. Um 18 Uhr ergeben sich die aufständischen Truppen in Córdoba.

18 Uhr: Zahlreiche Personen beginnen das Militärgelände von Campo de Mayo bei Buenos Aires zu umringen, um gegen die Aufständischen zu demonstrieren. Es kommt zu heftigen Wortgefechten zwischen meuternden Offizieren und Demonstranten. Auch vor dem Regierungsgebäude versammeln sich immer mehr Bürger, um für die Regierung zu demonstrieren und den zahlreichen Politikern und Vertretern des öffentlichen Lebens zu applaudieren, die zu Solidaritätsbekundungen und Unterredungen beim Präsidenten eintreffen. In den größeren Provinzstädten — besonders in Córdoba — finden ebenfalls Kundgebungen für die Regierung statt.

19 Uhr: Der General Ernesto Alais wird damit beauftragt, mit loyalen Truppen gegen die Aufständischen vorzugehen. Die Regierungstreuen setzen sich aus Infanterieregimentern aus Corrientes, Formosa, Misiones und Paraná zusammen und müssen erst aus mehreren hundert Kilometern Entfernung nach Buenos Aires gebracht werden.



Samstag, 18. April

Campo de Mayo: In den Morgenstunden kommt es zu einer Unterredung zwischen dem Oberstleutnant Rico und dem Oberbefehlshaber der Armee Rios Erunu. Rico weigert sich dabei, den Lift im Sitz des Heeres zu verwenden, weil er einen Hinterhalt fürchtet. In dem Gespräch mit dem Oberkommandierenden soll Rico scharfe Vorwürfe gegenüber der Generalität und Erenu geäußert haben.

12 Uhr: Alfonsín erhält die Unterstützung der Einheitsgewerkschaft CGT. Er fordert die Rebellen auf, sich zu ergeben, „um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden".

14 Uhr: Campo de Mayo: Der Militärvikar, Miguel Medina, trifft sich mit den aufständischen Offizieren und erklärt nach seiner Rückkehr, „die Situation wird falsch dargestellt".

Gegen 20 Uhr erreichen die „loyalen Truppen" von General Alais das Gelände von Campo de Mayo und nehmen Position ein. Später wird bekannt, daß sie die gepanzerten Fahrzeuge etwa 100 km von Buenos Aires stehengelassen haben und nur mit leichter Infanterie vorgerückt sind.

Am Abend kommt es in Buenos Aires zu einer Versammlung der Jugendorganisationen der politischen Parteien mit 50 000 Teilnehmern. Im staatlichen Fernsehen wird dazu aufgerufen, nach Möglichkeit zur Plaza de Mayo zu kommen, um die Regierung zu unterstützen. Dies wird als ein Zeichen dafür gedeutet, daß die Lage zwischen den Rebellen und der Regierung bzw. den kommandierenden Generälen festgefahren ist. Die Sprechchöre der Menge nehmen an Schärfe zu. Eine auf die Meuterer in Campo de Mayo gemünzte gesungene Parole lautet: „Bleibt nicht; wenn ihr bleibt, werden wir die Kasernen anstecken."

Sonntag, 19. April

In den Morgenstunden wird bekannt, daß die Mehrheit der „loyalen Truppen" in Zárate geblieben ist und nicht eingreifen will. General Alais, Chef der „regierungstreuen" Einheiten, erklärt: „Meine Truppen sind bereit, die Aufständischen zu umzingeln, aber nicht, gegen sie vorzugehen."

Um 10.30 Uhr versuchen zivile Demonstranten in Campo de Mayo, die Polizeiabsperrungen zu überwinden, um auf das Militärgelände vorzudringen. Es kommt zum Einsatz von Tränengas.

Um 11 Uhr ruft die Einheitsgewerkschaft CGT zu einem unbefristeten Generalstreik ab Montag auf. Währenddessen werden Einheiten der Gendarmerie in Marsch gesetzt, um öffentliche Gebäude in Buenos Aires zu bewachen.

13.30, Casa Rosada (Regierungssitz): Vertreter aller wichtigsten Parteien und Interessengruppen unterschreiben die „Acta de Compromiso Democrático" (demokratische Verpflichtungserklärung). Darin heißt es, daß die „Aussöhnung der Argentinier nur im Rahmen der Justiz möglich ist, der völligen Unterwerfung unter die Gesetze sowie der Anerkennung der politischen Verantwortung auf allen Ebenen". Lediglich die Mütter der Plaza de Mayo (Gründer-Linie) und die „Bewegung des Sozialismus" (MAS) unterzeichnen die Erklärung nicht, weil sie ihnen nicht eindeutig genug gegen das Militär gerichtet ist

Vorortzüge und Busse befördern die Menschen umsonst in die Stadtmitte. Bereits gegen Sonntagmittag ist der traditionsreiche Platz, auf dem sich seit der Kolonialzeit die wichtigsten politischen Ereignisse abgespielt haben, mit einer halben Million Menschen gefüllt.

Um 14.30 erscheint Alfonsín — zum ersten Mal während der gesamten Krise — auf dem Balkon der Casa Rosada, flankiert von Anto-

nio Cafiero — Gouverneurskandidat der Peronisten in der Provinz Buenos Aires — und von Politikern aller Parteien, um der Bevölkerung mitzuteilen, daß er sich selbst zum Campo de Mayo begeben werde, um die Rebellen aufzufordern, die Waffen niederzulegen. Er verweist auf den Willen des argentinischen Volkes, in Demokratie zu leben. Er bittet die Menschenmenge, auf seine Rückkehr zu warten.
15.30 Uhr, Campo de Mayo: Die Aufständischen waschen ihre Gesichter, die sie zur Tarnung schwarz angemalt hatten, und entfernen einen Teil der Waffen, um den Präsidenten zu empfangen. Alfonsín trifft sich zu einer Unterredung mit den Meuterern lediglich in Begleitung von Brigadier Banzardi, der sein Vertrauen genießt. Er fordert sie dazu auf, die Waffen niederzulegen, und erklärt, daß er keine Forderungen akzeptieren werde.
Um 18.10 Uhr kehrt Alfonsín zum Regierungssitz zurück und betritt den Balkon der Casa Rosada. In einer kurzen Rede, die er mit dem Satz „Frohe Ostern" beginnt, erklärt er: „Die meuternden Männer haben ihre Haltung aufgegeben." Er fordert die Gruppen auf, die in Campo de Mayo eingedrungen sind, sich zurückzuziehen. „Ich bitte Sie alle, nach Hause zurückzukehren, Ihre Kinder zu küssen und Ostern in Frieden in Argentinien zu feiern" (vgl. Dokument 2). Während seiner Ansprache steht der ehemalige Präsidentschaftskandidat der Peronisten, Dr. Italo Luder, an der Seite von Alfonsín. Nach dem Ende der Rede singt die Menschenmenge die Nationalhymne. Es kommt zu bewegenden Szenen zwischen den Anwesenden auf dem Platz.
18.30 Uhr, Campo de Mayo: Rico und seine Männer improvisieren eine Pressekonferenz, wobei er erklärt: „Wir haben unser Ziel erreicht." Danach singen sie die Nationalhymne.
20 Uhr, Buenos Aires: Die CGT sagt den für Montag geplanten Generalstreik ab. Die in der Casa Rosada versammelten Politiker verlassen das Regierungsgebäude.



Dienstag, 21. April
Gerüchte über neue Erhebungen im Militär in den Provinzen Salta und Tucumán erweisen sich als voreilig. General Caridi wird neuer Generalstabschef des Heeres. Dies hat zur Folge, daß 15 rangältere Generäle in den vorzeitigen Ruhestand versetzt werden. Die Ablösung des bisherigen Generalstabschefs Rios Erenu gilt allgemein als eine Konzession an die Forderungen der Aufständischen. (General Caridi muß in naher Zukunft in La Plata in einem Prozeß in einem Prozeß über Menschenrechtsverletzungen aussagen.)

Armee in einem demokratischen System weit entfernt, die Vorfälle der Osterwoche widersprechen auch gängigen Vorstellungen von einer hierarchisch aufgebauten militärischen Organiation. Die Menschenrechtsverletzungen und Plünderungen der betroffenen Familien durch einzelne Militärs während der Diktatur sind noch nicht in Vergessenheit geraten, da tritt eine gewichtige Gruppe innerhalb der Streitkräfte — die sog. Kommandos und mittleren Offiziere — stellvertretend auf, um erneut Sonderinteressen gegenüber der Gesellschaft durchzusetzen. Die Entwicklung seit den Ostertagen zeigt, daß sie ihr Ziel, Druck auf die Regierung und die Justiz auszuüben, um eine politische Lösung der anstehenden Prozesse herbeizuführen, erreicht haben.
Alfonsín hatte bereits im Wahlkampf drei Stufen von Verantwortlichkeit für Menschenrechtsverletzungen angekündigt und in dem Dekret vom 13. Dezember 1983 nochmals bestätigt: Einmal die Oberbefehlshaber als Verantwortliche der Repression, dann die ausführenden Offiziere und schließlich die Verbrecher in Uniform, die Exzesse begangen haben. Die meisten Militärs, gegen die Prozesse geführt werden, fallen unter die zweite Kategorie derjenigen, die bloß auf Befehl gehandelt haben. Seitdem deutlich wurde, daß das sog. „Schlußpunktgesetz" die Diskussion um die Menschenrechtsverletzungen nicht beenden würde, kam in Teilen der Justiz und unter einigen politischen Beratern des Präsidenten eine Diskussion über die „ley de obediencia debida" (Gesetz zum Befehlsnotstand) auf. Am 10. Mai 1987 hat sich der Oberstaatsanwalt Juan Octavio Gauna, wohl unter dem Eindruck der Krise, zugunsten der Gehorsamspflicht ausgesprochen, wonach sich mittlere Offiziere nicht der Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben, wenn sie auf höhere Anordnung handelten.
Am 13.5.1987 wurde dann ein Gesetz vorgelegt, das den meisten wegen Menschenrechtsverletzungen beschuldigten Offizieren und Polizisten Straffreiheit zusichert. In einem Eilverfahren verabschiedete die Abgeordnetenkammer am 16.5.1987 das Gesetz[35], das am 20.5.1987 noch den Senat passieren sollte. Es handelt sich um eine Art Gesetz der „nationalen Befriedung". Dies ist nicht gleichbedeutend mit einer vollständigen Amnestie, denn die bereits verurteilten Oberkommandierenden sind davon ausgenommen. Gegen Offiziere, die Exzesse (sadistische Folter, Vergewaltigungen, persönliche Bereicherungen) begangen haben oder an der Entführung von Kindern beteiligt waren, können auch in Zukunft noch Verfahren eröffnet werden. Nach dem neuen Gesetz würde sich die Zahl der noch zu führenden Prozesse auf etwa 80 Personen reduzieren. Darunter wären nur noch zwei Offiziere im aktiven Dienst. Eine völlige Amnestie würde auch die Freilassung des am 20.5.1987 zu lebenslänglicher Haft verurteilten Montonero-Führers Mario Firmenich und von zwölf weiteren politischen Häftlingen der ehemaligen Guerilla-Organisationen bedeuten. Dem würden wahrscheinlich zum jetzigen Zeitpunkt weder die Generäle noch die Regierung zustimmen.
Doch schon vor der endgültigen Verabschiedung des Gesetzes wurde deutlich, daß den Militärs auch dieses erneute Entgegenkommen der Regierung nicht ausreicht. So hat der zu vier Jahren Haft verurteilte Polizist Norberto Cozzani erklärt, daß er es ablehne, auf der Grundlage des Gesetzes zum Befehlsnotstand freigelassen zu werden, da dies einer „moralischen Verurteilung" gleichkäme[36]. Er und andere Militärs argumentieren, daß sie im „Kampf gegen die Subversion" nicht wie Automaten handelten, sondern bewußt und entschlossen. Der neue Oberbefehlshaber des Heeres, General Caridi, sagte zwar, daß das Gesetz einen „Beitrag zur Versöhnung" leisten könne, es hätte „aber noch umfassender ausfallen können"[37].
Mit anderen Worten: Die argentinischen Militärs, die in ihrer Mehrheit von keinerlei Selbstzweifeln oder Anwandlungen von Selbstkritik geplagt werden, möchten nicht nur eine Einstellung der Prozesse, sondern auch einen generellen Freispruch für ihr Handeln in den 70er Jahren seitens der gewählten Regierung. Nachdem Präsident Alfonsín ihnen in den vergangenen Monaten mehrfach entgegengekommen war, erhoben sie nun gebieterisch die Forderung nach einer völligen Amnestie.
Mit einer Reihe von Maßnahmen hielten die Offiziere und Generäle die Regierung weiter unter Druck:

— Am 21. und 22.5.1987 versammelten sich führende Generäle und die Spitzen der militärischen Geheimdienste, die alle Staatsstreiche mitvorbereitet haben, zu einer Sitzung im Gebäude „Libertador" des Generalstabes. Sie ließen durchsickern, daß das geplante Gesetz zum Befehlsnotstand nicht ausreiche. Seine Verabschiedung in der jetzigen Form „könne unkontrollierbare Konflikte in der Armee hervorrufen"[38].
— Neben solchen psychologischen Pressionen erfolgten mehrere Bombenattentate: Am 21.5. explodierte eine Bombe im Hotel Castelar im Zentrum von Buenos Aires. Einen Tag später detonierte eine Bombe in einer Niederlassung der Radikalen-Partei (UCR) und in einer Station der staatlichen Elektrizitätswerke.
— Um eine stärkere Unterordnung der Militärs unter die gewählte Regierung zu erreichen, hatte Alfonsín eine Ergänzung des traditionellen Fahneneides angeordnet. In Zukunft sollen Soldaten und Offiziere geloben, nicht nur die Fahne, sondern auch die nationale Verfassung zu verteidigen. Am 25.5.1987, dem Tag der Einführung des neuen Fahneneides, weigerte sich Major Villarroel in Rio Mayo (Provinz Chubut), den Eid abzulegen. Der Verteidigungsminister ordnete daraufhin seine Inhaftierung an.

— Die Druckgewerkschaften verhinderten am 25. Mai die Publikation einer bezahlten Anzeige in den Zeitungen Clarín, La nación, Crónica, La Prensa und Ambito Financiero, in der 5 800 unterzeichnende Personen ihre Solidarität mit General Videla zum Ausdruck brachten, der den Staatsstreich im März 1976 angeführt hatte. Zu den Unterzeichnern zählten auch der Ex-Minister Martínez de Hoz, der lange Zeit nicht in der argentinischen Öffentlichkeit aufgetreten war, und namhafte Repräsentanten der Agraroligarchie[39].

Die ursprünglich für den 20.5.1987 vorgesehene Verabschiedung des Gesetzes zum Befehlsnotstand verzögerte sich bis zum 30.5.1987. Im Senat besitzt die UCR im Unterschied zur Abgeordnetenkammer nicht die Mehrheit und war deshalb auf die Stimmen von Senatoren kleinerer Provinzparteien und — in dieser Frage — auf die Stimmen konservativer peronistischer Senatoren angewiesen. Gouverneur Felipe Sapag, Chef der Regionalpartei der Provinz Neuquén, erklärte seine Ablehnung folgendermaßen: „Es tut einem in der Seele weh: Nach diesem Gesetz ist es verwerflicher, zu stehlen als zu morden und zu foltern"[40]. Gleichzeitig tauchten jedoch Politiker und Gruppen in der Öffentlichkeit auf, die Verständnis für das Verhalten der Streitkräfte bekundeten. Der zivile Ex-Präsident Arturo Frondizi, Gründer des politisch bedeutungslosen „Movimiento de Integracion y Desarrollo" (MID), erklärte, daß die Regierung die Streitkräfte ständig angegriffen habe und sich nun nicht über die Folgen wundern solle. Von größerem Gewicht war das Treffen von rechts-peronistischen Gewerkschaftsführern mit einigen hohen Generälen[41]. Die informellen Kontakte zwischen Militärs und Repräsentanten des politischen Lebens machten deutlich, daß die in der Osterwoche unterzeichnete Übereinkunft zur Verteidigung der Demokratie deutliche Brüche aufwies.

Die Lage spitzte sich in den letzten Maitagen noch einmal dramatisch zu. Der Oberkommandierende der Streitkräfte, General Caridi, der sich am 28.5. zu einer Unterredung mit dem Anführer der Oster-Meuterei, Aldo Rico, getroffen hatte, erklärte: „Die Aufrechterhaltung der Befehlsstruktur im Heer ist mit dem Gesetzesprojekt in seiner vorliegenden Form nicht möglich."[42] Wenige Stunden vor dem Beginn der entscheidenden Senatssitzung explodierte vor dem Kongreßgebäude eine Autobombe.



Demonstranten beim Militärgebäude Campo de Mayo

Präsident Alfonsín griff selbst nochmals persönlich ein und gab den Senatoren seiner Partei die Anweisung, die Vorlage so zu verändern, daß auch höhere Offiziere unter den Befehlsnotstand fallen. Nach einer langen Nachtsitzung wurde das Gesetz mit 23 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen verabschiedet und wiederum an das Abgeordnetenhaus verwiesen, wo die UCR eine Mehrheit besitzt. Die „Erneuerer" unter den Peronisten hatten die Sitzung vor der Abstimmung verlassen. Das „Befehlsnotstand"-Gesetz ist fast eine völlige Amnestie für Uniformierte. Alfonsín machte sich die vom Heer empfohlene „vertikale Trennlinie" der Verantwortlichkeit zu eigen, die auch Obersten und Brigadegeneralen dann Straffreiheit zusichert, wenn die Betreffenden im „schmutzigen Krieg" gegen die Guerilla taktische, nicht aber strategische Funktionen innehatten[43].

Nach der Verabschiedung des Gesetzes geriet das schon vorher mit drohenden Untertönen angekündigte Treffen des argentinischen Landheeres zum 177. Jahrestag seines Bestehens zur Siegesfeier. Unter den Anwesenden waren mit General Ongania (Diktator von 1966-1970), General Bignone (letzter der vier Juntapräsidenten) und General Harguindegui (Innenminister unter Videla) Militärs, die bislang Auftritte in der Öffentlichkeit vermieden hatten. Der Oberkommandierende des Heeres, General Caridi, der nach dem neuen Gesetz nun nicht mehr vor der Justiz wegen Menschenrechtsverletzungen aussagen muß, erhielt viel Applaus, als er die Legitimität des Krieges gegen die Subversion betonte. Am Nachmittag des 29. Mai brach dann eine Delegation von fast 100 Offizieren zum Campo de Mayo auf, um Oberstleutnant Rico, der sich dort in Festungshaft befindet, ihren Dank dafür auszudrücken, daß „er die Würde der Streitkräfte wiederhergestellt habe"[44]. Das Gesetz über den Befehlsnotstand wird von seinen Kameraden im Militär und der konservativen Zeitung „Ambito Financiero" schon seit einem Monat als Ley Rico bezeichnet.

Was am Ostersonntag wie ein Sieg der politisch aktiven Bürger und ein persönlicher Erfolg des Präsidenten aussah, erweist sich vom Ergebnis her interpretiert als eine Niederlage für die rechtstaatlichen Prinzipien. Die Justiz, die seit 1983 ein wachsendes Eigengewicht erlangen konnte, ist durch das neue Gesetz stark eingeschränkt worden. Mit einem minimalen Aufwand, der Meuterei einiger zunächst als völlig isoliert erscheinender Offiziere, haben die Streitkräfte ein für sie optimales Ergebnis erreicht. Die Form des Ausgleiches zwischen den Militärs, ihren Gegnern aus den 70er Jahren und den Zivilisten, dessen Notwendigkeit nicht nur der Staatspräsident, sondern verschiedene Autoren und gesellschaftliche Gruppen in Argentinien betonen[45], wollen die Generäle selbst diktieren.

Wahrscheinlich blieb Präsident Alfonsín angesichts des tatsächlichen Ausmaßes der Erhebung keine andere Wahl, als diesen Weg zu beschreiten. Für die Opfer von Folterungen, die Angehörigen der Verschwundenen[46] und die Anhänger einer unabhängigen Justiz kann dies jedoch keine Lösung sein. Nicht ein Ende der Debatte über die jüngste Vergangenheit Argentiniens, sondern der Beginn neuer

Spannungen könnten die Folge des sog. „Gesetzes zur nationalen Befriedung" sein.

Die Vorfälle seit der Osterwoche machen deutlich, daß eine Demokratisierung des Militärs in Argentinien noch Jahre dauern kann und wahrscheinlich nur möglich ist, wenn eine Übereinkunft zwischen den wichtigen Parteien in dieser Frage gelingt[47]. In den vergangenen Wochen führten einzelne Politiker — vor allem des konservativen Flügels in der Peronistischen Partei — regelmäßig Gespräche und Verhandlungen mit den Rebellen. Deren Festungshaft und militärische Degradierung besitzen eine eher symbolische Bedeutung und hindern sie nicht an politischen Aktivitäten. Schon jetzt zeigt sich also, daß kleinere Gruppierungen oder Flügel in den Parteien wieder zur Zusammenarbeit mit dem Militär bereit sind.

Die Lösung der Militärfrage wird auch in der nächsten Zeit das dominierende politische Thema bleiben und zunächst andere Probleme — wie die Verschuldung und die schlechte wirtschaftliche Lage überdecken. Dabei wrid der Gegensatz zwischen der demokratisch gewählten Regierung und den Militärs im Vordergrund stehen, während die Menschenrechtsorganisationen und die kleinen Linksparteien keine wesentliche Rolle spielen werden. Die Menschenrechtsbewegung, die Anfang der 80er Jahre angesichts des Schweigens vor allem der peronistischen Partei (FREJULI) zu den Menschenrechtsverletzungen ein erhebliches moralisches und innenpolitisches Gewicht erlangen konnte, hat seitdem stark an Bedeutung verloren. Angesichts des erst in den Wochen danach sichtbar gewordenen Ausmaßes der militärischen Verschwörung zu Ostern wird der weitere Bestand der zivilen Regierung von der Bevölkerungsmehrheit als positiv betrachtet, weshalb die Konzessionen an die Militärs auch ohne weitere Massenproteste hingenommen wurde.

Die Ereignisse in Argentinien sind nicht repräsentativ für den Re-Demokratisierungsprozeß in den südamerikanischen Nachbarländern, denn in keinem anderen Land hat es überhaupt einen wirklichen Versuch gegeben, einzelne Militärs wegen ihrer Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Die von den Linksparteien in Uruguay zur Zeit erhobene Forderung nach einem Referendum über Gerichtsverfahren gegen die Militärs, die von einer ständig wachsenden Zahl von Unterschriften uruguayischer Bürger untermauert wird, möchte erst die Ausgangsbedingungen schaffen, die in Argentinien 1983 gegeben waren.

Das argentinische Beispiel zeigt jedoch die Grenzen der Re-Demokratisierung in Südamerika. Diese beginnt spätestens da, wo die Interessen des Militärs direkt betroffen sind.

Nikolaus Werz

Anmerkungen

1. Daniel Samoilovich, Cuanta agua bajo que puentes? Reforma política en Argentinia desde 1983, Referat auf dem Symposium „Politishe Reform in Lateinamerika". El Fortín de Santa Rosa (Uruguay) 1987, S. 9
2. Unamuno, Bárbaro, Cafiero u.a., El peronismo de la derrota, Buenos Aires 1984
3. Eine journalistische Darstellung der internen Vorgänge in der UCR von Alfredo Leuco und José Antonio Díaz, Los herederos de Alfonsín, Buenos Aires 1987
4. Darunter ist etwa Juan Carlos Portantiero, der gemeinsam mit José Aricó und Joge Tula seit 1986 die Zeitschrift „La ciudad futura. Revista de cultura socialista" herausgibt.
5. Raul Alfonsin, in: Ders. u.a., Argentina: de la transición al despegue, Buenos Aires 1986, S. 152
6. Die Rede findet sich abgedruckt in Luis Aznar u.a., Alfonsín: discursos sobre el discurso, Buenos Aires 1986, S. 41. Die restlichen Beiträge sind Interpretationen der Rede aus unterschiedlichen politischen Perspektiven.
7. Vgl. dazu den Beitrag von Atilio A. Borón, Los dilemas de la modernización y los sujetos de la democracia, in: ebenda oben S. 51-66. Kritisch zur Rolle der Kirche unter der Diktatur: Emilio Fermin Mignone, Iglesia y dictadura. La experiencia argentina, in: Nueva Sociedad, nr. 82 (1986), S. 121-128
8. An dem Referendum vom 25. November 1984 nahmen 72 % der Wähler teil. Es herrschte keine Wahlpflicht. 81 % sprachen sich für den Vertrag mit Chile aus, 17 % waren dagegen. Die Peronisten hatten dazu aufgerufen, dagegen zu stimmen.
9. Cosejo para la Consolidación de la Democracia (Hg.), eforma Constitucional: Dictamen preliminar del Consejo para la Consolidación de la Democracia, Buenos Aires 1986
10. Vgl. dazu die Beiträge in Criterio Nr. 1975 (Oktober 1986) und Criterio Nr. 1983 (April 1987)
11. Einen Überblick geben Miguel Unamuno und Rubén Bortnik, La reforma constitucional en el siglo XX, Buenos Aires 1986
12. Vgl. den Kommentar „Die Wiederwahl des Präsidenten" in: Argentinisches Tageblatt 18.4.1987
13. Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Nie wieder! Ein Bericht über Entführung, Folter und Mord durch die Militärdiktatur in Argentinien, Weinheim und Basel 1987, S. 13. Zur Arbeit der Kommission und zu den Wirkungen des Berichts vgl. auch das „Nachwort für deutsche Leser" von Thomas M. Scheerer, ebenda, S. 249-270. Einwände gegen den Bericht „Nunca Más" aus der Sicht konservativer argentinischer Juristen finden sich in: FORES, Definitivamente ... nunca más (La otra cara del informe de la CONACEP), Buenos Aires 1985. Zu den verhafteten und „verschwundenen" Deutschen vgl.: Tino Thun, Menschenrechte und Außenpolitik. Bundesrepublik Deutschland - Argentinien 1976-1983, Bremen 1985
14. Julio Strassera zitiert nach Nikolaus Brender, Eine Nation sitzt zu Gericht. Der historische Prozeß gegen die Militärs, in: Merian, Argentinien 12/39 1986, S. 84
15. Friedensnobelpreisträger Perez Esquivel u.a. lehnten eine Teilnahme ab, da die Kommission zu geringe Befugnisse hatte.
16. Horacio Verbitsky, Más juicios y más castigos a más culpables, in: Crisis, Nr. 53, April 1987, S. 4. Diese vorerst letzte Nummer der Zeitschrift „Crisis" enthält einen Schwerpunkt mit kritischen Artikeln zur argentinischen Justiz.
17. Expreso, Nr. 1, 24. Aril 1987, S. 21
18. Der Gesetzestext und die gesamte Debatte finden sich in: Diario de Sesiones. Cámara de Diputados de la Nación. 63. reunión. 2. sesión extraordinaria (especial). Diciembre 23 y 24 de 1986. Hier S. 7794
19. Auf Antrag des Senators Berhongaray, der den Entwurf zum sog. „Schlußpunktgesetz" im Senat vorstellte, wurde die Liste der 73 vor dem Obersten Militärgerichtshof verhandelten Fälle mit Namensnennung der Angeklagten in die Akten aufgenommen. Diario de Sesiones. Cámara de Senadores de la Nación. 36. Reunión. 3. Sesión extraordinaria (especial). 22 de diciembre de 1986, S. 4663-4665
20. El País 20.4.87. Eine Kabinettssitzung vom 20.2.87 soll mögliche Maßnahmen im Falle einer militärischen Rebellion diskutiert haben. El Periodista, Nr. 137, 24.4.87, S. 11
21. Michael Ehrke, Die Krise der Streitkräfte und die Voraussetzungen für eine Neuordnung der militärisch-zivilen Beziehungen, in: Lateinamerika. Nr. 1 (1984), Chancen und Grenzen der Demokratie in Argentinien, Hamburg, S. 40
22. Plataforma de Bogierno — UCR, Buenos Aires 1983, S. 36-37
23. Ehrke a.a.O. S. 41
24. Der Gesetzesentwurf sowie einzelne Stellungnahmen dazu sind abgedruckt in: Publicaciones FAI, Nr. 1 (1986). allgemein dazu C.J. Moneta, E. López, A. Romero, La reforma militar, Buenos Aires 1986. Ferner: Editorial, La defensa de la Nación, in: Criterio, Nr. 1974 (09.10.1986), S. 535-539.
25. Vgl. dazu den Kommentar „ley de defensa" in: La Ciudad Futura, Nr. 2 (1986), S. 4. Ferner: Ernesto López, Fuerzas armadas y democracia, in: Ebenda S. 10. Allgemein dazu: Leopoldo Mármora, Doktrin der nationalen Sicherheit — Menschenrechte und Demokratisierung in Lateinamerika am Beispiel Argentiniens, in: Liberal, Heft 1 (1987), S. 15-21.
26. Die Nummern 710 und 711 der Zeitschrift „Círculo Militar" (1983) enthalten jeweils einen Aufsatz über die Parteiengeschichte und die Bedeutung der Verfassung.
27. Expreso, Nr. 2 (1987), S. 20-23. Ähnlich argumentiert Ramón Osvaldo Orieta, Reforma militar para la defensa nacional, Buenos Aires 1985, S. 124-125. Der letztgenannte Autor ist ein ehemaliger Offizier.
28. Siete Dias, Nr. 1028, 23.4.1987
29. Zitiert nach: La Semana, 21.4.1987, S. 37
30. Nach Siete Dias, Nr. 1028, 23.4.1987, sprach Alsogaray von einer Zirkusshow. Ähnlich: Manfred Schönfeld, Una lección para Alfonsín, in: el Informador Publico, Nr. 31, 30.4.1987, S. 5
31. Dalmiro Sáenz und Sergio Joselovsky, El día que mataron a Alfonsín, Buenos Aires 1987 (9. Auflage)
32. Latin America Weekly Report, WR-86-20, 23.5.1986, S. 12. Ferner: Una rebelión anunciada en un lugar previsible, in: El Periodista, Nr. 137, 24.4.1987, S. 10-11
33. So in einer am 13.5.1987 vom Fernsehen und Rundfunk gesendeten Rede, in der Alfonsín die Gesetzesvorlage über die Gehorsamspflicht begründete. Zit. nach: Argentinisches Tageblatt, 16.5.87 (Internationale Ausgabe).
34. Zur Rolle der Kommandos vgl. La Semana 28.4.1987, S. 16-31. Ferner: El Periodista, Nr. 137, 24.4.1987, S. 12-13
35. Süddeutsche Zeitung 18.5.1987
36. El País 17.5.1987
37. El País 18.5.1987
38. El País 23.5.1987
39. El País 26.5.1987
40. Süddeutsche Zeitung 23./24.5.1987
41. El País 21.5.1987
42. El País 30.5.1987
43. Ebenda. Ferner: Badische Zeitung 30./31.5.1987
44. El País 31.5.1987
45. Vgl. den Beitrag von Jose Luis de Imaz, in: Raul Alfonsin (u.a.), Argentina: de la transición al despegue, a.a.O., S. 34f. Ferner: Editorial, Justicia y política, in: Criterio, Nr. 1965 (22.5.1986), S. 219-221 und Editorial, La pasión y la razón, in: Criterio, Nr. 1980 (22.1.1987), S. 3-7.
46. Hebe Bonafini, Sprecherin der unnachgiebigen Gründer-Linie der Mütter der Plaza de Mayo, erklärte: „Wir werden die Politiker, die Vaterland und Volk verraten haben, nie wieder um etwas bitten." El País 18.5.1987
47. Atilio Borón, Crisis militar y transición democrática en la Argentina, in: Cuardernos de Marcha, Nr. 19, Mai 1987, S. 56-66

---

* gekürzte und geringfügig geänderte Fassung des Textes von: Nikolaus Werz, Argentinien: Die Meuterei der Offiziere in der Osterwoche 1987 und ihre Folgen, Freiburg 1987 (aktuelle Informations-Papiere zu Entwicklung und Politik des Arnold-Bergstraesser-Instituts, Nr. 10)

El Salvador

„Wir wollen unabhängig sein, wir wollen ein freies Land..."

Ein Reisebericht

Tenancingo, eine Kleinstadt in El Salvador, aus der die Armee 1983 sämtliche 3 000 Einwohner vertrieben hatte, wurde 1986 von etwa 500 der ehemaligen Einwohner wieder besiedelt. Zu ihrem Schutz vor erneuter Vertreibung durch die Armee traf die Kirche ein Abkommen mit Armee, Regierung und FMLN, wonach Tenancingo entmilitarisiert werden sollte. Armee und FMLN stehen sich dort in einem lokal begrenzten Waffenstillstand gegenüber, der allerdings häufig durch Angriffe der Armee auf die Zivilbevölkerung verletzt wird. Der folgende Reisebericht schildert Eindrücke vom Leben in El Salvador im Herbst 1986:

Erst beim zweiten Anlauf können wir die Militärsperre eine halbe Stunde vor Tenancingo passieren, denn vor drei Tagen fehlte uns noch der zweite Passierschein vom Oberst der Ersten Infanteriebrigade. Nachdem eben das Hauptquartier in der etwa 20 Kilometer entfernten Hauptstadt San Salvador angefunkt worden ist, dürfen wir wieder in den klapprigen Bus steigen, und die Fahrt auf einer Piste, die immer holpriger wird, geht weiter. Links und rechts stehen die Reste einiger Hütten, die in den letzten Jahren durch die Bombenangriffe des Militärs zerstört worden sind. Auf den Mauerresten immer wieder Graffiti: „Soy Guerrillero", „Ich bin Guerrillero", „FMLN" oder auch Drohungen des Bataillons Bracamonte.

In Tenancingo selber, das inzwischen ganz friedlich wirkt, zeugen noch Artillerieeinschüsse in der Kirche von Überfällen der Armee. Mitten im Ort treffen wir auf „Eladio" und seine compañeros von der FMLN. Etwas zurückhaltend sind sie uns gegenüber noch, erst nachdem wir schöne Grüße von Luis bestellen und etwas über uns selbst erzählen, entsteht mehr Vertrauen. An einer zerbombten Lehmziegelmauer, die von Pflanzen überwuchert ist, lehnen sie oder sitzen auf dem Bordstein: etwa zehn bis fünfzehn Guerrilleros der FMLN, die gerade in einem kleinen Dorfladen Lebensmittel eingekauft haben.

In der Eßbude — es gibt casados, Reis mit Bohnen — unterhalten wir uns eingehender. Es zeigt sich, daß das Verhältnis zwischen FMLN und Zivilbevölkerung kaum besser sein könnte.

„Ein Interview kann ich euch nicht geben", erklärt Eladio mit einem verschmitzten Lächeln. „Aber wenn ihr wollt, könnt ihr Fragen stellen, und wir werden sie beantworten." Neben seinem Stuhl lehnt das erbeutete amerikanische M 16-Gewehr. „Das Ziel der Militärs ist, das Land in den Bergen zu entvölkern, um der Guerilla die Basis zu entziehen", sagt der ehemalige Student, „ihr wirksamstes Mittel sind dabei Luftangriffe. Ich hatte vorher noch nie ein Bombardement gesehen — nur im Fernsehen. Dann, als ich gerade in einem Dorf hier in der Gegend zu Besuch war, griffen sie an. In das Haus gegenüber schlug eine Bombe. Drei Kinder wurden dabei getötet. Sie wurden direkt im Bombenkrater beerdigt. Die Mutter blieb allein, sie wollte nicht mehr weg von dort."



Das war für Eladio ein Schlüsselerlebnis, das ihn veranlaßte, in die FMLN einzutreten, um sein Land von diesen Grausamkeiten zu befreien. Während er erzählt, sitzen Ana Maria und Calín am Tisch. Calín, gerade sieben Jahre alt, hat eine Handgranate mit einer Schnur um seinen dünnen, braungebrannten Hals hängen. Die ersten Lebensjahre verbrachte er mit seiner Familie in Perico. Sein Vater wurde bei einem Luftangriff getötet, seine Mutter ermordeten sie beim anschließenden Massaker. „Ich will helfen, damit der Krieg aufhört", sagt er schüchtern.

Als wir fragen, woher die Waffen stammen, sagen alle einstimmig: „Von der Armee und von der Polizei erbeutet", was man auch am Fabrikat erkennen kann: amerikanische M 16 und deutsche G3. Die unhaltbare Behauptung, daß Nicaragua Waffen an die FMLN in El Salvador liefere, wird vom US-State Department inzwischen mit der Theorie untermauert, daß einige „von der nord-vietnamesischen Armee erbeutete amerikanische M 16-Gewehre" über Vermittlung der Sowjetunion zuerst nach Cuba gelangt seien, dann nach Nicaragua und schließlich zur FMLN. Dies könne man sogar belegen, anhand der Seriennummer[1].

Schwierig zu beurteilen ist, wie die Chancen der Befreiungsbewegung stehen, den Krieg zu gewinnen. Natürlich behauptet General Blandón bei jeder Pressekonferenz, daß die „linken Terroristen" kurz vor dem Zusammenbruch stünden. Wenn jedoch die FMLN, so wie am 19. Juni 1986, imstande ist, die Einrichtungen der 3. Brigade in San Miguel, die von 1 500 Soldaten bewachte größte Kaserne des Landes, für 4 Stunden einzunehmen und die Gebäude des Befehlsstabes zu besetzen, wobei nach Angaben der US-Botschaft „die amerikanischen Militärberater unverletzt blieben und Hals über Kopf ... in das Kasernenkrankenhaus flüchteten, das nicht angegriffen wurde" und dabei die FMLN „neben anderen Waffen 300 M16-Gewehre erbeuteten"[2], dann scheint eher das Gegenteil der Fall

zu sein. Joaquín Villalobos, einer der comandantes der FMLN, geht von einem „strategischen Gleichgewicht" aus, das in Zukunft „eher zu Gunsten der FMLN als der Armee" ausfallen werde, so daß „das salvadorenische Heer verloren ist, und nicht einmal die nordamerikanische Hilfe es retten kann."[3] Diese amerikanische Hilfe betrug nach Angaben der Botschaft von 1979 bis 1986 knapp 2,3 Milliarden US-Dollar, wovon rund 30 %, nämlich 669 Millionen, allein auf den militärischen Sektor entfielen[4].
In allen Bereichen des täglichen Lebens wird jedoch Widerstand gegen diese „Hilfe" deutlich. Zwar findet der Straßenhändler auf der Plaza vor der Kathedrale mit seinen Rambo-Postern, die neben nackten Frauen und Heiligenbildern hängen, reißenden Absatz. Das Gebäude der amerikanischen Botschaft scheint allerdings nicht allzu beliebt zu sein: drei Meter hohe Betonmauern, mit Maschinengewehren besetzte Wachtürme, davor massive Betonkübel, am Eingang elektrisch einfahrbare Nägel auf der Straße, Stahl-Schranken, Stahl-Drehtüren, elektrisch geladener Zaun, Panzerglas, in den umliegenden Grundstücken bis an die Zähne bewaffnete Soldaten in Zivil, und über allem weht das Stars-and-Stripes-Banner.
Wenn man diese Szene mit dem Brunnen im Vordergrund, den eine rot aufgesprühte Schrift „Yankee go home" ziert, mit der Kamera festhalten will, fährt sofort ein Auto mit verdunkelten Scheiben vor, und zwei Männer mit Schnellfeuergewehr und Sonnenbrille fragen nach dem Ausweis.

Bei der Basisgemeinde von Sacamil, sie besteht schon 17 Jahre, wird am 6. September ein Fest gefeiert, neun Tage vor den offiziellen Feiern zur 165jährigen Unabhängigkeit Mittelamerikas. „Wir wollen unabhängig sein, wir wollen ein freies Land", sagt eine alte, etwas schüchterne Frau, „dafür müssen wir kämpfen, wir sind keine Kommunisten, wir wollen bloß frei sein. Nur das. Von Spanien sind wir befreit, aber die Söhne der Spanier wurden die Großgrundbesitzer. Diejenigen, die profitierten, sind auch die, die heute feiern. Man will uns glauben machen, daß wir unabhängig sind. Heute sind wir nicht mehr von Spanien abhängig, sondern von einem anderen, größeren Land..."

Eine Woche später, am 15. September, findet neben dem offiziellen Festmarsch auch eine Demonstration im Parque Bolívar statt, zu der Basisgemeinden, Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften aufgerufen haben. Es herrscht gute Stimmung. Alle singen, der Sekretär der UNTS, der mit 400 000 Mitgliedern größten Gewerkschaft El Salvadors, hält eine Rede, Musikgruppen treten auf, Sprechchöre fordern Frieden und soziale Gerechtigkeit... es könnte fast eine Demonstration bei uns in Deutschland sein. In El Salvador müssen Veranstalter und Mitglieder dieser Organisationen allerdings damit rechnen, daß irgendwann nachts ein Auto mit verdunkelten Scheiben zu Hause vorfährt und derjenige, der jetzt noch das Mikrophon in der Hand hält, später erschossen aufgefunden wird, spurlos verschwindet oder, wenn er „Glück" hat, nur bei der Polizei gefoltert wird und danach im Gefängnis von Mariona wieder auftaucht. Deshalb tragen hier viele fast eine Art Verkleidung: Sonnenbrille, Kopftuch, Hut und vertauschte Kleidungsstücke.
Diese Taktik des jetzigen Regimes, nicht direkt mit massivem Polizeieinsatz einzugreifen, hilft, die christdemokratische Fassade zu wahren. Natürlich werden solche Demonstrationen nicht aufgelöst. Wirksamer ist es, einzelne Personen hinterher festzunehmen, sie nicht wegen Teilnahme an einer Demonstration anzuklagen — denn das ist ja erlaubt — sondern mit der Beschuldigung, Terroristen und Mitglieder der FMLN zu sein.



Demonstration der Menschenrechtsorganisation

Alle Fotos von K. Wientgen

Das ist beispielsweise fünf Mitgliedern der von der UNO anerkannten Menschenrechtsorganisation CDH (Comité de derechos humanos de El Salvador no gubernamental) geschehen, die wir mit Hilfe von CODEFAM, einer Organisation von Familienmitgliedern Verschwundener und Gefangener, im Gefängnis von Mariona besuchen. Bereits am Eingang werden wir mehrmals von Sicherheitsbeamten untersucht. Noch durch drei Kontrollen hindurch, dann befinden wir uns im Trakt der politischen Gefangenen: 908 waren es im August 1986. Bis zu sieben Insassen befinden sich in einer Zelle von etwa 18 m². 200 Gefangene haben keine Matratze, da oft solche Dinge von Verwandten gestellt werden müssen und etwa 70 % der Gefangenen hier einfache Bauern sind. In einem dieser Löcher können wir mit Reinaldo Blanco sprechen, Mitglied von CDH und seit Mai 1986 politischer Gefangener. Zuerst einmal erklärte er uns, wie es überhaupt ermöglicht wurde, länger mit ihm zu sprechen: „Früher durften wir nur fünf bis zehn Minuten Besuch empfangen", sagt er. „Außerdem gab es immer wieder Kontrollen der Policía de Hacienda. Erst nachdem wir mit Hungerstreiks, die Aufsehen in der Weltöffentlichkeit hervorriefen, diese kleinen 'Freiheiten' mit unserem Blut erkauft hatten, wurden zwei Besuchstage eingerichtet, wo wir mit jedem alleine sprechen können." Die politischen Gefangenen, die sich in einem Komitee (COPPES) selbst organisiert haben, sind dabei, eine größere Studie, in der 443 Häftlinge interviewt wurden, fertigzustellen. Dabei entstand eine fast endlose Liste der Foltermethoden. Reinaldo erzählt, wie es ihm ergangen ist:
Auch bei ihm war nachts ein Auto mit verdunkelten Scheiben vorgefahren, und man hatte ihn zur Polizei geschleppt. Dann begannen die „15 Tage der Hölle", wie die Gefangenen sagen. Denn nach dem Dekret 50 vom Februar 1984 ist es der Polizei erlaubt, Gefangene 15 Tage lang ohne Anklage „incommunicado" festzuhalten u. zu verhören. Dies wird natürlich ausgenützt, um ein Geständnis zu erpressen. Und unter der Folter gesteht man alles:
„Nachdem sie mich zur Polizei gebracht hatten", fährt Reinaldo fort, „zogen sie mich nackt aus. Ich sollte mich machtlos fühlen, merken, daß ich in ihren Händen bin. Dann Verhöre, sie versuchten mir unterzuschieben, Mitglied der FMLN zu sein. Aber ich beteuerte immer wieder, daß ich nur zur CDH gehöre. Mit Fäusten schlugen sie mich dann in den Bauch, auf den Kopf und auf den Rücken. Sie zwangen mich, drei Stunden in der Hocke zu bleiben, und sobald ich das Gleichgewicht verlor, schlugen sie mich. Gleichzeitig Verhöre: 'Gib zu, daß du ein Terrorist bist!' Sie sind immer zu zweit: einer, der Brutale, der droht und foltert. Dann kommt der andere und sagt, ich solle lieber kollaborieren und unterschreiben, Mitglied der FMLN zu sein. Schließlich zwangen sie mich, drei Tage lang auf einem kahlen

Gang zu stehen, mit verbundenen Augen, ohne Essen, ohne Trinken, ohne auf die Toilette gehen zu können, ohne zu schlafen, die Arme auf dem Rücken zusammengefesselt! Dann verhörten sie mich wieder, und immer wieder Schläge, sie redeten nur als 'Subjekt' von mir, drohten mich zu ermorden, ich solle doch an meine Frau und an meine Kinder denken, ich wolle doch nicht, daß ihnen etwas zustieße... Einer sagte: 'Bring ihn doch lieber gleich nach Chingaya!' (Ein Ort, wo unzählige Leichen von Zivilisten gefunden wurden.) Die Sirene machte mich morgens fast wahnsinnig, meine Nerven hielten es nicht mehr aus. Das ist alles Teil der psychologischen Folter. — Manche kommen dort völlig verrückt raus und kommen hier ins Gefängnis, reden nur wirres Zeug und fangen plötzlich an zu weinen."

Dann zeigen uns Reinaldo und Ernesto einige Zeichnungen, die Mitgefangene von ihren „15 Tagen der Hölle" angefertigt haben: u.a. eine Zeichnung, auf der einer der amerikanischen Militärberater Elektroschocks austeilt. Sie gehört zu einem unterzeichneten Bericht von José Rubén Carrillo Cubas, der am 7. Juni 1986 festgenommen wurde.

Die Folterer gehen dabei fast immer so vor, daß keine Spuren zurückbleiben, denn dann hätte man ja Beweise in der Hand, mit denen das demokratische Scheinbild ins Wanken geriete. Aber nicht immer sind sie so vorsichtig gewesen: José Rufino Angel Castillo, 36 Jahre alt, treffe ich auf dem Gang. Ihn hängten sie mehrere Stunden mit Handschellen an die Wand, bis diese sich immer tiefer ins Fleisch schnitten: zwei riesige ringförmige Narben um die Unterarme. Ganz in der Nähe steht José Armando Pineda Partillo, gerade 27 Jahre alt, der ein Kind (es ist ja Besuchstag!) steif auf dem Arm hält. Ihm hatten sie während der „15 Tage der Hölle" Schläge in die Eingeweide und auf den Brustkorb versetzt. Durch innere Verletzungen kann er nicht mehr richtig atmen.



Folternarben eines politischen Gefangenen im Gefängnis von Mariona (mit eingeschmuggelter Kamera fotographiert)

Dann zeigt mir José zwei dünne ringförmige Narben um seine beiden steifen Daumen. Sie haben eine Nylonschnur um beide Daumen und die großen Zehen gebunden, auf dem Rücken fest zusammengeschnürt und José an die Decke gehängt. Das nennen sie dann „Avioncito" — Flugzeugchen! Er war gerade im Nachbardorf gewesen, um die Kuh seines Großvaters zu verkaufen, als sie ihn festnahmen, um zu erfahren, wieso er nicht in seinem Dorf sei.

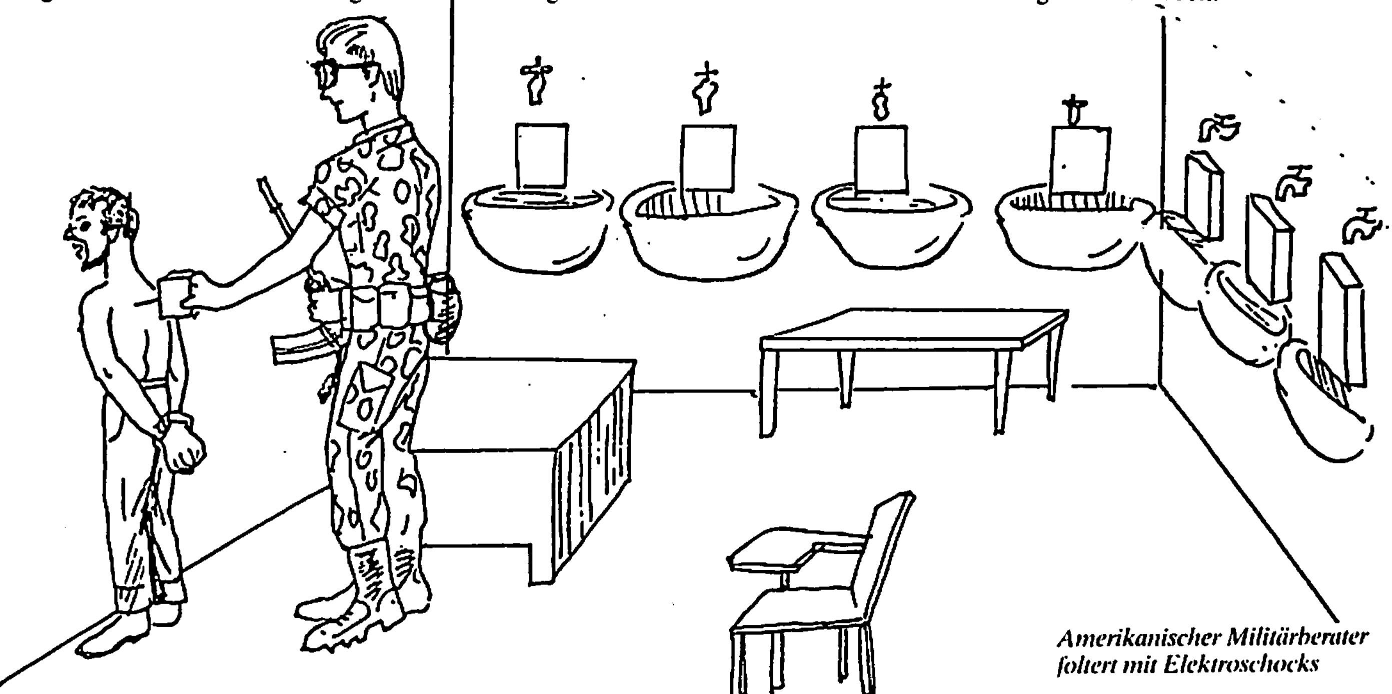
Über diese Schicksale müßte man noch seitenweise berichten. Der Jüngste hier ist beispielsweise gerade 13 Jahre alt und beschuldigt, Terrorist zu sein! Im Frauengefängnis von Ilopango ist es nicht anders. Frauen werden vergewaltigt, gefoltert, man spielt ihnen Babygeschrei vom Band vor, das den Müttern vortäuschen soll, es sei ihr eigenes Kind, um sie zu Aussagen zu zwingen.

Oft präsentiert das Fernsehen dann stolz so ein Geständnis, als Beweis, daß die politischen Gefangenen Terroristen seien.

Diese Gefahren muß man in El Salvador im Kopf behalten, wenn man dort demonstriert und nicht gerade ein Ausländer ist, den seine Botschaft schnell wieder aus dem Gefängnis herausholt. „Wir müssen etwa zwei Leute pro Monat aus dem Gefängnis holen", meint eine Angestellte der deutschen Botschaft dazu.

Auf dem Land ist die Repression jedoch noch viel offener, dort haben sie keine Journalisten zu fürchten. In Zeitschriften wie „Carta a las iglesias"[5] liest man immer wieder von Bombardements in den Provinzen Chalatenango und Morazán.

Die Flüchtlingslager in San Salvador quellen fast über. Hier herrscht extremes Elend. Es gibt keine Arbeit.

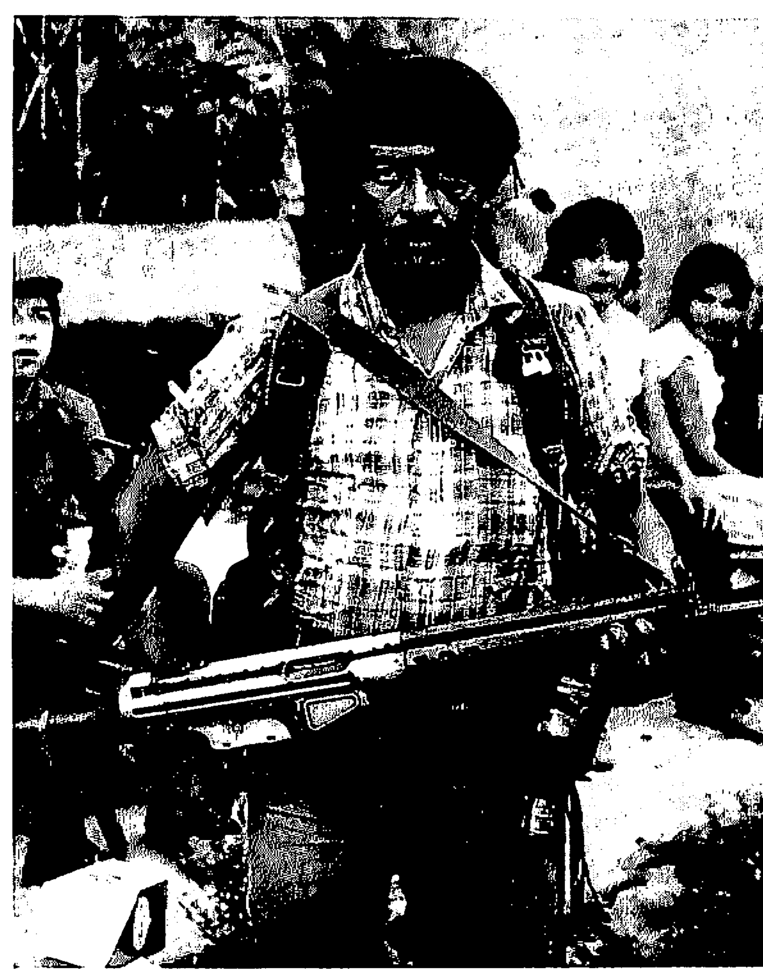


Amerikanischer Militärberater foltert mit Elektroschocks

„Dort, wo wir früher waren, gibt es genügend Erde, die bearbeitet werden muß", meint ein Bauer. Am 15. Juli 1986 machten sich 132 Familien aus ihrem Lager auf, um Aguacayo neu zu besiedeln — ohne Wissen und Erlaubnis der Armee. Nach einigen Schwierigkeiten mit dem Militär, das sie einige Tage festhielt, konnten sie sich tatsächlich in El Barrillo, einer Cooperative in der Nähe von Aguacayo, niederlassen und mit der Aussaat beginnen. Kurz danach stand in einer salvadorenischen Zeitung: „Die Campesinos, die seit Februar vor den Terroristen geflohen sind, ... sind gestern unter dem Schutz der Obrigkeit zurückgekehrt ... Sie sind zufrieden, fürchten aber, erneut Opfer der Terroristen zu werden, wenn sie nicht mit dem ständigen Schutz von Seiten der Streitkräfte rechnen könnten." Dieser Artikel klingt zynisch, wenn man bedenkt, daß diese Leute aufgrund der am 8. Januar 1986 gestarteten „Operación Fénix" des Militärs fliehen mußten. 5 500 Soldaten überrollten dieses Gebiet, sieben Stunden wurde bombardiert. So kamen allein 257 Zivilisten um.

Wir können die Gegend besuchen, indem wir das Militär bei einer Versorgungsfahrt in das Gelände nördlich des Cerro Guazapa (etwa 30 km nördlich von San Salvador) begleiten.
Unterwegs sehen wir immer wieder getarnte Posten, die den Weg sichern. Nach ungefähr drei Stunden kommen wir zu einer Schranke, hinter der wir dem Leutnant des Bataillons „Libertad" übergeben werden. In einer zerstörten ehemaligen Großgrundbesitzervilla beziehen wir Quartier. Ein erster Spaziergang führt uns durch dichte Dschungelvegetation nach El Barrillo. Wir kommen mit den Leuten ins Gespräch. Sie haben sich in bewundernswerter Weise darauf eingestellt, auch unter Bewachung Informationen weiterzugeben, denn der Offizier weicht nicht von meiner Seite. Die Frage nach dem Verhältnis zum Militär kommt auf. Der Cooperativenvorsteher meint verschmitzt lächelnd: „Nun, wir Menschen sind alle Gottes Kinder... und so ist auch der Soldat mein Bruder... und Gott hat gesagt, du sollst deinen Bruder lieben... tja, und so... lieben wir auch unsere Brüder Soldaten!"
Am nächsten Morgen geht es nach Aguacayo. Drei Stunden lang schwitzen wir in der Sonne, immer einer hinter dem anderen laufend, die Soldaten natürlich in voller Montur, 15 Kilo Marschgepäck und M 16. Wir kommen ins Dorf: Zerbombte Mauern, von der wuchernden Pflanzenwelt zurückerobert, stehen am Wegrand. Grillen zirpen, und Fliegen surren um das Gesicht und das schweißnasse Hemd. Hier wohnt kein Mensch mehr, es herrscht völlige Stille. Auf dem Dorfplatz wird Rast gemacht. Die Türflügel der Kirche knarren, als ich sie aufstoße. Durch das eingestürzte Dach flimmert die Sonne über den moosbewachsenen Altar. Neben mir der Soldat mit einem Totenkopfabzeichen auf dem rechten Ärmel. — Dreitausend Menschen haben in diesem Dorf gewohnt, es war einmal berühmt für seine Süßigkeiten. Was ist wohl aus all diesen Frauen, Männern und Kindern geworden? Ich denke an Calín. Die Soldaten lachen im Hintergrund. Einer führt mir sein Gewehr vor. Ich frage, warum die Häuser so zerstört sind.
„Ach, die sind mit der Zeit verfallen!"
Und wieso sind sie so stark zerstört?
„Zerbombt durch die 'Terroristas', die kamen mit Hubschraubern!" — Hubschrauber? Die FMLN?
Dann verlassen wir die Geisterstadt. Irgendwo gackert noch ein entlaufenes Huhn...
62 000 Menschenleben, 7 000 Verschwundene und über eine Million Flüchtlinge hat dieser Krieg in den letzten sieben Jahren gekostet, etwa 700 Tote pro Monat. Doch zugegeben, es hat sich gebessert, in letzter Zeit werden „nur" noch 150 pro Monat ermordet. Nicht gerechnet diejenigen, die infolge von Mangelernährung erkranken und sterben. Und wenn jemand von der Polizei in El Salvador erschossen wird, so geschieht das gewöhnlich mit einem deutschen G3-Gewehr der Firma Heckler & Koch.

Klaus Wientgen



Guerrillero der FMLN mit erbeutetem deutschem G3-Gewehr

Anmerkungen:
(1) "The Challenge to democracy in Central America", released by the Department of State and Department of Defense, Washington 6/1986
(2) Proceso, Zeitschrift der UCA, 25.6.1986
(3) Villalobos, J.: El estado actual de la guerra y sus perspectivas, in: ECA 449, San Salvador 3/1986 (S. 169-204)
(4) Quelle: US Assistence to El Salvador 1979 — 1986, 09/04/86 USAID/DPPO 0053w, v. der US-Botschaft in E.S. erhalten
(5) Carta a las Iglesias, Jon Sobrino (Hrsg.) Nr. 100 — 130, San Salvador 1986

Sri Lanka

Am 17. April 1987 wurden im Distrikt Trincomalee im Nordosten der Insel drei Busse und zwei Lastwagen von tamilischen Untergrundkämpfern angehalten. Die Passagiere wurden nach Nationalitäten getrennt, die begleitenden 18 Polizei- und Militärangehörigen sowie 127 singhalesische Zivilisten wurden exekutiert. Am 20. April wurde ebenfalls im Distrikt Trincomalee ein singhalesisches Dorfv on tamilischen Untergrundkämpfern angegriffen, wobei 15 Singhalesen im Schlaf getötet wurden. Am 22. April erreichten die Anschläge die Hauptstadt Colombo. Im Busbahnhof in der Pettah, dem Basarviertel der Stadt, explodierte eine Bombe. 115 Menschen fanden bei diesem Anschlag den Tod, über 200 wurden verletzt.[1] Die Reaktionen der Regierung ließen nicht lange auf sich warten. Der am 11. April einseitig ausgerufene Waffenstillstand wurde außer Kraft gesetzt, die Luftwaf fe flog Vergeltungsangriffe gegen tamilische Stellungen im Norden und Osten der Insel. Dabei kamen nach tamilischen Angaben über 200 Zivilisten ums Leben.[2]



Präsident Jayewardene in Trincomalee

Verhandlungslösung oder militärische Endlösung?

Die Ursachen des Konfliktes liegen in der ungelösten Frage der Beteiligung der Tamilen und ihrer Sprache am singhalesischen Staatsapparat. Dieser Streit schwelt bereits seit der Unabhängigkeit 1948. Zunächst war es eine Auseinandersetzung um die Staatssprache Sinhala und um die Frage, welche Rolle und welchen Stellenwert das Tamil einnehmen sollte, das für 20% der Bevölkerung die Muttersprache ist. Neue Problembereiche kamen hinzu. Die Ansiedlung von Singhalesen in tamilischen Gebieten, die auf lange Sicht die politischen Mehrheitsverhältnisse in diesen Gebieten zugunsten der Singhalesen zu verschieben drohten, sowie verschiedenen Arten der Quotenregelung für die Hochschulzulassung, die auf eine Benachteiligung der Tamilen und auf eine Bevorzugung der Singhalesen hinzielten. Daneben setzte sich im öffentlichen Dienst und bei der Armee eine staatliche Einstellungspraxis durch, die ebenfalls die Singhalesen bevorzugte, und den Anteil der Tamilen systematisch zurückdrängte. Angesichts dieser seit der Unabhängigkeit betriebenen Politik und zahlreicher Vereinbarungen, die aber von seiten der Singhalesen nicht eingehalten wurden, konnte eine Radikalisierung des Konfliktes kaum ausbleiben. Mittlerweile ist dieser Konflikt zum Bürgerkrieg eskaliert, der eine eigenen Dynamik entwickelt hat und dessen Terror wahllos zuschlägt. Der Anschlag auf den Busbahnhof in Colombo zeigt dies deutlich. Da noch immer genügend Tamilen in Colombo leben, kann man davon ausgehen, daß der Anschlag, offensichtlich von tamilischen Untergrundkämpfern ausgeübt, auch zahlreichen Tamilen das Leben gekostet hat.

Diese neue Eskalation im Bürgerkrieg läßt eine friedliche Beilegung des Konfliktes wieder in weite Ferne rücken. Daß die Anschläge gerade zu dieser Zeit und mit dieser Brutalität gegenüber der Zivilbevölkerung stattgefunden haben, scheint weniger Zufall, als vielmehr eiskalte Berechnung gewesen zu sein. Für die Zeit nach dem 20. April war eine neue Verhandlungsrunde zwischen der Regierung und der tamilischen Guerilla anvisiert worden.[3] Mit den Anschlägen und den Vergeltungsaktionen der Regierung ist diese neue Verhandlungsrunde erfolgreich torpediert worden. Dies wirft die Frage nach den Urhebern der Attentate aus. Der Versuch, die für diese neue Eskalation verantwortlichen Gruppen zu benennen, läßt aber zugleich die Unübersichtlichkeit sowohl des tamilischen wie des singhalesischen Lagers erkennen. Deshalb soll im folgenden ein Überblick über die verschiedenen Fraktionen und ihre konkurrierenden und gemeinsamen Interessen gegeben werden, der zugleich deutlich machen soll, wie schwierig mittlerweile eine friedliche Beilegung des Konfliktes geworden ist. Aufgrund der zahlreichen Fraktionen, die in den Konflikt involviert sind, scheint auf der Insel die Gefahr einer Fragmentierung des Konfliktes gegeben zu sein, die eine friedliche und dauerhafte Lösung zwischen den Singhalesen und Tamilen immer un-



möglicher erscheinen läßt. So gibt es auf beiden Seiten stets mehrere Fraktionen, die teilweise mit- und gegeneinander arbeiten, so daß ein vereinfachtes Freund-Feind-Schema nicht mehr möglich ist. Beide Seiten lassen sich zunächst grob in einen jeweiligen militärischen und politischen Flügel unterscheiden. Sowohl die Tamilen, als auch die Singhalesen zerfallen aber zusätzlich in einzelne Fraktionen, die selbst wiederum politische und/oder militärische Flügel aufweisen können.

Die tamilische Seite

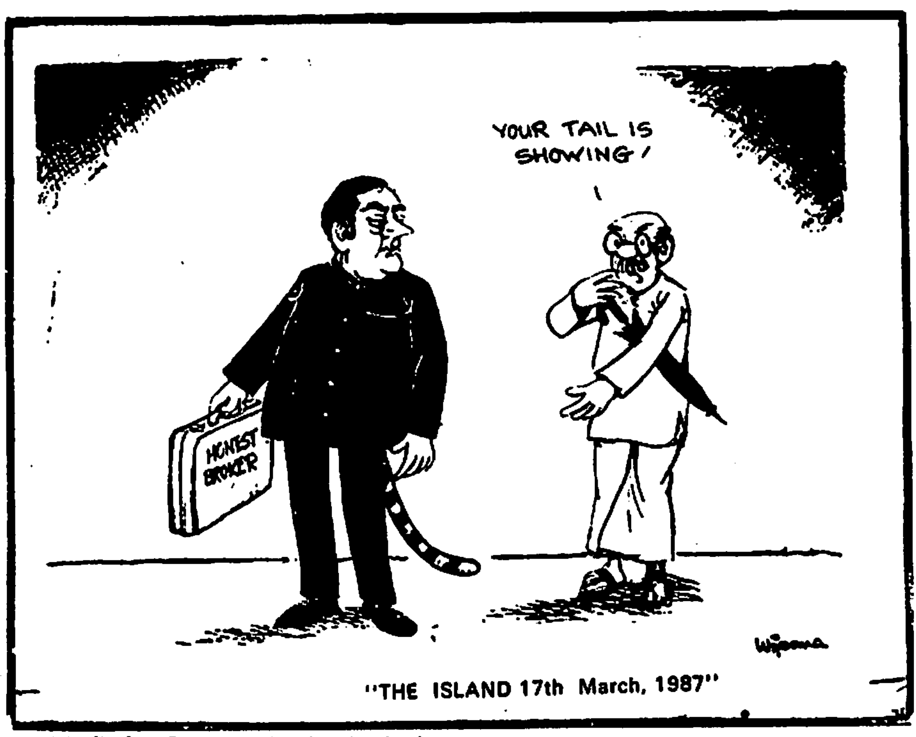
Die weitreichendsten Veränderungen im gegenwärtigen Konflikt fanden bei den Tamilen statt. Die seit 1977 stattfindende Radikalisierung des Kampfes führte in den 80er Jahren zu einem Machtwechsel in ihren Reihen. Die traditionelle tamilische, bürgerliche Opposition, die in der TULF (Tamil United Liberation Front) zusammengeschlossen ist und die bei den Wahlen 1977 zur stärksten Oppositionspartei des Landes wurde, verlor im Verlauf des Konfliktes ihre politische Vormachtstellung an die bewaffneten Guerilla-Organisationen. Die Ermordung zweier TULF-Abgeordneter durch die LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam) macht deutlich, daß dies kein freiwilliger Prozeß war. Damit wurden auf tamilischer Seite die gemäßigten Kräfte zugunsten von radikalen Gruppen beiseite gedrängt. Diese fordern nicht mehr nur Zugeständnisse, sondern mittlerweile einen eigenen tamilischen Staat auf der Insel, der die Nord- und große Teile der Ostprovinz des Landes, die traditionellen tamilischen Siedlungsgebiete umfassen soll. Aber auch die singhalesische UNP (United National Party)-Regierung unternahm alles, um die TULF als Oppositionspartei zu demontieren. Der sechste Verfassungszusatz, der 1983 nach dem Pogrom gegen die Tamilen eingebracht wurde, und der das Eintreten für einen separaten Staat auf der Insel unter Strafe stellte, war eindeutig gegen die TULF gerichtet. Der Auszug der TULF aus dem Parlament war die logische Folge, und dieses ist seitdem bis auf die drei in der Regierung befindlichen tamilischen Minister rein singhalesisch. Diese von tamilischer und singhalesischer Seite betriebene Demontage der TULF, deren Mitglieder sich nach Südindien absetzten, entfernte eine gemäßigte politische Kraft, die zu einer politischen Lösung des Konfliktes hätte beitragen können, wenngleich ihr auch während ihrer Zeit entscheidende Erfolge versagt geblieben sind.

Mit dem politischen Ende der TULF traten die Guerilla-Organisationen, allen voran die LTTE, als neue tamilische Führungsgruppe auf den Plan. Mit dem zunächst rein militärischen Mandat wurde in der Folge auch ein politisches Mandat verbunden, dessen Legitimation sich bislang aber nur auf die Macht der Waffen stützt. Die Tigers, einstmals von V. Prabhakaran als erste Untergrundorganisation unter dem Namen TNT (Tamil New Tigers) Mitte der 70er Jahre gegründet, hatten im Laufe ihrer Entwicklung zahlreiche Abspaltungen zu verkraften, aus denen militante Guerilla-Organisationen oder neue friedliche Untergrundbewegungen hervorgingen. Diese Abspaltungen waren zum Teil auf persönliche Spannungen innerhalb der Führung, zum Teil auf ideologische Gegensätze zurückzuführen. Die neu entstandenen Gruppen wie EPRLF (Eelam People's Revolutionary Liberation Front), EROS (Eelam Revolutionary Organization of Students), TELO (Tamil Eelam Liberation Organization), PLOT (People's Liberation Organization of Tamil Eelam) und TELA (Tamil Eelam Liberation Army), um nur die wichtigsten zu nennen, wurden im Verlauf des Jahres 1986 nach internen blutigen Kämpfern von der LTTE auf der Jaffna-Halbinsel ausgeschaltet. Die EROS unterwarf sich freiwillig der Vorherrschaft der LTTE. Es scheint allerdings, daß die anderen Gruppen in Südindien weiterhin Unterstützung und Mitglieder haben, der interne Machtkampf also längst noch nicht abgeschlossen, sondern lediglich vertagt ist.

Zwar wurde die Kritik an dem Verhalten der LTTE gegenüber der Bevölkerung in den letzten Monaten lauter, doch darf man davon ausgehen, daß große Teile der tamilischen Bevölkerung auf Jaffna die LTTE weiterhin unterstützen. Inwieweit dieser momentane politische und militärische Führungsanspruch sich aber auch in Friedenszeiten beibehalten läßt, ist äußerst fraglich. Es gehört nicht viel Vorstellungskraft dazu, sich auszumalen, daß die sozialistisch angehauchte Ideologie[4] der LTTE in Friedenszeiten in der überdurchschnittlich konservativen Kastengesellschaft Jaffnas nur geringe Chancen zum politischen Überleben finden wird.[5] Dieses Problem stellt sich den anderen bewaffneten Guerilla-Organisationen ebenso, und eine gemäßigte politische Kraft ist nicht in Sicht. Diese könnte angesichts der militärischen Stärke der LTTE und ihrem Führungsanspruch auch kaum überleben. Zwar ist die LTTE zum politischen Sprachrohr der Tamilen bei Verhandlungen der Regierung und mit Indien geworden. Die wichtigste Prüfung, nämlich die politische Legatimation in Wahlen durch die tamilische Bevölkerung, steht ihnen allerdings noch bevor.

Als dritte tamilische Gruppe sind die Hochlandtamilen oder indischen Tamilen zu nennen. Sie kamen Ende des 19. Jahrhunderts auf die Insel. Ihre Einwanderung wurde von den Engländern gefördert, auf deren Plantagen sie unter menschenunwürdigen Bedingungen den Tee, das Hauptexportprodukt der Insel, anbauten. Auch heute noch ist das Hochland und die Teeplantagen ihr Hauptsiedlungsgebiet. Diese wohl am schlechtesten gestellte Volksgruppe auf der Insel wurde im Verlauf des Konfliktes zum Spielball beider Parteien. Von den Jaffna-Tamilen werden sie stets zur tamilischen Volksgruppe hinzugerechnet, obwohl die Hochlandtamilen nicht für einen unabhängigen Tamilenstaat auf der Insel eintreten und lange Zeit von den ceylonesischen Tamilen verachtet wurden, weil sie aus den niedrigsten Kasten in Südindien abstammen. Dies äußerte sich zum Beispiel 1949, als die ceylonesischen Tamilen im Parlament für die Ausbürgerung der indischen Tamilen stimmten. Die indischen Tamilen, die fast 50% der tamilischen Volksgruppe auf der Insel ausmachten, verloren mit diesem Votum ihr Wahlrecht und wurden als politische Kraft zunächst bedeutungslos. Der Führer ihrer mächtigsten Gewerkschaftsbewegung, dem CWC (Ceylon Worker's Congress), S. Thondaman, hat es bislang aber immer wieder verstanden, seine Interessengruppe geschickt an die großen Parteien zu verkaufen und damit seinen Einfluß zu bewahren. Er ist heute einer der drei tamilischen Minister in der Regierung und zugleich einer der stärksten politischen Männer auf der Insel. Die indischen Tamilen wurden immer tiefer in den Konflikt hineingezogen, weil sie Opfer von singhalesischen Vergeltungsaktionen wurden, obwohl sie mit der tamilischen Sache, einem unabhängigen Tamil Eelam,

nur wenig zu tun haben. Von daher finden auch im Hochland immer wieder Ausschreitungen und Anschläge statt, weil die indischen Tamilen mittlerweile nicht mehr zum Stillhalten bereit sind, sondern nach Übergriffen ebenfalls zurückschlagen.
Auf tamilischer Seite lassen sich somit drei Gruppierungen ausmachen:
— Die LTTE, als momentane militärische und politische Führung. Ihr politisches Überleben in Friedenszeiten ist allerdings ungewiß, auch besteht weiterhin eine militärische Konkurrenz zu anderen Guerilla-Organisationen.
— Die TULF, als traditionelle politische Vertretung der Tamilen. Als „Tamil United Lawyers" (Front der Rechtsanwälte) verspottet, wurde diese gemäßigte Kraft sowohl von den radikalen tamilischen Organisationen, als auch von der singhalesischen Regierung aus dem politischen Spiel gedrängt. Die einstmals stärkste Oppositionspartei dürfte aber heute immer noch über genügend Anhänger verfügen.
— Die indischen Tamilen, deren Führer S. Thondaman einen der starken Männer in der gegenwärtigen Regierung darstellt. Sie haben mit der Forderung nach einem unabhängigen Tamil Eelam nichts zu tun, werden aber durch Ausbreitung des Konfliktes immer stärker davon betroffen.



Anti-indische Cartoons in der Sri-lankischen Presse

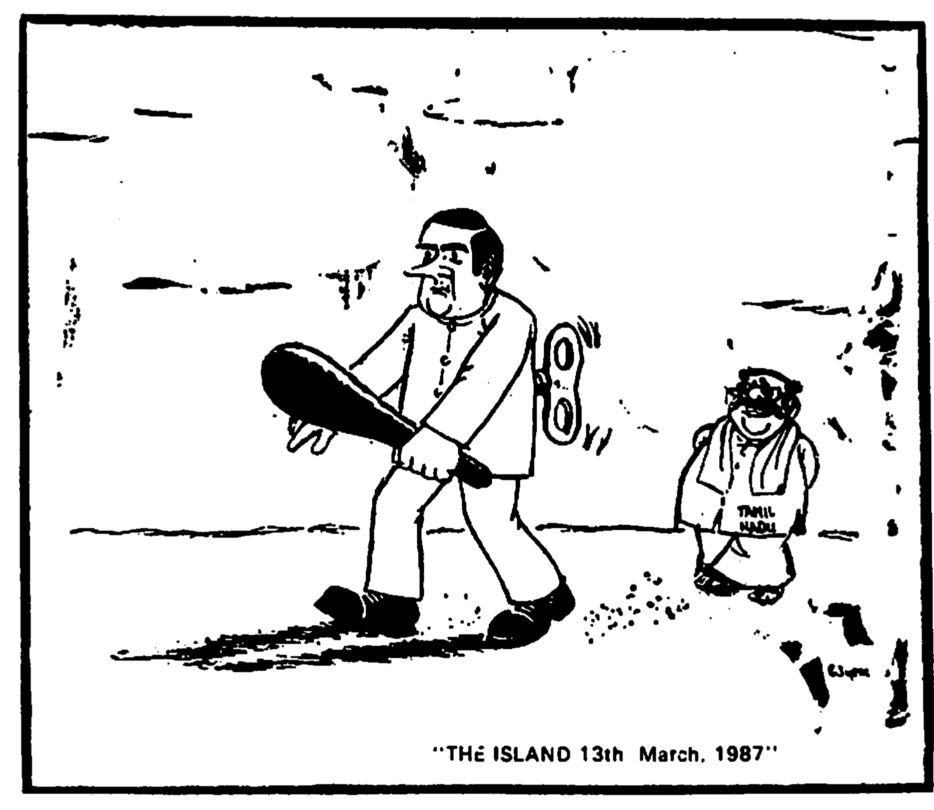
Die Singhalesen

Auch das singhalesische Lager ist schwer überschaubar. Die UNP errang 1977 einen überwältigenden Wahlsieg und gelangte dadurch zu einer fast unbeschränkten Macht. Durch die neue Verfassung von 1978 wurde ihre Stellung noch zusätzlich abgestützt. Je mehr sich jedoch der Konflikt mit den tamilischen Guerilla-Organisationen zuspitzte, desto stärker kam auch die UNP und ihr Präsident J.R. Jayawardene unter Druck. Die zeitweilige Ausschaltung der wichtigsten singhalesischen Oppositionsführerin, Frau Bandaranaike, die eigenmächtige Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten und des Parlaments, die zunehmende wirtschaftliche Krise in der Folge der radikal forcierten Öffnung des Landes nach Westen, die steigenden Arbeitslosenzahlen, die wachsende Verarmung der unteren Bevölkerungsgruppen, die Inflation und die zunehmende Verschuldung — all diese Faktoren lassen die Legitimation des Regimes und seines mittlerweile 79jährigen Präsidenten schwinden. Das Alter des Präsidenten läßt zudem Machtkämpfe und Rivalitäten zwischen möglichen Nachfolgern in der Regierung aufkommen. Deutlich wird die Krise und Unsicherheit der Regierung angesichts des Progroms gegen die Tamilen 1983.
Mit Wählerlisten ausgestattet fahren singhalesische Mobs auf Regierungsfahrzeugen durch Colombo und zünden tamilische Geschäfte an — mit Hilfe von Benzinkanistern der staatseigenen Ölfirma. Der Ausnahmezustand wird nur zögernd ausgerufen, Polizei und Militär verhalten sich zumeist passiv oder nehmen sogar an Ausschreitungen gegen die Tamilen teil. Der Verdacht, daß diese Ausschreitungen nicht zufällig, sondern organisiert waren und nur noch der entsprechende Anlaß fehlte, weicht seitdem nicht mehr von der Regierung und von einzelnen Ministern.
Die Versuche der UNP seit 1977, eine friedliche Lösung des Volksgruppenkonflikts herbeizuführen, erscheinen blaß. Seit 1958 gelang es allen singhalesischen Regierungen — ob UNP oder SLFP (Sri Lanka Freedom Party) — ausgehandelte Zugeständnisse an die Tamilen immer wieder auf friedlichem Wege bis zur Unwirksamkeit zu verschleppen, ein Verfahren, das auch von der UNP weiterbetrieben wurde. Besonders krass äußerte sich dies 1981, als die englische Königin zum 50jährigen Jubiläum der 1931 verabschiedeten Donoughmore-Verfassung die Insel besuchte. Die UNP wollte das Bild einer funktionierenden Demokratie wahren und handelte einen Sechs-Punkte-Plan mit der TULF aus. Dies brachte der UNP zwar das kurzfristige Stillhalten der TULF ein, aber das Abkommen wurde in keinem Punkt auch nur annähernd eingelöst. Diese traditionelle singhalesische Taktik gegenüber den tamilischen Forderungen hat aber die Radikalität auf Seiten der Tamilen längst anwachsen lassen, ein Prozeß, den die Regierung nur mit gleicher Münze beantworten konnte und kann, mit der Schlagkraft und dem Ausbau der Armee.
Ein bewaffneter Konflikt wuchs somit in den 80er Jahren heran, der seine Wurzeln in seit der Unabhängigkeit ungelösten Fragen hat und der durch die ökonomische Krise noch verschärft wird. Zulassungsbeschränkungen zu Hochschulen und staatlichen Beschäftigungsmöglichkeiten für die Tamilen, in den 70er Jahren von der sozialistischen SLFP-Regierung Bandaranaike verfügt, verstärkten bei den tamilischen Jugendlichen die Bereitschaft zur Gewalt. Die Unfähigkeit der als traditionelle politische Elite angesehenen TULF, politische Zugeständnisse zu erringen, tat ein übriges, um die militärische Komponente des Konfliktes zu verstärken.
In dem Maße, wie der militärische Konflikt an Bedeutung gewann, verringerten sich aber auch die Chancen zu politischen Übereinkünften. Alle Versuche der Regierung, den Dialog zwischen den beiden Volksgruppen in Gang zu bringen, angefangen bei den bilateralen Gesprächen mit der TULF, der „Political Parties Conference" bis hin zu einer „All Parties Conference" 1983 und zu Gesprächen mit der Guerilla, die 1985 unter der Vermittlung Indiens in Buctan zustandekamen, scheiterten an dem nicht mehr zu kontrollierenden militärischen Konflikt.
Die Militarisierung des Konfliktes führte zu einem gigantischen Ausbau der singhalesischen Armee. Hinzu kommt, daß der Anteil der Tamilen in dieser Institution während der 70er Jahre kontinuierlich zurückging. Die Singhalisierung des öffentlichen Bereiches betraf neben der Verwaltung nämlich auch die Polizei und die Armee. In der Folge wurde der Einsatz von Ordnungskräften in tamilischen Gebieten von der Bevölkerung nicht mehr als Schutz, sondern als Besetzung durch fremde Truppen verstanden.
Die Passivität und teilweise aktive Beteiligung der Ordnungsgruppen an Ausschrei-

tungen gegen die Tamilen tut ein Übriges, die Furcht der Tamilen zu erhöhen und veranlaßt sie, sich neuen Schutzorganisationen, den bewaffneten Untergrundorganisationen zuzuwenden. Die mangelhafte Kontrolle über die Sicherheitskräfte führt aber nicht zu verstärkten Anstrengungen, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, vielmehr werden neue bewaffnete Verbände aufgestellt. Aus der Zusammenarbeit mit internationalen Counter-Insurgency-Spezialisten, wie den Israelis, ging die „Special Task Force" (STF) hervor, die vor allem in der Ostprovinz des Landes zur Guerilla-Bekämpfung eingesetzt wird. Zudem werden ausländische Söldner angeworben, die die Armee ausbilden und teilweise bei der Luftwaffe eingesetzt werden.[6] Desweiteren werden „Home Guards" in den singhalesischen Dörfern der Ostprovinz gegen tamilische Guerilla-Übergriffe aufgestellt. Sie werden von den lokalen Parlamentsabgeordneten aufgestellt, von der Armee ausgebildet und erhalten Waffen, Uniform und eine geringe Besoldung. Im Bereich der indischen Tamilen im Hochland wurde eine 'Special Operation Unit' stationiert, die dem Geheimdienst untersteht und die für die Überwachung der Plantagenarbeiter zuständig ist. Des weiteren wurde ein 'Manpower Mobilization Programme' aufgebaut, das unter der Leitung des Jugendministers R. Wickremesinghe steht. Darin sollen Jugendliche, als Vorstufe zur Armee, eine erste militärische Ausbildung erhalten. Der 'National Security Service', der Premierminister Premadasa untersteht, arbeitet mit der Polizei auf Distriktebene zusammen, wobei seine genauen Aufgaben aber unklar bleiben. Der Premierminister ist zugleich noch für den Bereich der 'civil defense' zuständig. Daneben gibt es noch eine Abteilung für 'Industrial Security', die dem Transportminister Mohamed untersteht und die ebenfalls über Personal, Waffen und Geldmittel verfügen dürfte.

Diese Aufteilung und Fragmentierung der staatlichen Sicherheits- und Überwachungsorgane war bewußt von Präsident Jayawardene herbeigeführt worden, um die Stellung des Ministers für 'National Security' L. Athulathmudalai bei seiner Ernennung 1984 nicht zu dominant werden zu lassen. Aufgrund dieser zahlreichen Unterteilungen des Sicherheitsapparates ist es nahezu unmöglich, genaue Angaben über seine Stärke zu machen. Die Stärke der regulären Armee liegt bei ca. 20.000 Mann, die Polizei umfaßt ca. 21.000 Mann. Die paramilitärischen Einheiten werden auf 4.000 Mann für die STF, und auf 5.000 Mann für die Home Guards geschätzt.[7]

Diese Fragmentierung von bewaffneten Verbänden und Milizen außerhalb der regulären Polizei- und Armeekräfte auf verschiedenen Ebenen und unter verschiedener Kontrolle hat aber auch zu einer Ausweitung des Konfliktes beigetragen. Es ist nämlich keine zentrale Kontrolle über mögliche Aktionen mehr vorhanden, und die Terroristenbekämpfung auf lokaler Ebene wird oft von anderen Maßstäben geleitet als auf nationaler Ebene.



"THE ISLAND 13th March, 1987"

Der Ausbau der Sicherheitskräfte, deren Kontrolle auf staatlicher wie auf dörflicher Ebene äußerst prekär ist, war begleitet von entsprechenden Gesetzesmaßnahmen. 1978 wurde nach einem der ersten Anschläge der neu gegründeten LTTE ein Gesetz gegen sie erlassen. Dies wurde 1979 ersetzt durch den „Prevention of Terrorism Act No. 48" (PTA), der es den Behörden und der Armee erlaubt, Leute auf Verdacht hin zu verhaften und sie bis zu 18 Monate in Incommunicado-Haft ohne Verfahren zu halten. Die Verhaftungen und die Zahl der Verschwundenen steigen, wie der Amnesty International Bericht von 1986 belegt. Dabei steht vor allem die STF mit ihren Methoden im Kreuzfeuer der Kritik.

Doch nicht nur die tamilische Guerilla, auch die innersinghalesische Opposition bringt die Regierung immer wieder in Zugzwang, vor allem bei möglichen Verhandlungslösungen. Die stärkste singhalesische Oppositionspartei, die SLFP, hat dabei kein großes Interesse, daß es der UNP gelingt, einen Friedensschluß mit den Tamilen zu erreichen. Ein nächster Wahlkampf, sollte dieser 1989 überhaupt stattfinden und nicht wieder verschoben werden, bei dem die UNP mit dem Slogan des Friedensstifters auftreten könnte, würde alle Aussichten auf einen Sieg der SLFP zunichte machen. Zudem war die SLFP schon immer die Partei, die sich gegen ein zu starkes Nachgeben gegenüber tamilischen Forderungen ausgesprochen hat und die in den 70er Jahren als Regierungspartei auch maßgeblich an Restriktionen gegen die Tamilen beteiligt war.

Unterstützt in ihrer harten Haltung gegen die Tamilen wird die SLFP dabei von Teilen des buddhistischen Klerus, dessen Tugenden von Demut, Nächstenliebe und Opferbereitschaft nur für den singhalesischen Bevölkerungsteil zuzutreffen scheinen. Die mangelnde Toleranz von Teilen des buddhistischen Klerus gegenüber nicht-buddhistischen Bevölkerungsgruppen und Minderheiten auf der Insel hat im übrigen Tradition, sie reicht bis in die Kolonialzeit zurück.[8]

Während die beiden letztgenannten Gruppen vor allem auf politischem Gebiet erfolgreich gegen die weitreichenden Zugeständnisse an die Tamilen agierten und protestierten, kommt bei der JVP (Janatha Vimukthi Peramuna = Volksbefreiungsfront) unter Umständen noch eine gewisse militärische Stärke hinzu. Streng marxistisch orientiert war JVP 1971 für den Aufstand gegen die sozialistische SLFP-Regierung verantwortlich. Es gelang der SLFP damals nur mit internationaler Hilfe die Rebellion blutig niederzuschlagen. Ihre Anführer verschwanden im Gefängnis, kamen aber nach der Amnestie 1977 wieder auf freien Fuß. Der bereits damals vorhandene anti-tamilische Einschlag hat sich durch die Ereignisse auf der Insel noch verstärkt. Die JVP scheint vor allem an den Universitäten des Landes über einen größeren Zulauf zu verfügen. Zeitungsberichten zufolge ist es ihr durch Überfälle auf Armeecamps gelungen, sich in den Besitz von Waffen zu bringen. Dadurch wächst die Gefahr der Entstehung einer weiteren bewaffneten Untergrundorganisation, diesmal auf sing-

halesischer Seite, die sich sowohl gegen die Regierung als auch gegen die Tamilen richtet.
Einen letzten Akteur in diesem Mosaik von Parteien, Volksgruppen und Guerilla-Organisationen bilden die Muslime. Seit der Unabhängigkeit befinden sie sich im Windschatten der singhalesischen Regierungen, vor allem der UNP, und es gelingt ihren Führern immer wieder, gewisse Zugeständnisse für ihre Volksgruppe zu erreichen. Die Muslime verfügten dabei über keine eigenen Parteien, sondern es waren stets ihre traditonellen Führungspersönlichkeiten, die in Regierungen berufen wurden und dort für bestimmte muslimische Interessen eintraten. Der Volksgruppenkonflikt und eine mittlerweile 10jährige Diskussion über Zugeständnisse auf Verwaltungsebene an die Tamilen haben aber auch Teile der bislang schweigenden muslimischen Minderheit geweckt. Die Muslime, die in der heftig umstrittenen Ostprovinz ein Drittel der Bevölkerung stellen, lehnen den tamilischen Anspruch auf eine Einbeziehung dieser Provinz in ein unabhängiges Tamil Eelam ab. In einem solchen Fall würden sie eine Minderheit darstellen, der nächste Volksgruppenkonflikt wäre vorprogrammiert. Stattdessen fordern einzelne Gruppen der Muslime in den Teilen der Ostprovinz mit muslimischer Mehrheit eine eigene Verwaltungseinheit. Daß dieses Anliegen einer Volksgruppe, die ca. 7% der Inselbevölkerung stellt, nicht zu vernachlässigen ist, zeigt der letzte aussichtsreiche Vermittlungsvorschlag, der unter indischer Leitung am 19. Dezember 1986 vorgelegt wurde. Danach sollte ein Teil der Ostprovinz, der Distrikt von Amparai, herausgetrennt und die restliche Ostprovinz den Tamilen zugestanden werden. Dieser aussichtsreiche Vorschlag scheiterte am Einspruch von fünf muslimischen Parlamentsabgeordneten aus der Ostprovinz.[10]

Damit wird deutlich, daß der Konflikt plötzlich um einen dritten Akteur erweitert wurde, den es bei der Suche nach einer friedlichen Lösung zu berücksichtigen gilt, nämlich die Muslime. Mit der muslimischen Artikulation von eigenen Interessen geht zugleich ein wachsender politischer Partizipationsprozeß innerhalb der Muslime einher, der die traditionellen Führer und ihre Beteiligung an der Regierung in Frage stellt. Die Gründung einer eigenen muslimischen Partei ist unmittelbarer Ausdruck dieser Bewegung, allerdings müssen die Erfolgsaussichten einer solchen Partei bei 7% Bevölkerungsanteil sehr zurückhaltend betrachtet werden.
Somit ergibt sich nun auch ein Bild der singhalesischen Seite, in der sich sehr unterschiedliche Gruppierungen wiederfinden:

— Die UNP als Regierungspartei, geplagt von Nachfolgekämpfen und geprägt von einer Haltung gegenüber den Forderungen der Tamilen, die bei diesen nur wenig Hoffnung auf eine dauerhafte und friedliche Lösung aufkommen läßt.
— Der Sicherheitsapparat, dessen Ausweitung einherging mit einer immer prekärer werdenden Kontrolle über seine Organe.
— Die Opposition der SLFP, die derzeit kein klares politisches Profil erkennen läßt, deren Hoffnung im Volksgruppenkonflikt aber eindeutig anti-tamilisch ist.
— Teile des buddhistischen Klerus, dessen anti-tamilische Einstellungen eine lange Tradition haben.
— Die JVP, eine radikale singhalesische Untergrundbewegung, über deren Stärke niemand etwas weiß, die aber sowohl gegen die Regierung als auch gegen die Tamilen agiert.
— Die Muslime, lange Zeit treueste Verbündete der singhalesischen Regierungen, die mittlerweile ein Eigenleben entwickeln und eigenen Forderungen erheben.

Diese verschiedenen innenpolitischen Akteure des Konfliktes machen deutlich, daß seine Beilegung zahlreiche, zum Teil sehr widersprüchliche Interessen berücksichtigen muß. Die Fragmentierung beider Volksgruppen erschwert zudem Lösungen, da auf beiden Seiten auch Gruppierungen vorhanden sind, die aus einer Fortdauer des Konfliktes größere Vorteile ziehen als aus einer friedlichen Beilegung. Zusätzlich erschwert wird eine Lösung des Konfliktes durch die in jüngster Zeit immer aktiver werdende Einmischung Indiens. Nach einigen erfolglosen Vermittlungsbemühungen seitens der indischen Regierung zwischen den beiden verfeindeten Volksgruppen, bezog die indische Regierung mit ihren jüngsten spektakulären Hilfslieferungen nach Jaffna — Versorgungsgüter wurden per Flugzeug für die Bevölkerung abgeworfen — jetzt eindeutig Stellung. Diese Einmischung weist aber eher auf die innenpolitische Schwäche hin, unter der sich die Regierung von Rajiv Ghandi nach seinen jüngsten Wahlniederlagen in Nord- und Südindien befindet. Denn sollte das Eintreten der indischen Regierung für eine separatistische Untergrundbewegung auch von den Separatistengruppen im indischen Subkontinent aufgegriffen werden, so dürften die Jahre der Indischen Union gezählt sein. Offensichtlich soll nun mit spektakulären Aktionen das an Erfolg der indischen Regierung nachgeholt werden, was die Wähler im Urnengang der Regierung bislang verweigert haben. Daß bei solchen Aktionen nicht nur die eigene Vermittlerposition aufgegeben wird, sondern auch ein zwischenstaatlicher Konflikt droht, erleichtert eine Lösung des Tamilenproblems auf Sri Lanka nicht. Im Gegenteil, es wird dadurch nur jenen radikalen buddhistisch-singhalesischen Gruppen auf der Insel Auftrieb gegeben, die schon immer befürchtet haben, von den Tamilen ins Meer getrieben zu werden.
Die jüngsten militärischen Erfolge der singhalesischen Regierung haben zudem die militärische Schwäche der Guerilla verdeutlicht. Die Freilassung von tamilischen Gefangenen und die Ankundigung von Nachwahlen in der Nord- und Ostprovinz[11] weisen aber darauf hin, daß man von Regierungsseite aus offensichtlich trotz aller radikalen Rhetorik, wie nach den Osteranschlägen, gewillt ist, das Problem per Verhandlung zu lösen. Der Preis einer militärischen Endlösung wäre, an Opfern unter der Zivilbevölkerung gemessen, wohl auch für die singhalesische Regierung zu hoch. Ob es allerdings seitens der LTTE sinnvoll ist, militärische Nicht-Erfolge durch Massaker an buddhistischen Mönchen oder anderen Zivilisten auszugleichen, erscheint äußerst fraglich. Man nähert sich damit den Methoden der SRF an, deren vorrangigstes Mittel zur Guerillabekämpfung Folter und Terror an der Zivilbevölkerung ist.[12]
Sollten Verhandlungen und Zugeständnisse über eine größere Autonomie der Tamilen in ihren Provinzen zustande kommen und Kompromisse gefunden werden, so läge die größte Anstrengung noch vor der Regierung. Sie müßte zum einen wie-



Hungerstreik gegen den „Prevention of Terrorism Act" in einem Dorf bei Trincomalee

der 'Recht und Ordnung' unter ihren eigenen Sicherheitsorganen herstellen, wie der STF und der Home Guards. Erschwert wird dies dadurch, daß z.B. die Home Guards von den lokalen Parlamentsabgeordneten aufgestellt und damit auch von diesen kontrolliert werden.
Die Auflösung dieser neugeschaffenen lokalen und nationalen 'Machtzentren' dürfte eine der schwierigsten Aufgaben der Regierung werden. Zum anderen muß die Regierung aber auch für die reale Umsetzung von Vereinbarungen mit den Tamilen sorgen. Deren Forderungen nach größerer regionaler Autonomie für ihre Gebiete, nach gleichberechtigter Verwendung ihrer Sprache in der Verwaltung und dem Abbau von Beschränkungen bei der Aufnahme in den Staatsdienst und an die Hochschulen sind seit der Unabhängigkeit immer wieder Gegenstand von Verhandlungen gewesen und haben zu Vereinbarungen geführt. 1957 das Bandara-Gesetz, 1965 das Senanayake-Chevanayakam Abkommen und 1966 die Tamil Language Regulations Vereinbarungen. All diese Abkommen und Gesetze sind bislang aber nie in die Realität umgesetzt worden, sondern im bürokratischen Dickicht und Kompetenzgerangel von Regierung, Parlament und Verwaltung hängengeblieben. Auch die Einrichtung von District Development Councils 1981 zielte auf eine größere Autonomie der tamilischen Gebiete hin, blieb aber aufgrund unzureichender Finanzierung und Dezentralisierung von Beginn an ein totgeborenes Kind.
Sollte eine künftige Verhandlungslösung, die sich wieder mit Fragen wie Dezentralisierung, Verwaltungsautonomie etc. beschäftigen wird, denselben Weg der Umsetzung gehen wie bisher, dann wird auch dieses Ergebnis nur von vorläufiger Dauer sein.

Christian Wagner

Anmerkungen

1 Süddt. Zeitung, 21.4.87 (SZ)
Neue Züricher Zeitung, 23.4.87 (NZZ)
2 SZ, 24.4.87
3 SZ, 11./12.4.87
4 eine gute Darstellung der verschiedenen Gruppen und ihrer Programme findet sich bei
D. Hellmann-Rajanayagam: The Tamil Tigers in Northern Sri Lanka: Origins, Factions, Programmes, in: Internationales Asienforum, Vol. 17 (1986), S. 63–85
5 B. Matthews: Radical Conflict and the Rationalization of Violence in Sri Lanka, in: Pacific Affairs, Vol. 59, No. 1, 1986, S. 42
6 Asiaweek, 17.5.1987, S. 15
7 B. Matthews, a.a.O., S. 37–39, Far Eastern Economic Review, Asia 1937, Yearbook, S. 20/21
8 über die Entstehung des singhalesisch-buddhistischen Chauvinismus:
K. Jayawardena: Class formation and communalism, in: Race and Class, 26, 1984/85, S. 51–63
9 zu den Aktivitäten von und gegen die JVP:
Asiaweek, 17.5.1987, S. 16
SZ, 9.6.87
NZZ, 26.6.87
10 Lanka Guardian, Vol. 9, No. 18, 15.1.1987, S. 3
11 NZZ, 26.6.87
12 zu den Vorwürfen gegen die STF: Amnesty International, in: SZ, 22.6.87

Interview

Ein fast normales Schicksal eines tamilischen FlüchtLings

Der folgende Bericht faßt ein Interview mit einem tamilischen Asylbewohner zusammen, das mit Hilfe eines Dolmetschers zwei Tage vor seiner Anhörung durch das Bundesamt in Zirndorf geführt wurde. Da der Betroffene große Angst sowohl vor einer Abschiebung und den zu erwartenden Folgen als auch vor einer Re-Identifizierung durch ihm feindlich gesonnene Personen (insbesondere durch die „Tigers") hat, wurde auf die Interviewform verzichtet.

Die Festnahme

V., Tamile, heute 21 Jahre alt, lebte bis zu seiner Flucht aus Sri Lanka an der Ostküste des Landes. Seine Eltern starben, als er noch Kind war. Von den sieben Geschwistern leben zwei Brüder als Gastarbeiter in Saudi-Arabien, die durch ihre Geldüberweisungen die in Sri Lanka lebenden zwei weiteren Brüder sowie drei Schwestern ernähren.
Im Juli 1985 wird V. zum ersten Male verhaftet. Er und 25 andere Schüler werden von der Geheimpolizei CID aus dem Nachmittagsunterricht abgeholt, zur Polizeistation gebracht und dort festgehalten. In den ersten zwei Tagen erhalten sie kein Essen. Stattdessen werden sie geschlagen und des Terrorismus beschuldigt, ohne daß ihnen konkrete Gründe genannt werden.

Die Schwester von V. versucht, ihren Bruder freizubekommen. Sie besticht die Geheimpolizisten, und nach einer Woche wird V. entlassen. Auch einige andere Jungen werden freigelassen, andere dagegen werden in das berüchtigte Gefängnis Buhsa gebracht. V. kennt ihr späteres Schicksal nicht, glaubt aber, daß sie nicht mehr am Leben sind.

In der danach folgenden Zeit verläuft das Leben „normal" weiter: Es gibt häufig Haus- und Straßenkontrollen durch das Militär, bei denen Wertsachen von Tamilen zerstört und geraubt, Frauen vergewaltigt und Männer verhaftet werden. Viele Menschen, darunter auch Kinder, werden von den Militärs als Terroristen getötet.
In dieser Zeit geht V. nur selten zur Schule. Wenn er erfährt, daß die Passanten auf der Straße kontrolliert werden, wagt er nicht, das Haus zu verlassen.

Die zweite Verhaftung

Im März 1986 wird V. zum zweiten Mal verhaftet. Morgens und 4.30 Uhr kommen Soldaten zu V. nach Hause, schlagen seine Schwester und nehmen V. mit. Fünf andere Jungen, darunter V.'s Neffe, werden aus den Nachbarhäusern verhaftet.
Auch dieses Mal werden sie zunächst zum Polizeirevier gebracht. Sie werden beschuldigt, „Tigers" zu sein, obwohl keiner von ihnen der LTTE[1] angehört.
Nach zwei Tagen werden sie zum Armeecamp verlegt. Dort beginnt für V. die schlimmste Zeit seines Lebens.
Gleich nach seiner Ankunft im Camp wird er nackt ausgezogen, ihm werden die Daumen hinter dem Rücken sowie die Füße zusammengebunden, und er wird mit dem Kopf nach unten aufgehängt. Dabei wird er geschlagen und verliert das Bewußtsein. Das Seil, an dem er hängt, bricht ab, und er fällt auf den Boden. Als er wieder zu Bewußtsein kommt, bittet er den Wachsoldaten um ein Glas Wasser. Aber anstatt ihm Wasser zu geben, uriniert der Soldat in eine Blechbüchse und gibt diese an V.
Im Laufe der folgenden sieben Tage wird V. jeden Tag gefoltert. Ihm werden die Hände gebunden, und er wird aufgehängt. Seine Fußsohlen werden mit Stuhlbeinen und Eisenrohren geschlagen, er bekommt Schläge auf die Schultern und auf den Rücken. Immer, wenn die Soldaten betrunken sind, wird er gefoltert.
Nach einer Woche dieser Tortur wird V. in ein „Mill", eine Art Reiskammer, gesteckt, die normalerweise zum Trocknen von Reis benutzt wird. Diese dachlose und türlose Umzäunung mit etwa ein bis anderthalb Meter hohen Wänden ist tagsüber wegen der direkten Sonnenstrahlung sehr heiß, nachts regnet es herein. Um die fünf

aneinander liegenden Reiskammern herum, die in Haftzellen umfunktioniert worden sind, haben die Militärs einen Stacheldrahtzaun verlegt. Vor dem Zaun stehen die Wachsoldaten.
In einer dieser Reiskammern verbringt V. 24 Tage — diese Tage hat er genau gezählt. Es gibt darin keine Waschmöglichkeit, auch keine Toilette, so daß die Gefangenen ihre Notdurft auf dem Boden verrichten, aber auch darauf schlafen müssen. Zu Essen erhalten sie nur unregelmäßig, und dann auch nur die Essensreste der Soldaten, die auf Düngemittelsäcken „serviert" werden. Wenn die Soldaten betrunken sind, werden sie geschlagen, allerdings nicht jeden Tag, aber oft.
In der Kammer nebenan sind zwei Jungen. Einer von ihnen ist so schwer gefoltert worden, daß sein Fuß quasi nur aus Knochen besteht und er sich nicht bewegen kann.
Wenn die Jungen so sehr geschlagen und gefoltert werden, daß sie es nicht mehr aushalten, dann sagen sie — in der Hoffnung, nicht mehr mißhandelt zu werden — daß sie „Tigers" seien. Aber stattdessen werden sie getötet. Während der Haft im Camp erlebt V. mehrere Male, wie andere Jungen erschossen werden.

Die Flucht

Am Tag des singhalesischen Neujahrs im April geben die Soldaten den Gefangenen reichlich zum Essen und fordern sie auf, das Essen zu genießen, da sie anschließend getötet werden sollen. Die Soldaten selbst trinken und feiern das Neujahr.
Nachmittags um 3 Uhr sind alle Soldaten betrunken, und nur ein Soldat bewacht die Gefangenen. So können sie fliehen. Einer der Jungen schlägt den Wachsoldaten zu Boden, und die anderen springen über die Mauer. Nur der Junge mit dem kranken Fuß muß zurückbleiben.
V. flieht in den Dschungel. Dort begegnet er den „Tigers", die ihn von seinen Fesseln befreien und zu ihrem Camp bringen. Er wird gepflegt und mit Medikamenten versorgt. Der Unterschlupf, obwohl nur ca. 10 bis 15 km vom Armeecamp entfernt, ist ein relativ sicheres Versteck, da die singhalesischen Soldaten nicht sehr erfahren im Dschungel sind. Für V. wäre es gefährlich, nach Hause zu gehen, da er mit Sicherheit gesucht wird. So bleibt er zwei Monate in dem Guerilla-Camp.
Weil sein Leben in Sri Lanka nicht sicher ist, beschließt V. ins Ausland zu gehen. Er verläßt das Camp und geht nach Colombo, wo er jeden Tag den Aufenthaltsort wechselt. Seine Schwester verkauft alle wertvollen Sachen, und die Brüder aus Saudi-Arabien schicken Geld, um die Reisekosten aufzubringen. Nach drei Monaten ist es soweit: insgesamt 40 000 Rs (nach dem heutigen Wechselkurs ca. 3 900 DM oder im Vergleich: fast zwei Jahresgehälter eines Lehrers!), und V. fliegt über Indien nach Europa. Im November 1986 trifft er in der BRD ein.
Nach seiner Flucht wird V. in seinem Heimatort gesucht, und das Haus, wo er wohnte, wird in Brand gesteckt. Die Schwestern leben seither in Colombo.
V.'s in Sri Lanka lebender Bruder befindet sich seit anderthalb Jahren in Haft. Er war verhaftet worden, als die Sicherheitskräfte nach einem gleichnamigen Jungen suchten: Als er mit dem Fahrrad unterwegs war, wurde er von den Soldaten angeschossen und dabei am Bein verletzt. Die Verletzungen wurden aber im Gefängnis medizinisch nicht behandelt, so daß die Wunden zu eitern begannen. Schließlich mußte das ganze Bein im Krankenhaus amputiert werden.
Der Bruder soll sich in dem Weligada-Gefängnis befinden. V. hat keinen Kontakt mit ihm, da er glaubt, Briefe würden nur die Situation des Bruders verschlimmern, außerdem würde man ohnehin nicht die Post dem Bruder aushändigen.
V. weiß nicht, ob der Bruder noch lebt, und der Bruder weiß nicht, ob V. noch lebt.

Im Sammellager

In der BRD lebt V. in einem Sammellager in einer süddeutschen Stadt. Das Zimmer teilt er mit zwei anderen Tamilen. Keiner von ihnen spricht Englisch oder Deutsch, und Sprachkurse werden in der Stadt den Asylbewerbern nicht angeboten. V. kennt keine Deutschen und hat Deutsche nur in Behörden und Ämtern getroffen. Die Sozialbetreuerin, eine ältere Frau, ist laut V. eine unfreundliche Person.
Aufgrund der Folter sind V.'s Füße ständig geschwollen, und er kann nur kurze Strecken gehen. (Daher kann er auch nicht in das Stadtzentrum laufen, und für die Busfahrten fehlt ihm das Geld. Er hat häufig Fieberanfälle, Schmerzen in der Brust, Atembeschwerden, Schweißausbrüche. Die Narben im Rücken heilen langsam. Da V. nicht die Sprache kann und auch niemand hat, der ihm behilflich ist, hat er bisher keine ärztliche Hilfe für seine Schmerzen bekommen.
Mitte April 1987 hat V. seine Anhörung beim Bundesamt in Zirndorf. Vor der Anhörung hat er große Angst und glaubt, daß er sofort abgeschoben und auf dem Flughafen von Colombo festgenommen wird. Erst durch dieses Gespräch bekommt er etwas Zuversicht und ist glücklich, daß jemand ihm zugehört hat. Aber nachher weint er.
Bei der Anhörung ist V. ermutigt, zieht sein Hemd und die Schuhe aus und zeigt die Folterspuren. V. findet den Beamten sehr freundlich. Er hat Mut bekommen, denn seine Anhörung hat fast eine Stunde gedauert.

Raili Salmela

April 1987

Anmerkung:
1) Liberation Tigers of Tamil Eelam

Fulda war eine Reise wert
Bericht vom BUKO 1987

Vom 28. bis 31. Mai fand in Fulda der 11. Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen (BUKO) unter dem Motto „Elende Schuld — Unverschuldetes Elend" statt, zu dem rund 700 Teilnehmer gekommen waren. Sie diskutierten in 20 Arbeitsgruppen und mehreren Workshops über die aktuelle Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise, deren Ursachen und Auswirkungen, und berieten über mögliche Gegenstrategien.

Teilweise beruhte das Interesse am Kongreß auf der Hoffnung, für die eigene Solidaritätsarbeit vor Ort Anregungen und Hintergrundinformationen zu bekommen, was wohl auch in der Mehrheit der Arbeitsgruppen, auf einem allgemeinverständlichen Niveau, gelang. Wesentlicher für die große Teilnehmerzahl dürfte die Tatsache sein, daß wir selbst in vielen Lebensbereichen die Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise zu spüren bekommen und inzwischen die projektgebundene Solidaritätsarbeit vieler Gruppen massiv beeinträchtigt wird.

Erfreulicherweise sind die unterschiedlichsten Gruppen, von Autonomen bis kirchlichen Vertretern, sehr solidarisch miteinander umgegangen. Angesichts des umfassenden Themas und des politisch breit gefächerten Spektrums von Teilnehmen mußten zwangsläufig all jene enttäuscht werden, die einen inhaltlichen Konsens erwarteten. Immerhin wurde versucht, eine gemeinsame Abschlußerklärung als Grundlage für künftige Aktivitäten des Bundeskongresses zu verabschieden. Gestritten wurde zum einen um die Forderung nach einem ökologischen und sozialen Ehrenkodex für die Großbanken und zum anderen um die sozialistische Weltrevolution. Argumentiert wurde, ein Ehrenkodex wecke die Illusion, Banken würden sich durch gutes Zureden und Überzeugungskraft zum Wohltäter der Menschheit entwickeln. Ein weiterer Streitpunkt war die Frage, ob und inwieweit die IWF reformierbar sei; ein nach dem Prinzip „ein Land — eine Stimme" demokratisch organisierter IWF wäre nicht mehr der IWF, sondern ein politisch völlig unbedeutender Club, wie viele andere UN-Organisationen. Die politische Rolle des IWF würde von anderen Institutionen nach alten Maßstäben übernommen. Es gelang, etliche der Kontroversen zuzuspitzen und sich auf eine gemeinsame „Fuldaer Erklärung" zu einigen. Darin werden unter anderem die kapitalistischen Metropolen, ihre Banken und Konzerne ganz klar als Verursacher und Verantwortliche für die Krise benannt. Zudem enthält sie die Forderung nach sofortiger Schuldenstreichung und Bildung eines Schuldnerkartells sowie die nach langfristiger Änderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Dies ist gegenüber den Diskussionen auf dem ersten BUKO-Seminar im Dezember 1986 ein gewaltiger Schritt, bei dem nicht wenige Teilnehmer der Meinung waren, eine Forderung nach Schuldenstreichung sei deshalb falsch, weil die Dritte Welt an ihrer Verschuldung eine Mitschuld trage. Obwohl in der Erklärung einige brisante Themen, wie die Reformierbarkeit der IWF, ausgeklammert wurden, schafft sie eine brauchbare Basis für die weitere Arbeit im BUKO und für die anstehenden Bündnisgespräche. Auf der Grundlage der Fuldaer Erklärung ruft der BUKO zu einer Kampagne anläßlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank im Herbst 1988 in West-Berlin auf. Ein erstes bundesweites Treffen ist für den 17. Oktober geplant.

Somit trägt der BUKO neben der Rüstungsexport-, der Futtermittelexport- und der Pharmakampagne (die mit ihren Enthüllungen über die Machenschaften des Höchst-Konzerns beim Arzneimitteldeal in die „3. Welt" im letzten Jahr für Furore sorgte) nunmehr eine vierte Kampagne zur Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise. Dies war wohl das wichtigste Ergebnis des Kongresses.

Wir sollten die Chance nutzen, um eine breite Diskussion und Öffentlichkeitsarbeit über die Rolle der BRD, ihrer Banken und Konzerne und die Auswirkungen auf die Menschen in der Peripherie und in zunehmenden Maße auch bei uns in den Metropolen offenzulegen.

Die Bedingungen hierfür sind günstig, da die medienscheuen Banken durch ihre Geschäftspraktiken ins öffentliche Licht gerückt sind; es sei erinnert an die Diskussion um die Kontenkündigungen bei der Deutschen Bank.

Zur Vertiefung der Thematik finden im Laufe des Jahres Seminare (und hoffentlich phantasievolle Aktionen) zur Flüchtlingsproblematik, Verelendung in den Metropolen und zu Bankenstrategien statt. Der nächste BUKO wird im Mai 1988 voraussichtlich in Frankfurt zum Thema „Rolle der BRD in der Weltwirtschaft" stattfinden.

Neben dem Verschuldungsschwerpunkt standen auf dem BUKO noch eine ganze Reihe anderer Entscheidungen an:

Eine Resolution gegen die Volkszählung wurde erst nach zähem Ringen verabschiedet. Gretchenfrage: Darf der BUKO eine Resolution zur Volkszählung verabschieden, auch wenn nichts zur „3. Welt" drin steht?

Er durfte, nachdem sich nach Stunden schließlich die Auffassung durchsetzte, daß die Resolution durch einen aufgepfropften Passus zur „3. Welt" keineswegs besser wurde.

Eine längere Debatte entspann sich über die geplante grüne Stiftung, wobei es dem BUKO darum ging, Positionen zu Inhalten und Struktur der Stiftung zu vereinheitlichen und damit in die Debatte eingreifen zu können. So soll der Bereich Internationalismus ebenso ein eigenständiger Bereich der Stiftung sein, wie auch Bereiche neuer sozialer Bewegungen in der BRD. Die Bewegungen und Basisinitiativen wollen eigene Bestimmungsrechte über ihre Teilbereiche erhalten, ihre Vertreter/innen über die Geschäftsführung wählen und nicht lediglich Beobachter/innen grüner Stiftungsdiskussionen sein.

Weiterhin wurde ein Aufruf des BUKO zur Teilnahme an der geplanten Großdemonstration am 10.10.87 gegen die WAA in Wackersdorf und den geplanten Aktionstagen in der Oberpfalz beschlossen.

Um Resolutionen in die Tat umzusetzen, pilgerten am Samstag ca. 60 Kongreßteilnehmer/innen zum Fuldaer Dom, um den dortigen Domschatz zu besichtigen. Sie verlangten von der Katholischen Kirche die Rückgabe der von den Völkern Lateinamerikas gestohlenen und nun in kirchlichem Besitz befindlichen Gold- und Silber-Schätze. Die phantasievolle „Aktion für Gerechtigkeit" forderte, daß der reiche Domschatz zu Fulda, sozusagen als Exempel, sofort an die Bedürftigen hier und in der Dritten Welt zu verteilen sei, was in der Presse auf entsprechend großes Echo stieß.

Wolfram Treiber

PIDEN REPARTIR TESORO DE CATEDRAL CATOLICA

FULDA, (DPA).– Unos cien participantes del Congreso Alemán Federal de Grupos de Acción de Políticas de Desarrollo (BUKO), que se celebra en Fulda (Alemania Occidental), pidieron ayer a la Iglesia Católica que "el dinero que se obtenga por el tesoro de la Catedral de Fulda sea repartido entre necesitados alemanes y del Tercer Mundo". "Oro y plata han sido robados a los pueblos de Latinoamérica –se añade– y de este saqueo de siglos tales países no se han recuperado aún", afirman en octavillas. La manifestación en el museo de la Catedral de Fulda transcurrió sin incidentes, según la policía. En primer plano de este Congreso Federal, que será clausurado con una "declaración de Fulda", se halla el endeudamiento de los países del Tercer Mundo.

Aus: „El Nuevo Diario" (Managua) 30.5.87

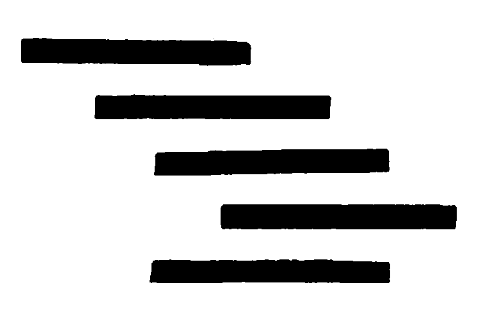
Grün-nahe Stiftung:

Prüfstein für Bewegungsnähe der Grünen

In einer Mischung aus Konspiration und öffentlichem Stellungnahmenkrieg wurde sie vor einem halben Jahr wiedereröffnet: die Diskussion um die Gründung einer grünen, besser: grün-nahen, Stiftung. Nachdem eine solche Stifung unter dem Namen DEZENTRALE vor drei Jahren bereits kurz vor der Gründung stand, der Gründungsprozeß aber wegen der von Otto Schily im Alleingang eingereichten Verfassungsbeschwerde gegen das Stiftungswesen der Parteien unterbrochen wurde, ist nach der Abweisung der Klage der Zugang zu den zu erwartenden ca. 60 Mio. aus dem Bundeshaushalt frei. Doch nicht was nahe liegt geschieht, die unterbrochene, basisorientierte Diskussion um die DEZENTRALE wird wieder aufgenommen und zu Ende geführt, sondern die Großkopfeten der Partei, Beckmann, Schily & Co., suchen sich einige Prominente oder deren Erben und gründen eine Initiative zur Gründung der Heinrich-Böll-Stiftung in einer Nacht-und-Nebel-Aktion.
Klar, denkt der unbefangene Beobachter, daß das so laufen muß, denn es geht um „Geld und Macht" (vgl. den so betitelten Aufsatz von Dieter Schöffmann und Bernd Ulrich in: KOMMUNE 12/86, S. 53ff.). Doch nicht nur der Putschismus der Großköpfe gegen die Parteibasis, die allgemeine Tendenz zur Zentralisierung innerhalb der grünen Partei kommt hier zum Ausdruck und ruft entsprechende Reaktionen hervor (vgl. z.B. den Beschluß der Landesversammlung Niedersachsen vom 13./14.9.86 und 28.2.87). In diesem Vorgehen zeigt sich auch ein geändertes Verhältnis der grünen Partei zu den sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen.
Während der Diskussion um die DEZENTRALE, 1983/84, war das Selbstverständnis der GRÜNEN gekennzeichnet durch Begriffe wie „Parlamentarischer Arm der außerparlamentarischen Bewegungen" oder das Bild vom „Standbein und Spielbein". Klar war darüber hinaus, daß das zu erwartende Geld nicht der direkten Parteiarbeit zugute kommen sollte, sondern die Basisinitiativen der verschiedenen Bewegungen in ihrer inhaltlichen Arbeit unterstützt und so der Zusammenhalt der Partei/Bewegungen vertieft werden sollte.
Auch wenn heute Partei und Bewegungen sehr viel mehr als Getrennte denn Teile eines gemeinsamen Ganzen betrachtet werden, sollte sich niemand in der grünen Partei der Illusion hingeben, man könne auch ohne die sozialen Bewegungen auskommen, ja sogar gegen sie Politik machen. Jede Partei braucht eine soziale Basis, von der sie sich nicht ungestraft abkoppeln kann (siehe SPD und Gewerkschaften in den 70er Jahren). Die von den GRÜNEN vertretenen politischen Positionen und Inhalte bekommen erst ihre allgemeine Wirksamkeit bis in den Lebensentwurf einzelner Menschen hinein durch die Arbeit der Bewegungen, ebenso wie umgekehrt Aktualität und Lebendigkeit grüner Politik von ihrer Verbindung zu den von den Bewegungen entwickelten kreativen und inhaltlich fundierten Politikformen abhängen.
Die Entscheidung über Struktur und Aufgabe der grünen Parteistiftung wird als entscheidender Indikator für das derzeitige Verhältnis der Partei zu den Neuen Sozialen Bewegungen angesehen werden müssen, wie auch für den Zentralisierungsgrad der grünen Partei. Die zu gründende Stiftung sollte in erster Linie eine Unterstützung und Weiterentwicklung der bestehenden und sich entwickelnden Basisbewegungen, sowie eine Stärkungs des Zusammenhangs zwischen Partei und Bewegung zur Aufgabe haben. Die gewachsenen Strukturen der Bewegungen bilden die Grundlage, ihre Inhalte und Arbeitsformen bestimmen die Arbeit der Stiftung, die jährliche Mittelbeantragung durch die Bundestagsfraktion bildet das Bindeglied zur Partei.
Eine Absage an zentrale Strukturen der Stiftung und eine Orientierung an den sozialen Bewegungen kommt auch in dem oben erwähnten Beschluß der niedersächsischen Landesversammlung vom 28.2.87 zum Ausdruck. Die darin gezogene Schlußfolgerung, die Bundesstiftung auf ein Büro zu begrenzen, das die Mittel lediglich auf Länderstiftungen verteilt, droht jedoch das Kind mit dem Bade auszuschütten. Eine an der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland orientierte Vorstellung von Dezentralität ist lediglich formal, und das widerspricht den gewachsenen Strukturen der Bewegungen. Z.B. die Dritte-Welt- und Solidaritätsbewegung: Ihr Mitte der 70er Jahre begonnener Versuch einer Koordination auf Länderebene ist seit längerem als gescheitert anzusehen. Von den Länderzusammenschlüssen von entwicklungspolitischen Aktionsgruppen existieren nur noch zwei mehr oder weniger dem Namen nach. Herausgebildet haben sich dagegen Zusammenschlüsse und Koordinationen, die sich auf die Arbeit zu einzelnen Ländern (Nicaragua, Südafrika, Philippinen, Peru etc.) und Themen (Rüstungsexporte, Pestizidexporte, Verschuldung etc.) beziehen, sowie der BUKO — Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen als Gesamtzusammenschluß. Frauen- und Ökologiebewegung haben auf ständige Zusammenschlüsse und Koordination ganz verzichtet. Eine bundesländerbezogene Stiftungsstruktur würde daher den bestehenden Bewegungen übergestülpt oder als Parallelstruktur in Konkurrenz zu den Bewegungsstrukturen treten.
Dazu kommt, daß „bundesländerbezogen" keineswegs automatisch mit „dezentral" gleichzusetzen ist: Von Papenburg nach Uelzen ist es beinahe so weit wie von Hannover nach Frankfurt (Luftlinie). Ich plädiere daher für eine Struktur der Stiftung, die sich bezieht auf die Strukturen, die sich in den einzelnen Bewegungen herausgebildet haben und sich dort als zweckmäßig erwiesen haben. Konkret: Die Stiftung setzt sich zusammen aus einzelnen Fachbereichen, die von den einzelnen Bewegungen entsprechend ihrer eigenen Struktur organisisert und von ihren Inhalten bestimmt werden. Die dazu querliegenden Bereiche Bildung und vor allem Forschung, sowie so etwas wie eine Gesamtstiftungsversammlung gewährleisten die Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen, den Ausgleich von Partialinteressen, die Wirksamkeit der Stiftungsarbeit für die Bewegungen, wie für die Partei etc. Dabei müßte eine prinzipielle Offenheit für sich neu formierende soziale Bewegungen entstehen.
Die grünennahe Stiftung könnte so einerseits die Wirksamkeit der Arbeit der bestehenden Bewegungen, die häufig unter ganz profanen organisatorischen und finanziellen Engpässen leidet, erhöhen helfen, vor allem aber andererseits ein Vehikel sein für bewegungsübergreifende Strategien und Organisierungsansätze in dem dringend notwendigen systematischen Kommunikationsprozeß zwischen den verschiedenen Bewegungen.
Aus der Sicht der Dritte-Welt-Bewegung gibt es dazu eine Vielzahl von Ansatzpunkten, die es lohnen würde, auszubauen. Im Kampf gegen die wachsende Militarisierung und den Ausbau staatlicher Repressionsapparate in den Ländern der Dritten Welt gibt es Schnittpunkte mit der Friedensbewegung. Das Eintreten für eine sinnvolle Gesundheitsversorgung in der Dritten Welt, einer Gesundheitsversorgung, die die sozialen Ursachen von Krankheiten, Armut, Unterernährung, Hygiene, Wasserversorgung, zum Ausgangspunkt nimmt und nicht die Profitmaximierung westlicher Pharmakonzerne, läßt sich sinnvoll koordinieren mit der Gesundheitsbewegung und den in der Bundesrepublik tätigen Chemiekritikern. Die Kritik an der Ausrichtung der Landwirtschaft der Länder der Dritten Welt auf die Bedürfnisse der Industrieländer, verbunden mit einer Verarmung und Hunger der dortigen Landbevölkerung, trifft sich mit der Kritik an der umweltzerstörenden Überschußproduktion in der europäischen Landwirtschaft.
Die grün— nahe Stiftung sollte sich einen Internationalismusbegriff zu eigen machen, der die Ursachen der weltweiten Entwicklungsprobleme, von Hunger, Armut, Ausbeutung und Unterdrückung im Entwicklungsmodell der westlichen Industrienationen und der daraus resultieren-

den Politik ihrer Regierungen, Konzerne und Banken sucht und den Ausgangspunkt für eine Veränderung der gegenwärtigen ungerechten weltgesellschaftlichen Verhältnisse in einer Überwindung des westlichen Entwicklungsmodells sieht. Damit läge der Schwerpunkt der Stiftungsarbeit auch im Internationalismusbereich eindeutig auf der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik und gerade nicht auf der vielfach überaus problematischen Projektarbeit in der Dritten Welt. Minimalforderung der Dritte-Welt-Bewegten an eine grün-nahe Stiftung müßte demnach sein, daß dem Internationalismusbereich ein gleichberechtigter Anteil an den zu erwartenden Globalmitteln zufließt und daß dieser nicht mit den projektgebundenen, wie immer auch umfangreichen Mitteln aus dem BMZ-Haushalt abgespeist wird. (Bei den Stiftungen der Altparteien machen die BMZ-Gelder knapp 60 % der Mittel aus.)

Rolf Bräuer



In letzter Minute oder fünf nach zwölf?

— Diskussion von Bewegungsvertretern und Grünen um grün-nahe Stiftung

Seit gut einem halben Jahr schon hatten sich die Grünen in Diskussionen um die Stiftungsfrage munter die Köpfe eingeschlagen, als sich endlich im Mai '87 die grüne Stiftungskommission darüber verständigte, nun auch die Bewegungen in die Diskussion einzubeziehen. Gesagt, getan. In aller Hektik wurde ein workshop auf die Beine gestellt, der als Forum für diesen Austausch von Grünen und Bewegungsvertretern dienen sollte und der tatsächlich vom 26.-28. Juni in Bonn stattfand.

Nun bestünde zunächst kein Anlaß, über diesen Kongreß herzuziehen, haftete ihm nicht ein Makel an, der in der Berichterstattung der Tagespresse (taz vom 29.6., FR vom 29.6., FAZ 30.6., Welt 29.6.) unerwähnt blieb: Er fand viel zu spät statt. Im September nämlich schon, gleich nach der Sommerpause, wird eine Bundesdelegiertenkonferenz darüber befinden, welches Stiftungsmodell Realität werden soll. Und wo da noch Zeit gefunden werden soll, die auf dem workshop aufgeworfenen Fragen zu diskutieren, kann in der Tat niemand sagen. So sollten sich denn auch die Grünen nicht darüber wundern, daß in Bewegungskreisen schon mal das Wort von einem Alibikongreß fällt.

Doch was lief nun tatsächlich ab auf diesem workshop?: Man stritt im wesentlichen um die Frage, welche Struktur eine künftige grün-nahe Stiftung haben soll, obwohl in der Tagesordnung die Diskussion um die Ziele einer solchen Stiftung an erster Stelle stand. Doch darüber wunderte sich niemand. Denn die meisten der rund 200 Anwesenden waren als treue Vertreter/innen von jeweils einem der derzeit diskutierten Stiftungsmodelle (Modell der Dritte Welt- und unabhängigen Friedensgruppen, Frauenstiftung, Ländermodell, Honoratiorenmodell der Böll-Initiative) auf dem Kongreß erschienen, und für sie ging es um nichts anderes, als die Stimmung zugunsten ihres jeweiligen Modells zu beeinflussen. Und die wenigen noch „Modell-Ungebundenen", sofern es sie denn überhaupt gab und ihre Existenz von den grünen Veranstaltern nicht nur phantasiert wurde, traten in der Diskussion nicht hervor.

So kreiste denn die Diskussion um die Punkte „Honoratioren oder Delegierte", „Fachbereiche oder interdisziplinäre Arbeit", „bundesweite oder länderspezifische Organisation", wobei von den Vertretern der länderspezifischen Organisation (Ländermodell) für etwas Verwirrung gesorgt wurde. Sie nannten ihr Modell in Abgrenzung zum Bundesmodell der Drittte Welt- und unabhängigen Friedensgruppen „dezentral", statt angemessenerweise von „föderal" zu sprechen. Nachdem der Begriff „dezentral" solchermaßen mit Beschlag belegt war, mußten die Vertreter des Bewegungsmodells eigens darauf hinweisen, daß ihr Modell eine Gliederung in eigenständige Fachbereiche vorsieht und mit gleichem Recht „dezentral" genannt werden kann.

Ein harter Streit entbrannte zwischen Vertreterinnen des Frauenstiftungsmodells und einigen Frauen, die hinter einem anderen Stiftungsmodell standen. Diese warfen den Frauenstiftungsfrauen Realitätsblindheit vor. Statt sich in die Diskussion um ein mehrheitsfähiges Stiftungsmodell einzuklinken und damit den Frauen innerhalb eines solchen eine gute Position zu erkämpfen, verschwendeten sie ihre Energien auf die Arbeit an einem Modell, das sowieso außer Konkurrenz sei.

Doch daß das Frauenmodell gar so abseitig ist, ist gar nicht ausgemacht. Einige Grüne, die einen guten Überblick über den derzeitigen Stand der Dinge haben, halten es für das aussichtsreichste Modell gleich nach dem Ländermodell. Ins Abseits geraten ist inzwischen eher das Modell der Böll-Initiative, das noch vor einem halben Jahr gar keine so schlechten Karten hatte.

Und das Modell von Friedens- und Dritte Welt-Bewegung? Es ist kein Modell im eigentlichen Sinne, sondern ein Katalog mit Kriterien, denen BUKO und BUF[1] zufolge eine bewegungsgemäße Stiftung zu genügen hätte und denen die bei den Grünen diskutierten Modelle nicht genügen (können?). Dennoch: Wenn noch Zeit wäre, könnte vielleicht die eine oder andere der für die Grünen annehmbaren Bewegungsforderungen von den Vertreter/innen/n des Länder- oder des Frauenmodells noch aufgegriffen werden.[2] Aber dazu ist es wahrscheinlich zu spät.

l.a.

Anmerkungen

1) BUKO = Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
BUF = Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen

2) Ohne das schon als einen Wahnsinnserfolg verbuchen und bestehende Interessengegensätze zwischen den Bewegungen und den Grünen vernachlässigen zu wollen, soll daran erinnert sein, daß Forderungen des BUKO in das Ländermodell immerhin Eingang gefunden haben: Das Ländermodell sieht inzwischen für Dritte Welt- und Friedensbereich eine Sonderstellung vor. Beide Bereiche werden als bundesweite Zusammenschlüsse an der Stiftung beteiligt und müssen keine ihnen fremden Länderstrukturen aufbauen.

Das erwähnte Positionspapier der Bewegungen wird auf Anfrage von uns verschickt. In Kürze wird außerdem ein vom Koordinationsausschuß des BUKO ausgearbeitetes Modell einer bewegungsfreundlichen Stiftung vorliegen, das ebenfalls bei uns angefordert werden kann (iz3w, Postfach 5328, 78 Freiburg).
Wir empfehlen allen Grupen, und gerade denen, die bislang fälschlicherweise meinten, die Gründung einer grün-nahen Stiftung ginge sie nichts an, diese Papiere anzufordern und zu diskutieren. Am 19. und 20. September 1987 wird in Oldenburg in der Weser-Ems-Halle eine Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) der Grünen stattfinden. Einziger Tagesordnungspunkt: Stiftung. Es scheint ziemlich sicher, daß am Ende der beiden Tage die Stiftung beschlossene Sache ist und die Haushaltsmittel für 1988 abgerufen werden können.
Allen Basisbewegten empfehlen wir dringend **Einmischung** *und die Fahrt nach Oldenburg. Nach Auskunft der Bundesgeschäftsstelle der Grünen in Bonn haben auch Nicht-Delegierte ein quasi-Rede***recht***!*
Wer näheres über Anfahrt, Übernachtungsmöglichkeiten usw. erfahren möchte, der wende sich an die Bundesgeschäftsstelle der Grünen in Bonn, Colmannstr. 36, 53 Bonn 1, Tel. 0228/69 20 21.

Kultur



Bopha!

Politisches Theater verspricht im allgemeinen einen ernsten, informativen und zuweilen auch anstrengenden Abend. Doch „Bopha", das neue Stück vom „Market Theatre" und „The Earth Players" aus Südafrika, ist spielerisch, unterhaltsam, humorvoll, wütend, komisch, traurig oder auch nachdenklich. Spielwitz zeigen die drei Schauspieler von der ersten Minute an, wenn die temperamentvollen traditionellen Rhythmen immer mehr in eckige militärische Exerzierbewegungen übergehen, unterstützt durch unverständliche Laute im abgehackten Befehlston.

Die drei Afrikaner erzählen die Geschichte eines schwarzen Polizisten und dessen Familie, fast ohne Hilfsmittel, ohne Instrumente, und trotzdem glaubt der Zuschauer, auf der Bühne ein ganzes Orchester zu hören oder Demonstrationen zu sehen, umringt von prügelnden Polizisten.

„Bopha" heißt für die Polizei Verhaftung, für das Volk jedoch Widerstand.

„Bopha" ist die alltägliche Geschichte schwarzer Kollaborateure, wie wir sie im letzten Jahr zu oft den Nachrichten entnehmen konnten:

Njandini ist Polizist, und sein Sohn Zwelakhe entwickelt sich wegen der unterdrückerischen Verhältnisse in den Schulen mehr und mehr zum überzeugten Aktivisten, zum Comrade. Njandinis Halbbruder, Naledi, kommt wegen Verstoßes gegen die Paßgesetze in Konflikt mit der Polizei. Den einzigen Ausweg, den er noch sieht, ist, mit Hilfe Njaninis selbst Polizist zu werden.

Nun muß er allerdings damit klar kommen, daß ein Schwarzer, der eine öffentliche Toilette „for white only" aufsuchte, verhaftet wird — ihn hatte der Durchfall zu diesem schweren Vergehen gezwungen. Gleichzeitig wird er diszipliniert, weil er einen betrunkenen Weißen, der auf die Straße gepißt hatte, auf die Polizeistation brachte. Naledi erlebt, wie Menschen ohne Haftbefehl festgehalten, am Kontakt zu ihren Anwälten gehindert werden, plötzlich "beim Duschen" ausrutschen, „sich in Zellen erhängen", während des Verhörs „aus Versehen aus dem Fenster fallen" oder „einfach verschwinden".

Als der „zufällige Tod" eines Schulfreundes von Zwelakhe durch Naledis Offenheit bekannt wird, kommt es zu Unruhen unter den Schülern. Nun weigert sich Naledi, auf die Jugendlichen zu schießen, worauf ihn sein weißer Chef feuert. Zwelakhe wird als einer der Anführer ins Gefängnis geworfen, während eine aufgebrachte Menschenmenge Njandinis Haus anzündet und ihn zu lynchen droht. Bruder und Sohn überreden ihn, sein Amt niederzulegen. „Bopha" heißt nun auch für Njandini „Widerstand".

Percy Mtwa, der Autor und Regisseur des Stücks, wurde mit „Woza Albert", das er zusammen mit Mbongeni Ngema schrieb und 1981 im Market Theatre erstmals aufführte, weltweit bekannt. Gemeinsam mit Ngema hatte er 1980 „The Earth Player" gegründet.

Percy Mtwa schreibt nicht für die Theater in Europa, auch wenn seine Stücke dort aufgeführt werden, er macht vor allem Theater für die Schwarzen in den Gettos Südafrikas. Wann immer möglich tritt die Gruppe in Kirchenräumen und Schulhallen der Townships auf, wo die Stücke stets heftige Diskussionen auslösen.

Mit Percy Mtwa sprachen wir über die Bedingungen des Theaters, gemacht von und für Schwarze in Südafrika:

Du hast das Stück 1985 für die Bevölkerung Südafrikas geschrieben. Konntet Ihr es überhaupt vor schwarzem Publikum spielen?

Percy Mtwa: Die Uraufführung fand in Johannesburg im September 1985 statt, also genau zu der Zeit, als es in Südafrika überall zu Aufständen der Schwarzen kam. In vielen Townships, z.B. in Soweto, konnten wir trotz der Unruhen spielen. Nur in einigen wurde uns die Aufführung von der Regierung verboten.

Wie wurde das Stück vom Publikum aufgenommen?

Percy Mtwa: Für viele war dieses Theaterstück eine Überraschung, da es von schwarzen Polizisten handelte. Bisher wurde es für unmöglich angesehen, irgend etwas Positives über schwarze Polizisten zu bringen. Das Publikum war jedoch begeistert. Wir mußten das Stück auf Wunsch der Zuschauer bis zu zehn Mal wiederholen. Die Vorstellung sorgte immer für viel Aufregung. Wir haben z.B.

einmal Schulkinder ins Market Theatre eingeladen, die nach dem Stück singend und tanzend herausgekommen sind, inspiriert vom Überlebenswillen, den es vermittelt. Die schlechten Erfahrungen des schwarzen Volkes in Südafrika werden in diesem Stück mit Hoffnung und Humor dargestellt. Was täten wir in diesem Land auch ohne Humor und Lachen?

*Wirkte sich dieses Stück auf die verbreiteten Auseinandersetzungen innerhalb der schwarzen Bevölkerung aus?**

Percy Mtwa: „Bopha" war nicht dazu gedacht, den stattfindenden Krieg zu fördern, sondern die Spannungen zu lösen. Wir spielten sowohl vor Schülern, als auch vor schwarzen Polizisten, die nach der Aufführung gelöster waren als vorher. Zu Anfang des Stückes verwehrte das sonstige Publikum den Polizisten oft den Zutritt. Nachdem allerdings der Inhalt des Stükkes klar wurde, gingen die Leute hin und holten die Polizisten herein, da sie verstanden, daß auch sie Opfer des gleichen Systems sind.

Hat das Market Theatre ein eigenes Kulturhaus?

Percy Mtwa: Das ist das Problem des schwarzen Theaters in Südafrika. Unser Theater hat lange Jahre unter dem Fehlen geeigneter Spielstätten gelitten. Die Umstände — das Spielen in Gemeindehallen, Schulhallen und Kirchenräumen — erleichtern unsere Arbeit nicht gerade. Das „Market Theatre" ist heute die einzige feste Bühne für politisches schwarzes Theater und schwarze Shows in Südafrika. Es ist für uns jedoch unbedingt notwendig, lebendiges Theater auch in den Townships selbst zu machen.

Wir würdest Du Eure Art, Theater zu machen, bezeichnen?

Percy Mtwa: Es ist direktes Theater. Ich würde sagen, daß diese neue Theaterform vor allem durch unser Stück „Woza Albert" kreiert wurde. Es ist „armes" Theater, schlicht, nicht was Aufführung und Kunst betrifft, sondern was die Ausstattung angeht. Es lebt ohne die reichen Elemente des bürgerlichen Theaters. Es ist ein Theater, das direkt von den Townships kommt. Es enthält die Seele des Volkes. Wir machen z.B. genau die Sorte von Theater, die von Leuten auf der Straße gespielt wird, wenn sie eine Geschichte erzählen und dabei versuchen, mit Mimik, Gestik etc. die Erzählung zu veranschaulichen. Einfach, aber künstlerisch einwandfrei. Da wir keinerlei Unterstützung von der Regierung bekommen, müssen wir mit weniger Geld auskommen als die bürgerlichen Theater. Für unsere Spielweise benötigen wir jedoch auch weniger als sie. Unsere Schauspieler können bei ihrem Spiel nicht auf große Kulissen und vielfältige Requisiten zurückgreifen, sie müssen kreativ sein, die Welt aus sich selbst heraus erschaffen. Das ist es auch, was die Leute bei unserem Theater so interessant finden.

Ein wichtiges Anliegen ist es uns, wirkliches und nicht auf die Politik reduziertes Theater zu spielen.

Welche Elemente greift Ihr in Eurem Theater auf?

Percy Mtwa: Wir nehmen Elemente aus dem traditionellen Tanz und der traditionellen Musik in unsere Stücke auf, da sie die Seele des schwarzen Volkes ausdrükken. Lieder und Rhythmen spielten schon immer eine wichtige Rolle im Leben der Schwarzen Südafrikas. Sie machten die harte Arbeit erträglicher. Anders als bei unseren Gastspielen hier im Ausland spielen wir in Südafrika mehr in Zulu und Sutu als in Englisch.

Gibt es neben dem „African Market Theatre" noch weitere Theatergruppen?

Percy Mtwa: Es gibt ziemlich viele Theatergrupen in Südafrika. Jedoch existiert keine Theaterschule für Schwarze, weshalb das „African Market Theatre" versucht, in Workshops von 6-8 Monaten eine schauspielerische Grundausbildung zu vermitteln, dann z.B., wenn wir in anderen Gruppen junge Talente entdecken; anderen kleineren Gruppen ist dies nicht möglich.

Könnt Ihr vom Theaterspielen Euren Lebensunterhalt bestreiten?

Percy Mtwa: Die Mitglieder des African Market Theatre sind professionelle Schauspieler, die von ihren Auftritten leben können. Bei den anderen Gruppen müssen die Akteure oft noch zusätzlich Jobs annehmen, um leben zu können.

Wo willst Du in Zukunft arbeiten und leben?

Percy Mtwa: Ich will, wenn ich kann, immer in Südafrika leben und arbeiten. Dort bekomme ich mein Material, und dort befinden sich die Leute, um die es mir in den Stücken vor allem geht.

mm/op

Teatro VIVO

Die unbekannte Geschichte guatemaltekischer Frauen

TEATRO VIVO, Lebendiges Theater, nennt sich die Theatergruppe aus Guatemala, die durch ihre bisherigen Tourneen in Deutschland nicht mehr unbekannt ist. Ziel des TEATRO VIVO ist es, „ein Theater zu realisieren, das sich mit der sozialen Wirklichkeit beschäftigt, zu verändern hilft und selbst offen für eigene Entwicklungen ist".

1977 in Guatemala gegründet, spielte die Gruppe ursprünglich vor allem in Schulen, Krankenhäusern, Gefängnissen, sowie auf Festen und Demonstrationen des Landes. Form und Inhalt der Stücke wurden und werden von der guatemaltekischen Wirklichkeit inspiriert und mit minimalen Hilfsmitteln auf die Bühne gebracht. Trotz der oft grausamen Realität, die in den Stücken dieses Widerstandstheaters immer wieder aufgezeigt wird, wird dem Publikum auch Mut und Lebensfreude vermittelt. Satire, Tanz, Pantomime und Musik sind dabei wichtige Mittel, um die Mechanismen von Macht und Unterdrückung bloßzustellen. Neben der eigentlichen Erarbeitung und Aufführung der Stücke bestand die Arbeit der Gruppe in Guatemala selbst auch in der Anregung und Bildung bzw. Unterstützung anderer Gruppen in den Stadtvierteln und auf dem Land. Seit 1980 jedoch ist den Schauspielern die Ausübung ihrer künstlerischen Tätigkeit im eigenen Land nicht mehr erlaubt. Ihr Weg führte sie seitdem nach Mexico ins Exil, von wo sie während eines Schwedenaufenthalts wieder ausgebürgert wurden, später nach Europa, wo sie seit 1983 mit verschiedenen Stücken auf Tournee waren.

Das diesjährige Programm von TEATRO VIVO, mit dem sie auch vom 10.10.-30.11. durch die BRD touren, trägt den Titel „FRAUEN/IXOC" (= maya-quiché, Indianersprache eines Stammes in Guatemala für „Frau"). In diesem Stück soll eine Verbindungslinie über das Gemeinsame und Trennende in der Situation von Frauen dort (Guatemala) und hier gezogen werden. Die Motivation für dieses Stück, das sich mit den mehrheitlich indianischen Frauen Guatemalas, sowohl in ihrer Rolle als Frau als auch als Individuum auseinandersetzen soll, erhielt die Gruppe vor allem durch jene guatemaltekischen Frauen, die trotz der extremen Schwierigkeiten („Halt den Mund, oder bist Du etwa ein Mann, um sprechen zu dürfen?") den Mut hatten, sich in das gesellschaftliche Leben direkt einzumischen. Mit dem Stück soll nach TEATRO VIVO „das Schweigen gebrochen werden, das über Vergangenheit und Gegenwart guatemaltekischer Frauen liegt".

Die Tournee wird gemeinsam mit dem Exile-Kulturbüro in Duisburg, amnesty international und „den Müttern der Verschwundenen" von Guatemala vorbereitet. Informationen über die Tournee können von Exile (Exile Kulturkoordination, Hansastr. 55, 4100 Duisburg 1, Tel. 0203 / 34 09 07) bezogen werden. Im Rahmen der Tournee wird auch eine Ausstellung zu Flüchtlingen aus Guatemala („Auf der Suche nach meinem Land") angeboten.

op

Rezensionen

Rüstungsexporte und Sozialliberale Koalition

Mit besseren Gesetzen weniger Rüstungsexporte?

„Der deutsche Rüstungsexport läuft unter dem Mantel des Schweigens besser als je zuvor seit Übernahme der Regierung durch SPD und FDP", schrieb die industriefreundliche Zeitschrift *Wehrdienst* im Jahr 1977. Der Hamburger Wissenschaftler und Ex-SIPRI-Mitarbeiter Michael Brzoska sieht das in seiner Dissertationsschrift differenzierter: „Die Befunde verweisen darauf, daß direkte rüstungswirtschaftliche und außenpolitische Interessen für die Ausweitung der Rüstungsexporte im Bereich der genehmigungspflichtigen Rüstungswaren von entscheidender Bedeutung waren." (S. 178)

Michael BRZOSKA, Rüstungsexportpolitik — Lenkung, Kontrolle und Einschränkung bundesdeutscher Rüstungsexporte in die Dritte Welt
Reihe: Arnoldshainer Schriften zur Interdisziplinären Ökonomie, Band 11, 241 S., DM 34,80
Haag + Herchen, Frankfurt 1986

Brzoska gesteht der sozialliberalen Koalition durchaus Anfangserfolge bei der Kontrolle der tödlichen Exporte zu, aber ab 1973 ging es — mit Einbrüchen — bis zum Ende des Untersuchungszeitraums (1982) steil nach oben. Die Zuwachsraten des Rüstungsexportes übertrafen gar die des stark expandierenden zivilen Exports. Hintergrund: Bundesdeutsche Unternehmen lieferten massiv in ca. 70 Länder der 3. Welt — mit Genehmigung. Und: „Die Rüstungsexportpolitik hatte im Rahmen der Dritte-Welt- und Rüstungspolitik eine durchaus zentrale Rolle." (S. 184)

Heuchlerische Rhetorik

Brzoska zeigt den eklatanten Widerspruch zwischen offiziellen Regierungsverlautbarungen und tatsächlicher Entwicklung der Rüstungsexporte auf. Erst ab 1981 änderte sich auch die Rhetorik, weil es nicht mehr anders ging. Hier setzt Brzoskas beeindruckende Leistung an: In diffiziler Filigranarbeit ordnete er den Datenwust, das Abgrenzungs- und Definitionschaos und das gesetzliche Labyrinth, dem der interessierte Laie oft hilflos gegenübersteht. Ein Hagelschauer an Zahlen, Tabellen, Schaubildern, Zitaten und Kleingedrucktem überzieht den Leser, dem aber der Weg offen steht, von Zusammenfassung zu Zusammenfassung am Ende der Kapitel zu hüpfen. Deutlich läßt sich verfolgen, wie mit geschickter Auswahl der Bezugsgrößen, Ausgrenzungen bei Definitionen und Komplizierung der Rechtslage zweierlei erreicht wurde: Chaos und politischer Spielraum.



Überforderte Bürokratie

Der Bundesregierung gelang es nicht, der „Rüstungsbürokratie" klare Vorgaben zu machen, meint der Autor. So schaffte es die Rüstungsindustrie immer besser, ihre Interessen durchzusetzen.
Geschickt nützte die Rüstungslobby die Ungereimtheiten und Brüche in der Rüstungsexportpolitik aus, schuf beispielsweise Präzedenzfälle (einmal genehmigt, immer genehmigt) und trug damit zur Ausweitung der Rüstungsexporte bei. Schlimmer noch: „Politische Entscheidungsträger und Bürokratie schlugen sich auf die Seite der Rüstungsindustrie." (S. 191) Andererseits darf man ein außenpolitisches Interesse der gewählten Vertreter des Volkes sowie der bezahlten Diener des Staates nicht unter den Teppich kehren. Besonders bei der „NATO-Verteidigungshilfe" der BRD verdeutlicht Brzoska diesen Zusammenhang. Ansonsten mißt er diesem Aspekt allerdings geringere Bedeutung bei. Er sieht zwar den dominierenden Einfluß des Auswärtigen Amtes im Genehmigungsverfahren, die Rolle des Bundeskanzleramtes ist aber, seiner Meinung nach, unklar. Seit der U-Boot-Affäre mit Südafrika erscheint dieses Amt heller erleuchtet. Ob Bundeskanzler Schmidt in Sachen Rüstungsexport nicht selbst öfters die Zügel in die Hand nahm, dieser Frage geht der Autor leider nur andeutungsweise nach. Überhaupt zeichnet er zu sehr das Bild der hilflosen, überrumpelten Bürokratie, die unter dem konzentrierten Druck der einschlägigen Lobbyisten nach und nach in die Knie ging. Er beklagt, daß es der sozialliberalen Koalition nicht gelang, ein restriktives **Gesetz** durchzudrükken. Den schwarzen Peter steckt er dabei dem Koalitionspartner FDP zu (S. 100). Sie ließ nur unverbindlichere Richtlinien durchgehen, die dann in den 70er Jahren prompt aufgeweicht wurden. Also: Bessere Gesetze hätten der Bürokratie den Rücken gegenüber der exportlüsternen Rüstungslobby gestärkt. Die SPD wollte gerne, aber scheiterte letztendlich mit diesem Vorhaben. Hier sind denn doch Zweifel angebracht, zumal die Wende-Regierung mit den „Schmidt-Richtlinien" von 1982 ihre Rüstungsexport-Offensive recht gut fahren kann. Offensichtlich lag nur einer Minderheit innerhalb der SPD eine restriktive Rüstungsexportpolitik am Herzen. Die Mehrheit hinterließ den liberalkonservativen Nachfolgern annehmbare Rahmenbedingungen. Vielleicht gilt doch der Satz: Öffentlichkeit ist der natürliche Feind der Rüstungsexporte.

as

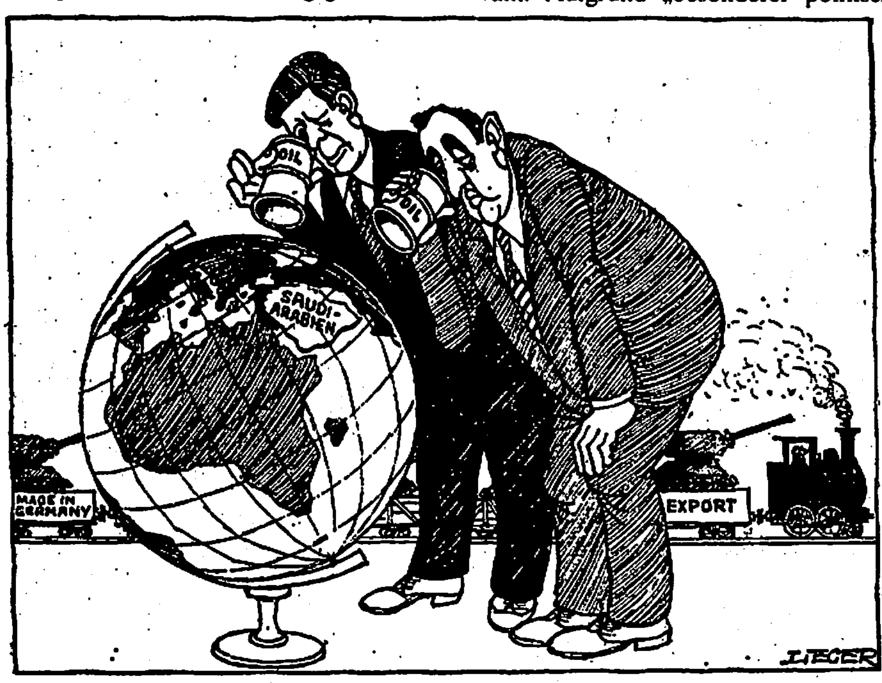
Denn sie wissen, was sie tun! Gegenrede zu Michael Brzoska: Rüstungspolitik

Die Ausgangsthese von Brzoska ist empirisch haltbar: Entgegen allen Legenden von Bonner SPD-Politikern, wie dem „linken" MdB Norbert Gansel, stiegen die deutschen Rüstungsexporte in den 70er und 80er Jahren massiv an. Nach einer Untersuchung der US-Abrüstungsbehörde ACDA hat beim Rüstungsexport kein Land der Welt in den 70er Jahren höhere Steigerungsraten verzeichnet als die BRD (983 %). Auch das schwedische SIPRI-Institut zählt die BRD spätestens seit 1979 zu den „bedeutensten Großwaffenexporteuren der Erde". Damit hat Brzoska ein noch heute von der Bonner CDU/CSU und Teilen der Presse tradiertes Märchen vom angeblich „restriktiven" deutschen Rüstungsexport widerlegt.
Aber bei der Ursachenanalyse für den Anstieg deutscher „Geschäfte mit dem Tod" fällt auch Brzoska in ein Gestrüpp von Legenden. Brzoska behauptet, daß vor allem die Rüstungsindustrie selber, unklare gesetzliche Regelungen und die Bürokratie der „kleinen Beamten" in den zuständigen Bonner Ministerien dafür verantwortlich sind. Die „außenpolitischen Interessen" der früheren Bundesregierung seien demgegenüber für die Rüstungsexporte nur von sekundärer Bedeutung gewesen.

Alles unter Kontrolle

Die deutsche Rüstungsindustrie unterliegt wie kaum ein anderer Bereich unserer sog. freien Marktwirtschaft präzise geregelten staatlichen Wirtschaftskontrollen durch Investitions-, Produktion-, Handels- und Exportvorbehalte. Denn alle Nachkriegs-

regierungen haben seit Gründung der NATO aus strategischen Interessen gegen die politisch unliebsamen Ostblockstaaten wirtschaftliche Handelskontrollen praktiziert.
Mit dem KWKG und AWG[1], deren internationale Standardisierung und Ergänzungen im Brüsseler NATO-Ausschuß COCOM abgesprochen werden, werden seit Jahren auch präzise „Länderlisten" vereinheitlicht. In der sog. Länderliste C — von C wie Cuba bis V wie Vietnam — hat die BRD alle Staaten in einer Verordnung erfaßt, die weder Waffen, noch kriegswaffennahe Rüstungsgüter und



Sehen kein Spannungsgebiet. (Karikatur: Leger/Metall)

„Waren von strategischer Bedeutung" (z.B. Militärelektronik) erhalten. Aufgrund der allgemeinen Exportkontrolle kann die Bundesregierung nach „länderspezifischen Erwägungen" die Exportanträge genehmigen. Im Falle einiger realsozialistischer Staaten der Länderliste C gilt seit Jahrzehnten aufgrund eines klaren politischen Willens die Boykottpraxis für Rüstungsgüter. Diese Praxis gilt unausgesprochen z.B. auch für Befreiungsbewegungen.
Daraus ergeben sich deutliche politische Konturen: Während die Bundesregierung z.B. seit Jahren rein zivile Flüchtlingshilfe (Decken, Milchpulver, Zelte) für die POLISARIO ablehnt, erhält Marokko seit 1969 umfangreiche militärische Aufrüstungshilfen. Während die Bundesregierung im Unterschied zur Praxis in Österreich und skandinavischen Ländern keine Mittel für die Alphabetisierungs- und Schulprojekte von ANC und SWAPO in den Frontstaaten bereitstellt, erhielt der Apartheidstaat Südafrika von 1983 bis heute offiziell genehmigte Rüstungs- und Atomexporte im Wert von über 600 Millionen DM[2]. Bis auf wenige Ausnahmen werden mit ausdrücklicher Bonner Genehmigung 2/3 der deutschen Kriegswaffenexporte an die Eliten in prokapitalistischen Staaten der „3. Welt" exportiert[3].
Wer dem nur „sekundäre" Bedeutung beimißt und im Chor mit der Bonner SPD stattdessen nach neuen Gesetzen ruft, kann auch mit pragmatischem Politikansatz nicht erklären, warum die Boykottpraxis für Militärelektronik und Konstruktionsunterlagen in Warschauer Pakt-Staaten nicht ebensogut auf Südafrika übertragen werden könnte.
Genau an dieser Stelle werden die außenpolitischen Interessen der vergangenen und gegenwärtigen Bundesregierung als handlungsleitendes Instrumentarium relevant. Aufgrund „besonderer politischer Interessen" und „vitaler außen- und sicherheitspolitischer Interessen" wurden schon immer gesamtstaatliche ökonomische Interessen (Rohstoffversorgung) und militär-strategische Machtinteressen bei Lieferungen an den Schah im Iran, Portugal unter Salazar/Caetano oder an Argentinien handlungsleitend. Reaktionäre politische Regime vom Schlage Argentiniens waren bevorzugte Empfänger deutscher Rüstungsgüter.

Aktive Friedensgefährdung

Trotz völkerrechtlichen Vorbehalten (UN Sanktionen gegen Portugal und Südafrika, Menschenrechts-Charta der UN), dem Friedensgebot des Grundgesetzes und Vorbehalten des KWKG und AWG, sowie einer öffentlich deklarierten Zurückhaltung bei „Spannungsgebieten" ist die Bilanz erschreckend: Von den 72 Empfängern deutschen Rüstungsmaterials zwischen 1973 und 1980 waren 43 (also 60 %) an einem oder mehr Kriegen beteiligt oder in „Anti-Regime-Kämpfe" verwickelt[4]. Die NATO-Staaten Portugal (Kolonialkriege in Afrika), Griechenland (Obristen), Türkei (Zypern-Invasion, Militärs), USA (Vietnam, Chile)... sind darin noch nicht eingerechnet.
Entgegen der auch bei Brzoska zu findenden „Grauzonen"-Theorie beim Kleinwaffenexport konnten sich die Firmen Heckler und Koch, sowie die bundeseigene Firma Fritz Werner weitgehend auf Bonner Genehmigungen verlassen:
— seit 1971 wurden in 63 Staaten Direktexporte von Handfeuerwaffen und MGs genehmigt (u.a. an das Obristen-Regime in Griechenland)
— an 19 „westlich orientierte Länder" vom Schlage des Iran unter dem Schah, Saudi Arabiens, Thailands wurden genehmigte Konstruktionsunterlagen, Spezialmaschinen und Bauteile von Kleinwaffen vergeben
— genehmigungspflichtige Bauteile werden z.T. noch heute an ausgelagerte Unternehmen geliefert, bis 1975 u.a. auch Ersatzteile für G-3-Gewehre an El Salvador
— Bonn hat entgegen gesetzlichen Auflagen grundsätzlich auf bindende Endverbleibserklärungen für die mit deutschen Bauteilen errichteten Kleinwaffen im Ausland verzichtet[5].
Diese aktiven Verstöße gegen Geist und Buchstaben des Friedensgebotes der Verfassung waren nur möglich durch höchste politische Absicherungen im Bundessicherheitsrat, einem geheim tagenden Gremium des Bundeskabinetts unter Vorsitz des Bundeskanzlers[6].
Um die Ungeheuerlichkeiten zu vertuschen, daß diese Nachkriegs-Republik mit Wissen, Billigung und Genehmigung seiner Bundesregierung im Ausland Spannungen erzeugt, Kriege führbarer, Menschen verfolgt und getötet wurden, praktizierte auch die SPD/FDP-Koalition eine rigide Form von „Geheimdiplomatie". Der fundamentale Grundsatz bürgerlicher Demokratien, nämlich die Kontrolle von Regierungen durch Parlamente und kritische Öffentlichkeit, wurde von denen, die angeblich „mehr Demokratie wagen" wollten, beim Rüstungsexort systematisch außer Kraft gesetzt. Und dies im Zeitalter der „Entspannungspolitik" und massiver Sonntagsreden über „Spannungsgebiets"-Klauseln und „restriktive" Rüstungsexportpolitik. Damals wie heute gilt der Satz: Denn sie wissen, was sie tun!

Bernhard Faltin

Anmerkungen:
1. Kriegswaffenkontrollgesetz (KWGG) und Außenwirtschaftsgesetz (AWG)
2. Materialien zum Bundestags-Hearing der Grünen: „Militärische Zusammenarbeit BRD — Südafrika" vom 9.2.87
3. Kl. Anfrage der Grünen im BT: „Umfang und Empfänger bundesdeutscher Rüstungsexporte", BT-Drs 10/2858 (8.02.85)
4. Dr. Herbert Wulf, Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, BT-Hearing „Rüstung und Entwicklung" am 22.2.84 (BT-Drs. 714/2450)
5. Südfrüchte aus Oberndorf. Der Reader zum Film (Hrsg. u.a. BUKO). Bonn: Forum Europa Verlag 1986, S. 85-96
6. u.a. im Falle der U-Boote für Chile durch Kanzler Schmidt. Dazu vor allem „Was lange gärt, wird endlich Wut. Der Fall Hansen". Hamburg: KONKRET Literatur Verlag

Schmerz und Schönheit — Feuer der Poesie
Simone Schwarz-Barts mythisch-realistischer Roman aus Guadeloupe

„Wind und Regen über der wundertätigen Télumée" wäre die wortgetreue Übersetzung des Originaltitels dieses Romans, dessen Schauplatz Guadeloupe ist, die größte Insel der kleinen Antillen und des französischen Übersee-Departements Guadeloupe. Karukéra — so der ursprüngliche Name — war 1493 von Kolumbus „entdeckt" worden und Anfang des 17. Jahrhunderts den Franzosen in die Hände gefallen. Die Bewohner der zweigeteilten Vulkaninsel, die Karib-Indianer, wurden ausgerottet, aus Afrika aber Tausende von Schwarzen per Schiff in die Karibik verfrachtet. Die schwarzen Sklaven mußten Guadeloupe roden und zu einer Insel der Zuckerrohrplantagen machen, die sie bis heute ist. Die Geschichte dieses französischen Departements ist eine Geschichte von Herrschaft und Unterdrükkung, von Gewalt und Schmach, eine Geschichte heroischen Sterbens aber auch, die Geschichte derjenigen, die unter Tränen zu lächeln lernten.

Ti Jean, der sagenumwobene Held vieler karibischer Erzählungen, der mit allen Elementen des Körpers und des Geistes lebt, liebt und leidet, steht im Zentrum eines grandiosen Epos' von Simone Schwarz-Bart, einer aus Guadeloupe stammenden, seit vielen Jahren in Paris lebenden und überaus erfolgreichen farbigen Autorin. **Ti Jean oder die Heimkehr nach Afrika**, 1982 im Peter Hammer Verlag erschienen, verbindet die Mythen, Fabeln und Märchen und die Geschichte der schwarzen Bevölkerung Guadeloupes bis hin zu den afrikanischen Ahnen zu einem leidgetränkt-prachtvollen Bilderteppich. Eine literarische Leistung sondergleichen, die hier genausowenig zur Kenntnis genommen wurde wie überhaupt die Literatur der Dritten Welt.

Nun hat derselbe Verlag einen weiteren Roman von Simone Schwarz-Bart veröffentlicht, der bereits 1972 auf französisch erschien und mittlerweile in zwölf Sprachen übersetzt wurde. Ist **Ti Jean**ein monumentales Gemälde, dessen Bilderzyklen die Welten Guadeloupes und Afrikas, die Reiche der Toten, der Träume und der übersinnlichen Wahrnehmungen lebendig werden lassen, so erzählt **Télumée** die Geschichte dreier Generationen unbeugsamer schwarzer Frauen auf Guadeloupe von der Mitte des letzten bis in die ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts.

Berichtet wird aus der Perspektive Télumée Lougandors, die von ihrem zehnten Lebensjahr an bei der Großmutter aufwuchs, weil ihre Mutter aus Liebe zu einem Mann die Insel verließ. Denn „sie wußte, daß man sich die Eingeweide herausreißen und den Bauch mit Stroh füllen muß, wenn man ein bißchen in der Sonne wandeln will".

Die Urgroßmutter, Minerve, erlebte die Abschaffung der Sklaverei. Sie ließ sich in einem von Weißen verlassenen und verfallenen Weiler nieder. Die Tochter Toussine wurde von ihrem Vater so geliebt, daß sie „zum Blut seiner Adern, zur Luft seiner Lunge wurde". Dieser glücklichen Kindheit folgte eine sonnenüberstrahlte Ehe. Aber das Leben lehrt, und die Erzählerin weiß: „Wehe dem, der einmal lacht und sich daran gewöhnt, denn die Ruchlosigkeit des Lebens kennt keine Grenzen, und wenn es euch mit einer Hand überschüttet, so nur, um euch dann mit beiden Füßen zu treten." Toussines Tochter wird von einer heftig hingeschobenen und umstürzenden Petroleumlampe in Brand gesetzt. Siebzehn Tage sitzt die Mutter am Krankenlager des Kindes, dessen Körper eine große von Fliegen gepeinigte Wunde ist und „schmeichelt" dem Tod, damit er es erlöse. Danach ist sie versteinert bis auf den Grund ihres Herzens. Es dauert Jahre, bis sie wieder zum Leben erwacht und ein neues Kind zur Welt bringt: Victoire, Télumées Mutter.

Télumée wächst bei der Großmutter in Fond-Zombi auf, in deren Hütte, deren Garten, mit deren Kaninchen und Hühnern. In Großmutters Erzählungen und denen der Freundin Man Cia, einer großen Hexe, die die Heilkräfte von Pflanzen kennt und mit den Toten in Verbindung steht, erhalten die uralten Mythen einen neuen Glanz, wird die unsichtbare Welt hinter der sichtbaren lebendig.

Als die Großmutter krank wird, muß sich Télumée in einem weißen Herrenhaus verdingen, bei den Nachfahren „des Weißen der Weißen", der im Wutanfall Neger zerquetschte. Die Erfahrung von Dumpfheit und Kälte macht ihr klar, daß ihr Platz „das Sumpfloch Fond Zombi" mit seinen Negerhütten ist.

Sie heiratet, das Glück umgibt sie wie eine Aureole. Aber eine Regenzeit mit Wasserhosen und Wildbächen, die die Ernten vernichten, und eine darauffolgende Hitzeperiode, die das Vieh wegrafft, stürzen die Bewohner von Fond Zombi in Armut. Ihr Mann wird arbeitslos, der „Abgrund der Verfolgten" tut sich in ihm auf, er trinkt, schlägt sie, nimmt sich eine neue Frau. Télumée flieht zur Großmutter, stumpf vor Schmerz und Schmach. Nach Wochen des Wahnsinns geht sie siegreich aus diesem Unglück hervor. Sie wird Erntearbeiterin im „Feuer des Zuckerrohrs" für einen erbärmlichen Tageslohn.

Ein Tagwerk bedeutet: 20 Stapel Zuckerrohr — 20 Stapel zu 25 Paketen, das sind 10 000 Machetenhiebe im Tanz der Stacheln unter sengender Sonne inmitten von Bienen- und Hornissenschwärmen. Sie schwingt ihr Messer und zerhackt ihr Leid wie die anderen auch. Und wieder geht ihr ein Stern auf: der Neger Amboise, der sie liebt, mit dem sie Jahre leuchtenden Glücks erlebt. Aber auch dieser Stern geht unter. Bei einem Streik setzen die Fabrikherren die Kessel in Betrieb, und kochend heißer Dampf trifft die Versammlung. Amboise, der um eine Lohnerhöhung von zwei Sous gebeten hatte, wird verbrüht.

Schließlich geht auch diese Zeit niederschmetternden Unglücks vorbei, in der Télumées Augen „zwei blinde Spiegel" sind, die „kein Bild mehr zurückwerfen". Als alte Frau nimmt sie den Platz ihrer Großmutter und Man Cias ein: Sie wird eine wundertätige Zauberin, die berauscht ist von dem „prächtigen Glanz menschlicher Ungewißheit". Zuletzt schaut sie fast zufrieden auf ihr Leben zurück: „Die Sonne geht auf, die Sonne geht unter, die Tage gleiten dahin, und der Sand, den der Wind aufwirbelt, wird mein Boot verschütten, aber ich werde hier sterben, wie ich bin, aufrecht in meinem kleinen Garten stehend, welche Freude!"

All dies wird von Simone Schwarz-Bart mit zärtlicher Empathie für ihre Figuren beschrieben. Darüber hinaus breitet sie ein weites Panorama der Mythen und Sitten, der Landschaft und Geschichte Guadeloupes aus, poetisch und dicht und immer wieder grotesk und ironisch. **Télumée** ist die Geschichte der Unterdrückten und Ausgebeuteten, die das Schöne nicht vergessen. Und nicht den Schmerz, nicht die Qual, die zum Feuer ihrer Poesie, ihrer Tänze, ihrer Musik wurden.

Renate Wiggershaus

Simone Schwarz-Bart, Télumée, aus dem Französischen von Udo Schlögl, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1987, ca. 220 Seiten, 22,80 DM

David gegen Goliath

Die „Kritischen Bayer Aktionäre" legten auf der diesjährigen Hauptversammlung der Bayer AG Ende Juni in Köln für den Vorstand derart unbequeme Gegenanträge vor, daß er sie den versammelten Aktionären in schriftlicher Form, entgegen der Festlegung im Aktiengesetz, vorenthielt. Der Vorstandsvorsitzende Sprenger setzte sich höchst persönlich fast eine Stunde lang mit den Inhalten auseinander, um sie in seinem Resumée als blanken Unsinn abzutun.
Die in den Anträgen zusammengetragenen Fakten und Vorwürfe wollte er nicht entkräften, denn „was sollen einzelne Personen mit Daten, wofür ihnen der Sachverstand fehlt."
Die „Kritischen Bayer Aktionäre" warfen dem größten Pestizidhersteller unter anderem vor, unzulänglich verpackte und gekennzeichnete Produkte z.B. in Peru zu vertreiben, in Mexiko mehrere, in den Industrieländern verbotene Pestizide zu vermarkten, oder die Erkrankung von Arbeitern bei der Herstellung von Dichromat in Kauf zu nehmen.
Sie forderten den Konzern auf, nur eine Dividende von drei statt von zehn Mark auszuschütten und die Differenz für einen Fond zur Entschädigung von Bayer-Opfern bereitzustellen. Dies stieß bei der Mehrheit der Aktionäre auf wenig Zustimmung, schon eher dagegen die Aufforderung an die Kritiker, ihre Aktien zugunsten der Armen in der Dritten Welt zu verkaufen.
Im Mittelpunkt des Aktionärsinteresses standen die Umsätze und Gewinne des Bayer-Konzerns. Trotz eines leichten Umsatzrückgangs auf 40 Mrd. DM, konnte der Konzern einen Gewinn von 3 Mrd. DM ausweisen.
Um die Arbeit der „Kritischen Aktionäre" zum Schweigen zu bringen, hat der Konzern Klage eingereicht. Dem Zusammenschluß der kritischen Aktionäre, der „Bayer Coordination" (Hofstr. 27a, 5650 Solingen) soll unter Androhung von 500 000 DM verboten werden, für ihre Arbeit zu werben. Das mit viel Aufwand für 1988 geplante 125-jährige Jubiläum soll ohne die „Kritischen Aktionäre" gefeiert werden können.

mm

Guatemala: Bauern protestieren gegen Entlaubungsaktion

Die guatemaltekische Bauernorganisation Comité de Unidad Campesina (CUC) hat der Regierung Guatemalas vorgeworfen, erneut mit Bomben und Entlaubungsmitteln gegen die zivile indianische Bevölkerung des Landes vorzugehen. Wie aus einer Mitteilung des CUC hervorgeht, läuft seit der zweiten Juniwoche eine Offensive der Militärs im Norden der Provinzen Huehuetenango und El Quiché. Dem Komitee zufolge handelt es sich um die massivsten Angriffe seit Ende der Militärdiktatur Anfang 1986.
Guatemala hatte nach dem Amtsantritt des christdemokratischen Präsidenten die von den Militärs eingeführten Systeme zur Kontrolle der mehrheitlich indianischen Bevölkerung beibehalten. Diese sehen unter anderem den zwangsweisen Dienst der Bauern in sogenannten Zivilpatrouillen sowie die Konzentration der Bevölkerung in „Modelldörfern" vor, in denen die Menschen der Aufsicht der Soldaten unterstehen und zum Teil Exportprodukte anbauen müssen. Tausende von Indianern sind vor diesen Zwangsmaßnahmen in die Berge geflüchtet, wo sie als „Bevölkerung im Widerstand" zu überleben versuchen. Die jüngsten Militäraktionen richten sich offenbar gegen diese Gruppen.
Mit der Begründung, Drogenplantagen vernichten zu wollen, hatte die guatemaltekische Regierung in den letzten Monaten in mehreren Provinzen Entlaubungsgift versprühen lassen. Diese Maßnahmen, durchgeführt mit US-amerikanischer Hilfe, sollen jetzt auch auf Huehuetenango und El Quiché ausgedehnt werden. Verwendet wird dabei eine Chemikalie, die den Namen „Glifosfato" trägt und in Guatemala seit Jahren verboten ist. Proteste des Umweltschutzkomitees des guatemaltekischen Kongresses, das das ökologische Gleichgewicht gefährdet sieht und um die Gesundheit von Menschen und Tieren fürchtet, blieben ohne Wirkung. Für die „Bevölkerung im Widerstand" bedeuten die Entlaubungsaktionen, daß sie ihre Zufluchtsstätten und ihre Felder mit Grundnahrungsmitteln verliert und die Berge verlassen muß. Damit sind die Menschen gezwungen, sich in die Hände der Militärs zu begeben.

tdh

Neue Bevölkerungspolitik in Guatemala

Glenn Morris, Direktor des Vierte-Welt-Zentrums an der Universität Colorado (USA), ist sehr besorgt darüber, daß die medizinische Fakultät seiner Universität an einem Sterilisierungsprojekt an guatemaltekischen Indiofrauen teilnimmt. Die Universität von Colorado habe eine billige und einfache Sterilisierungsmethode entwickelt. Dabei wird den Frauen eine ätzende Substanz, Paraformadeid, gespritzt, die dazu dient, die Gebärmutter und die Fallopischen Trompeten zu vernarben. Das medizinische Zentrum seiner Universität bereite die einspritzbare Emulsion vor und biete auch die technische Hilfe an. Paraformadeid (Hersteller: J.T. Baker Chemical Company) wurde bislang nur an weiblichen Affen und Kaninchen erprobt, jedoch noch nie am Menschen.
Das öffentliche Krankenhaus San Juan de Dios in Guatemala wurde als Testzentrum ausgewählt, weil dort viele arme Frauen hingehen und kaum mit Protest zu rechnen ist. Im Monatsdurchschnitt werden hier 120 gynäkologische Operationen und 375 Entbindungen durchgeführt. Die medizinische Nachbehandlung nach der Sterilisation entfällt zumeist.
Frauen, die sich in der Bundesrepublik einer (wenn auch anderen) Sterilisation unterziehen, werden wegen der Schwere des Eingriffs bis zu 10 Tagen stationär behandelt.
Seit 1974 gehört Guatemala zu den Ländern aus der Dritten Welt, die für diese Art von Projekten ausgewählt wurden. Finanziert wird das Programm, laut der guatemaltekischen Tageszeitung „Prensa Libre" vom 18.5.87, von der staatlichen Organisation International Planed Parenthood Federation (GB) und der Weltbanktochter International Development Agency, durchgeführt von der „Gesellschaft zum Wohlstand der Familie", Guatemala (APROFAM). Ebenfalls beteiligt sei, so der Erzbischof von Guatemala, Próspero Penados del Barrio, die US-staatliche Entwicklungshilfeorganisation US-AID. Darüber hinaus führe diese Organisation auch verbotene Verhütungsmittel, wie Depo-Provera, ein.

ph

Der tausendjährige Staudamm

Im Juni 1987 reiste ein Vertreter des Bakun-Staudamm-Komitees durch die BRD, um auf das Staudamm-Projekt in Sarawak (Ost-Malaysia) aufmerksam zu machen. Dieses Projekt, das zur Zerstörung von 700 Quadratkilometern tropischen Urwalds und der Vertreibung von 5 000 Menschen führen würde, wird von der GTZ mit vorbereitet.
Im Rahmen dieser Rundreise fand auch ein Treffen mit den für das Projekt Verantwortlichen innerhalb der GTZ statt. Nach anfänglich erfreulicher Diskussion (so zeigten die GTZ-Verantwortlichen durchaus Verständnis für soziale und ökologische Aspekte des Projekts, wie sie auch nicht mit der Informationsarbeit der malayischen Regierung zufrieden waren) litt das Gespräch später unter der wenig glaubhaften Zusicherung der GTZ-Verantwortlichen, daß

1. die Lebenserwartung dieses Staudammes 1 000 Jahre (!) betrage,
2. es keine Pläne zur Errichtung für eine Aluminium-Fabrik gäbe, welche den Elektrizitäts-Überschuß des Staudammes abnehmen würde,
3. es trotz der Vernichtung des Waldes durch das Projekt wesentlich mehr Wald

gerettet würde, welcher sonst zwecks Brennholznutzung von den Bewohnern zerstört würde. Begründung: Der Damm würde den Bewohnern die entsprechende Energie in Form von Strom liefern.
Keine dieser Behauptungen ist haltbar. So gehen andere Experten davon aus, daß der Staudamm eine Lebenserwartung von höchstens 50 Jahren habe. Auch der Ministerpräsident von Malasya ist anderer Meinung als die GTZ-Experten, was den Bau einer Aluminium-Fabrik anbetrifft: Er verkündete im August 1985, eine amerikanische Firma, welche mit der Herstellung von Aluminium befaßt ist, habe Interesse an dem Bau einer solchen Fabrik bekundet. Schließlich dürften sich auch die Hoffnungen auf eine kostenlose Wasser- und Stromversorgung der Bevölkerung auf dem Hintergrund von Erfahrungen mit ähnlichen Projekten kaum erfüllen, so daß auch weiterhin der Brennstoff aus dem Wald bezogen werden muß — der dann allerdings um 700 Quadratkilometer kleiner sein dürfte.

Hai

Türkisch-Kurdistan: NATO-Manöver im Bürgerkriegsgebiet

Zwischen dem 1 und 30. Juni fand in der Osttürkei unter starker bundesdeutscher Beteiligung das Manöver „Aurora Express 87" der NATO-Eingriffstruppe AMF statt.
Von den 5 000 Soldaten stellte die BRD mit 1 000 das größte Länderkontingent; kommandiert wurde das Manöver von Heidelberg aus. „Mit 'Aurora Express'", meldete am 24.4.87 „Bundeswehr aktuell, „wird vor allem die schnelle Verlegung der AMF in einen möglichen Einsatzraum geprobt." Und die NATO—Zeitschrift „NATO's Sixteen Nations" wußte schon im September 1986: „Wenn die 'NATO-Feuerwehrleute' in der Türkei eintreffen, werden sie eng mit den dortigen nationalen Kräften zusammenarbeiten." Auch wenn von bundesdeutschen Kommandeuren versichert wurde, die AMF habe nicht in die Kampfhandlungen gegen den kurdischen Widerstand eingegriffen, bleibt die militärische Drohung der NATO gegen alle „separatistischen Bestrebungen" in Kurdistan. Regelmäßig kündigt die Regierung hier die „endgültige" Zerschlagung der „Terroristen" an. Dazu wurden inzwischen zehntausende von „Dorfwächtern" vom türkischen Staat eingesetzt und (mit deutschen G3-Gewehren) bewaffnet; ganze Dörfer wurden evakuiert. Nach Massakern der PKK an Familien von „Dorfwächtern" ist der Einsatz von Spezialeinheiten der Landpolizei, Luftlandetruppen und Hubschrauberkomandos zur Widerstandsbekämpfung erneut intensiviert worden. (FR, 23.6.87)
Auch die Ansprüche des türkischen Regimes, kurdische Dörfer über die Grenzen hinweg bis weit ins Territorium der Nachbarländer hinein anzugreifen (wie bei den Bombardements im Nordirak Anfang März) haben durch das Manöver demonstrativen Rückhalt erfahren. Nicht zum ersten Mal übrigens — schon 1983 waren parallel zum damaligen AMF-Manöver „Adventure Express" massive Operationen gegen angebliche Guerillabasen bis zu 30 km tief im Nordirak erfolgt. (Nach Informationen des Türkei-Informationsbüros Hannover)

Jo

Kampagne für das Leben in Amazonien

Den Menschen das Leben und nicht nur das Überleben zu ermöglichen, ist das Ziel der Amazonas-Kampagne. Die einheimischen Völker im Amazonasgebiet sind durch die fortschreitende Vernichtung des Tropischen Regenwaldes, durch den Straßenbau, durch die Bergbau- und Industrieprojekte, durch die Großviehzucht bedroht. Konzerne und Banken aus Europa, Japan und den USA sind an diesem Prozeß entscheidend beteiligt. Möglich werden viele dieser Projekte, weil die Regierungen westlicher Länder die dafür benötigten Kredite gewähren bzw. absichern.
Die in der Amazonas-Kampagne zusammengeschlossenen Gruppen wollen eine öffentliche Unterstützung für die betroffenen Völker und eine sozial und ökologisch verträgliche Entwicklung in dieser Region erreichen.
Deshalb verurteilen sie auch den Bau des Balbina-Staudamms im Norden von Manaus, dessen Schließung für Oktober 1987 vorgesehen ist. Unter dem Stausee werden 400 000 Hektar ungerodeter Tropischer Regenwald verschwinden, die Biomasse wird verfaulen, als Folge sich Gase entwikkeln und das Wasser für Menschen und Tiere ungenießbar werden. Der Staudamm soll den Strom für die Betriebe in der Freihandelszone von Manaus liefern.
Für die in diesem Gebiet lebenden Indianer, die Waimiri und Atoari, bedeutet der Staudamm die schlimmste Bedrohung der jahrelangen Vernichtungskampagne.
1968 ließ die Militärregierung eine Bundesstraße direkt neben den größten Dörfern der Wamiri-Atoari bauen, die Tod und Verderben brachte: Durch Epidemien und Überfälle gedungener Pistoleros wurden zweitausend Menschen getötet. In den 80er Jahren wurde ein Drittel des Reservates abgetrennt, da die dort lagernden Zinnvorkommen ausgebeutet werden sollen. Die noch ungefähr 300 lebenden Waimiri-Atoari sind nun von der endgültigen Ausrottung bedroht. Die Amazonas-Kampagne bittet, Briefe an die brasilianische Regierung zu schreiben und sie aufzufordern, den See nicht zu fluten und das Leben der Waimiri-Atoari wirksam zu schützen.
Weitere Informationen sind erhältlich bei:
Brasilien-Initiative
In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg
AG Brasilien
August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld

mm

Ökologen unterstützen Stammesvölker: Institut für Ökologie und angewandte Ethnologie

Die hemmungslose Industrialisierung in den Ländern der sogenannten Dritten Welt, die rücksichtslose Durchsetzung der Interessen multinationaler Konzerne übernationaler Entwicklungsagenturen und der Dritt-Welt-Staaten selbst, bedroht nicht „nur" die Umwelt. Auch die sogenannten Naturvölker sind der Zerstörung in wachsendem Ausmaß direkt ausgesetzt. Ausbeutung, Unterjochung, Vertreibung und Ausrottung dieser Völker gehen mit dem Raubbau an der Natur einher. Während ihr Lebensraum verwüstet und ihre Kultur zerstört wird, werden die letzten Reste traditioneller Kultur gesammelt, um in Ausstellungen und Fachliteratur unabhängig von den sie tragenden Menschen ein Dasein als „kulturelle Mumien" zu fristen.
Der Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung und Vernichtung von Stammesvölkern wurde in der Öffentlichkeit lange Zeit verschwiegen. Das in Wuppertal entstandene „Institut für Ökologie und angewandte Ethnologie" betrachtet den Widerstand gegen die Naturzerstörung und das Eintreten für jene ethnischen Minderheiten, die durch diese Zerstörung in ihrem Überleben gefährdet sind, als Teil ein und desselben Kampfes.
Das Ziel des Instituts ist es, ethnischen Minderheiten und ihren Organisationen Ökologen, Anthropologen und Journalisten an die Seite zu stellen, um sie mit Informationen und exaktem Material über die Zusammenhänge und Ursachen der Zerstörung und Vergiftung ihrer (und unserer) Umwelt zu versehen. Dazu gehört auch die „Aufklärung" über das Vorgehen multinationaler Konzerne und die Interessen staatlicher und internationaler Entwicklungshilfe.
Zu den Arbeitsfeldern von „infoe" gehören u.a. Planung, Durchführung und Finanzierung von Projekten zur Revitalisierung traditioneller Technologien im Auftrag und in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen, Erstellung von ethno-ökologischen Gegengutachten für indigene Organisationen und auch für hiesige Institutionen (z.B. Umweltverträglichkeitsprüfungen, Förderung wissenschaftlicher Studien in diesem Zusammenhang, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, sowie die Herausgabe der ÖKOZID-Jahrbuchreihe.
Das Institut benötigt noch Unterstützung durch fördernde und aktive Mitglieder! Spenden und Förderungsbeiträge sind steuerlich absetzbar.
Informationen bei
infoe e.V.
Lockhütter Straße 143
D-4050 Mönchengladbach 1
Tel. 0 21 61 / 63 15 83
Konto-Nr.: 451 835-439 BLZ 360 100 43
Postgiroamt Essen

op

Zeitschriftenschau

epd-Entwicklungspolitik 12/13/87
Schwerpunkt: UNCTAD VII — Auch UNCTAD VII wird wieder einmal konfrontiert mit der mangelnden Bereitschaft der Industrieländer, auf die Forderungen der Entwicklungsländer im Rohstoffbereich und zur Lösung der Verschuldungskrise ernsthaft einzugehen. Das Heft enthält eine Einschätzung der Rolle der UNCTAD in Vergangenheit und Zukunft.
Einzelbeiträge dazu: Kein ernsthafter Verhandlungspartner — ohne UNCTAD sähe die Welt auch nicht besser aus — Neuer Kurs oder Meilenstein der Talfahrt?
Außerdem: Grünes Licht für Narmada-Staudammprojekt in Indien — Brisante Verschuldungsstudie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik darf unzensiert veröffentlicht werden — Werftindustrie wird Rüstungsexportindustrie — Keine Annäherung im innerkirchlichen Streit um die Kontenkündigung — Sambias größte Wirtschaftskrise — Wandlung der Südafrikapolitik der Sowjetunion — Vietnam '87 — Philippinische Frauenbewegung.
Bezug: epd, Vertrieb, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 1. Einzelpreis DM 3,80, Doppelheft DM 5,50

Informationsdienst südliches Afrika Nr. 3, Mai 1987
Schwerpunkt Siedeln und Wohnen: Pretorias neue Siedlungspolitik nach Abschaffung der Paßgesetze heißt „Geordnete Urbanisierung"; die Gliederung nach sozialen Schichten steht auf der Tagesordnung, während Millionen Wohnungen fehlen. Weitere Berichte zum Mietboykott, zur Wohnungspolitik für ein unabhängiges Namibia und zum städtischen Wohnungsproblem in Zimbabwe. — Außerdem: weiße Wahlen in SA, Kirchentag gegen Apartheid u.a.
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Preis: DM 5,-, Abo DM 40,-

Informationsdienst südliches Afrika Nr. 4, Juli 1987
Schwerpunkt: Homelands: Herrschaft — Machtkämpfe — Repression, „Bruderzwist" in der Transkei — die indirekte Herrschaft durch eine von Pretoria eingesetzte Elite, die untereinander um Bereicherungsmöglichkeiten konkurriert, führt immer wieder zu periodischen Krisen; zum Schwerpunkt gehören weiterhin Berichte über Umsiedlungen, Arbeitslosigkeit und KwaNdebele. — Außerdem: Gründung des nationalen Jugendkongresses SAYCO, 75 Jahre ANC, Interview mit dem südafrikanischen Mediengewerkschafter M. Tsedu, Ölembargo/Namibia, Bankenaktionen, Kirchentag u.a.
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Preis DM 5,-, Abo DM 40,-

IKA Zeitschrift für Kulturaustausch und internationale Solidarität/Kulturkalender „Dritte Welt" Nr. 29/87
Schwerpunkt: Gewerkschaftskultur und gewerkschaftliche Kulturarbeit in der Dritten Welt.
Nr. 30/87
Die Basken — eine Gemeinschaft von Dissidenten. Drei Kontinente auf einer Insel — Biennale der bildenden Kunst aus Afrika, Asien und Lateinamerika auf Cuba
Bezug: Vertrieb „Kulturbüro 'Dritte Welt'", Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Einzelpreis: DM 5,-, Abo: DM 20,-

ila-info Nr. 106, Juni 1987
Schwerpunktthema: Gewerkschaften international. — Der Schwerpunkt enthält Beiträge zu den Grundproblemen und der aktuellen Entwicklung der lateinamerikanischen Gewerkschaftsbewegung, zu den Problemen der Gewerkschaften im Agrobusiness am Beispiel der Bananenarbeiter in Costa Rica, zu den Organisationsversuchen von kolumbianischen Hausangestellten, zu der Wühlarbeit des AIFLD und des Schiller-Instituts in den lateinamerikanischen Gewerkschaften, ein Interview mit dem Niederländer Jeroen Peijnenburg vom transnationalen Netzwerk TIE und zwei Aufsätze zur El Salvador- und Nicaragua-Solidarität in den DGB-Gewerkschaften.

ila-info Nr. 107, Juli/Aug. 1987
Schwerpunktthema: Nie wieder? — Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit
Angesichts Amnestiegesetzen für Uruguays und Argentiniens Mörder und Folterer und der Tatsache, daß die chilenische Diktatur der Bundesregierung offensichtlich näher steht als die zum Tode verurteilten Angehörigen des Widerstands, versteht sich diese Nummer des ila-infos als Beitrag gegen das Vergessen und der Auseinandersetzung mit den Opfern der Militärherrschaft in Argentinien und Uruguay. Sie enthält Beiträge und Interviews zum Ausmaß des Militärterrors, zur Rolle der Kirche unter der Diktatur, zur Rückkehr der Exilierten nach dem Abgang der Militärs und zur literarischen und filmischen Vergangenheitsbewältigung in Argentinien. Außerdem enthält der Schwerpunkt ein Interview mit Eleuterio Fernandez Huidobro, einem Gründer der Tupamaros und Jorge Falcon vom „Peronismo Revolcionario", der Nachfolgeorganisation der Monteros.

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 117, Juni 1987
Schwerpunkt: Frauen — Interviews mit Frauen aus Südafrika und Namibia, umfangreiche Darstellung der Situation der Frauenbewegung auf den Philippinen, Frauen und Pharmaindustrie, Frauenfragen im neuen BUKO-Arbeitsschwerpunkt „Weltwirtschaft und Verschuldungskrise", sowie eine umfangreiche Literaturliste.
Weiter im Heft: erste BUKO-Nachlese mit „Fuldaer Erklärung", ein Reisebericht aus Chile, grüne Stiftungsdiskussion und einiges mehr. Dazu wie immer ein umfangreicher Serviceteil mit Terminen, Zeitschriftenschau und neuen Materialien und Medien.
Bezug: FORUM, c/o ISW, Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster, Preis: 3,- DM

EPK 1/1987 Lateinamerika: Kampf um Land, 36 S., DM 4,-
Die ungleiche Verteilung des Landbesitzes ist in Lateinamerika seit der Kolonialzeit Ausgangspunkt politischer Auseinandersetzungen. Beiträge über Brasilien, Nicaragua, Paraguay, Costa Rica, Bolivien und Mexiko beleuchten verschiedene Erscheinungsformen dieses Kampfes sowohl in ländlichen Gebieten als auch in den Städten.
Grundsätzliche Beiträge befassen sich mit den historischen Ursachen dieses Problems, mit verschiedenen Versuchen zur Durchführung von Agrarreformen und mit der Situation der vom Land zugewanderten marginalen Bevölkerungsgruppen in den Ballungszentren. Ausführlich wird auf die Rolle der Kirche in den aktuellen Landkonflikten in Lateinamerika eingegangen.
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Trialog, Zeitschrift für das Planen und Bauen in der Dritten Welt Nr. 12
hat unter anderem folgende Beiträge zum Inhalt: Angepaßte Baumaterialien im Wohnungsbau für untere Einkommensgruppen in Entwicklungsländern; Angepaßte Technologie und Zusammenarbeit; Limitations on Improving Earthquake Resistance: The Exploitation of Local Materials in Guinea-Conakry; Regenwasser-Sammeltanks in Indien; Batie Nord — eine Gesundheitsstation aus stabilisiertem Lehm in Burkina Faso; Versuch einer Typisierung und Bewertung unterschiedlicher Formen der Bauproduktion in Tansania.
Einzelheft 9,-

Tagungshinweise

„Was heißt hier 'Weltliteratur'?" 25.-27.9., Information und Anm.: Evangelische Akademie Iserlohn, Berliner Platz 12, 5860 Iserlohn

„Sozialistische Entwicklung in der Dritten Welt". (Angola, Vietnam, Kuba), vom 25.-27.9. Info u. Anm.: Dokumentationsstelle Bewegung Blockfreier Staaten e.V., Weißenburger Str. 23, 46 Dortmund

Seminare des Arbeitskreises Entwicklungspolitik (AKE)
— **„Vom Tropenwald zum Klopapier"** — Zur Ökologie des tropischen Regenwaldes, 23.-25.10. in Dortmund
— **„Reisen nach Exotic-Land"**, 27.-29.11. in Dortmund
— **„Flüchtlingsfrauen"**, 20.11.-22.11. in Bielefeld
— **„Rüstungsexport-Absatzmarkt Golfkrieg"**, 11.12.-13.12. in Bielefeld
— **Drei Welten oder eine? — Eine Einführung in die Entwicklungspolitik"** 26.-30.10.
Information und Anmeldung: AKE, Horstweg 11, 4973 Vlotho

„Am Rande des Golfkrieges: Vernichtungsfeldzug gegen die Kurden und türkische (NATO-) Interventionsplanungen", 4.-6.9. in Bonn, Info und Anm.: Informationsbüro Türkei, Postfach 91 11 54, 3 Hannover 1

Entwicklungspolitische Seminare des DGB-Bildungswerkes Stuttgart:
— **„Tourismus in die Dritten Welt"**, 26.-27.9.
— **„Gewerkschaften und Arbeiterbewegungen in nationalen Befreiungs- und Demokratisierungsprozessen**, 7.-8.11. Info und Anm.: DGB-Bildungswerk Ba-Wü e.V., Willi-Bleicher Str. 20, 7 Stuttgart 1

„Entwicklungspolitische Bildungsarbeit auf der Suche nach Handlungsperspektiven". 9.-11.10., veranstaltet von AKE und Jugendhof Vlotho, Inf. und Anm.: Jugendhof Vlotho, Oeynhausener Str. 1, 4973 Vlotho

„Der Iran-Irak-Krieg und seine Hintergründe", 28.-31.8. in Köln, veranstaltet von der Vereinigung Irakischer Studenten in der BRD und West-Berlin, Inf. und Anm.: VIS, Postfach 10 01 02, 6050 Offenbach

„Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe. Alternative Ansätze zu beruflicher Bildung in der Dritten Welt" vom 17.-20.9. in Bad Boll. Info und Anm.: TU-Berlin, Arbeitsstelle Dritte Welt, Sekr. FR 4-8, Dr. Axt, Franklinstr. 28/29, 1 Berlin 10

Solidaritätslager an der Uni Bir Zeit (Westbank) in der zweiten Augusthälfte, veranstaltet vom Dritte Welt Ressort der Volksuni Zürich, Info und Anm.: Züricher Volksuni, Ressort 3. Welt, Postfach 3376, 8031 Zürich

„Ausländische Frauen und bundesdeutscher Heiratsmarkt", vom 9.-11.10., veranstaltet von der Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen. Info und Anm.: IAF, Barfüßerstr. 2a, 3550 Marburg

„Zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Namibia und Südafrika", 27.-29.11. in NRW, Gemeinschaftsveranstaltung von BUKO und AKE, erstes Vorbereitungstreffen 1.-2.8., Info und Anm.: AKE, Horstweg 11, 4973 Vlotho

Die Essener Lateinamerika — Solidaritätsgruppen laden ein zur **Lateinamerikawoche** im Kulturzentrum „Zeche Carl", Hömannstr. 10, Tel. 02 01 / 35 79 22, vom 10.-16. Oktober 1987. Am Wochenende findet zum Auftakt ein politisches Kulturfest statt. Übernachtungsmöglichkeiten können gestellt werden, für weitere Infos bitte wenden an: Marita Kemper und Eberhard Hägels. Tel. 02 01 / 32 66 95 und 79 12 00

Neuerscheinungen

Wer Hunger pflanzt und Überschuß erntet. BUKO-Agro-Koordination (Hrsg.), Hamburg 1987

Jenseits der Propaganda. Christliche Initiative Romero (Hrsg.). Die Lage der Menschenrechte in Mittelamerika, Edition Nahua, Wuppertal 1987

Das verborgene Leiden der Frauen und Kinder im Iran-Irak-Krieg. Massudeh Cholamasad / Monika Schuckar (Hrsg), Frankfurt 1987. Bezug: Autonome iranische Frauenbewegung im Ausland, Postlagerkarte 016780 C, 6000 Frankfurt/Main

Armenien — Völkermord, Vertreibung, Exil. Tessa Hofmann /Gerayer Koutcharian, pogrom Themen 1, Göttingen 1987

Strahlende Opfer. Amerikas Uranindustrie, Indianer und weltweiter Überlebenskampf. Gerd Hensel, Focus-Verlag, 1987

Für Nelson Mandela. Jacques Derrida et al, rowohlt Verlag, Reinbek 1987

Das Erbe der Conquista. Frank Niess, Pahl-Rugenstein, Köln 1987

Mozambique: A Dream Undone. Bertil Egerö, The political economy of Democracy, Uppsala 1987

Tanzania: crisis and Struggle for Survival. Jannik Boesen et al, Uppsala 1986

Frauen in El Salvador — im Kampf gegen Krieg und Repression. herausgegeben von der Frauengruppe El Salvador Maria Carranza, Tübingen/Bochung; 4 DM

Frauen in Mexiko, Bewegung in Slums. Aktionszentrum Dritte Welt e.V., Hamburg 1986

Afghanistan (Broschüre), Hrsg.: Afghanistangruppe im Aktionszentrum 3. Welt e.V., Hamburg 1986

Nicaragua muß überleben. Broschüre, 32 Seiten, herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal

Frauen in El Salvador. im Kampf gegen Krieg und Repression, — eine Broschüre, hrsg. v. d. Frauen des Bochumer El Salvador Komitees. 4 DM. Bezug: Zentralamerika Komitee, Belthlestr. 40, 7400 Tübingen.

Internationle Aktionswoche gegen Shell in Südafrika und Namibia

Das holländische Südafrika-Komitee koordiniert für die zweite Novemberwoche eine Internationale Aktionswoche gegen die Aktivitäten des Schell-Konzerns im Südlichen Afrika. Im Rahmen dieser Anti-Shell-Kampagne sollen Bürgermeister möglichst vieler europäischer Städte dafür gewonnen werden, den Aufruf gegen Shell in Südafrika zu unterzeichnen.
Unterstützer und Interessenten dieser Aktion können sich an das **Komitee Zuidelijk Afrika, O.Z. Achterburgwal 173, 1012 DJ Amsterdam** wenden.



Kalender 1988 — Südliches Afrika

Der **Südafrika-Kalender** 1988 wird herausgegeben vom niederländischen Komitee Südliches Afrika, einer Solidaritätsorganisation mit den Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO von Namibia. Die südafrikanischen Künstler George Hallett und Gevin Jantjes, zur Zeit in den Niederlanden im Exil, stellten das Photomaterial und die Kommentare (engl., niederl. u. deutsch) zusammen. Auf der letzten Seite werden die Gedächtnistage des Widerstands in Südafrika erwähnt. Die Bilder sollen laut Aussage der Autoren ein positives Bild der schwarzen Kultur Südafrikas vermitteln, man sieht keine dramatischen Bilder der Unterdrückung, sondern Motive aus dem Alltagsleben von Afrikanern, die zu einem neuen Selbstbewußtsein gefunden haben. Die Bilder sind im Formt DIN A 3 gehalten, Schwarzweiß-Photos, im Hochformat auf Hochglanzpapier.
Der Kalender kostet $ 10 (U.S. Dollar). Für Buchhändler und Organisationen gibt es einen Rabatt bis zu 40 %. Er ist zu bestellen bei
Komitee Südliches Afrika
Oudezijds Achterburgwal 173
1012 DJ Amsterdam, Holland
Tel. 020-27 08 01

Der **Namibia-Kalender für 1988** informiert über die geschichtlichen und aktuellen Aspekte des Kolonialsystems und des antikolonialen Widerstands. Herausgegeben wird er vom Deutschen Komitee des World University Service. Er ist ein Beitrag zur Wiederentdeckung der „geraubten Geschichte" dieses Landes, in dem hundert Jahre lang fremde Kolonialherren versucht haben, den Namibiern einzutrichtern, Geschichte und Kultur hätten in ihrem Land erst mit der Kolonisierung durch die Europäer angefangen. Überlieferung und Dokumente erzählen uns was anderes: „In der Schule habe ich nie etwas über die Geschichte meines eigenen Volkes gehört. Dafür durfte ich lernen, daß wir von dem Bremer Kaufmann Adolf Lüderitz 'entdeckt' worden sind. Ich kenne die Geschichte des großen deutschen Reiches bestimmt besser als viele Deutsche." (Uazuvara Katjevena, Namibianer im Exil). Weitere Themen u.a. sind: Geraubtes Land — Die betrügerischen Verträge. Basis der Apartheid — Koloniale Repression. Katutura — Umsiedlungen und Widerstand. SWAPO — Nationaler Befreiungskampf.
Der Kalender ist zu beziehen bei:
World University Service, Deutsches Komitee e.V.,
Goebenstr. 35, 6200 Wiesbaden
Tel. 0 61 21 / 4 55 25

●Keine Sicherheitsüberprüfung für Flüchtlinge!

ASYL FÜR DIE 14 CHILENEN!

●Einstellung jeglicher Unterstützung für faschistische Regime!
●Uneingeschränktes Asylrecht für Flüchtlinge!
●Keine Abschiebung und keine Zurückweisungen!
●Schluß mit der demütigenden Behandlung von Asylbewerbern!

Die rigorose Ablehnung der Asylersuchen der 14 Häftlinge durch Zimmermann wurde von vielen Menschen in der BRD als skandalös empfunden und löste eine Welle von Protesten aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen aus. Empörend ist Zimmermanns Entscheidung vor allem deshalb, weil sie in diesem Fall alle Handlungsmöglichkeiten im Sinne der Ächtung der Todesstrafe, der Ablehnung der Folter und der Wahrung des Grundrechts auf Asyl zunichte macht. Dies alles aber sind Handlungen, die in einem demokratischen Rechtsstaat als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt werden sollten. Darüber hinaus ignoriert Zimmermanns Entscheidung die Unrechtmäßigkeit der Militärjustiz und die Rechtlosigkeit der Gefangenen in Chile. Sie mißachtet das Recht auf Widerstand gegen eine Diktatur, das jedem Bürger in der BRD durch das Grundgesetz zugestanden wird. Ganz zu schweigen davon, daß Zimmermann eine Vorverurteilung der Gefangenen vornimmt, die alle noch nicht rechtskräftig verurteilt sind. Wir fragen uns: Ist Zimmermanns Haltung wirklich getragen von der Sorge um die innere Sicherheit der BRD oder kommt darin nicht vielmehr eine Zustimmung und Unterstützung für ein diktatorisches Regime zum Ausdruck? Sogar die Äußerungen des Hamburger Verfassungsschutzchefs, die bestätigen, daß Chilenen kein Sicherheitsrisiko für die BRD sind, lassen da kaum Zweifel.

Wir hoffen, daß sich weitere Bereiche von Kirchen, Parteien und Gewerkschaften den Protesten gegen die Entscheidung Zimmermanns anschließen und dies öffentlich machen werden. Wir hoffen, daß weitere Bundesländer, Städte und Gemeinden ihre Aufnahmebereitschaft für die 14 Gefangenen erklären, deren Leben dadurch gerettet werden kann. Dies würde den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, von der ablehnenden Entscheidung des Bundesinnenministeriums endgültig abzurücken und die Einreiseerlaubnis definitiv zu erteilen.

Welche verheerenden Auswirkungen die Sicherheitsüberprüfung hat, muß hier nicht noch einmal erläutert werden.

Die Sicherheitsüberprüfung muß abgeschafft werden, denn:

— sie gilt heute ausschließlich für Chilenen
— sie ist mit der Aufnahme politisch Verfolgter aus humanitären Gründen nicht vereinbar
— im Falle einer für die Betroffenen negativen Entscheidung gefährdet sie deren Leben (Fall Victor Zuñiga)
— sie verhindert schnelle und unbürokratische Hilfe.

Bundestagsabgeordnete müssen gewonnen werden, um einen Antag auf Abschaffung der Sicherheitsüberprüfung im Bundestag durchzusetzen. Dies kann durch entsprechende Stellungnahmen von Persönlichkeiten, Gremien, Institutionen unterstützt werden.

Jetzt, wo die chilenische Regierung ihre Bereitschaft signalisiert, die Gefangenen ausreisen zu lassen, sofern die Bundesregierung darauf „drängt" (Zitat chilenischer Außenminister), ist es **nach wie vor wichtig, die chilenischen Verantwortlichen mit einer Flut von Briefen dazu zu bewegen, diesen Schritt möglichst bald zu tun.**

Auch finanzielle Hilfe ist notwendig

Alle 14 Gefangenen werden von Rechtsanwälten von CODEPU verteidigt CODEPU selbst ist aber so finanzschwach, daß sie ihre Anwälte oft nicht bezahlen kann. Rein ehrenamtliche Tätigkeit ist für CODEPU—Anwälte aber nicht möglich, da sie neben den Verfolgungen durch das Regime auch in besonderem Maße der in Chile weitverbreiteten Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind. Die Gefangenen werden betreut durch AFPP (Organisation der Familienangehörigen der politischen Gefangenen). Das bedeutet bei den Verhältnissen in chilenischen Gefängnissen, daß sie auch mit Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe versorgt werden müssen. Viele Familienangehörige der Gefangenen sind aber arbeitslos, haben den Ernährer der Familie verloren und wissen kaum, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen.

Spenden für CODEPU oder die AFPP können mit entsprechendem Vermerk auf folgendes Konto überwiesen werden: Postgiroamt Berlin (West) BLZ 100 100 10, Kto.-Nr. 5091 38-105, Christine Lorenz, Spendenkonto COSECH
Wir werden die Spenden nach Chile weiterleiten.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg